

der Stadt Graz geschrieben, daß er im Besitz von Optionen ist, und er kann den Standort Kaiserwald anbieten. Die Optionen haben namhafte ÖVP-Gemeindefunktionäre aus Unterpremstätten gegeben, Punkt eins.

Punkt zwei, ÖVP-Funktionäre haben sich in den Kaiserwald gestellt und haben gesagt, sie lassen sich an die Bäume anbinden, und sie lassen sich mit den Bäumen sozusagen umschmeißen. Kein Sozialist hat sich anbinden lassen, (Landesrat Klasnic: „Sie verwechseln Halbenrain mit dem Kaiserwald!“) um den Kaiserwald zu verhindern. Das war das nächste. Auch in Halbenrain ist das passiert, es waren nur andere ÖVP-Politiker.

Drittes Faktum, der Kaiserwald selbst ist sicher ein Naherholungsgebiet für Graz, man muß sich das sorgsam anschauen. Und ich weiß, daß die Leute dort sagen, sie sind bereit, eine Deponie, die für ihren Bereich, aber nicht für die große Stadt Graz, kommt, allenfalls zur Kenntnis zu nehmen. Aber sie wollen nicht sozusagen für die gesamte Stadt Graz Mülldeponie sein. Die Akzeptanz war nicht in dem Maße gegeben, wie Sie das darstellen. Jetzt kommt es, in dem Augenblick – und da hat niemand vom Land etwas zu sagen –, als Funktionäre der Gemeinden erfahren haben, es gibt zwischen der Stadt Graz und der Gemeinde Frohnleiten eine Vereinbarung für die zehn Jahre, sind alle auf diesen Zustand gekommen, den Sie morgen beantragen werden. Entflechten wir doch Graz und Graz-Umgebung, und wieso sollen wir jetzt eine Müllstandort Kaiserwald für Graz ausweisen, wenn das Problem für die nächsten Jahre nicht akut ist? Entflechten wir diesen Verband. Das, was Sie für morgen fordern, ist dort gesagt worden, aber nicht auf politischen Druck, wie Sie behaupten, sondern genau vom Gegenteil her. Ich glaube, es waren alle gut beraten. Das war die Berichtigung.

Nun, wie ist es wirklich passiert? Ich habe unmittelbar nach der Landtagswahl ein Schreiben vom Bürgermeister von St. Johann in der Haide bekommen. Er sagt: „Die ÖVP hat in der Steiermark nicht mehr die Mehrheit, verhindern Sie, Herr Klubobmann, Sie haben jetzt ja die Mehrheit gemeinsam mit dem Rader, daß im Kaiserwald eine Mülldeponie kommt.“ Er hat dann ein Rundschreiben herausgegeben: „Die ÖVP fühlt sich nicht mehr verantwortlich, denn jetzt hat in der Steiermark die SPÖ mit der FPÖ die Mehrheit, und daher werden die den Kartwald verhindern müssen, wir machen das nicht mehr.“ Das ist parteipolitische Müllpolitik, die wir nicht wollen. Wir stehen zu jedem Standort, zu jedem Standort, den der verantwortliche Landesrat Pörtl vorschlägt, und Sie können uns beim Wort nehmen, nur, er muß den Mut haben, auch Standorte vorzuschlagen. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 20.50 Uhr.)

Präsident: Ich erteile zu einer weiteren tatsächlichen Berichtigung dem Herrn Abgeordneten Ing. Löcker das Wort.

Abg. Ing. Löcker (20.50 Uhr): Herr Kollege Trampusch, das, was Sie über das Angebot von Unterpremstättner Gemeindefunktionären hinsichtlich des Standortes gesagt haben, ist mehr als zehn Jahre alt, das war eine private Initiative von einigen Grundbesit-

zern. Die Optionen, die der Herr Schöffl sich damals dann zugelegt hat, treffen auf den heutigen Deponiestandort in keiner Weise zu und sind überhaupt nicht vergleichbar. Erstens weder zeitlich, noch zweitens räumlich, ist völlig anderer Kaffee. (Abg. Trampusch: „Ich wollte nur sagen, wer den Kaiserwald ins Gespräch gebracht hat, weil das heute anders dargestellt worden ist!“) Wenn der Bürgermeister von St. Johann oder jeder, der für eine Müllstandortgemeinde auserkoren ist, sich wehrt, dann habe ich dafür Verständnis. Wir sind doch keine Waisenknaben, daß das für einen Bürgermeister angenehm ist. (Abg. Trampusch: „Aber Sie haben gesagt, wir machen Parteipolitik!“) Das ist ja doch selbstverständlich! Nun haben aber die Bürgermeister trotzdem gesagt, wir würden dieses Opfer tragen – obwohl es ÖVP-Bürgermeister sind –, und trotzdem hat man dann nur mit den Stimmen der sozialistischen Gemeinden über Einfluß von oben und über kurzfristige Meinungsänderung aus taktischen Gründen – das ist nachweisbar – diesen Standort abberufen, und das ist der Sachverhalt. (Beifall bei der ÖVP. – 20.52 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schleich.

Abg. Schleich (20.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Wenn ich jetzt, wenn es um die Mülldeponie geht, noch Stellung nehme und die Zeit hinausschiebe, dann gibt es einen besonderen Grund. Ich will heute noch zwei Punkte anbringen.

Der eine Punkt geht zurück auf den Abgeordneten Kowald, der hier gesagt hat, „in Leibnitz ist das Wasser in Ordnung“, es wird so sein – ich habe inzwischen auch gesprochen mit ihm –, aber in seiner Gemeinde. Mit meiner Gemeinde, mit Bairisch Kölldorf, gehören wir zum Leibnitzer Wasserverband, Grenzland Süd-Ost, und dort muß ich sagen, das Wasser kommt aus dieser Gegend, natürlich aus verschiedenen Brunnen, das stimmt auch, da ist es noch nicht in Ordnung. Denn es ist erst ein paar Monate her, wo wir laut Attest festgestellt haben, daß man dieses Wasser an Kinder nicht weitergeben kann. Eine junge Mutter ist zu mir gekommen und hat gesagt, sie will eine Lösung. Wir haben ihr ein Mineralwasser gegeben, ist keine Frage, wir haben dieses Problem für sie gelöst.

Aber ich möchte hier aufzeigen, und ich weiß, daß man dort Wasserschutzgebiet gemacht hat und bemüht ist, daß man das wirklich in den Griff bekommt – und ich hoffe auch, daß man es in den Griff bekommt –, denn es ist einfach für unsere Kinder nicht verantwortlich, glaube ich, daß man hier nicht wirklich eingreift, denn Sie wissen ja, wie viele an dieser Wasserleitung wirklich hängen. Ich glaube, da ist so viel Geld investiert worden, man muß sich hier wirklich weiter bemühen – es ist jetzt schon etwas besser, das möchte ich auch hier sagen. Wir sind momentan unter den Grenzwerten, aber man muß hier sicher noch wirklich einschreiten und noch wesentliche Verbesserungen fortführen.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage das deshalb, weil ich ein anderes Problem in meinem Ort habe, wir haben zwei Wasserleitungen.

Meine Vorgänger haben damals einen Brunnen für Bad Gleichenberg bei uns machen lassen, da geht die Leitung durch, und einige Bürger hängen eben an der Wasserleitung von Bad Gleichenberg, und einige hängen an Grenzland Süd-Ost, das ist unsere eigene Gemeindewasserleitung. Wir müssen ja dort die Gelder zurückzahlen, und die Leute wollen immer bei der Gleichenberger Wasserleitung anhängen, weil das Wasser eben noch nicht in Ordnung ist beziehungsweise sie noch nicht das Gefühl haben, daß sie hier wirklich mit ruhigem Gewissen anschließen können. Ich möchte das Problem nur hereingeben, ich weiß, daß hier vieles getan wird. Ich hoffe, daß es in Zukunft noch schneller vorangeht.

Aber es gibt ein zweites Problem im Raabtal. Dieses Problem möchte ich wirklich hier aufzeigen. Das ist das Problem: In Fehring soll eine Schrötanlage mit Schwelofen installiert werden. Ich glaube, dieses Problem ist wirklich ein großes Problem, denn das ist ein I2-Grund, aber ein alter I2-Grund – denn laut heutigen Richtlinien des Flächenwidmungsplanes mit dem neuen I2 hätten wir sicher das Problem nicht, denn da wäre diese Anlage wahrscheinlich nicht aufzustellen. Aber das alte I2-Grundstück heißt, daß das I3 ist und daß dort unter Umständen sogar eine Sondermüllverbrennungsanlage entstehen könnte.

Wenn man weiß, was diese Anlage kostet und wieviel diese Anlage pro Tag verwerten kann, dann ist natürlich die Gefahr da, daß hier nicht nur Autos zerschrottet und dann verheizt werden mit über 1000 Grad, daß hier Gase entstehen – Plastik, Kunststoff und so weiter. Ich bin kein Chemiker, da wird der Herr Dipl.-Ing. Getzinger sicher besser Bescheid wissen, er war ja dabei bei einer der Bürgerversammlungen.

Ich glaube, hier wird man sicher einwirken müssen, und morgen ist ja in der BH Feldbach eine Verhandlung, wo Herr Hofrat Dr. Rupprecht ja dabei sein wird – er ist hier, ich begrüße ihn ganz besonders. Ich hoffe, daß er sich hier einsetzen wird. Es ist, glaube ich, der Herr Umwelthanwalt Dr. Oswald hier, und ich hoffe, daß sich die zwei Herren hier wirklich einsetzen werden, daß diese Anlage nicht in das Raabtal kommt. Denn wer, glaube ich, die geographische Lage kennt und das Raabtal – wir wissen alle, hier gibt es das Thermenland –, und ich glaube, es paßt ja wirklich nicht zum Thermenland, daß man dort eine solche Anlage hingibt, wo man den Fremdenverkehr hinbringen will und wo die Grenzregion ja sowieso immer benachteiligt war. Die Grenzregion hat immer weniger bekommen wie andere, und jetzt will man etwas hingeben, was wir nicht brauchen können.

Ich glaube, man sollte den Fremdenverkehr forcieren, man soll dort Gewerbebetriebe, die bis zum neuen I2 dort möglich sind, installieren, aber keine Verbrennungsanlage. Wir haben genug Industriegrundstücke, und ich glaube, das kann man sicher woanders hingeben. Ich weiß, diese Anlage hätte schon von der Firma Kovac in Kapfenberg aufgestellt werden sollen, dort war es ein betriebliches Problem, daß man sie nicht aufstellen konnte. Ich hoffe, daß hier wirklich die zuständigen Behörden einschreiten und daß das nicht zustande kommt. Ich hoffe auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, daß Sie dahinter-

stehen und für dieses Anliegen natürlich Verständnis haben. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 20.55 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky.

Abg. Ing. Kinsky (20.56 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte nur den Versuch unternehmen, zu dem, was ich bei den zahlreichen Debattenbeiträgen zur Umweltproblematik gehört habe, einen Vorschlag zu unterbreiten. Ich habe vernommen, die einen sagen, es ist in der Steiermark zuwenig geschehen, die anderen sagen, es ist genug geschehen.

Ich glaube, daß im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten von den zuständigen Regierungsmitgliedern, von Riegler, Schaller und Pörtl, alles ausgeschöpft worden ist, was nur möglich war. Ich bin aber davon überzeugt, daß dies zuwenig ist. Wenn ich mich beziehe auf die Worte des Klubobmannes Trampusch, er hat davon gesprochen, „der Politiker sollte auch Mut haben, und die Politik müßte auch in der Zukunft gerade in der Lösung von Umweltfragen Mut haben zu unpopulären Maßnahmen“.

Ich gehe von folgendem Faktum aus, der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis hat das auch schon erwähnt ganz kurz, von folgendem Faktum, was mir für die gesamte Umwelt am gefährlichsten erscheint.

Wir lesen Woche für Woche in den Zeitungen und in den Medien über das Ozonloch und über den Treibhauseffekt. Die Wissenschaft sagt uns nun, daß 55 Prozent dieses Treibhauseffektes vom Ausstoß des Kohlendioxids geschieht. Vier Fünftel dieses Kohlendioxidausstoßes basieren nun auf Verbrennung von fossilen Brennstoffen. Wenn ich weiter bedenke, daß die Entwicklung in der Welt dahin gelaufen ist, daß wir im Jahre 1950 1,7 Milliarden Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen haben, in die Luft gejagt haben, 1990 bei 6 Milliarden Tonnen angelangt sind und die Prognosen, wenn nichts geschieht, lauten, daß wir im Jahr 2000 9 Milliarden Tonnen Kohlendioxid ausstoßen werden. In Österreich gibt uns das Bundesamt bekannt, daß Österreich im Jahr 1990 53 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen hat. Und weiter gibt das Umweltamt bekannt, daß von diesem Ausstoß 20 Prozent aus der Stromerzeugung passieren, 24 Prozent aus der Industrie, 29 Prozent aus dem Verkehr und 24 Prozent vom Kleinverbraucher und von den Haushalten. Ich glaube, ohne daß wir den Menschen sagen, daß eine gesunde Umwelt einerseits und die Sanierung der begangenen Fehler auch jedem Geld kostet, wird es nicht gehen. Das mag vielleicht unpopulär sein, aber sonst werden wir nicht zu Rande kommen. Und ich beziehe mich auf Dinge, die bereits in Schweden 1991 und in Dänemark 1985 durchgezogen worden sind. Und zwar eine Ökosteuer auf die fossilen Brennstoffe. Ich schließe mich vollinhaltlich einer Resolution an, die heute der Steirische Waldbauernverband bei seiner Jahresvollversammlung an den Finanzminister gestellt hat. Ich glaube, wir brauchen auch in Österreich eine solche Ökosteuer auf fossile Brennstoffe. In Schweden und in Dänemark wurden hier die Stahlschwerindustrie, Papierindustrie, die Zementindustrie ausgenommen deswegen, weil

sie einen besonders hohen Bedarf haben und dadurch nicht mehr konkurrenzfähig wären. Aber würden wir die gleichen Beträge einstellen wie Schweden und Dänemark, würde das bedeuten 1,10 Schilling je Kilogramm Kohle, 1,30 Schilling je Liter Öl und 1,20 Schilling je Kubikmeter Gas. Würden wir das in Österreich einführen, hätte der Staat eine Einnahme von 30 Milliarden Schilling. Und nachdem wir alle gehört haben, was noch alles zu tun ist und wieviel Geld das kosten wird in der Zukunft, um unsere Umwelt zu sanieren, glaube ich, ist dieses Geld dringend notwendig, und es könnten so manche Projekte von Biobrennstoffanlagen, die derzeit im Raum stehen, und ich sage, daß die Steiermark hier führend ist in allen Bundesländern mit ihren Anlagen, könnte Wirklichkeit werden. Wenn ich nämlich überlege, daß wir derzeit 16 Anlagen in der Projektierung fertig haben für Brennstoff, Fernwärmanlagen mit Biobetrieben für 1992; diese Anlagen würden einen Bundeszuschuß von 55 Millionen Schilling benötigen. Wir wissen aber, daß der Bund insgesamt für ganz Österreich 60 Millionen Schilling für solche Anlagen als Zuschüsse ausschüttet. Grund: weil nicht mehr Geld vorhanden ist. Also glaube ich, wenn wir wissen, daß solche Anlagen an zuwenig Geldmittel scheitern, dann müßten wir Formen finden, um diese Geldmittel in die Kasse zu bringen. 550 Hausanschlüsse könnten wir heuer zusätzlich mit diesen Fernwärmebioanlagen in diversen Gemeinden anschließen. Ich glaube, wir werden nicht umhin können, denn auch die EG diskutiert bereits eine solche Ökoabgabe, und wir würden gut beraten sein, wenn wir dem Volk erklären, daß nur, wenn alle auch finanziell beteiligt werden und alle mit Finanzen dafür sorgen, daß unsere Umwelt wieder heil wird, daß sie dann gerettet werden kann. Ich glaube, es ist besser, wir zahlen jetzt alle ein, als daß wir vielleicht feststellen müssen, daß unsere Enkel und Urenkelkinder in dieser Welt nicht mehr existieren können. Ich danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 21.02 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (21.02 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die heutige Diskussion um die Umwelt hat Gott sei Dank im letzten Moment noch ein realistisches Bild dargestellt, denn es hat ja zu Beginn fast nach ein bißchen Schocktherapie ausgesehen. Aber dann ist eigentlich der Kreislauf des Dankes in der Runde gewesen, dem ich mich anschließe. Nur wenn es konkret wird, wenn die Entscheidung zu treffen ist, dann muß ich ganz offen sagen, ist die Courage nicht immer im Überfluß vorhanden. Und es haben einige Diskussionsbeiträge das unmittelbar und sehr stark unterstrichen, vor allem zum Schluß, wo man sieht, daß in Wahrheit die Frage der Betroffenheit in der heutigen Zeit die wesentlichste Frage ist. Wie betroffen sind wir? Ich habe bei der Diskussion fast ein bißchen romantisch und nostalgisch nachgedacht, als ich ein kleiner Bub war: Der Hausbrunnen, drei Meter daneben der Misthaufen, der Holzstoß und ein altes Fahrrad in der Hütte, und beim Einkaufen keine Probleme, eine Wagenschmiere, Zucker, Salz und finito. Eine Peitsche ab und zu für die Kühe, denn wir

haben noch die eigene Energie gehabt. Ich glaube, daß man sicherlich dieses Beispiel in den Raum stellen kann. Nur, in Wahrheit sind einige Diskussionsbeiträge und fast alle drinnen gewesen, daß wir im Grunde eine gewaltige und wahrscheinlich die letzte Chance haben, mit der Wissenschaft, mit der Technik, mit dem Hausverstand, vor allem auch mit der Wirtschaft, mit dem Unternehmerischen diese Frage zu lösen. Umwelt und Ökologie muß eine marktwirtschaftliche Linie bekommen. Und ich glaube daher, daß im Grunde sehr viele Dinge hier eine Rolle spielen, aber vor allem eine psychologische Frage im Vordergrund steht. Ich habe das mehrmals massiv erlebt mitten im Kaiserwald, der Dr. Ebner war dabei. Da ist etwas los in der Hütte, ganz offen geredet, da ist Bewegung drinnen, und trotzdem ist in dieser Frage die realistische Darstellung der Fakten auch das einzige Mittel, daß wir zumindest wieder auf den Boden der Realität in der Diskussion kommen. Und ich glaube daher, da muß ich den Kollegen Dipl.-Ing. Getzinger ansprechen, mit den Negativvermehrern allein werden wir das nicht schaffen. Wenn ich also praktisch nur sozusagen mit dem Aufzählen der Fakten, wenn ich da so ein paar Sachen herunterlese, rote Laterne, Brunnenvergifter, umweltpolitisches Mittelalter, und so geht es weiter. Ich muß ganz ehrlich sagen, erfolglose Reparaturwerkstatt, hektisches Krisenmanagement, ja – Feuerwehraktion. Wir werden alles machen müssen, verehrte Damen und Herren, liebe Freunde, Flächenbrand im umfassenden Sinn. Und die allerwichtigste Frage ist nach meiner Überzeugung, daß wir bei der Natur wieder ein bißchen Maß nehmen. Und was macht die Natur? Sicher dort und da Überfluß. Aber erstens Kreislauf und zweitens nicht diese Verschwendung in der Form, wie wir uns ab und zu bewegen. Da denke ich ganz speziell an jene Frage, daß wir mit den Fliegern, mit den Schiffen, mit den Autos durch die Welt rundherum sausen, wir selber haben Lustgefühle, Urlaub. Ich habe vor kurzem einen Fernsehbericht gesehen, daß es einen durchschüttelt. Diese wunderbaren Gebiete werden dann noch niedergetrampelt von den Wohlstandsregionen. Das sind ganz zentrale Fragen, wo wir deshalb sehr bewußt vor allem auch die Frage Klimabündnis auch im Land Steiermark, wie Graz, vor allem auch Hartberg, sozusagen als eine zentrale globale Mitverantwortung in den Mittelpunkt stellen müssen.

Liebe Freunde, ich bin also vor allem ein Handwerker, Ihr wißt es alle ganz genau. Für alle Dinge haben wir das normale Steuersystem, für alle Dinge, sehr, sehr viele Dinge, aber gerade für die Umwelt müssen wir eine eigene Abgabe haben, müssen wir einen psychologischen Druck drauflegen. Diese Frage stelle ich wirklich in den Raum, weil man damit sozusagen eine emotionelle Negativauswirkung in Wahrheit hat, und ich glaube vor allem, daß das Aufbringen über die bestehenden Finanzquellen eine Frage ist, aber – das ist zum Schluß vom Kollegen Ing. Kinsky angesprochen worden – ein gerechtes Steuersystem, nicht nur nach sozialen Gewichtigungen, sondern vor allem nach der Frage der Umweltgerechtigkeit, der Kostenwahrheit.

Es gibt ja auf weiten Strecken eine Kostenunwahrheit, am allerbrutalsten in der Atomenergie, wo sie uns irgendwo „eingelullt“ haben und gesagt haben, das ist

die sauberste und die billigste Energie. Jetzt strahlen diese sogenannten Atomzeitalterdenkmäler, daß sich noch wahrscheinlich Generationen davor fürchten müssen und uns alle in Angst und Schrecken versetzen, gar nicht zu denken, wenn etwas passiert, welche Auswirkungen das in Wahrheit wirklich hat.

Daher glaube ich, daß sicherlich beides passieren muß, und ich denke ganz einfach: Wenn ich meine Kinder zu Hause – so oft ich sie sehe – aufputze und ihnen ein „Reiberl“ gebe und laufend die Buben schon fast die Haare aufstellen, wenn sie mich sehen, dann betakeln sie mich und sagen mir nicht alles, da bin ich abgefahren. Ich glaube aber trotzdem, so wie in die Schule eine Note gehört, daß eine Rüge gehört, das heißt die Strafen, konsequent die gesetzlichen Vorgaben und vor allem das Weitertreiben, aber bitte dann auch die ganze direkte Wahrheit. Das muß ich schon auch dazusagen, denn wenn wir im Parlament in Wien – ich muß mich da ein wenig hinüberlehnen zu euch, zu der freiheitlichen Riege – nicht zustimmen beim Wasserrechtsgesetz, weil es viel zu lax, viel zu gemütlich sei, und auf der anderen Seite härtere Strafen beinhaltet durchgreifen, nachher bitte bin ich gerne bereit, das in den Raum zu stellen. Es gibt strafrechtliche Bestimmungen, das kann man ohne weiteres beim Staatsanwalt, beim Gericht dort abliefern, wenn so etwas ist. Da ist nichts mehr mit der Schiebung, da gibt es strafrechtliche Voraussetzungen, wenn es also um Brunnenvergifter geht, wie es dargestellt ist, daß man da strafrechtlich ganz unmittelbar in Wahrheit einschreiten kann.

Nur die zweite Variante, die muß ich jetzt aber massiv unterstreichen. Ich habe schon einmal den Ehrentitel „Beschwichtigungshofrat“ bekommen, das ist mir ganz gleich, sage ich ganz ehrlich. Ich bin also persönlich überzeugt, und ich habe das erlebt bei der Vorbereitung für die allerwichtigste Maßnahme, das ist vor allem die Frage der Vermeidung. Aber bitte überall, im Bereich Wasser, im Bereich Abwasser, im Bereich Abfall, ist die Vermeidung oberstes Gebot. Wir urassen mit dem Wasser, ja bitte, wo man sich das gut überlegen müßte, was man alles mit diesem herrlichen Trinkwasser mit schwersten Auflagen in den Wasserschutz- und Schongebieten – von den herrlichsten Gebirgsbächen, das lassen wir herunter, und in Wien tun wir Autowaschen oder urassen sozusagen ganz locker herum – ob man nicht auch technologisch massiv dort genauso forschen muß, brauche ich überall das Transportmittel Wasser.

Das ist wahrscheinlich eine ganz entscheidende Frage, und ich will es nicht übertreiben, aber ich habe gehört, daß es in Japan dort und da gar nicht mehr anders geht, und ich will nicht das „Herzklö“ aus Brettern wieder haben. Aber in Japan gibt es bereits andere Technologien, auch in dieser Frage bin ich also persönlich überzeugt, daß vor allem das Positive, die Motivation, ebenfalls notwendig ist, ich muß da noch einmal ein wenig nachhelfen.

Wir haben uns mit dem gesunden Boden schon beschäftigt, da haben manche das noch abgestritten, ob der Boden überhaupt lebt. Das wissen gar nicht alle, ob der Boden lebt. Wir haben leider eine Situation, daß in manchen Teilen der Welt wahrscheinlich manche gar nicht ahnen, daß der Boden lebt. Vor kurzem haben wir versucht, in der Frage Klärschlammauf-

bereitung eine technisch-biologische Lösung zu finden, wo derzeit in den osteuropäischen Ländern bei Zigtausenden Hektar ein generelles Ausbringungsverbot für Wirtschaftsdünger und generell für Dünger da ist und die tierische Veredlung grundsätzlich nur mit einer Aufbereitung möglich ist. Dort ist das gesamte Gefühl für Grund und Boden und für Natur auf weiten Strecken verlorengegangen. Wenn ich also an unser Ökoprogramm 2000 denke, an die Bioenergiewelle, was bei uns gelaufen ist, bitteschön, da sind wir im Solarbereich Weltmeister in weiten Gebieten, das muß man bitte dazusagen, und daher soll uns das beflügeln.

Weil ich schon bei der Solarenergie bin. Ich möchte einen Landesrat kennen, der nicht ganz gern ein Förderungsprogramm macht. Wir werden eines machen müssen, weil das eine sinnvolle Sache ist. Wir müssen aber auch die Finanzierung zusammenbringen, trotz der politischen Unterschiedlichkeit, wenn es um die Sache geht. Oft ist nicht nur der Wille, sondern auch das Geld notwendig. Daher werden wir uns also die Finanzierung überlegen müssen, in welcher Form und in welchem Ausmaß diese Förderung gemacht wird. Denn die wahre Bioenergieproblematik liegt auf weiten Strecken eher bei der Bioenergie, das heißt bei der Rinden-, Holzschnitzel- und Restholzvariante, weil uns die billigen Ölpreise in Wahrheit und im Grund diese Projekte kurzfristig in Frage stellen. Daher wird man die Investition mit namhaften Förderungen finanzieren müssen. Nur, dort ist ja auch nicht diese Kostenwahrheit da, wenn ich an die CO₂-Auswirkung denke. Daher ist diese CO₂-Abgabe mit gleichzeitiger Entlastung punkto Besteuerung der Arbeitskraft ein gerechter und richtiger Weg, und ich bin dankbar, daß der Vorschlag grundsätzlich von allen Parteien in diesem Hause unterstrichen wird.

Wenn also schon gesprochen worden ist, daß die Ministerin da sozusagen sich nicht richtig durchsetzt, im Nationalrat wird halt abgestimmt. Allein wird sie es nicht packen, das muß ich schon auch dazusagen, daß ich sozusagen meinem Innenleben nicht untreu werde – als Abgeordnete haben wir immer gerne kontra geredet. Ich muß das schon dazusagen, daß unsere Bundesministerin das bitte sehr präzise öffentlich und vor allem durchargumentiert dargestellt hat, diese Form einer vernünftigen zukünftigen Maßnahme, und zwar „steuern durch Steuern“. Wir haben die Vorbilder bereits in den Wortmeldungen kennengelernt, die skandinavischen Länder sind uns da voraus. Wir sind also aufgerufen, vor allem auch in Österreich diesen Schritt zu machen, weil wir uns so viel Sorgen machen auf weiten Gebieten, daß unsere Umwelt, unser Umweltbonus in Frage gestellt werden könnte, wenn die Integration kommt. Da könnte man ein ganz konkretes Beispiel setzen.

Vor allem auch in der Frage Abwasserwirtschaft, verehrte Damen und Herren, wissen alle das Volumen und vor allem den Stand der derzeitigen Abwasserstrukturen. Wir haben die 53 Prozent Entsorgungsgrad hauptsächlich in den Ballungsräumen, aber in zweiter Linie ist die abwasserwirtschaftliche Entsorgung in den ländlichen Gebieten mit schwacher Finanzkraft und vermehrten Kosten der nächste große Schritt.

Kollege Trampusch und ich waren bei den Entscheidungen des Wasserwirtschaftsfonds anwesend und haben versucht, keinesfalls eintreten zu lassen, daß

mit der Verländerung automatisch das ganze Gewicht auf die Länder abgeladen wird und die Gesetze in Wien gemacht werden. Das können wir bitte nicht zulassen. Da werden wir auch nach allen – ja, da muß man aufpassen – Methoden greifen, ich habe fast etwas anderes im Mund gehabt, damit wir auf dem Gebiet zumindest den derzeitigen Status halten. In weiterer Folge müssen wir alles unternehmen, daß wir vor allem alle anderen Modelle offensiv möglich machen. Ja bitte, es gibt einige Beispiele. Und ich weiß, daß jetzt irgendwelche Missionare herumrauschen, damit wir an einem einfachen klassen Abend das ganze Problem von der Hüfte raus blitzartig gleich lösen. Wir sind bereit, und das Prinzip – ja, du lachst nicht umsonst, ich weiß, daß du da mitmischst, der Chibidziura, nur er ist sozusagen auf das Trittbrettl hinaufgesprungen (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Was paßt dir nicht?“), du, wenn das der Korber sagt, dann sage ich, es stimmt. Aber du bist schon ein „odrahter Kerl“, mein lieber Freund!

So einfach geht es nicht. Den Instinkt traue ich dir sicher zu, so wie bei der Blasmusik, daß da sofort ein wenig zu machen ist. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Paßt dir etwas nicht?“) Das taugt mir ja, du mußt wirklich ganz mitgehen, das möchte ich dann schon haben, daß du ganz auf die Reise mitgehst, weil so einfach geht das bitte nicht – dort in der Hütte einheizen, und dann soll der Bürgermeister weiterschwimmen. So einfach können wir uns das nicht erlauben. Ich bin aber sehr, sehr dankbar, daß vor allem auch ausgesprochen worden ist, bitte, wir müssen einen Weg finden, daß wir die Latte nicht so hoch haben, daß alle nur mehr unten durchrennen und der Effekt null ist. Und das Wort „Stand der Technik“, da muß ich ehrlich sagen, habe ich Magensausen. Weil da wirst überhaupt nicht fertig, da muß ja fast ein Computersystem in Europa haben, wenn wo etwas Neues ist, daß nicht in der nächsten Verhandlung irgendein Sachverständiger, wenn entschieden worden ist, dich aufs Kreuz legt. Das heißt, wir müssen den Stand der Technik relativieren. Wir sind bereits österreichweit mit den Kollegen aus Niederösterreich, Kärnten und Oberösterreich in Kontakt, und es wird überlegt, wie man einen pragmatischen Übergang findet. Mit dieser harten Linie ist in Wahrheit ja eine nationale Kriminalisierung zum Teil passiert, wenn wirklich mit der Lupe durchgegangen wird. Und daher werden wir versuchen, auch diese Möglichkeiten der biologischen Klärung zu nutzen. Das heißt Wurzelraumsorgung, das ist ja gar nichts Neues, hat der Pörtl Erich in seiner Urzeit gehabt, das Mistsupperl ist rausgeronnen beim Hoftor, Dotterblumen, Binsen, Seggen und das ganze Zeug, was heute dort gesetzt wird, und unten im Bach sind die Forellen geschwommen, die wir selber rausgefangen haben. Das darf ich heute schon sagen, liebe Freunde! Aber da haben wir noch nichts gehabt, keinen Haarfestiger, keinen Spray dort, Spray da, Finger-nagellack und alles, was drum und dran ist, sondern da waren wir ganz natürlich. Und daher glaube ich, müssen wir vor allem diese Frage so bewältigen, daß wir sie verantworten können. Und wir werden da – ist ja alles bekannt – so dezentral wie möglich, so zentral wie notwendig, nach biologischer und mechanischer Reinigung vorgehen. Aber bitte, die Finanzierung spielt eine Rolle. Ich kann ganz locker irgendwas hinschleudern, und nachher bei den Betriebskosten liege

ich am Kreuz oder ich bin nicht in der Lage, diese Werte zu liefern, die vor allem notwendig sind. Wenn alles einsichtige Leute wären, wäre es ja einfach. Aber wenn einer den anderen anzeigt und „das Safterl rinnt wo herunter“ und die Überprüfung findet statt, dann ist praktisch die strenge Handhabung des Gesetzes die nächste Geschichte. Das heißt, da will ich nicht irgend jemanden in eine Gasse hineinjagen, und die Bürgermeister oder diejenigen, die praktisch die Anlage machen, sind, öffentlich unterstützt, straffällig geworden. Daher haben wir einen eigenen Arbeitskreis mit Hofrat Saurer, wo diese Frage der bestmöglichen Klärleistung vor allem auch in den dezentralen Anlagen behandelt wird. Wir müssen auch ganz offen reden. Jene, die von Haus aus Wirtschaftsdünger von tierischen und auch menschlichen Abfällen ausbringen, ihr wißt so, welche ich da meine, daß diese Gelegenheit bitte schon ausgenützt werden könnte, ist ganz normal. Aber bei den Grauwässern müssen wir uns überlegen, entweder welcher Input passiert, wenn ich es ausbringe, oder – und die nächste Frage, welche Regionen dürfen noch wachsen oder müssen abwandern, bleiben steril? Das heißt, die Frage Raumordnung, Baulandausweisung ist damit unmittelbar und indirekt vorhanden, und ich hoffe vor allem auch auf dieser Ebene, daß wir zu einem vernünftigen Weg kommen, weil in erster Linie der Unmut in den ländlichen Gebieten vielfach dort liegt, weil wir wahn-sinnig große Kubaturen haben, ungerechte Berechnungsschlüssel. Wir werden also bei den Kanalabgaben versuchen – der Arbeitskreis läuft bereits –, diese Frage so zu lösen, daß die erste Etappe erreicht ist, und die zweite Etappe ist ganz entscheidend notwendig, daß wir die Frage bestmögliche Klärleistung umsetzen können. In der Abfallwirtschaft ist angesprochen worden – ich kann mich noch gut erinnern, als ich die Verantwortung übernommen haben, haben manche geglaubt, ich überblicke das nicht, was da mit mir jetzt geschieht. Nur, das habe ich relativ genau gewußt, um was es hier geht, weil ich ab und zu in die Kirche gehe und auch beim heiligen Sankt Florian vorbeigehe. Der ist gerade vorher wieder da zum Antreffen gewesen. Gott sei Dank, in der Landstube, sonst hätten wir gemeint – (Abg. Trampusch: „Das hat aber mehr mit einem Schwarzpeterspiel zu tun gehabt!“) Ja, bitte schön, mir kommt vor, da bleiben wir uns nichts schuldig, denn wenn ich an die Sankt Johanner Geschichte denke, das hat schon einen Grund gehabt, weil klassisch gemacht, auf Bezirksebene einstimmig beschlossen, wir stehen zur Stange, überhaupt keine Frage. Die Burschen in Sankt Johann sind mit der Bürgerinitiative mit 150 Atü dagegengefahren, daß es 'kracht hat. Und unsere Leute sind wie die Böcke dort gestanden. Da haben sie gesagt, aha, das sind die, die unser Heimatland vertun wollen. Und daher haben wir in dieser Frage – das ist eben so, daß ein Bürgermeister – Ja, den wird es immer geben. Die Allhauer haben ja gesagt, der Pörtl Erich und der Lind Seppl haben ihn festgelegt, nicht der Herrgott mit der Lehmschichte. (Abg. Trampusch: „Du kannst nichts dafür, aber wenn man sagt, es gibt 18 Standorte in Hartberg, dann sagen die Sankt Johanner: Warum nicht wir!“) Da gibt es immer ein Argument. Das ist ja das Problem! (Abg. Trampusch: „Im Landtag ist mit Stolz gesagt worden, wir haben 18 Standorte nur im Bezirk Hartberg!“) Ja, 18 Standorte wurden genannt, Ihr müßt es

genau nachlesen im Protokoll, wurden genannt! Das heißt, die Regionalität ist vorhanden. Und da sind wir bereits unmittelbar beim Thema, wo sozusagen dieser Streit ist um regional oder zentral oder oberzentral.

Rader, du schaust mich gerade so an, du bist der Oberzentralvertreter, weil einmal hast schon so eine Bürgerinitiative, eine Umfrage gemacht, wo es geheißen hätte, einen großen Müllverband – Puff, Tschinbumm, Habtacht – und da müssen sie alle hineinhausen in die Grube.

Politisch kann ich mir das lebhaft vorstellen, daß das politisch gepaßt hätte, Ihr da entscheiden und draußen das Feuer anzünden und uns alle hineinschicken in die Grube. Das heißt, in Wahrheit ist es sehr klar nachvollziehbar, daß diese Mitverantwortung – ich muß aufpassen – eine der wichtigsten Voraussetzungen ist, und zwar die Mitverantwortung im ureigensten Bereich, im eigenen Haushalt. Da sind ja geistige Prozesse im Gang, wo heute die Kinder – meine Barbara putzt mich auf, wenn ich mich da nicht anständig verhalte, und sagt, Papa, ich sage es, weil du weißt, bei dir gibt es aus, wenn du etwas umweltmäßig anstellst. Das heißt, wir haben also nachweislich, das ist bereits gesagt worden, in der Frage der Kompostierung flächendeckend – ich habe da Schaubilder mit, ihr braucht euch nicht fürchten, ich muß das ein bißchen zeigen, denn wir sind alle fernsehverwöhnt. Wenn wir etwas sehen, merken wir uns das besser. Wir haben vor allem Gemeinden mit getrennter Biomüllsammlung, das sind die gelb ausgewiesenen. Die Gemeinden mit Einzel- und Gemeinschaftskompostierungen sind die grünen im regionalen, örtlichen Bereich. Die grauen sind die Gemeinden, wo die Verwertung auf regionalen Kompostieranlagen erfolgt. In den weißen da sind jetzt gerade die Erhebungen zum Nachstoßen im Gange – in den meisten Fällen sind bereits die Planungen und die Errichtungen im Gange –, das heißt, wir werden also bis Ende 1992 dieses Ziel erreichen, wobei ich jetzt ein paar Worte zum Problem Mürzverband sagen muß.

Wir haben in einigen Regionen das Problem im Biomüllbereich, wo wir uns vor allem mit Anlagen behelfen müssen. Aber ich möchte wirklich bitten, Anleihe zu nehmen in jenen Regionen, wo das ohne hohe Investitionen passiert. Ich glaube aber, daß gerade im Mürzverband es uns gelingen muß, daß diese Deponie möglichst schnell jene Form annimmt, damit vor allem der Standort und eventuell ein zukünftiger Standort überhaupt eine Chance hat. Das ist, glaube ich, eine ganz entscheidende Frage, und wir werden uns bemühen – ich bin froh, daß der Kollege Ressel jetzt da ist, alleine würde ich es nicht schaffen –, daß wir also da versuchen, von der Finanzierung her solche Voraussetzungen auszuhandeln.

Wir haben in weiterer Hinsicht vor allem die Altstoffsammelzentren und Problemstoffsammelzentren. Wir sind wahrscheinlich im heurigen Jahr nicht in der Lage, ein komplettes Netz zu schaffen. Wir haben daher – ich muß das im Landtag öffentlich sagen – wahrscheinlich ohne die nochmalige Finanzierung im Jahr 1993 nicht die Chance, das flächendeckend zu machen, damit vor allem die Altstoffsammelzentren flächendeckend vorhanden sind. Dies als Voraussetzung für eine Bewußtseinsbildung und für eine Rückführung in die Kreislaufwirtschaft. Das Vermei-

den hat im Grunde genommen einen großen Schwerpunkt.

Wir werden erstmals mit der Wirtschaft eine Vermeidungskampagne steiermarkweit in den nächsten Monaten umsetzen, damit die Voraussetzung geschaffen ist, nach all diesen konkreten Maßnahmen, daß auch, wie es angesprochen worden ist, die thermische Verwertung moralisch vertretbar ist. Ich sage das ganz offen und direkt. Wir werden versuchen, möglichst schnell einen Standortkatalog anzubieten. Ich brauche nicht im Detail darstellen, nach welchen Schritten das passieren wird. Wir haben die Studie aufgelegt, wir haben in weiteren Verhandlungen mit den Experten über diese ausgewiesenen Standorte eine gewisse Reihung dieser Standorte vorzunehmen und werden nachher gemeinsam versuchen, mit der Bevölkerung weitestgehend in einer Bewußtseinsbildung, in einem offenen Verfahren, in einer offenen Information einen solchen oder solche Standorte auch konkret umzusetzen.

Ja, ich hätte noch eine ganz große Möglichkeit, alles abzugrasen. Ich möchte aber zusammenfassen und vielleicht noch konkret zur Frage Klärschlamm, Klärschlammkonzept eines sagen. Wir müssen uns ebenfalls anstrengen, möglichst viel von diesem Klärschlamm in den Kreislauf wieder hineinzubringen. Da müssen wir sehr präzise und genau untersuchen, vor allem auch Verarbeitungs- und Aufbereitungsmöglichkeiten und -methoden. Es gibt die Möglichkeit der Vermischung und der ganz normalen Aufbereitung über einen Rottevorgang, es gibt die Kompostierung. Wir werden also auf dem Gebiet sicherlich draufbleiben. Es steht fest, daß dieses Unbehagen in punkto Boden und Bodengesundheit in der Landwirtschaft von heute auf morgen nicht zu verändern ist. Daher werden wir vor allem bis zur thermischen Behandlung, also in diesen acht Jahren – wie es angesprochen worden ist, oder zehn Jahren – auch diese Variante sehr präzise weiterverfolgen, damit also diese Kreislaufwirtschaft tatsächlich zum Greifen kommt.

Ich möchte mich abschließend wirklich bedanken für die Bereitschaft, das mitzutragen, und ich möchte auch ganz offen sagen, angesprochen auf diese sogenannte Landesverantwortung: Ich stehe auch zu dieser Landesverantwortung, wenn die regionale Mitverantwortung ebenfalls mitinbegriffen ist. Ansonsten bin ich nicht überzeugt, daß wir heute etwas in die Hand nehmen sollen, was gestern noch ganz gut funktioniert hat.

Unter dieser Voraussetzung bin ich persönlich von dieser verstärkten Landesverantwortung überzeugt. Das ist sozusagen der Mut, der hier angesprochen worden ist. Von dem muß ich ehrlich sagen, habe ich ein bißchen etwas – ich erzähle also ab und zu von der Kombination mit der Motorsäge und dem Rasenmäher – Angst, bitteschön ja, gehört dazu, relativ viele Leute haben Angst, fast alle haben Angst. Ich habe da auch Angst gehabt, und die kleinen Kinder haben auch Angst, wenn sie das erste Mal in die Schule gehen, aber mit der Angst allein geht nichts. Das heißt, wenn ich einen verdreckten Luftfilter habe, da kann ich Benzin einfüllen was ich will, auch wenn ich den Jochen-Rindt-Sprit oder irgendeinen hochexplosiven Treibstoff habe, da geht nichts. Es gehört auch der gewisse mannhaftige Mut dazu, in vielen Regionen ist er

vorhanden. Ich möchte aber zum Schluß unterstreichen, weil gerade die Abfallwirtschaft im Mittelpunkt steht, daß die Weiterbildung der Akzeptanz, was Restmüll ist, ein weiterer Schwerpunkt sein muß.

Nur so haben wir eine Chance für weitere Deponiestandorte und Möglichkeiten. Ich möchte mich herzlichst bedanken, vor allem auch für die Bereitschaft aus der Wissenschaft, aus der Wirtschaft – uns begleiten permanent neue Technologien – und vor allem von den Ökologen her und von den Praktikern, die ganz konkret die Erfahrungen umsetzen.

Ich muß meinen Mitarbeitern, in erster Linie unserem Hofrat Dr. Rupprecht als Koordinator, den Hofräten Saurer, Jägerhuber und Grancy, die unmittelbar die Dinge tragen, Erich Meinx und allen Mitarbeitern im Büro, danken. Es ist permanenter Druck, wo auf der einen Seite pragmatisches Wissen und vor allem die Vision notwendig ist und das Offensein. In dieser Gesinnung – davon bin ich persönlich überzeugt – werden wir diese Herausforderung schaffen. Es wäre ja gelacht, daß wir diese Frage nicht lösen können!

Abschließend meine ich: Es gibt sehr viele Dinge, wo wir wissen, wie wir es lösen sollten, wir haben oft nicht die Kraft und die Fähigkeit, das zu lösen, darum möchte ich herzlich bitten. Das wird der Weg sein für die nächsten Entscheidungen und Mutproben, die uns sicherlich bevorstehen. (Allgemeiner Beifall. – 21.38 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba (21.38 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Nach dieser überaus sachverständigen, aber auch sehr menschlichen und in reinstem – ich hätte bald Ursteirisch – Hochsteirisch vorgetragenen Stellungnahme als Schlußwort des Kollegen Pörtl muß ich jetzt ins trockene Amtsdeutsch zurückkehren. Ich bin gefragt worden, wie das mit dem Unabhängigen Verwaltungssenat ist. Ich habe vor kurzem mit dem Vorsitzenden, dem Hofrat Dr. Domittner, eine Besprechung gehabt, und wir haben vereinbart, daß zu den derzeit neun Juristen, die mehrere Senate bilden, ab 1. Juni der zehnte dazukommt, der aber natürlich auch aus einer Landesdienststelle kommt, bei der er natürlich auch wieder ein Loch reißt. Und wir haben das deshalb innerhalb eines Jahres schrittweise besetzt, weil es erstens mit Ausschreibungen verbunden war und weil zweitens die Unabhängigen Verwaltungssenate in ganz Österreich übrigens erst jene Fälle zu bearbeiten hatten, die nach dem 1. Jänner 1991 angefallen sind, so daß sich ein gewisser Zeitraum der Überschneidung ergibt. Es heißt, alles, was in der Rechtsabteilung 5 oder in der Rechtsabteilung 11 oder 4 bis zum 31. Dezember 1990 angefallen ist in zweitinstanzlichen Fällen, mußte dort zu Ende bearbeitet werden, und erst, was nach dem 1. Jänner 1991 anfiel, in dem Unabhängigen Verwaltungssenat. Und daher haben wir uns geeinigt auf einen schrittweisen Aufbau, auch aus Gründen, die uns immer wieder sonst sehr gerne empfohlen werden, nämlich aus Gründen der zwar notwendigen aber sparsamen Personalvermehrung. Denn es ist eine reine Personalvermehrung,

weil es sich leider als Illusion herausgestellt hat, daß man in den Abteilungen, von denen die Herrschaften, sofern sie nicht aus Wien – es muß ja ein gewisser Anteil an Bundesbeamten hier übernommen werden – oder aus anderen Bundesdienststellen kommen, diese Dienstposten einsparen zu können. Nun, wie spielt sich das ab? Man sagt einer Abteilung, du hast bisher soundso viel 100 zweitinstanzliche Fälle zu bearbeiten gehabt, das fällt in Zukunft weg, bitte gibt uns ein, zwei Juristen, Juristinnen, damit wir ihnen die Arbeit im Unabhängigen Verwaltungssenat anbieten können. Die Antwort lautet, ja, das geht jetzt nicht, denn die haben ja nur zum geringen Teil diese Dinge bearbeitet. In Wirklichkeit haben die ja ganz andere Sachen überwiegend gemacht. Und mit einem halben Dienstposten kann ich dann etwas beginnen, wenn er, durch einen zweiten halben addiert, einen ganzen ergibt, aber ich kann die Dame oder den Herrn nicht teilen. Und außerdem haben die gesagt, wir müssen ja die alten Sachen noch aufarbeiten. Daher Reibungsverluste! Ich sage es nur, wie es in der Praxis sich wirklich abspielt. Aber der zehnte Posten kommt mit 1. Juni. Hofrat Dr. Domittner hat erklärt, daß er dadurch in die Lage versetzt wird, ohne Rückstände zu arbeiten. Diese Pressemeldung mit den riesigen Rückständen hat er selber auch medial dementiert. Die Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung – hier sind zwei erfahrene Beamte deshalb weggekommen, weil sie zum Unabhängigen Verwaltungssenat gegangen sind und wir froh sein mußten, daß sie dorthin gegangen sind. Weiters ist ein Jurist in ein politisches Büro und ein weiterer in die Rechtsabteilung 3, weil von dort zwei Juristen ebenfalls in ein politisches Büro gegangen sind. Das ist durchaus verständlich, notwendig, weil dieses Büro eine ganz andere Aufgabenstellung hatte als das Vorgängerbüro. Aber so kommen solche Engpässe zustande. Diese übrigens nach der Wahl, und ein weiterer Jurist ist von der Rechtsabteilung 4 ebenfalls in ein politisches Büro gegangen. Dadurch mußten wir rasch vorübergehend mit Ausbildungsjuristen, die allerdings eher schon in der Endphase ihrer Ausbildung waren, besetzen, und wir haben natürlich auch weitere sechs Juristenposten für den Unabhängigen Verwaltungssenat ausgeschrieben. Dies allerdings intern, weil die Juristen als Voraussetzungen eine fünfjährige Berufspraxis und die Dienstprüfung haben müssen. Dort kann ich nicht jeden Rechtsanwalt oder Notar nehmen. Und die anderen Juristenposten haben wir öffentlich ausgeschrieben und werden die Bewerber im Personalbeirat nach Absolvierung des Testverfahrens auswählen können. Hier hoffe ich auf ein ausreichendes Angebot. Soviel zu diesen Personalfragen.

Und jetzt komme ich zum Thema Natur- und Landschaftsschutz, das einen Grundbestandteil des sogenannten „Umfassenden Umweltschutzes“ darstellt. Dieser ist in der österreichischen Bundesverfassung seit 1984 verankert. Das, meine Damen und Herren, ist lang und gleichzeitig kurz. Ich bitte da um Verständnis. Und es ist der Naturschutz eine sogenannte Querschnittsmaterie. Das heißt, daß die Vollziehung des Naturschutzes allein durch die Naturschutzbehörden nicht ausreichend ist, sondern daß die Bedachtnahme auf Naturschutzfordernisse in verschiedene Fach- und Verwaltungsbereiche getrennt zu sehen notwendig ist. Dem sogenannten „amtlichen“ Naturschutz,

also jenem, für den die Länder zuständig sind, verbleibt aber noch ein reichlich großes Betätigungsfeld. Und in der Steiermark konnte sich der Naturschutz in den letzten Jahren erst eine ernstzunehmende Position erkämpfen. Ich muß das anerkennend sagen, denn es sind alle bereit, die Natur zu schützen. Nur, immer wieder ist die Situation so, daß derjenige, der nicht der Eigentümer eines Grundstückes ist, dieses Grundstück unter Schutz gestellt haben will, und da muß man jetzt die Eigentümer und diejenigen, die Unterschutzstellungsanträge stellen, erst an einen Tisch bringen. Das ist ein Verfahren, das fast „pötlische“ Menschlichkeit verlangen würde, hätte ich beinahe gesagt. Aber es ist etwas gelungen, und dazu haben zu der seriösen und zielstrebigen Arbeit unserer eigenen Landesmitarbeiter, auch das allgemein gestiegene Umweltbewußtsein und auch strukturelle Verbesserungen beigetragen. So wurde einem jahrelangen Anliegen, nämlich in allen Bezirken hauptamtliche Sachverständige für Naturschutz, die sogenannten Bezirksnaturschutzbeauftragten, einzuführen, in allen Baubezirksleitungen Rechnung getragen. Früher waren das ja Honorarmitarbeiter, die einen ganz anderen Beruf gehabt haben und auch nicht Landesbedienstete gewesen sind. Auch die budgetäre Besserstellung – ab 1985 hat sie begonnen – ermöglichte erstmals überhaupt eine längerfristige konzeptive Arbeit, denn es dauert sehr lange, bis ein Grundstück oder eine größere Fläche, die als schützenswert angesehen wird, durch Sachverständige überprüft ist und bis man dann mit dem Eigentümer auch zu einer Einigung kommt und letzten Endes bei allem Bekenntnis zur Sozialgebundenheit des Eigentums muß man trotzdem auch damit rechnen, daß der, der im Grundbuch als Eigentümer steht, gewisse Rechte geltend macht. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß wesentliche große Ereignisse vor uns liegen, die ein entschlossenes Handeln im Naturschutz erfordern, und zwar rasch. Ein Beispiel: Immer mehr Gemeinden werben mit dem sogenannten naturnahen Tourismus. Um aber mit der Natur Werbung machen zu können, muß sie auch in ausreichendem Maße vorhanden sein. Wir brauchen daher ein verbessertes Naturschutzgesetz, durch das die ökologisch und landschaftlich empfindlichen Teile des Landes möglichst bereits durch das Gesetz selbst geschützt werden. Das sind allen voran die alpinen Hochlagen, die Moore, die Feuchtbiotoppe und die Höhlen. Mit diesem erneuerten Gesetz soll aber auch eine Art „Privatisierungsschub“ in der Naturschutzverwaltung ermöglicht werden, weil wir sonst nicht weiterkommen. Denn wenn wir ohnehin unausweichlich bei den meisten Unterschutzstellungen mit Entschädigungsforderungen konfrontiert werden, können wir zumindest einen Teil dieser Unterschutzstellungen auch über Privatverträge erreichen. Ob diese Verträge jetzt in Form von Pachten oder Ankäufen oder auch sonst irgendwie getätigt werden, möchte ich dahingestellt lassen.

Das neue Naturschutzgesetz soll aber auch Vereinbarungen bringen gegenüber dem jetzigen. So werden die im Gesetz verankerten Landschaftsschutzgebiete immer wieder kritisiert, weil sie eine Ungleichbehandlung der Bevölkerung darstellen, denn je nach Grenzziehung dieser Schutzgebiete ist eine eigene naturschutzrechtliche Bewilligung entweder notwendig oder nicht.

Aus diesem Grunde wird überlegt, dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen und die Landschaftsschutzgebiete abzuschaffen und dafür jedoch einen Mindestlandschaftsschutz in Form einer Bewilligungspflicht für gewisse Vorhaben auf dem freien Land – so haben wir uns einmal ausgedrückt – einzuführen. Diesen Begriff vom freien Land bitte ich aber nicht mit dem Begriff Freiland im Sinne der Raumordnung zu verwechseln. Es ist vielmehr damit die Landschaft außerhalb von Ortskernen oder Ortschaften gemeint.

Schließlich besteht auch ein Handlungsbedarf im Hinblick auf neuere Bestimmungen, was das Befahren des freien Geländes betrifft.

Ich spreche hier ein ganz konkretes Problem, nämlich das sogenannte Mountainbiking an, das immer größeren Anklang findet. Dieses Radfahren im Gelände soll und kann nicht verhindert werden, wir müssen jedoch trachten, diese Aktivitäten in geregelte Bahnen zu lenken. Es gibt unzählige Haftungs- und damit Versicherungsfragen in diesem Zusammenhang zu klären, und nicht nur naturschutzrechtliche.

Aber aus all diesen Gründen habe ich der Rechtsabteilung 6 den Auftrag erteilt, bis zum Herbst dieses Jahres den Entwurf einer großen Naturschutznovelle, also Novelle zum bestehenden, oder überhaupt den Entwurf eines neuen Naturschutzgesetzes auszuarbeiten und die Erfahrungen anderer Bundesländer dort einzuarbeiten.

Seit 1985 ist der Naturschutz bemüht, nach und nach Artenschutzprogramme einzurichten. Das sind Bündel von Maßnahmen, die dem Schutz besonders gefährdeter und vom Aussterben bedrohter Arten dienen. Die bisherigen Erfolge dieser Artenschutzprogramme ermutigen uns, diesen Weg verstärkt fortzusetzen.

Seit 1985 wurde auch damit begonnen, systematisch die Schutzgebiete auf hohem Niveau zu erfassen und zu beschreiben, also einen Kataster zu erstellen. Das heißt, es wurden Aufträge an freischaffende Fachleute, an Institute und Arbeitsgemeinschaften erteilt, um naturräumliche Dokumentationen auf nationalem wie auch auf internationalem Niveau zu bekommen.

Die Summe aller dieser Tätigkeiten nennt man Landschaftsplanung, und sie ist die Voraussetzung für eine nachvollziehbare und verständliche Kategorisierung der Naturräume und ihres Schutzes. Die Neuordnung der Schutzgebiete ist aber auch deshalb unumgänglich notwendig, weil sowohl Abgrenzungen als auch Inhalte der alten Naturschutzgebiete heute vielfach nicht mehr ihrer Aufgabe gerecht werden und seitens eines Großteiles der Öffentlichkeit konsequenter und hochwertiger Schutz gefordert wird.

Naturschutzgebiete sollen also nur dort und nur dann errichtet werden, wenn ein konsequenter Schutz der Natur tatsächlich vollziehbar ist. Das bedeutet, daß der Konsens mit Eigentümern und Verfügungsberechtigten gesucht werden muß, aber auch die Bereitschaft vorhanden sein muß, die durch die Naturschutzbestimmungen entstehenden Nachteile abzugelten, was heißt, das Naturschutzgebiete ohne Geld in Zukunft nicht mehr möglich sein werden. Ist mir sehr wohl bewußt, Herr Kollege Dipl.-Ing. Getzinger.

Naturschutzgebiete, in denen genauso Straßen gebaut, Holz gehackt und Schotter abgebaut wird, wie

überall sonst, sind die Arbeit ihrer Errichtung nicht wert.

Mit den Naturschutzgebieten im Ausseer Land wurde ein Weg vorgezeigt im Vorjahr. Ich schmücke mich hier durchaus noch mit fremden Federn – Jungwirth, Schaller.

Auch wenn diese Sache sehr viel Geld kosten wird, was der arme Herr Finanzreferent noch gar nicht weiß, aber da sind entsprechende Beschlüsse, wo man die Summen damals noch gar nicht gekannt hat – es geht immerhin um ein Gebiet von 9000 Hektar, das sind 90 Quadratkilometer, im privaten Eigentum, zum Teil in Großbesitz, die sich sehr wohl auch der Sachverständigen, die ihre Forderungen durchsetzen, zu bedienen imstande sind –, auch wenn das also sehr viel Geld kosten wird, können wir ein sehr großes Gebiet urigster alpiner Schönheit erhalten, wie es in Österreich beispielhaft sein wird. Hätte man dort nicht so konsequent Waldnutzung und Wegebau untersagt – mit Einverständnis, allerdings bei gleichzeitiger Anmeldung von Forderungen –, würden zumindest in Teilen dieses Gebietes längst die Bagger und Raupen dieses letzte Paradies durchfurchen.

Hinsichtlich der immer wieder aufgeworfenen Frage, bis wann mit der Errichtung eines Nationalparks gerechnet werden kann, verweise ich auf meine Anfragebeantwortung in der letzten Fragestunde.

Es ist durchaus korrekt und legitim, für Gebiete extensiver Nutzung ein Entwicklungsziel, nämlich die Nutzungsfreiheit, anzustreben. Nämlich die Freiheit von einer Nutzung, um es besser auszudrücken und verständlich zu machen. Ich muß jedoch dabei zu bedenken geben, daß keiner der in Österreich erklärten oder in Planung befindlichen Nationalparks international anerkannt ist.

Wenn man dem Gedanken eines Nationalparks dennoch näherzutreten wollte, muß man bedenken, daß das Land Steiermark in den Gesäusebergen einen Eigenbesitz in der Größe von 270 Quadratkilometer, 27.000 Hektar, hat, der in seiner Schönheit den Kalkalpen ebenbürtig ist. Wahrscheinlich würde niemand es verstehen, wenn zwar die Kalkalpen, verbunden mit hohen Entschädigungen, die im Fremdbesitz stehen, nicht aber die Gesäuseberge, die dem Land Steiermark selber eigen sind, zum Nationalpark erklärt würden mit dem Risiko, daß hier Teile auch in der Forstnutzung natürlich geschmälert und damit wertvermindert werden.

Auf Grund der budgetären Möglichkeiten, die sich seit 1985 immer ein bißchen verbessert haben, und auch heuer, in Prozenten macht es viel aus, in absoluten Ziffern sehr wenig, kann der Naturschutz auch hinsichtlich der Biotoperhaltungs- und -förderungsprogramme auf sichtbare Erfolge verweisen. Es wurden seit Beginn des Jahres 1988 für dieses Programm vom Naturschutz und der Landwirtschaft gemeinsam insgesamt fast 7,8 Millionen Schilling aufgebracht.

Wegen der großen Nachfrage waren allein im vorigen Jahr 4 Millionen Schilling je zur Hälfte aus Naturschutzmitteln und Mitteln der Landwirtschaftsförderung erforderlich. Das ist allerdings eine alle Jahre wiederkehrende Zahlung, das muß man auch mitbedenken.

Naturschutz darf jedoch nicht nur regional oder national gesehen werden. Aus diesem Grund wurden

sowohl europaweit wie auch global internationale Verträge abgeschlossen. Da gehört auch das Pürgschachener Moor dazu, das nach dem Ramsar Abkommen in die Liste der Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung aufgenommen wurde. Ramsar ist eine Stadt im Iran, im ehemaligen Persien, wo eine Konferenz stattgefunden hat, aber ich will Sie da nicht länger damit aufhalten. Ich möchte nur feststellen, daß wir diese Maßnahmen auf Dauer nur dann fortsetzen können, wenn der Naturschutz, meine Damen und Herren, in welcher Weise auch immer eine entsprechende finanzielle Ausstattung erhält.

Ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Vorschlag machen, wir werden sehen, wie unsere Mitbürger darauf das nächste Mal reagieren.

Auch bei der konstituierenden Sitzung des Landesnaturschutzbeirates am letzten Freitag wurde vor allem von den Naturschutzverbänden, also Naturfreunde, Alpenverein und so weiter, deren Mitglieder immerhin in die Tausende gehen, sehr deutlich gesagt, daß Naturschutz zum Nulltarif nicht machbar ist.

Ich möchte mich abschließend, wie es sich auch gehört und wie es jeder Referent macht, bei den Beamten der Rechtsabteilung 6 mit Hofrat Dr. Wippel an der Spitze, dem Landesnaturschutzbeauftragten Dr. Steinbach und allen Damen und Herren der Abteilung sehr herzlich für ihre wahrlich mühsame Tätigkeit bedanken. Wir werden, Herr Abgeordneter Getzinger, in der Karwoche ein langes Gespräch mit dem Herrn Erlinger, dem die sogenannten ehemaligen Kleinert-Gründe gehören, führen. Die Herren sind eingeladen, zu verhindern, daß dort vor Ostern ein Malheur passiert. Ich möchte mich sehr herzlich bei Ihnen, meine Damen und Herren, bedanken und bitte Sie auch alle um Verständnis, daß wir hier erst am Anfang stehen. Helfen Sie bitte mit! (Allgemeiner Beifall. – 21.58 Uhr.)

Präsident: Wir kommen zum zweiten Teil der Gruppe 5, das ist die Gesundheit. Zum Wort gemeldet ist Herr Präsident Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (21.59 Uhr.): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Ich darf mich vorweg bei jenen Rednern entschuldigen, die eigentlich vor mir reden wollten, aber ich bin heute zum Schlußdienst eingeteilt, denn anschließend, ich weiß nicht, ob Sie jemals Kellner waren, aber bei den Kellnern ist der Schlußdienst derjenige, der so lange Dienst hat, solange noch ein Gast da ist. Ich hoffe, es wird nicht zu lange dauern.

Aber nachdem wir ja noch ein deutliches und dichtes Programm heute vor uns haben, möchte ich gleich zum Kernpunkt dessen kommen, was wahrscheinlich auch öffentliches Interesse an dieser Gruppe haben wird, nämlich weniger die reine Gesundheitspolitik – fürchte ich –, obwohl es wert wäre, auch um 22 Uhr sich ausführlich damit zu beschäftigen, sondern, wie mir scheint, wohl eher die künftige Entwicklung der Krankenanstaltengesellschaft. Ich möchte in einigen ganz kurzen Punkten dazu Stellung nehmen für meine Fraktion, zumal ich mich in den vergangenen Jahren auch intensiv mit diesen Fragen beschäftigt habe. Ich möchte vielleicht in fünf kurzen Punkten die Entwicklung und vielleicht die künftige Entwicklung skizzie-

ren. Wir haben Anfang der 80er Jahre gemeinsam, zuerst nur gemeinsam mit der ÖVP, dann einstimmig, den Schritt aus der reinen Landesverwaltung der Krankenanstalten hinaus begangen. Und damals wurde wahrscheinlich der entscheidendste Fehler in dieser Erstkonstruktion begangen, an dem wir heute noch kauen, nämlich erstens einen halben Schritt zu machen und zweitens dieser neuen Krankenanstaltengesellschaft so enge finanzielle Grenzen zu geben, daß es dann anschließend natürlich zu Schwierigkeiten kommen mußte. Und dann waren wir beim zweiten Punkt. Natürlich hat das Management versucht, die finanziellen Grenzen, die ihm eingeräumt waren, auch tatsächlich einzuhalten, es ist ihm interessanterweise gelungen, was viele nicht geglaubt haben. Aber das mußte zwangsläufig auch dazu führen, daß der Druck auf das Personal immer stärker wird, auf die Ärzte, auf die Schwestern, auf die Versorgung schlußendlich, so daß es dann zum nächsten Akt der Entwicklung kam. Als der Druck stark genug war, tauchte plötzlich eine öffentliche Diskussion auf, allerdings nicht über die Randbedingungen, sondern über das Management, wie es in Österreich halt immer so ist. Und weil Österreich ist wie es ist, diskutiert man immer nur Führungsorganisationen und Manager, und nicht Ursachen. Und da kam es zum Köpferollen erster Teil. Zu diesem Zeitpunkt, meine Damen und Herren, brach diese Diskussion um die Verträge der Manager auf, einer der Manager, ein besonders unbeugsamer, wurde in die Wüste geschickt, der zweite in die Knie gezwungen, und wir hatten plötzlich eine Diskussion, die sich wieder auf der Führungsebene abgespielt hat. Zu diesem Zeitpunkt kam es dann zur Neuerstellung der KAGES erster Teil. Möse betrat die Bühne. Ich möchte nicht die Fragen diskutieren, wie es dazu gekommen ist, wir haben das in diesem Hause in der vergangenen Legislaturperiode einige Male und intensiv diskutiert. Ich möchte vielleicht nur soviel sagen, daß wir heute, jetzt, ohne Wenn und Aber und ohne uns gegenseitig irgend etwas vorzuhalten oder irgendwas zu verteidigen, eigentlich gemeinsam zur Meinung kommen sollten, daß wir uns diese Phase zwei, Köpferollen, erster Teil, und die Phase drei, Neuerstellung, erster Teil, hätten schenken sollen. Es war eine völlig unnötige Entwicklung in den letzten Jahren, wobei ich befürchte, daß in dieser Zeit schon allein durch die Verunsicherung nicht nur das Personal - das sind ja nicht so wenige - und vor allem auch die Patienten zu einem bestimmten Teil zumindest psychologisch gelitten haben. Ich sage jetzt nicht gesundheitlich, weil das Personal hat vehementest und bestens in allen Krisenphasen, die es gegeben hat, gearbeitet. Aber psychologisch war es für alle eine Belastung, auch für diejenigen, die Verantwortung getragen haben. Nachdem diese Geschichte zu Ende war und auch das ausgerufene menschliche Spital nicht so finanziert werden konnte, wie es geplant war, natürlich nicht, kam es in letzter Zeit zur Phase des Köpferollens, zweiter Teil. Möse räumte wieder den Platz. Die Geschichte ist wieder vorbeigewesen, und wir haben jetzt eine Diskussion, wie es wieder weitergeht, und stehen kurz vor der Entwicklung der Neuerstellung der KAGES zweiter Teil, nachdem die erste Neuerstellung nicht funktioniert hat. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Möchtest du den Möse wieder zurückholen, weil du

so tust?“) Möchtest du wieder den Möse haben, dann mußt du neu ausschreiben, und dann mußt du schauen. Also, Universitätsprofessoren halten anscheinend zusammen, der Dr. Schachner will den Möse wieder zurückhaben. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist aber eine üble Unterstellung von dir!“) Das war dein Einwand! (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Ich sagte, ob du ihn zurückhaben willst!“) Ich habe mich seinerzeit mit seiner Beschäftigung so ausführlich beschäftigt, daß du ganz sicher bist, daß ich ihn nicht zurückhaben möchte. Im übrigen sollte man all jenen, die in der Zwischenzeit sich in den verdienten Ruhestand zurückgezogen haben, um Himmels willen doch keine künftigen Schwierigkeiten bereiten, man sollte ihn dabei nicht stören. Jetzt geht es ja - wie ich annehme, und das wird ja wohl auch deine Intention gewesen sein, hoffe ich - um die Neuerstellung der KAGES, zweiter Teil. Meine Damen und Herren! (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Es ist so, daß du dich mißverständlich ausgedrückt hast!“) Wahrscheinlich, ich habe mich mißverständlich ausgedrückt, das ist die Schwierigkeit, der Gerhard Hirschmann sagt immer, die deutsche Sprache ist so unpräzise. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Nur, wenn man sie nicht gut beherrscht!“) Wahrscheinlich ist das auch so oder hast du das nur weniger gut verstanden? Die Frage ist nun, wie geht diese Neuerstellung, zweiter Teil, vor sich?

Meine Damen und Herren! Nur einige wenige Anmerkungen: Ich glaube, daß wir im ersten Schritt bei der Frage der Ausgliederung und der völligen privatwirtschaftlichen Führung einen halben Schritt gemacht haben. Ich glaube, daß wir im ersten Schritt bei der Frage der Ausgliederung und der völligen privatwirtschaftlichen Führung einen halben Schritt gemacht haben. Ich glaube, daß wir auch von der Einflußmöglichkeit her, wahrscheinlich aus Angst, da entgleitet irgendwas, was sonst nicht so funktionieren könnte, eine Angst, die in der Zwischenzeit sich sehr wohl als falsch herausgestellt hat, aus dieser Angst heraus einen halben Schritt gemacht haben, und mit Klammern hat man sich festgeklammert, um ja den Einfluß nicht aufzugeben. Ich glaube, daß das eine falsche Entscheidung war. Ich glaube, daß wir diese Möglichkeit, die wir jetzt haben, dazu benutzen sollten, den halben Schritt, der damals zu Beginn der 80er Jahre gegangen worden ist, mit Beginn 1985 dann, in einen ganzen Schritt umwandeln sollten. Ich glaube, daß die Gespräche, die ich höre und auch in der Zeitung in dieser Richtung lese, in eine positive Richtung gehen. Und es ist heute früh oder beziehungsweise gestern abend im Fernsehen die Überlegung aufgetaucht, ob wir nicht wirklich die Phasen zwei, drei und vier, die ich aufgezählt habe, nämlich die Phase Köpferollen, erster Teil, Neuerstellung, erster Teil, und Köpferollen, zweiter Teil, streichen sollten und vielleicht tatsächlich dort wieder neu beginnen sollten, wo man seinerzeit neu begonnen hat.

Wissen Sie, was Stereoeffekt ist? Wenn von rechts hinten der Gerhard Hirschmann reinredet und von links hinten der Schachner-Blazizek. Aber es ist ein wunderbarer Stereoeffekt.

Viel lieber wäre mir ein Quadroeffekt, wenn nämlich der Kowald von links vorne, und vielleicht kann da rechts sich noch irgend jemand erbarmen, damit ich einen echten Quadroeffekt hätte. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Ludwig, du hast schon soviel ausgehalten, du hältst noch viel mehr aus!“) Ich halte noch viel mehr aus!

Wir werden heute gemeinsam Schlußdienst machen, wenn wir zwei die letzten Gäste in diesem Hause sein werden. Wir werden das noch diskutieren. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Dann mußt du eine Aktiengesellschaft machen!“) Ich halte das für keine so ganz dumme Lösung. Was wir aber jetzt brauchen ist erstens, wir müssen den politischen Einfluß endgültig ausschalten. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Eine Aktiengesellschaft!“) Ja, richtig, das möchte ich ja die ganze Zeit, lieber Peter Schachner-Blazizek, aber du wehrst dich ja immer dagegen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Ich bin der absolute Verfechter der AG. Ich bin selber Vorstandsvorsitzender einer AG.“) Einverstanden, da bekommen wir eine Mehrheit zusammen. Also erstens, es wäre richtig, aus dieser KAGES sofort eine Aktiengesellschaft zu machen. Würdest du bitte jetzt ganz laut ins Mikrofon sagen, damit wir es auch im Protokoll haben, daß eine Aktiengesellschaft eine bessere Lösung wäre. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Ja, sehr!“) Danke schön! Also darüber haben wir Übereinstimmung gefunden. Ich hoffe, daß auch der Stereoeffekt, rechts, links, erster Teil, jawohl! (Abg. Dr. Hirschmann: „Aber den Strenitz fragen wir schon auch!“) Entschuldigen Sie, Herr Landesrat, es ist mir wahnsinnig peinlich, ich habe so den Eindruck gewonnen, als ob er zuständig sei, weil er dauernd hineinredet. Das muß ein Irrtum sein. (Landesrat Dr. Strenitz: „Ich werde schon noch etwas dazu sagen, mache dir keine Sorgen!“) Ich bitte um Entschuldigung, das wird nie wieder vorkommen. Also, wir hätten Übereinstimmung, nur, wir hätten Übereinstimmung, daß es eigentlich sinnvoller wäre, eine Aktiengesellschaft zu machen, um den direkten Zugriff zu bekommen. Na wohl, wir müssen ihn schon fragen. Wir sind faire Menschen. Der Kollege Dr. Hirschmann fragt ja auch immer den Stingl, wenn es um Graz geht, also warum sollen wir nicht den Dr. Strenitz fragen, wenn es um die Krankenanstalten geht! Also wir sind uns fast einig, daß es eine erstens Aktiengesellschaft werden sollte. Zweitens: Wir sollten aus dem Aufsichtsrat, und auch da sehe ich ja schon Übereinstimmung kommen, auch jene wirklichen politischen Bereiche herausnehmen und auch die Einflußbereiche, die von der Politik ausgehen, nicht, weil Politiker blöde Leute sind, um Gottes willen nein, sondern weil sie andere Aufgabenstellungen haben als die, die in einem Aufsichtsrat tätig sind. Drittens: Wir sollten das Management, wie immer es ausschaut, auch wenn wir von vorn beginnen, wieder managementmäßig arbeiten lassen, wie es das selbst für verantwortlich hält.

In dem Zusammenhang eine Anmerkung noch zum Budget. Da ist in den letzten Tagen plötzlich diese Diskussion aufgetaucht, daß nach den Budgetverhandlungen und nach den Vereinbarungen, die es auch im

Budget-Ausschuß gegeben hat, plötzlich tatsächlich oder nicht tatsächlich – ich weiß es nicht, aber ich möchte das gerne geklärt haben bei dieser Gelegenheit – Zusicherungen aufgetaucht sind über 280 Millionen. Immerhin, wir verdienen zwar alle gut, aber das ist auch kein Trinkgeld, das man beim Frühstück so eingesteckt hat. (Abg. Dr. Hirschmann: „Schilling oder Lire?“) Nein, nicht Lire, Lire wären kein Problem, Schilling. Gerhard Hirschmann hofft schon, es sind Lire, nein, nein 280 Millionen Schilling.

Jetzt ist die Frage aufgetaucht, bitte, was heißt das? Heißt das, daß wir das ganze Budget, das wir da jetzt am Tisch liegen haben, gleich so nehmen wie es da ist und in den Ofen einschieben, weil es ohnehin nicht mehr stimmt – was ich übrigens auch ohne diese aufgetauchte Frage so meine, daß es so ist, aber macht ja nichts – oder was geschieht jetzt da eigentlich? (Landesrat Ing. Ressel: „Kollege, was werden Sie in einem Jahr sagen, wenn sich herausgestellt hat, daß das Budget stimmt?“) Dann werde ich sagen: ich gratuliere Ihnen herzlich! Das steht jetzt im Protokoll, Sie können es dann nachlesen, und ich werde es wiederholen, okay, jawohl! (Landesrat Ing. Ressel: „Ich werde darauf zurückkommen!“ – Abg. Dr. Hirschmann: „Eine Flasche Bojoulaise!“) Die bezahlt der Gerhard Hirschmann, aber trinken tun wir sie zu dritt, einverstanden?

Also, jetzt höre ich, daß diese 280 Millionen Schilling vom Herrn Landesrat Ing. Ressel gar nicht zugesprochen werden müssen, sondern daß sie durch irgendwelche Umschichtungen erfolgen müssen. Jetzt will ich da ja nicht unken, bevor ich die Details kenne, weil ich nehme an, daß der Herr Landesrat Dr. Strenitz, den wir jetzt fragen, wirklich fragen, das aufklären wird. Nur, mir drängt sich natürlich schon ein ungutes Gefühl auf, wenn das tatsächlich so ist, daß, ohne daß der Laden wirklich zusammenbricht über Nacht, 280 Millionen Schilling umgeschichtet werden können über Nacht, dann muß irgend etwas an dieser ganzen Budgetierung nicht stimmen, dann muß irgendwo ein Fettpolster drinnen gewesen sein, den sogar der Landesrat Ressel übersehen hat, weil dann muß die Größenordnung, die wir dann zusätzlich auf den Tisch legen, um zumindest 280 Millionen Schilling zu groß gewesen sein.

Wenn Sie es nicht brauchen. Bitte, wenn Ing. Kinsky in der Kontrolle ist, übersieht man das leicht. Er hat doch kein Gefühl für diese Zahlen, die 280 Millionen Schilling übersieht er leicht, aber er ist ja nicht in der Kontrolle, sondern da sind ja ganz ehrenwerte Leute, die das machen. Ich glaube, daß wir das aufklären müssen, und zwar jetzt und hier, weil es haben zwar alle dieser Gruppe zugestimmt im Finanz-Ausschuß. Ich bin mir aber nicht sicher, wenn Sie das nicht wirklich exakt und bis zum letzten Groschen aufklären können, wie das jetzt tatsächlich laufen soll, ob tatsächlich alle Abgeordneten dieser Gruppe auch zustimmen werden können. Weil irgendwie muß man sich da schon gefrotzelt vorkommen, weil plötzlich tauchen 280 Millionen Schilling auf, dann sind sie wieder fort, dann tauchen sie auf, dann sind sie wieder fort, und im Endeffekt weiß keiner, was mit dieser ganzen Geschichte geschehen soll. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Wie das Ungeheuer von Loch Ness – es kommt nie, davon wird nur geredet!“) Na ja, freilich, na Gott

sei Dank, das Ungeheuer von Loch Ness interessiert mich aber nicht, sondern nur die 280 Millionen, die interessieren mich. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das war nur ein Vergleich!“) Na, na, na! Also ich habe immer schon das Gefühl, daß ihr zwei bitte das Budget mit einem Ungeheuer von Loch Ness verwechselt die ganze Zeit, nicht, weil so aufgeblasen wie das Ungeheuer von Loch Ness ist auch dieses Budget, irgendwann – nur das Ungeheuer, weil es nicht kommt, müssen wir nie bezahlen – aber werden wir das Budget einmal zahlen müssen. Das ist der große Unterschied. Nur, ich weiß, lieber Peter Schachner, auf dem Wege zur Macht, auf dem du dich befindest – was ich dir ja bitte von Herzen wünsche, wird nur nicht klappen –, muß man natürlich den Eindruck erwecken, als ob nun alles ginge, was früher diese dumpfen Konservativen nicht zustande gebracht haben, das verstehe ich schon. Das verstehe ich schon.

Der Gerhard Hirschmann meint, er will den Strenitz, also bitte, das weiß ich nicht. Jedenfalls glaube ich ja natürlich, daß man dazu ein Geld braucht, das ist ja selbstverständlich. Und nachdem das Budget noch nicht einmal beschlossen war, war auf rosarotem Papier bereits in der ganzen Steiermark verbreitet, daß ein Riesensbudget beschlossen worden ist, scheint das die Strategie zu sein – die hat übrigens auch erfolgreich der Bruno Kreisky angewendet. Nur, jetzt im Augenblick kommen wir ja drauf, daß wir das auch irgend einmal bezahlen müssen, ich befürchte daher, daß dieser Erwachensprozeß in etwa zehn bis fünfzehn Jahren spätestens stattfinden wird. Ich weiß schon, dann werden es die Nachfolger machen, unsere Enkel in der Zwischenzeit schon, nur, irgend etwas müssen wir vom Bruno Kreisky auch lernen, und wenn es geht, nicht nur seine Fehler. Wenn es geht, nicht nur seine Fehler.

Also ich weiß ja, du bist ja auch nicht nur politisch der Epigone des Bruno Kreisky, und du wirst es auch in dieser Frage werden, nur, in Wahrheit glaube ich, daß es einen Landtag geben sollte, der sich zurück-erinnert an die Situation seinerzeit und an die Situation jetzt und daß wir ein bißchen mehr aufpassen sollen, wie wir vielleicht vor 15 Jahren aufgepaßt haben. Ich danke Ihnen herzlich, ich hoffe, daß ich nicht überzogen habe. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 22.14 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dörflinger.

Abg. Dörflinger (22.14 Uhr): (Abg. Dr. Hirschmann: „Hast du dein Buch dabei?“) Der Kollege weiß, daß Neid eine der größten Triebfedern des Menschen ist, ich gratuliere dir dazu. (Abg. Dr. Hirschmann: „Was man nicht im Kopf hat, hat man im Hosensack!“)

Meine Damen und Herren, es ist meine erste Budgetdebatte, und ich habe einmal drei Dinge gelernt: Das Erste, es werden zwar immer weniger Bauern in der Steiermark, aber die Qualität und auch ein bißchen der Humor der Vertreter der Bauern ist nicht verlorengegangen. Ich habe mich herrlich amüsiert, und es war eine schöne Geschichte, dem Herrn Landesrat Pörtl zuzuhören.

Die zweite Geschichte, die ich gelernt habe, und ich werde es nie wieder tun. Ich werde nie wieder ein

ÖVP-Regierungsmitglied dabei unterstützen, daß es mehr Geld bekommt. Ich war nämlich wirklich ein bißchen verwirrt – das gebe ich zu –, ich habe damit gerechnet, daß meine eigene Fraktion fragen wird „sag einmal, was machst du, wenn du mehr Sportmittel für den Landeshauptmannstellvertreter Hasiba willst?“. (Abg. Dr. Cortolezis: „Es haben alle gefragt!“) Meine eigenen Leute haben gesagt „das ist eigentlich gut“, die Kollegen von der ÖVP waren dagegen. Es hat mich verwundert, ich habe es gelernt, ich werde das nie wieder tun. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Hasiba: „Wer hat Sie umerzogen?“) Herr Landeshauptmann, das müssen Sie mit Ihrer Fraktion dann besprechen.

Das Dritte, was ich auch gelernt habe, ist, daß wir vielleicht ein bißchen die Art und Weise, wie wir die Debatten abführen und wie wir uns die Geschäftsordnung auch einteilen, überlegen sollten. Weil ich glaube, daß das nicht besonders lustig ist, für jeden nicht besonders lustig ist, auch für die, die heute nach mir kommen, wenn man sich mit einem Thema auseinandersetzen will, wenn man zu einem gewissen Thema etwas zu sagen hat, daß man schon immer ein bißchen die Angst haben muß, daß jene, die in den Reihen, die da herunter sitzen, halt eher Sprinter und nicht Marathonläufer sind, den Sitzungsmarathon nicht aushalten und man sich eigentlich fast entschuldigen muß, wenn man hergeht und irgend etwas sagt heraußen. Ich glaube nicht, daß das der Sinn einer Budgetdebatte ist, und vielleicht sollten wir uns das einmal überlegen.

Meine Damen und Herren, wir haben bei diesem Budget erstmals die Gelegenheit, und ich glaube, das ist gut so, über das Gesundheitskapitel in einer Einheit diskutieren zu können. Da nämlich der Gesundheitslandesrat erstmals nicht nur für die Kranken in den Krankenanstalten zuständig ist, sondern endlich auch einmal für die Gesundheitspolitik in der Steiermark.

Aus meiner Sicht und aus unserer Sicht hat die Gesundheitspolitik die Aufgabe, solange als möglich die Leute gesund zu erhalten und alles dazu beizutragen, daß die Leute gesund bleiben, und wenn sie krank werden, sie so rasch als möglich und so gut als möglich wieder gesund zu machen.

Wie schaut das im Budget aus, meine Damen und Herren? Wir geben für die Vorsorge, für die Gesundheitsvorsorge – ich habe vorher die Frau Präsidentin Dr. Kalnoky gesehen – aus Landesmitteln rund 20 Millionen Schilling aus, und wir geben aus Landesmitteln 2,6 Milliarden Schilling für die Spitäler aus. Das heißt, daß wir 130mal so viel dafür ausgeben, die Leute wieder gesund zu machen, als wir dafür ausgeben, daß die Leute nicht krank werden. Würde man das ein bißchen auf andere Bereiche umlegen, könnte ich mir vorstellen, daß man zum Beispiel im Bereich der Verkehrspolitik, wenn man das ähnlich machen würde wie wir das in der Gesundheitspolitik machen, nicht darangehen würde, die Sparautobahn zwischen Hartberg und Gleisdorf zu entschärfen, sondern wir würden darangehen, wenn wir es so machen würden wie in der Gesundheitspolitik, entlang dieser Sparautobahn, weil es dort so viele Unfälle gibt, Intensivstationen zu errichten und Reparaturwerkstätten zu bauen.

Ich glaube, daß das nicht sinnvoll wäre, zum Teil ist es in der Gesundheitspolitik so geschehen.

Meine Damen und Herren, für uns hat die Gesundheitspolitik drei wesentliche Schwerpunkte, und mit denen will ich mich heute auch auseinandersetzen.

Erstens: Wir sollten volles Gewicht und eine volle Offensive auf die Vorsorge legen, weil das wichtig ist. Zweitens: Wir sollten uns für eine Effizienzsteigerung und zugleich für eine Vermenschlichung der Spitäler einsetzen. Drittens: Wir werden von dieser Vogel-Strauß-Politik wegkommen müssen, daß wir nämlich alle glauben, daß wir die Frage der Versorgung der älteren Menschen, die Pflege von älteren und kranken Menschen ohne Geldmittel und ohne daß es etwas kostet lösen können.

Zum ersten Punkt: Offensive für eine verstärkte Vorsorge. Wir haben das Problem, daß wir alle – und das wird ja heute noch eine Rolle spielen – sehr locker und eigentlich schon fast selbstverständlich über Milliardenbeträge diskutieren, wenn es um die Spitäler geht. Wenn es um selbstverständliche Maßnahmen, die viel weniger kosten oder die fast überhaupt kein Geld kosten, im Bereich der Vorsorge geht, haben wir taube Ohren und bringen wir auch sehr wenig über unsere Lippen. Ich will ein sehr persönliches Beispiel herausgreifen, weil ich glaube, daß das für uns alle auch sehr plastisch zeigt, wie es eigentlich nicht sein soll. Es gibt bei Kindern die häufigste Krebsart, das Neuroblastom. Dieses Neuroblastom tritt in etwa bei 7000 Kindern einmal auf, und es gibt zugleich – das wissen wir alle – bereits eine Untersuchungsmöglichkeit und eine Untersuchungsmethode, die diese Kinderkrebskrankung im frühesten Kindheitsstadium erkennen hilft. Also das heißt, es gibt eine Methode, daß wir bei Kindern, die an dieser Krebsart erkranken, sehr einfach und sehr rasch diese Krankheit erkennen können. Wenn diese Krankheit erkannt wird, ist eine Heilung auch relativ leicht möglich und relativ einfach möglich. Wieso wird dieser Untersuchung nicht durchgeführt? Eine Untersuchung für ein Kind kostet zwischen 50 und 60 Schilling. Herr Prof. Urban hat das ausgerechnet, das würde, umgerechnet auf die Kinder, die in der Steiermark geboren werden, insgesamt pro Jahr in etwa eine dreiviertel Million Schilling kosten, 750.000 Schilling. Seit zwei Jahren versucht Herr Prof. Urban vergeblich, diese Untersuchung in den Mutter-Kind-Paß hineinzubringen. Und ich muß sagen, auch als Politiker, der hier vor Ihnen steht, ich verstehe nicht, wieso das nicht funktionieren soll. Denn wenn man nämlich die andere Seite anschaut, wird das ganze ja fast paradox, wenn es nicht so traurig wäre. Ich wiederhole die Zahl: 750.000 Schilling für die Untersuchung von allen Kindern in der Steiermark, die pro Jahr geboren werden. Wenn nur ein Kind erkrankt, und wenn man nur bei einem Kind nicht im Frühstadium diese Krankheit erkennt, kostet die Behandlung 1,5 Millionen Schilling. Und das Ergebnis ist in den meisten Fällen, daß das Kind trotzdem unter sehr qualvollen und unter furchtbaren Umständen stirbt. Und wir alle können uns vorstellen, was das für die Menschen bedeutet, die das direkt betrifft. Ich habe das nur gesagt, weil es meiner Meinung nach so plastisch und eindeutig zeigt, wie absurd dieses System, das wir alle hier zu vertreten haben, zum Teil ist. Es ist das aber nicht das einzige Beispiel. Ich könnte da sehr viele andere Sachen noch anführen. Ich denke da etwa an den Prof. Kurz mit seinen Aktionen zur Verhinderung

von Unfällen bei Kindern, wo wir laut einer WHO-Untersuchung im Spitzenfeld liegen, wo es in Wirklichkeit nur darum geht, daß wir es nicht zustande bringen, daß der Herr Prof. Kurz vier Dienstposten bekommt, um ein Kinderunfallverhütungsprogramm in die Wege zu leiten, von dem man weiß, daß es sehr erfolgreich sein kann.

Meine Damen und Herren, Vorsorge und Prävention ist nicht etwas, was das Hobby von ein paar Leuten ist, es kann auch sehr erfolgreich sein. Wir haben das ja an Hand eines Beispiels gesehen, das Frau Kollegin Dr. Grabensberger sicherlich auch bestätigen kann. Das ist der Mutter-Kind-Paß, wo wir innerhalb von wenigen Jahren von einer Säuglingssterblichkeitsrate von 10 Promille auf 6 Promille heruntergekommen sind, ohne wahnsinnig viel zu investieren und ohne wahnsinnig viel hineinzustecken. Ich habe diese Beispiele angeführt, weil – wie ich vorher schon gesagt habe – ich der Meinung bin, daß der Herr Landesrat Dr. Strenitz in dieser Frage, was das Gesundheitswesen betrifft, ein sehr schweres Erbe übernommen hat und nicht nur die Bewältigung der Probleme in den Spitälern eine Rolle spielt, sondern auch die Frage, wie wir das andere in den Griff bekommen, sehr wesentlich ist.

Meine Damen und Herren, es ist eigentlich schockierend, daß die drohende Unfinanzierbarkeit unseres Gesundheitswesens uns erst zwingt, etwas für die Vorsorge zu tun, und es ist schade, daß die menschliche Vernunft das nicht zuwege gebracht hat, was uns die leeren Kassen nun schön langsam diktieren.

Ich komme zum zweiten Teil, menschliche und effiziente Spitäler. Der Herr Präsident Mag. Rader hat dazu ja schon Stellung genommen. Wir sollten einmal vorweg nicht so tun, als ob das ein steirisches Problem wäre. Ich habe zum Teil das Gefühl, wenn in dieser Frage diskutiert wird, daß bei aller Emotion und daß bei allen Problemen, die wir in dieser Frage haben, wir oft so tun, als ob das ein steirisches Problem wäre und das überall anders funktioniert und in Ordnung ist. Ein paar Zahlen dazu: In mehreren Aufsätzen kann man lesen, daß das Gesundheitssystem in der BRD nicht mehr finanzierbar ist. Die Krankenversorgung in den Vereinigten Staaten allein verschlingt 700 Milliarden Schilling, und österreichweit kosten die Spitäler mehr als 50 Milliarden Schilling. Ich sage das deshalb, weil auch in diesem Kreis und auch von einigen Leuten in diesem Kreis sehr oft von Übersozialisierung geredet wird, von einem zu starken Eingriff des Staates in das Gesundheitswesen, von zu großen Kosten. Wenn man nämlich über den Kirchturm hinausschaut, kann man sehr leicht erkennen, daß nicht der Abbau von Leistungen allein das Allheilmittel ist, um die Kosten herunterzubringen. In Amerika sind 37 Millionen Menschen ohne Gesundheitsversicherung. In Amerika sind 60 Millionen Menschen weit unterversichert. Und jeder, der die Situation in Amerika ein bißchen kennt, weiß, daß das Gesundheitssystem dort nicht besser ist, was die flächendeckende Versorgung betrifft, nicht besser ist, was die Versorgung der einzelnen Menschen betrifft, als bei uns. Und wieder eine Zahl dazu: Wir alle wissen, daß das System schlechter ist als bei uns, und trotzdem kostet das Gesundheitssystem in Amerika 12 Prozent des Bruttoinlandsproduktes,

während wir in Österreich 8,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für das Gesundheitswesen ausgeben. Meine Damen und Herren, der Herr Präsident Mag. Rader hat das vorher auch angeführt, für uns ist die Frage der Gesundheitsvorsorge, für uns ist die Frage des Gesundheitswesens, für uns sind die Spitäler eine zutiefst öffentliche Aufgabe. Für alle jene, die das Schlagwort „weniger Staat – mehr privat“ bei vielen Sonntagsreden sehr gerne verwenden, muß auch gesagt werden, daß dieses ein Schlagwort geblieben ist und es in niemandes Interesse liegt, es in die Realität umzusetzen. Kollege Rader hat sich mit den Krankenanstalten und mit der Krankenanstaltengesellschaft auseinandergesetzt und hat vier Phasen gefunden. Ich möchte so ein bißchen ein biblisches Beispiel herbeiziehen, wie es den Krankenanstalten und der Gesellschaft dort gegangen ist. Nach den mageren Jahren sind meiner Meinung nach die fetten Jahre gekommen. Erste Phase der Krankenanstalten nach der Gründung: Das Management wurde beauftragt, einsparen, einsparen, einsparen. Ich habe das so einmal unter den Titel gesetzt „Spare jederzeit, denn wir haben große Not“. Die Herren im Krankenanstaltenmanagement haben dann das getan, was ihnen aufgetragen wurde, und das wurde ihnen dann zum Verhängnis. Sie haben das getan, was wir wollten, das, was ihnen aufgetragen wurde, nämlich zu sparen, und das wurde ihnen dann zum Vorwurf gemacht. Das war der Pendelschlag auf die eine Seite. Wir sind dann auf die andere Seite des Pendels gegangen. Wir haben nach dem Sparspital das menschliche Spital ausgerufen, und ich glaube, es ist durchaus im Interesse nicht nur einer Fraktion in diesem Hause, wenn wir diese Phase der Spitäler nicht allzusehr weiter strapazieren, sie ist ohnedies Vergangenheit, es geht mir aber darum, daß wir nach diesen Pendelschlägen menschliches Spital – Sparspital jetzt vielleicht einen goldenen Mittelweg finden und jetzt endlich zu einer Situation kommen, indem wir den Spitalern das geben, was sie brauchen. Nicht mehr und nicht weniger und auch ohne emotionalisiertes Durchdiskutieren. Gestatten Sie mir, und es möge mir niemand böse sein, wenn ich das so sage, ich habe bei den Spitalern und den Aufträgen, die ihnen gegeben wurden, sehr oft ein bißchen meine Großmutter in Erinnerung, die in Neumarkt oben als 94- oder 95jährige Frau gestorben ist und die mir sehr viel an Weisheit mitgegeben hat und die mir einmal das Sprichwort gesagt hat „Zu wenig und zuviel ist dem Narren sein Ziel“.

Zum Teil habe ich bei den Spitalern den Eindruck, daß meine Großmutter da nicht ganz unrecht gehabt hat. Aus unserer Sicht, meine Damen und Herren, sollte der Umbau und sollte diese neue Adaptierung des Spitalswesens unter drei Gesichtspunkten erfolgen.

Der erste Gesichtspunkt: Die Verantwortung für die grundlegenden Rahmenbedingungen der Spitäler und des Spitalswesens sowie des Gesundheitswesens insgesamt muß bei der Politik bleiben und muß beim zuständigen Landesrat bleiben. Wir dürfen diese Aufgabe nicht an das Management abschieben und an das Management delegieren, das ist eine Aufgabe der Politik, und die hat sie auch weiterhin wahrzunehmen.

Zweiter Punkt: Innerhalb dieser Rahmenbedingungen müssen wir dem Management auch den Rückhalt

geben, in seinem Verantwortungsbereich das umzusetzen, was wir ihnen aufgetragen haben. Ich sage das mit einem bißchen einer Anmerkung aus der Vergangenheit. Wir sollten nicht hergehen, ihnen Dinge aufzutragen, die wir ihnen dann auch vorwerfen, wenn sie nämlich das tun, was wir ihnen gesagt haben.

Der dritte Punkt: Wir sollten parteipolitische Einflüsse auf die Unternehmensführung, die über die Rahmenbedingungen hinausgehen, ausschalten, parteipolitische Einflüsse. Ich sage, das gilt für alle, das gilt insbesondere auch dann, wenn sich da auch mancher wohl vielleicht schon vorsorglich in ein Schafspelzchen verkrochen hat.

Ich bin froh, meine Damen und Herren, daß Frau Kollegin Dr. Karisch, entgegen einer Meldung, die es im ORF einmal gegeben hat vor zwei Tagen, erklärt hat, daß sie an einem Festhalten der flächendeckenden Versorgung mit Spitälern in der Steiermark interessiert ist und daß sie nicht die Forderungen – danke – von Ärztekammerpräsident Routil unterstützt, der das Zusperrern von einigen Spitalern in der Steiermark gefordert hat.

Es muß uns klar sein, meine Damen und Herren – und ich habe mich mit Kollegin Dr. Grabensberger draußen einmal unterhalten –, daß wir vieles im Spitalswesen und daß wir vieles auch in den Standards der Spitäler der Bezirke verändern müssen. Aber ich glaube, es wäre keine gute Politik, und es ist sicher nicht die Politik der Sozialdemokraten, daß wir mit einem Zusperrkonzept durch die Bezirke fahren, nur weil wir uns dadurch ein paar Millionen Schilling ersparen können.

Meine Damen und Herren, es wäre ja nicht so viel, was wir uns da mit diesen Spitalern, wenn wir sie zusperrern würden, was wir ja nicht tun, draußen ersparen könnten. Wenn man sich die Abgänge anschaut, das vieldiskutierte Krankenhaus Mariazell, Abgang 17 Millionen Schilling, wenn ich den Wirtschaftsplan der KAGES von 1992 nehme, das LKH Bad Aussee 37 Millionen Schilling Abgang oder das LKH in Bad Radkersburg mit einem Abgang von 52 Millionen Schilling. Der Glaube, daß wir mit dem Zusperrern von kleinen Spitalern draußen das Gesamtproblem der Spitalsfinanzierung lösen, ist ein Irrglaube und entspricht nicht der Realität, denn eines muß uns klar sein, und der Wirtschaftsplan der KAGES liegt ja auf, und es kann ihn jeder anschauen. Der wirkliche Brocken im Defizit und das wirkliche Defizit der Spitäler liegt im LKH Graz. Der Abgang des LKH Graz wird ausgewiesen mit einer schönen Zahl, als knapp 1,9 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren, das kommt nicht daher, daß in Graz etwa schlechter gewirtschaftet wird oder daß man in Graz das Geld beim Fenster hinaus-schmeißt, sondern dieses Defizit kommt in Wirklichkeit daher, weil der Bund, weil das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung seiner Verpflichtung für die Kliniken in der Steiermark nicht in dem Umfang nachkommt, wie es eigentlich notwendig wäre.

Auch dazu wieder ein paar Zahlen, auch wenn sie für manche vielleicht ein bißchen unangenehm sind. In Innsbruck zahlt der Bund rund 145.000 Schilling pro Klinikbett, in Graz zahlt er 100.000 Schilling, also 145.000 Schilling zu 100.000 Schilling. Auf einen Bundesarzt in Innsbruck kommen 4,6 Spitalsbetten, Klinik-

betten, auf einen Bundesarzt in Graz kommen 7,6 Betten, und während der Bund für den klinischen Mehraufwand in Innsbruck mehr als 250 Millionen Schilling verwendet, fließen aus dem gleichen Titel in die Steiermark 214 Millionen Schilling. Allein daran sieht man, wie sträflich der Bund eigentlich diese Grazer Kliniken vernachlässigt, und es wäre, glaube ich, ein gutes Betätigungsfeld für die Kollegen gerade der ÖVP-Fraktion, die ja im Kampf gegen Wien immer sehr stark und immer sehr groß sind, wenn es um sozialdemokratische Regierungsmitglieder geht, auch beim Bundesminister. (Abg. Dr. Lopatka: „Wer war zuständig?“) Kollege Dr. Lopatka, wir haben ein großes Problem. Ihr habt ein Problem mit den ÖVP-Bundesobmännern. Der Zuständige in Wien für die Kliniken ist ein gewisser Herr Erhard Busek, er ist Wissenschaftsminister, und er ist noch ÖVP-Obmann, wie lange er das ist, müßt ihr wissen, ich weiß das nicht! (Abg. Dr. Lopatka: „Wer hat die Verhältnisse geschaffen? Das waren SPÖ-Minister!“) Also, ich bedanke mich für die Subvention, daß der Herr Busek ein SPÖ-Minister ist, ich verzichte auf diese Subvention, den haben wir nicht notwendig, danke. (Abg. Dr. Maitz: „Das ist das alte Schema!“)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Medizinische Fakultät hat unter Prof. Kenner die Trennung von Universitätskliniken und landschaftlichen Spitälern gefordert und beschlossen. Wir Sozialdemokraten unterstützen diese Forderung, weil das nicht nur einer klaren organisatorischen Trennung nützt, daß wir nämlich wissen, was ist Klinik, was ist landschaftliches Spital, und mit dem Sonderfinanzierungsprogramm, das Peter Schachner und Joachim Ressel erarbeitet haben, wird es möglich sein, das LKH 2000 in Graz zu errichten, und dann haben wir es sehr einfach. (Abg. Dr. Maitz: „Die Verhandlungen mit Wien führen nicht Schachner und Ressel!“) Wir haben dann die landschaftlichen Spitäler, und wir haben dann die Kliniken, und wir haben dann vor allem - (Abg. Dr. Lopatka: „Für das Negative sind wir zuständig, für das Positive Ihr, so ist das!“) Ja, Lopatka, den Bosch habt Ihr liquidiert, nicht wir. Du scheinst ein bißchen ein schlechtes Gedächtnis zu haben. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Dem Bosch wurde intensiv zugeredet, daß er bleiben soll!“)

Meine Damen und Herren, Ihr habt euch jetzt so bemüht, ich danke euch dazu, ich komme auch schon zum Schluß, bevor es bei euch wieder übergeht und bevor wir wieder die Zeit zu lange in Anspruch nehmen. (Abg. Dr. Maitz: „Das Einfachschemata funktioniert halt nicht!“)

Punkt eins: Wir sind sehr froh, wenn wir zu dieser Trennung kommen, und wir sind sehr froh, weil wir dann eine klare organisatorische Struktur haben und weil wir dann auch endlich eine Kostenwahrheit haben und weil wir dann den Bund in die Pflicht nehmen werden. Ich verstehe schon wieder nicht, daß wir an sich etwas tun, was Ihr laufend tut, aber wenn es jemanden von euch trifft, habt ihr ein bißchen eine andere Einstellung dazu. Das ist der eine Punkt, der Bund wird mehr für die Spitäler, mehr für die Kliniken in Graz tun müssen. (Abg. Dr. Lopatka: „Das hat Schilcher ja schon vor Jahren gesagt!“) Wir unterstützen das, wir hoffen, daß wir beim Herrn Bundes-

minister Busek, so es ihn in nächster Zeit noch geben wird, auf offene Ohren stoßen werden. Der Herr Landesrat wird mit ihm verhandeln, der Herr Landesrat kann ihn nicht dazu zwingen, daß er mehr gibt. (Abg. Schützenhöfer: „Sie tun so, als ob Landesrat Dr. Strenitz zu uns gehörte! Dagegen verwehren wir uns!“) Er gehört zu uns und wird bei uns bleiben, weil im Gegensatz zu euren Bundesparteiobermännern stehen wir zu unseren Leuten, und wir vergessen sie nicht, wenn ich da etwa an den Herrn Riegler oder sonstige denke, die zuerst die Wunderknaben in Wien waren und von denen man jetzt nichts mehr hört, aber der Aufregung kann genug sein.

Klinik, Bund, Notwendigkeit, daß der Bund mehr für die Kliniken tut.

Zweiter Punkt: Wir werden schauen müssen, daß wir das Verrechnungssystem zwischen den Krankenanstaltenträgern und den Sozialversicherungen verändern, und die Herren der Krankenanstaltengesellschaften sitzen hinten. Sie haben ein sehr interessantes Konzept ausgearbeitet, wie wir von diesem Verrechnungsschema, das wir jetzt haben, wegkommen, hin zu einem neuen, zukunftsorientierten Schema, und es wäre wahrscheinlich gescheit, wenn wir alle uns im Haus das einmal anschauen würden und wenn wir unsere Einflüsse auch geltend machen könnten in allen Bereichen, wo wir tätig sind, um dieses neue Schema zusammenzubringen. Vielleicht könnten wir dann nach dem von uns entwickelten Forderungsverkauf bei der Wohnbauförderung einen zweiten Schritt machen, wo man in anderen Bundesländern auf uns schaut und fragt „Zeigt, wie macht Ihr das?“ und wo man das auch kopieren wird. Wäre ja schön, wenn wir in der Steiermark nicht überall nur hinten sind, sondern wenn wir in der Steiermark auch irgendwann einmal irgendwo vorne wären. (Abg. Bacher: „Machen wir!“) Hans, wir werden in Murau die Probleme lösen.

Der dritte Punkt, meine Damen und Herren, der für mich wesentlichste Punkt: In der Sozialdebatte vorher, die Kollegin Minder hat es angeschnitten und auch einige Damen und Herren Ihrer Fraktion. Wir werden schauen müssen - und das ist bei jeder Debatte zum Budget der Spitalsgesellschaften noch vorgekommen -, wir werden endlich von den Lippenbekenntnissen wegkommen müssen, wo es immer heißt, Abbau von Akutbetten, mehr Pflegebetten. Es nützt nichts, wenn wir das immer nur fordern, es nützt auch nichts, wenn wir glauben, das kostet nichts. Es wäre auch ein guter Schritt, und es wäre auch eine schöne politische Kultur, wenn wir uns alle dazu bekennen würden, wenn es der Bund schon nicht zusammenbringt und wenn sich schon der Bund nicht getraut, das zu tun, daß wir sagen, ja, die Versorgung älterer Menschen, die Versorgung kranker Menschen kostet uns was.

Ja, wir sind bereit, eine Pflegeversicherung einzuführen. Wenn es der Bund nicht tut, trauen wir uns, gehen wir in der Steiermark einen Schritt weiter, und versuchen wir, in der Steiermark das zu machen (Abg. Dr. Lopatka: „Vertraust du Hesoun nicht? Er hat gesagt, er tritt zurück, wenn es nicht gelingt!“) Wenn es der Bund macht, wenn wir bei euch die Widerstände abbauen können, ist es großartig, und ist es besser, als wenn wir es nur in der Steiermark machen.

Meine Damen und Herren! Ich danke den Kollegen von der ÖVP, daß sie mir die Möglichkeit gegeben

haben, auszureden. Ich verspreche den Kollegen und Kolleginnen der ÖVP, die unter Umständen um 24 Uhr drankommen werden, daß wir ihnen zuhören werden, daß wir interessiert daran sind, was sie sagen werden, daß wir auch die Kondition haben, daß wir das tun werden. Ich sage nur zum Schluß, wir sind im steirischen Gesundheitswesen mit diesen Regierungsverhandlungen, mit dieser Koppelung des Gesundheitswesens und des Spitalressorts einen gewaltigen Schritt weitergekommen. Wir sind noch lange davon entfernt, daß das alles gut ist, wir sind noch viel weiter davon entfernt, daß das alles perfekt ist, und das wird auch alles nie perfekt werden. Es ist aber nicht alles so schlecht, wie es manchmal dargestellt wird. Es sind unsere Spitäler nicht so schlecht, wie es manchmal dargestellt wird. Und wir haben mit diesem Budget einen Beitrag dazu geleistet, daß es wieder positive Entwicklungen geben kann. Dieses Budget ist nicht mehr als das, was ich gesagt habe. Es ist aber auch nicht weniger. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 22.40 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Bevor ich die Frau Dr. Grabensberger an das Rednerpult bitte, darf ich sehr herzlich die frühere Dritte Präsidentin des Landtages, Frau Dr. Lindy Kalnoky, im Zuschauerraum begrüßen. Ich freue mich über das Interesse. Bitte Frau Doktor!

Abg. Dr. Grabensberger (22.41 Uhr): Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Es hat sehr fröhlich begonnen, und ist sehr schnell ernst geworden. Und das ist auch gut so, denn die Gesundheit ist ein ernstes Kapitel, und es tut auch mir leid, Herr Kollege Dörlinger, daß sie so spät am Abend abgehandelt werden muß. Ich möchte auch gleich den Ball, den Sie mir zugeworfen haben, aufgreifen und den Appell unterstreichen, den Sie an die Gesundheitsvorsorge und an die Gesundheitsförderung gemacht haben. Sie ist ganz sicherlich ein Weg, der uns zumindest auf lange Sicht gesehen aus der Malaise im Gesundheitswesen wird herausführen können. Denn konsequent und bevölkerungsumfassend durchgeführt, macht die Verhütung von Krankheiten auf die Dauer die Behandlung überflüssig. Es ist auch sehr wahrscheinlich, daß der finanzielle Aufwand für die Verhütung einer Krankheit à la longue kleiner ist als derjenige für ihre Behandlung oder die Kompensation ihrer Folgen. Das mag jetzt fast wie eine Vision klingen, aber ich halte es da mit Federico Fellini, der gesagt hat, nur der Visionär ist der einzig wahre Realist.

Nun aber wieder zurück zum Ernst. Wenn ich mir das Budget des heurigen Jahres anschau – und auch da bin ich bei Herrn Kollegen Dörlinger – und sehe, was es für die Gesundheitsförderung auszugeben vor hat, so muß ich feststellen, daß sie nach wie vor ein stiefkindliches Dasein führt. Die Steiermark gibt 5,7 Schilling pro Kopf für die Gesundheitsförderung aus, Tirol 13 Schilling, Australien in etwa 75 Schilling. Der Löwenanteil des Geldes läuft wieder in die Spitäler und somit in die kurative Medizin. Laut Statistik, und auch zu ersehen an den Diagnosen der Krankenhauseinweisungen, nimmt aber die Zahl der chronischen Krankheiten, die wir heute auch gerne als Zivilisationskrankheiten bezeichnen, nicht nur er-

schreckend zu, sondern sie stellen auch den Hauptgrund für steigende Krankenstände, für Arbeitsunfähigkeit und schließlich für Frühpensionierungen dar. Und viele dieser Erkrankungen wären aber durch entsprechende Lebensweise zu verhindern, es könnte ihnen aber auch mit vorbeugenden Maßnahmen erfolgreich begegnet werden. Mit den Spitalsmilliarden allein wird man ihnen nicht beikommen. Wesentlich intensiver als bisher müßte daher die Primärprävention bei den Arbeits- und bei den Lebensbedingungen und beim Menschen selbst ansetzen. Und typische Interventionsfelder solcher präventiver Gesundheitspolitik sind daher die Schule und der Arbeitsplatz. Und gerade der Schule kommt neben der Wissensvermittlung auch die Aufgabe der Gesundheitserziehung zu. Denn viele von Ihnen wissen, leichter, als Lebensgewohnheiten zu verändern, ist es, sie gleich von früher Kindheit in richtige Bahnen, in gesundheitsfördernde, zumindest nicht in gesundheitsschädigende Bahnen zu lenken, um somit später einmal dann in 20 oder 30 Jahren den Erfolg spürbar werden zu lassen, denn leider Gottes ist Präventivmedizin Langzeitmedizin, also Langzeitstrategie. Bei einschlägigen Untersuchungen konnte festgestellt werden, daß besonders Erkrankungen des Bewegungsapparates stark im Zunehmen sind und ebenso Erkrankungen, welche durch falsches Ernährungsverhalten hervorgerufen werden.

Zurückkommend zu den ersteren wurden bei den 17- bis 18jährigen Stellungspflichtigen bis zu 50 Prozent Fehlhaltungen und Fehlstellungen der Wirbelsäule gefunden. Möglichst frühe Schulung und richtige Bewegungsmuster ermöglichen aber den erfolgreichen Kampf gegen die ständig steigende Zahl von Krankenstandstagen und Berufsunfähigkeiten. Kleinkindern braucht man noch kein Bewegungsmuster beizubringen. Sobald sie aber in die Schule gehen und dort gezwungen werden, mehrere Stunden stillzusitzen, muß für regelmäßige, aber auch richtige Bewegung gesorgt werden. Die Vorbeugung muß daher schon bei den das Kind betreuenden Personen, bei den Eltern, den Angehörigen, bei den Kindergärtnerinnen und bei den Lehrern, beginnen. Und besonders erwähnen möchte ich in dem Zusammenhang das Projekt „Gesunde Volksschule“ der Gesellschaft für Gesundheitsschutz. Es ist eine der zahlreichen Präventivmaßnahmen, die diese Gesellschaft ins Leben gerufen hat. Und es hat mich ein wenig nachdenklich gestimmt, als ich lesen mußte, daß Herr Landesrat Dr. Strenitz gesagt hat, es sei zu wenig in diese Richtung geschehen, und die ÖVP bis Ende 1990 ressortverantwortlich gemacht hat, speziell Herrn Landesrat Prof. Jungwirth und Frau Präsident Dr. Kalnoky. Ich finde, bei der Gesundheit sollte man nicht auf Ressortzuständigkeit pochen, Gesundheit geht uns alle an! Es ist ein bißchen unsensibel, wie Politiker manchmal mit der Gesundheit umgehen. Es beteiligen sich nämlich derzeit an diesem Projekt 23 Volksschulen mit insgesamt 2000 Kindern. Von zehn Volksschulen liegen schriftliche und von 30 weiteren mündliche Bewerbungen vor. Ich finde das sehr beachtlich, vor allem bei dem Budget, das diese Gesellschaft zur Verfügung hat, und man soll es nicht heruntermachen, nur weil es aus der anderen politischen Ecke gekommen ist. Die Betroffenen würden das nur sehr schwer verstehen. Es bleibt Ihnen aber, Herr Landesrat, unbenommen, wesentlich

mehr in diese Richtung zu unternehmen. Sie sind ja jetzt ressortzuständig. Wir werden die Fortschritte genau beobachten, und ich freue mich schon sehr auf eine gedeihliche Zusammenarbeit mit Ihnen, wenn Sie mich einladen.

Die Schwerarbeit, eine gewisse Bewußtseinsänderung, ein Verständnis für Vorsorge zu gewinnen, ist bereits erfolgt. Wir brauchen nur mehr dort fortzusetzen, wo bereits erfolgreich begonnen wurde. Früher war die Vorsorge kein Thema, und heute ist sie schon vielfach ein Anliegen. Ich hoffe aber auch, daß diese Aktionen fortgesetzt werden können, denn gerade das erwähnte Projekt erfaßt das Kind frühzeitig und ganzheitlich. Und die bis jetzt ausgewerteten Daten unterstreichen die dringliche Notwendigkeit umfassender und bundesweiter Neugestaltung gesundheitsfördernder Maßnahmen in der Schule, die die Optimierung des Gesundheitszustandes und des Gesundheitsbewußtseins der Kinder und deren Angehörigen intensiviert.

Eine weitere Plattform zur Früherkennung von Krankheiten bietet der Arbeitsplatz. Derzeit haben allerdings nur Unternehmen mit 250 Arbeitnehmern einen betriebsärztlichen Dienst, weshalb nur ein Fünftel der Arbeitnehmer einen solchen zur Verfügung hat.

70 Prozent der Arbeitnehmer arbeiten aber in Betrieben, die diese Größenordnung nicht erreichen. Die höchsten Gefährdungspotentiale hinsichtlich der Gesundheit gibt es aber in Betrieben mit der Größenordnung zwischen 50 und 100 Arbeitnehmern, weshalb der Ausbau der arbeitsmedizinischen Betreuung dringend erforderlich ist, zumal wir ja ohnehin im Hinblick auf einen EG-Beitritt die Schlüsselzahlen senken werden müssen.

Eine solche Betreuung verhindert nicht nur durch chemische und physikalische Einflüsse bewirkte Berufskrankheiten und Unfallgefahren, sondern sie müßte auch im Sinne einer prospektiven Arbeitsgestaltung ausgeweitet werden, weil sich die Belastung des Arbeitnehmers immer mehr vom körperlichen auf den psychomentalen Bereich verschiebt. Eine verbesserte Arbeitsplatzsituation führt zur höheren Leistung durch gesündere und motivierte Mitarbeiter, somit auch zur Verminderung von Krankenständen und zur Reduzierung von Frühinvalidität. Gegenwärtig ist die Zahl aller Invaliditäts- und Berufs- und Erwerbsunfähigkeitspensionen dreimal so hoch wie die der Frühpensionisten wegen langer Versicherungsdauer. Die Humanisierung der Arbeitswelt muß ein ständiger Prozeß bleiben und darf sich nicht in einer nachträglichen Korrektur im Einzelfall erschöpfen. Da die Betreuung am Arbeitsplatz auch eine aufklärende Einflußnahme auf den Lebensstil der Mitarbeiter hat, zum Beispiel durch verstärkte Aufklärungsarbeit betreffend Alkohol- und Zigarettenkonsum, Belastung in der Nahrung, liegt in dieser Form der Prävention die größte Chance, chronischen Krankheiten wirksam zu begegnen und im weiteren Sinne damit natürlich auch der Volkswirtschaft zu nützen.

Ich hoffe, daß wir über unsere parteipolitischen Grenzen hinaus in puncto Vorsorge und Gesundheitsförderung einiges werden weiterbringen. Wobei es dabei nicht so sehr um einzelne Projekte geht, sondern

um eine Flächendeckung, die auch dazu beitragen wird, daß das derzeit noch bestehende Stadt-Land-Gefälle endlich abgebaut werden wird. Für alle potentiellen Patienten würde dies bedeuten ein Plus an Lebensqualität, denn Gesundheitsvorsorge ist Lebensvorsorge.

Wenn man Gesundheit und Gesundheitspolitik unter diesen ganzheitlichen und auch vorsorglichen Gesichtspunkten sieht und gleichermaßen zur Kenntnis nehmen muß, daß die Krankenhäuser immer mehr Geld verschlingen, ohne daß der Gesundheitszustand der Bevölkerung sich bessern würde, und die Versorgungseinrichtungen immer weniger den Bedürfnissen der Betroffenen entsprechen, dann ist es wohl höchst an der Zeit, auch einmal die Aufgabenstellung der Krankenhäuser zu hinterfragen und neu zu definieren. Denn es ist weder aus medizinischer Sicht notwendig noch gesundheitspolitisch sinnvoll, daß wir heute Aufgaben in die Spitäler delegieren, die außerhalb ebenso, aber ökonomisch günstiger, erbracht werden können. Spitäler sollten akut- und spitzenmedizinische Versorgung, Ausbildung und Forschung gewährleisten und Spezial- und Nachsorgeambulanzen betreiben, und sonst nichts.

Es gäbe jetzt viel über die Sinnhaftigkeit und die Effizienz der Kopflastigkeit der medizinischen Versorgung in den Spitälern, über die Honorierungssysteme der Sozialversicherung zu sagen, aber ich möchte mich konkret einigen steirischen Problemen noch zuwenden, und ich hoffe, Sie gestatten mir das auch, wenn die Stunde schon sehr fortgeschritten ist.

Wir haben in der Steiermark nach langen Jahren der Bedarfsprüfung endlich einen Krankenanstaltenplan bekommen, wir wurden aber dann von der rasanten Entwicklung der Medizin eingeholt und überrollt, so daß er heute in vielen Bereichen nicht mehr dem Bedarf einer zeitgerechten medizinischen Versorgung entspricht. Das ist keine Schande, so ein Plan ist nichts Statisches. Wir sollten das nur klar bekennen, diesen Plan revidieren und korrigieren. Wir haben heute schon in manchen Disziplinen der Medizin Überkapazitäten, während in anderen wieder echte Unterversorgung herrscht. Ich nenne da zwei Beispiele, das ist die Rehabilitation, sie ist praktisch nicht vorhanden, wird immer bedeutungsvoller, und die Unfallchirurgie. Da frage ich mich auch, wie lange die Steiermark sich diesen Dornröschenschlaf und diese Ruhigstellung bezüglich Unfallchirurgie noch wird leisten können.

Es wird uns auch nichts nützen, wenn wir ständig nur bombastische Neubauten fordern – ich weiß schon, daß es wesentlich publikumswirksamer ist, solche zu eröffnen, weil sie ja direkt Zeugnis geben vom Interesse und vom Fleiß und vom Engagement des damit befaßten Politikers –, aber ohne grundlegende gesundheitspolitische Zielplanung und Zielvorgaben, die Festlegung von Schwerpunkten und Standards und Qualitätskriterien wird es zu keinem befriedigenden Output kommen, und wir gehen an den Problemen vorbei. Denn nicht die maximale medizinische Versorgung, sondern die optimale – da besteht ein großer Unterschied – ist anzustreben. Ich bin auch nicht der Meinung – und damit bin ich auch nicht allein –, daß wir zuwenig Spitalsbetten haben, ganz im Gegenteil, bei uns kommen auf 1000 Einwohner 13 Spitalsbetten, in Deutschland demgegenüber acht. Aber würden wir

nicht durch das derzeitige Pflegegebührensyste^m gezwungen, Betten länger als medizinisch notwendig zu belegen, weil nur dadurch der Spitalerhalter annähernd auf seine Kosten kommt, hätten wir heute schon in manchen Disziplinen Überkapazitäten, andere fehlen wieder – wie ich schon erwähnt habe.

So können wir zum Beispiel auch die Vorteile der rasant sich entwickelnden laparoskopischen Operationsmethode – Sie verzeihen mir, daß ich da ein bißchen wirklich einschlägige Fachausdrücke gebrauche, aber das ist eine Operationsmethode, die den Vorteil hat, daß sie nur ganz geringe Aufenthaltsdauern in den Spitälern benötigt – nicht nützen, weil wir dadurch große Deckungsbeitragseinbußen hinnehmen müßten. Unser derzeitiges Verrechnungssystem führt zu Fehlsteuerungen und gehört schleunigst geändert, und ich muß mit Bedauern feststellen, daß das erst 1995 der Fall sein wird.

Ein weiters Problem, das ein ständiger Diskussionsanlaß ist, ist die personelle Ausstattung unserer Spitäler. Auch hier meine ich, daß Personalaufstockungen, so notwendig sie da und dort sein werden – denn es gibt Abteilungen, die am Limit pflegen –, und Geldzuwendungen allein die Probleme nicht werden beherrschen können.

Wenn wir feststellen müssen, daß die Fluktuation im Pflegebereich 7,2 Jahre beträgt, dann ist doch die Frage nach dem Warum durchaus berechtigt. Fluktuation, wissen wir, ist teuer und führt zur Qualitätsverminderung. Nicht die Gebäude, auch nicht die Apparate und nicht die technische Ausstattung, sondern die menschliche Zuwendung ist für das Produkt „gesund machen“ von großer Bedeutung. Für sie ist keine Zeit, und das ist schlimm!

Vieles liegt an der Organisation des Arbeitsablaufes an sich, vieles aber auch an den Führungspersönlichkeiten. Solange Unerfülltsein, Entpersönlichung, Enthumanisierung – denn Humanität ist nur ein Schlagwort, sie wurde als erstes wegrationalisiert – als oftgenannte Gründe für die Kündigung angegeben werden, Gründe, die mit Unternehmenskultur, mit dem Führungsstil, der Aufgaben- und der Kompetenzverteilung im Zusammenhang stehen, der Mitarbeiter sich macht- und bedeutungslos fühlt, entfremdet er sich von seiner eigenen Person, und es fehlt ihm der innere Bezug zu seiner Aufgabe. Alle diese Gründe führen zu Spannungen, zu Unzufriedenheit, zu Reizbarkeit, die Menschen fühlen sich gekränkt, und sie werden krank und kündigen.

Im Personalbereich gäbe es viele Verbesserungsmöglichkeiten der Arbeitsplatzsituation, des Arbeitsklimas, die nicht immer wesentliche finanzielle Mittel beanspruchen. The human resources, die menschlichen Ressourcen, sie sind unser größtes Kapital, und sie sollten wir nützen. Die japanische Autoindustrie hat das schon kapiert, warum sollte das bei uns nicht gehen.

Ich selbst habe 17 Jahre im Spital gearbeitet, und ich habe dieses Demotivations- und Rationalisierungsmanagement erlebt. Ich kenne auch die Probleme aller im Pflegebereich Tätigen bestens, und ich kann nicht verstehen, warum nicht längst für diese Berufsgruppe, die selten in ihren Forderungen unmäßig ist, weil sie zu ihrem Beruf eine ethische Beziehung hat, die entsprechenden Umstrukturierungsmaßnahmen gesetzt

wurden. Das vorzunehmen, wäre Angelegenheit des Managements, dazu sind die Manager eingesetzt, dafür bekommen sie ihre hohen Gehälter. Visionen und Umgehen mit im Management gebräuchlichen Terminatechnici mögen zwar imponieren, entscheidend für den Betrieb sind aber nur jene Maßnahmen, die zur Verbesserung der derzeitigen Situation führen.

Versprechungen und schöne Redeübungen allein helfen auch nicht, sie wecken nur Hoffnung, und sie hinterlassen bei Nichterfüllung ungeheure Enttäuschung. Zur Zeit läuft bei uns gerade eine Stärke-Schwächen-Analyse der Firma Sutter & Sutter aus der Schweiz, sie wird 4,5 Millionen Schilling kosten, und sie wird allerdings nur jenes aufdecken, was diejenigen, die im Pflegebereich und in den Spitälern arbeiten, ohnehin schon wissen. Der Dekan der Medizinischen Fakultät, Prof. Kenner, geht in seinem Memorandum mit dem LKH-Management kritisch ins Gericht, wenn er meint: „Der derzeitige Zustand ist vergleichbar mit einem Organismus ohne Nervensystem, wo jedes Organ für sich selbst funktioniert und daher das gesamte System zugrunde gehen muß und auch wird.“ So wörtlich Prof. Kenner. Große Aufregung! Wenn einmal eine angebliche Qualität bezweifelt oder kritisiert wird, sind alle aufgebracht. Die medizinische Versorgung ist bei uns nicht so optimal. Und Prof. Kenner weiß, wovon er spricht. Der Herr Vorstandsdirektor DDr. Moser selbst hat einmal behauptet, auch hier ein wörtliches Zitat: „Manager sind das Nervenzentrum und Informationen das Nervensystem“. Informationen gibt es in diesem Unternehmen praktisch nicht oder sie werden nicht weitergegeben. Deshalb vielleicht die Schlußfolgerung, daß der Organismus ohne Nervensystem lebt und daher zugrunde gehen wird. Unqualifiziert scheint mir daher nicht die Äußerung von Herrn Prof. Kenner, sondern ein Management, das nicht informiert. Wie soll denn ein derartiges Großunternehmen funktionieren, wenn jede Abteilung ihr eigenes Süppchen kocht, Verantwortungen hin- und hergeschoben werden, Probleme eher eskalieren als gelöst werden, Gespräche aller an einem Tisch unmöglich sind und Kritik nicht vertragen wird? Referate und Publikationen dienen zwar der Profilierung und dem Bekanntheitsgrad, wenn die darin gemachten Äußerungen aber in der eigenen Unternehmensphilosophie fehlen oder nicht angewandt werden, nützen sie dem Unternehmen wenig. Viele Köpfe sind schon gerollt. Wir haben heute schon davon gesprochen, Herr Präsident Mag. Rader. Einer hat alle überlebt. Die Situation hat sich nicht gebessert, im Gegenteil. Wir dürfen alle darüber nachdenken – warum? Und vielleicht liegt doch so mancher Unmut, so manche Unzufriedenheit und so manche Fehlentwicklung bei der obersten Führungsebene und ist bei uns hausgemacht. Und ich bekomme ein Gefühl von Unbehagen, wenn wir von einer Investition von 12 Milliarden Schilling im Rahmen eines Sonderfinanzierungsprogrammes für künftige Spitalsbauten sprechen. Sie müssen ja auch einmal personell ausgestattet werden, und dafür haben wir kein Geld. Wir brauchen sie außerdem nicht in diesem Umfang und nicht in diesem Ausmaß. Und was wir brauchen sind festgelegte Standards und Schwerpunkte, eine Leistungslenkung und besser geführte und besser organisierte Häuser. Und wir müssen uns auch vom engen Kantonismus verabschieden und können nicht jedem sozialen und

politischen Druck nachgeben und auch nicht die Interessen und Hobbys eines jeden Abteilungsvorstandes berücksichtigen. Im Vordergrund muß allein die Verbesserung der Versorgung der gesamten Bevölkerung stehen.

Unter diesem Aspekt sind auch die Vorstellungen eines Versorgungskonzeptes der Ärztekammer durchaus diskutierenswert. Sie sind wirklich in bester Absicht gemacht worden, und sie mit einigen polemischen Wortmeldungen unter den Tisch zu kehren, ist nicht der richtige Weg, im Gegenteil! Ich meine, wir müssen die Ärzte und damit auch die Ärztekammer viel mehr in unsere Gesundheitsplanung einbinden und sie nicht ausgrenzen, denn es ist für mich nicht verständlich, warum Gesundheitspolitik ausschließlich von Politikern, von Gewerkschafts- und Arbeiterkammerfunktionären gemacht werden soll. Wenn wir hier nicht umdenken können, dann müssen wir auch die Mittel für alles bereitstellen, sie aber auch verantworten. Wir dürfen uns nicht ständig über die Kostenentwicklung wundern, uns aber auch im klaren sein, damit einen Großteil des Schuldenberges zu verursachen. „Spital 2000“, wie immer das Konzept, das Vorhaben, das Investitionsprogramm heißen wird, die Kosten werden enorm sein, den Bedürfnissen der Generation, nach uns werden sie überhaupt nicht mehr entsprechen. Denn es gibt sogar Studien, die besagen, daß in 50 Jahren keine Großkrankenhäuser mehr existieren werden. Sie sind nicht mehr finanzierbar, und sie sind nicht mehr administrierbar. Und Sonderfinanzierung bedeutet daher für mich nur eine Verschleierung der tatsächlichen Kosten, besonders für unsere nachkommenden Generationen. Sie werden ja unsere Lasten zu tragen haben und die Rückzahlungen zu tätigen haben. Wir müssen daher auch endlich über die Finanzierung reinen Wein einschenken, denn ökonomisch voraussehbaren Generationskämpfen könnte damit die Speerspitze abgebrochen und einem Solidaritätsverlust zwischen Alt und Jung und Krank und Gesund vorgebeugt werden. Daher ist einem solchen Konzept nur zuzustimmen im Zusammenhang mit einem gesamtsteirischen Versorgungsplan. Nach jahrelangen Diskussionen sind wir heute an einem Punkt angelangt, an dem Handlungen brennend notwendig sind, und zwar einschneidende Handlungen, und nicht kosmetische Retuschen. Und nur gemeinsam können wir jene Rahmenbedingungen schaffen, die erforderlich sind, eine optimale Gesundheitsversorgung auch in Zukunft gewährleisten zu können. Daß sie insgesamt billiger werden wird, in einer Freizeitgesellschaft mit steigender Lebenserwartung der Menschen und einer sprunghaften Entwicklung im Medizinbereich, sei es in Technik oder in neuen Therapien, ist unrealistisch, ist eine Illusion. Ein mögliches Ziel wäre es aber schon, die explodierenden Kostenentwicklungen einigermaßen in den Griff zu bekommen und die eingesetzten Mittel optimal und zielorientiert zu verteilen. Dazu benötigen wir allerdings auch eine grundlegende Reform unseres Gesundheitswesens. Es wird allerdings schwer sein mit einem Sozialminister, der in einem Interview für eine medizinische Zeitschrift von sich gesagt hat, daß seine politische Zukunft in der Vergangenheit gelegen sei.

Ich bitte Sie nun, über alle parteipolitischen Grenzen hinaus, daran zu arbeiten, es geht um das Höchste,

das wir zu schützen haben, um die Gesundheit unserer Bevölkerung, für die wir schließlich kraft unserer Ämter gemeinsam verantwortlich sind. Und jetzt danke ich Ihnen ganz, ganz herzlich für Ihre unendliche Geduld! (Allgemeiner Beifall. – 23.08 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Mit Frau Dr. Grabensberger haben nunmehr alle Abgeordneten dieses Hauses ihre erste Rede hinter sich gebracht, erfolgreich, Gott sei Dank, ich gratuliere herzlich.

Die nächste Rednerin ist Frau Dr. Bachmaier-Geltewa.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (23.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

In Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde möchte auch ich versuchen, mich möglichst kurz zu halten. Als Abgeordnete des Bezirkes Bruck an der Mur bewegt mich ein regionales Thema besonders, das im Zusammenhang mit der Gesundheitspolitik unseres Landes zu sehen ist. Und zwar das Werkskrankenhaus Kapfenberg der Firma Böhler Ges. m. b. H., das von der Schließung bedroht war, weil es die Firma ohne Förderungsmittel des Landes nicht mehr fortgeführt hätte.

Die Situation ist nicht nur im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage der Firma zu sehen, sondern auch im Zusammenhang mit dem Neubau des Landeskrankenhauses Bruck an der Mur, das Ende 1993 fertiggestellt werden soll.

Das Werkskrankenhaus Kapfenberg wurde 1908 gegründet und stand ursprünglich den Böhler-Beschäftigten und deren Angehörigen zur Verfügung. In den 80er Jahren und danach wurde das Werkskrankenhaus zunehmend von Nichtwerksangehörigen beansprucht.

Das Krankenhaus hat derzeit mit einem Anteil von 40 Prozent nicht bei der Betriebskrankenkasse Versicherten den Status eines reinen Betriebskrankenhauses verloren und steht als allgemeines Krankenhaus der gesamten Bevölkerung zur Verfügung.

Das Werkskrankenhaus Kapfenberg hat eine Kapazität von 94 Betten. Es wurden im Jahr 1991 3207 Patienten stationär und 7298 ambulant behandelt. 2335 Operationen wurden durchgeführt, 1266 betriebsärztliche Untersuchungen und 1416 Vorsorgeuntersuchungen. 65 Prozent der Patienten sind aus der Gemeinde Kapfenberg, 30 Prozent aus den restlichen Gemeinden des Bezirkes Bruck an der Mur. 114 Personen haben derzeit einen Arbeitsplatz im Werkskrankenhaus Kapfenberg.

Im Krankenanstaltenplan des Landes Steiermark sind ab 1994 409 Betten für den Raum Bruck an der Mur-Kapfenberg vorgesehen. Nach Fertigstellung des neuen LKH Bruck an der Mur werden 74 Betten weniger der Bevölkerung zur Verfügung stehen, als der Plan es vorsieht. Dieser Abgang an Betten hätte im Falle einer Schließung des Werkskrankenhauses Kapfenberg nur durch eine zweite Ausbaustufe des Landeskrankenhauses Bruck an der Mur, die sicherlich mit einem größeren Kostenaufwand verbunden wäre, als das bestehende Werkskrankenhaus zu erhalten, korrigiert werden können.

Neben dem Schwerpunkt Akutversorgung auf dem chirurgischen Gebiet werden im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen und des betriebsärztlichen Dienstes im Werkskrankenhaus Kapfenberg wichtige Leistungen angeboten. Auch sollen diverse Spezialambulanzen eingerichtet werden.

Die Firma Böhler hatte die Absicht, bereits im Jahre 1989 das Werkskrankenhaus zu schließen. Nur durch den Druck der Bevölkerung konnte das bis jetzt verhindert werden. Nunmehr wurde seitens der Firma ein Ultimatum gestellt. Naturgemäß ist mittlerweile auf Grund der bestehenden Situation innerhalb des Personales des Krankenhauses eine entsprechende Verunsicherung eingetreten, und es werden Abwanderungsgedanken spürbar.

Es wäre daher auf Grund der vorliegenden Fakten und unter Berücksichtigung einer vernünftigen Regional- und Strukturpolitik für die Bevölkerung in diesem Raume undenkbar, das Werkskrankenhaus zu schließen. Der Weiterbestand des Krankenhauses Kapfenberg ist für die ohnedies von Krisen überschüttete Region von ganz entscheidender Bedeutung.

Daher freut es mich, daß es nunmehr seitens der Landesregierung ein grundsätzliches Bekenntnis für den Weiterbestand dieser so wichtigen medizinischen Versorgungseinrichtung gibt. Dafür ist insbesondere Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner, aber auch Herrn Landesrat Dr. Strenitz herzlich zu danken.

Aber ich würde mir wünschen, wenn das Krankenhaus Kapfenberg in den Krankenanstaltenplan des Landes aufgenommen werden würde und von diesem entsprechend den gegebenen Möglichkeiten in der vorhandenen Struktur oder in einer anderen angepaßten Form fortgeführt wird.

Ich möchte meine Ausführungen mit einem Sprichwort beenden, das lautet: „Der Gesunde hat viele Wünsche, der Kranke nur einen.“ Das müssen wir uns immer vor Augen halten. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 23.12 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch.

Abg. Dr. Karisch (23.13 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Angesichts der vorgerückten Stunde bin ich gebeten worden, es sehr kurz zu machen, und ich bitte um Verständnis, ich werde es wirklich kurz machen und nur einige wenige Punkte – Punkte, die mir wichtig erscheinen – herausgreifen.

Ich möchte aus der Konsumentensicht reden, und das ist eine Sicht, die im allgemeinen zu kurz kommt. Der Patient ist ein sehr abhängiger Konsument. Er befindet sich in einer besonders schwierigen Situation. Er ist in Sorge um seine Gesundheit und getraut sich oft nicht, sich zu beschweren, weil er Angst hat, daß das seiner Behandlung schaden könnte. Wie schwach sich unsere Patienten fühlen, haben wir heute in den Medien gelesen – und ich habe es in der Früh um Dreiviertelsieben im Rundfunk gehört –, eine Studie, bei der die Steirer und Kärntner angegeben haben, überdurchschnittlich schlechte Erfahrungen mit unseren Spitälern gemacht zu haben. Das ist kein Ruhmesblatt

für die Krankenhausreferenten der letzten zwei Jahrzehnte, und es entspricht auch den Erfahrungen, die ich in meinem Verein für Konsumentenschutz mit Beschwerden gemacht habe. Ich freue mich daher ganz besonders, daß in absehbarer Zeit eine Patienten-anwaltschaft installiert werden soll, ich hoffe, sie kommt wirklich bald.

Neben der Einrichtung der Patienten-anwaltschaft wäre es aber auch notwendig, Patientenrechte neu zu ordnen. Wir haben sie zwar heute in unseren Gesetzen, aber wir haben sie sehr verstreut, und sie sind nur als Pflichten des Personals verankert. Es wäre wichtig, sie sichtbar zu machen. Ein großes Defizit – und es ist mir ein Bedürfnis, das zu sagen – gibt es immer wieder beim Recht des Patienten auf Information, auf Information hinsichtlich Diagnose und Behandlungsmöglichkeiten. Dieses Recht ist zwar gesetzlich fixiert, und dennoch ist es in der Praxis leider nicht selbstverständlich.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel bringen, und zwar ein besonders tragisches Beispiel aus dem Landeskrankenhaus Graz. Eine gebürtige Grazerin, verheiratet in Italien, wartete 1991 als selbstzahlende Patientin monatelang vergeblich auf eine Lebertransplantation. Sie hat sie nicht bekommen, sie ist gestorben. Es gab, meine Damen und Herren, bitte hören Sie zu – ich habe das für unmöglich und für unvorstellbar gehalten, wie man mir das gesagt hat –, während ihrer Wartezeit achtmal ein passendes Organ. Man hat sie nicht operiert, da die Klinik in dieser Zeit dazu angeblich personell nicht in der Lage war, aber, und das ist das Schlimme, meine Damen und Herren, man hat sie auch nicht informiert. Man hat ihr nicht gesagt, daß es passende Organe gab, und man hat ihr auch nicht gesagt, „passen Sie auf, wir sind unter Umständen nicht in der Lage, zu transplantieren, gehen Sie woanders hin, wenn Sie woanders etwas finden“. Ein tödlicher Informationsmangel.

Hohes Haus, wir können uns nicht überall Spitzenmedizin im vollen Umfang leisten, und niemand hat einen Rechtsanspruch darauf. Das ist mir klar, aber informieren könnten und müßten wir die Patienten. Ich muß sagen, ich schäme mich für das, was da passiert ist.

Herr Landesrat Dr. Strenitz, Sie sind für die Spitäler verantwortlich, ich darf Sie bitten, sich mit Ihren Kollegen in den anderen Bundesländern zusammenzusetzen und abzusprechen, daß es zu einer vernünftigen Aufteilung der Spitzenmedizin kommt. Es ist weder ökonomisch noch menschlich vertretbar, daß man in jeder Klinik alles versucht und dann doch nichts schafft. Es ist auch nicht sinnvoll, aus falschem Prestigedenken – jetzt bitte ich den Kollegen Dörflinger, mir zuzuhören – in allen Bezirksstädten alles anbieten zu wollen. Die Qualität darf unter der Quantität nicht leiden. Sie haben mir unterstellt, die Spitäler sperren zu wollen. Ich will sie nicht sperren. Ich habe gesagt, daß wir im Interesse der Qualität, im Interesse der Patienten und der Qualität ihrer Behandlung dafür sorgen müssen, daß wir nicht überall alles machen können, aber das, was wir machen, gut machen können. Das war meine Aussage.

Ich habe dazugesagt, es gibt einen Rutil-Plan, den kenne ich aus der Presse, ich habe ihn nicht gelesen, aber ich halte es für sinnvoll, sich damit auseinander-

zusetzen und sich zu überlegen, ob er uns nicht da oder dort etwas bringt. Sie haben heute gesagt, Herr Kollege Dörflinger, Sie hätten hier viel gelernt. Und ich muß Ihnen sagen, ich habe auch etwas gelernt – er ist nicht mehr da, der Herr Kollege Vollmann –, er hat mir gesagt, ich sei so neu und daher so patschert. Das mag stimmen. Ich bin neu, ich kenne mich noch nicht aus, aber, Herr Kollege Dörflinger, ich muß sagen, ich habe auch etwas gelernt. Ich habe gelernt, wie Sie arbeiten. Und das war für mich lehrreich. Ich trage es Ihnen nicht nach, aber es war eine Lehre für die Zukunft, und in der Politik muß man das wahrscheinlich lernen.

Ein zweiter kurzer Wunsch noch an unseren Spitalreferenten. Es ist auch ein Wunsch für die Patienten, und daher möchte ich ihn trotz der fortgeschrittenen Stunde sagen. Es gibt ein Patientenrecht, nicht unnötig leiden zu müssen. Der Opiatverbrauch ist bei uns in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern auffallend niedrig, ein Zehntel von Dänemark, ein Sechstel von Großbritannien. Das bedeutet, daß bei uns schwerstkranke Patienten wesentlich weniger Schmerzmittel bekommen als in anderen Ländern und daß sie daher in ihrer letzten Phase oder wenn sie sonst sehr viele Schmerzen haben mehr leiden müssen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das ist doch unglaublich, was Sie da sagen! Beweisen Sie das!“) Da gibt es Statistiken darüber, und es gibt einen Sterbeverein, der das auch seit Jahren behauptet. Die Gefahr der Süchtigkeit, das ist eine Sorge der Ärzte. Man ist bei uns und auch in Deutschland – muß ich dazusagen, die handeln so wie wir – sehr vorsichtig. (Landesrat Dr. Strenitz: „Das ist ja ungeheuerlich! Sie kennen ja die Klinik offenbar nicht von innen!“) Ich habe das dem Herrn Prof. Möse vor zwei Jahren gesagt. Er hat es mir zugegeben und hat gesagt, er wird sich einsetzen. Ich möchte bitte jetzt dazu gar nichts mehr sagen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Waren Sie schon einmal auf der Intensivstation, haben Sie sie schon einmal von innen gesehen?“) Ich habe eine Intensivstation bei einem Angehörigen miterlebt. Und ich habe auch den großen Einsatz des Personals miterlebt. Ich möchte Sie ersuchen, ich sage das hier nur, daß man sich einsetzt. Das ist eine Sorge, daß Patienten abhängig werden, ich möchte das gar nicht negativ sehen. Das ist eine Sorge, eine Angst vor dem Suchtmittel, die vielleicht zu übergroßer Vorsicht verleitet. Ich möchte bitten, daß man da etwas unternimmt.

Noch einen dritten Punkt zum Abschluß ganz kurz, das ist die Sorge um die Krankenschwestern. Herr Kollege Dörflinger, Sie haben mir vorgeworfen, ich habe das zumindest in der „Neuen Zeit“ so gelesen, ich nehme an, Sie haben eine Presseaussendung gemacht, ich hätte mich für Standespolitik mißbrauchen lassen. Ich habe mich nicht mißbrauchen lassen. Ich habe mich ganz bewußt vor die Krankenschwestern hingestellt und werde das wieder tun. Ich bin Frauenreferentin des Grazer ÖAAB und fühle mich solidarisch mit Frauen, die in ihrem Berufsleben benachteiligt sind. Ich habe sehr gründlich recherchiert, ob ich da nicht etwas Unrechtes tue. Und ich bin auf sehr, sehr schlechte Arbeitsbedingungen gestoßen, und ich werde die wieder aufgreifen. Ebenso wie ich weiter aufzeigen werde, daß die Angestellten von Freiberuflern in Österreich unterdurchschnittlich und

schäbig bezahlt werden. Und was mich so erschüttert hat, vor einem Jahr hätte ich gesagt, das wir bis dahin meine Meinung, und ich bin doch schon recht alt, die Gewerkschaft tut was für die Leute, vor allem die sozialistischen Gewerkschafter. (Abg. Kanape: „Das tut sie ohnehin! 30 Prozent Gehaltserhöhung!“) Ich habe gelernt. Es gibt Kollektivverträge, die unvorstellbar schlecht sind. Es gibt zum Beispiel noch immer einen Kollektivvertragslohn – ich möchte es ganz kurz machen – für Assistentinnen von Zahnärzten bei einer 40-Wochen-Stunde Arbeit mit einem Anfangsgehalt von 5400 Schilling. (Abg. Kanape: „Sie wissen, was die Gehaltserhöhung ausgemacht hat!“) Darf ich Sie bitten, Frau Kanape, vielleicht halten wir alle zusammen, und Sie unterstützen mich. Ich habe jetzt einen Brief an den Herrn Verzetnitsch – so heißt er, glaube ich – geschrieben, unterstützen Sie mich bitte, das muß auf Bundesebene verhandelt werden. Und dort geht nichts weiter. (Abg. Kanape: „Das ist unter Ihrem Niveau!“) Verzetnitsch – habe ich das böse gesagt? Ich weiß nicht, wie man es genau ausspricht. Es soll keine Kränkung sein. Ich möchte nur, daß wir diesen Frauen helfen.

Herr Abgeordneter Dörflinger, das war das eine Motiv, mich vor die Krankenschwestern zu stellen. Das ist für mich nicht Mißbrauch, das war eben Solidarität mit Frauen, denen es nicht gut geht.

Und das zweite Motiv war die Sorge um Patienten. Denn Patienten werden nur dann gut behandelt, wenn es auch unseren Krankenschwestern gut geht und wenn sie Zeit haben, sich um die Patienten zu kümmern und ihnen menschlich das zu geben, was wir alle uns wünschen und was meine Kollegin Dr. Grabensberger vorher so schön gesagt hat. Und ganz kurz am Schluß noch ein Vorschlag für die Zukunft, ein konstruktiver Vorschlag. Ich habe in der Zeitung gelesen, es hat in Wien dazu schon Veranstaltungen gegeben. Es gibt das sogenannte Frankfurter Modell über bessere Arbeitsbedingungen für Krankenschwestern, bessere Diensterteilungen. Es geht diesen Frauen nicht immer um mehr Geld. Sie haben ein unheimlich hohes Berufsethos. Was sie wollen, ist eine geregelte Dienstzeit. Daß sie wirklich das Beste für ihre Patienten geben können, ohne „am letzten Zahn zu gehen“, wie man im Volksmund so schön sagt. Sie leiden darunter, daß sie in die sogenannte gefährliche Pflege schlittern, daß sie nicht mehr das geben können, was sie glauben, geben zu müssen, und dann wechseln sie still und heimlich den Beruf. Und sie leiden darunter, daß die Dienstzeiten nicht geregelt sind, daß sie sehr, sehr viele Überstunden und Plusstunden machen müssen, die sie monatelang, oft jahrelang nicht ausgleichen können. Ich bin auf Krankenschwestern gestoßen, die den Vorjahresurlaub überhaupt noch nicht konsumiert haben, die mit dem Ausgleich vom Vorjahr noch nicht ganz zusammenkommen. Das gibt es bitte in unseren Spitälern. Es geht nicht nur ums Geld, es geht um bessere Arbeitsbedingungen! Es geht darum, daß Teilzeitkräfte nicht Vollzeit arbeiten müssen, obwohl sie das gar nicht wollen. Schwestern sind sehr idealistisch, sie werden bei ihrem Berufsethos gepackt, und da sind sie ansprechbar. Wenn sie sehen, daß die Station zusammenbricht, dann bleiben sie länger. Sie setzen sich ein bis an die Grenzen der Belastbarkeit und protestieren nicht, sondern sie gehen. Und das, meine Damen und Herren, sollten wir im Interesse unserer steirischen

Patienten und eines Gesundheitswesens, das uns alle Ehre macht, vermeiden. Ich bitte Sie alle um Ihre Unterstützung! (Beifall bei der ÖVP. – 23.37 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dörflinger gemeldet.

Abg. Dörflinger (23.27 Uhr): Frau Kollegin Dr. Karisch!

Sie verweisen in Ihren Reden, auch im Finanz-Ausschuß, immer wieder auf Ihre Tätigkeit im Verein für Konsumentenschutz. Die Menschen hätten es schwer, und Sie hätten viel Arbeit, wenn alle Beipackzettel so lückenhaft und so ungenau ausgefüllt werden, wie Sie jetzt zitiert haben. Ich lese Ihnen jetzt etwas vor, der Kollege Koch vom ORF sitzt hinten, Sie können sich das Tonband besorgen, Sie können sich das alles anschauen. Ich habe mir das nicht aus den Fingern herausgezogen, ich habe mir das auch nicht eingebildet. Der Kollege Bacher, der nachher zum Wort kommt, hat das im Radio selbst auch gehört, es kann keine Mystifikation gewesen sein. Frau Kollegin, ich lese Ihnen jetzt etwas vor: ORF, 7. April 1992, 10.45 Uhr, die Nachrichten, wörtliches Zitat – bei uns funktioniert die Zentrale besser als bei euch, das ist das Problem – „Landtagsabgeordnete Dr. Eva Karisch unterstützt den Vorschlag des steirischen Ärztekammerpräsidenten Routil, einige steirische Krankenhäuser zu schließen. Auf Dauer werde man sich die finanzielle Belastung durch Krankenhäuser in jeder einzelnen Bezirkshauptstadt nicht mehr leisten können, meinte sie.“ Ich habe diese Meldung gehört, ich habe zuerst geglaubt und habe Ihnen das gestern gesagt, das eigentlich Unfaire, was Sie heute gemacht haben, ist, daß wir das gestern ausgesprochen haben. Ich habe gesagt, ich habe zuerst gar nicht geglaubt, daß Sie das sagen. Ich habe mir dann die wörtliche Abschrift besorgt. Ich habe dann die Aussendung gemacht, Sie haben mir gestern gesagt, Sie haben das nie gesagt, das sei eine Falschmeldung gewesen. Ich habe in meiner Rede heute gesagt, ich bin froh, daß Sie das nicht gesagt haben, und ich bin froh, daß wir uns da offensichtlich in einer gemeinsamen Linie befinden und was Gemeinsames wollen. Offensichtlich haben Sie im Konzept was anderes stehen gehabt und es jetzt wieder gebracht. Es tut mir leid, daß das so ist, die Realität schaut ein bißchen anders aus. Wir würden leichter miteinander diskutieren, wenn wir dabei bleiben würden.

Präsident Mag. Rader: Weiters erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Karisch das Wort zu einer tatsächlichen Berichtigung.

Abg. Dr. Karisch (23.29 Uhr): Ich war unterwegs, ich habe kein Radio gehört. Ich habe es Ihnen gestern gesagt, und dabei bleibe ich. Das war kein Interviewwortlaut, das ist zusammengefaßt worden. Ich hatte eine Pressekonferenz, es ist viel gesprochen worden, sie hat eineinhalb Stunden gedauert. Das war nicht das Hauptthema. Ich bin gefragt worden, und ich habe das gesagt, was ich jetzt früher auch gesagt habe: Wir werden uns nicht überall alle Qualitäten leisten können, wir können es nicht mehr finanzieren, wir als Land werden nicht in jeder Bezirksstadt alles machen

können. Wir haben sogar Bezirksstädte – hinten sitzt meine Kollegin Frieß –, wie Weiz, ich glaube, dort gibt es gar kein Spital, wir wollen auch dort keines führen. (Abg. Dörflinger: „Es gibt eines!“) Also es gibt doch eines, ein städtisches, ich meinte, es gibt kein Landesspital.

Wir wollen das begraben, es war für mich eine Lehre, ich muß wahrscheinlich auch vorsichtiger damit sein, was ich bei Pressekonferenzen sage. Wenn ich gesagt hätte, sperren wir alles zu, dann hätten das alle vier Tageszeitungen gebracht, aber keine hat es gebracht. Es war sicher nicht die wichtigste Meldung der Pressekonferenz, aber bitteschön, ich habe sicher so geredet. Ich möchte der Kollegin, die den ORF-Bericht verfaßt hat, gar nichts vorwerfen. Sie hat aber auch nicht klar gesagt „zusperren“. Ich habe darüber gesprochen, ich lege das Kind nicht weg, nur, daß man mir sagt, ich wolle alle zusperren, das war nicht der Fall. Aber ich sage heute noch einmal, man sollte sich den Routil-Plan auch anschauen, man soll die Dinge nicht einfach vom Tisch fegen. Man sollte darüber diskutieren zum Wohle dieser großen Einrichtung. Danke schön.

Präsident Mag. Rader: Wir sollten auch nicht über ORF-Interviews diskutieren, wenn wir die Damen und Herren hier live erleben können, was sie sagen.

Meine verehrten Damen und Herren, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, wir haben sehr viele Wortmeldungen heute schon gehabt, möchte ich gerne, daß wir in einem Augenblick der Gemeinsamkeit jenen danken, die alle unsere Worte jetzt in den vergangenen zwei Tagen sehr fleißig mitgeschrieben haben und all das ertragen haben, was wir gesagt haben. Das sind Brigitte Zinterl, Renate Franz, Renate Weinzödl, Renate Adler, Ingrid Schögler, Ingrid Gutkauf, unter der Leitung von Hofrat Dr. Gartner. Herzlichen Dank dafür, daß Sie für uns arbeiten! (Allgemeiner Beifall.)

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Köhldorfer, dann der Herr Abgeordnete Bacher und dann der Herr Landesrat Dr. Strenitz.

Abg. Köhldorfer (23.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir als gesetzgebende Körperschaft sind verpflichtet, unserer steirischen Bevölkerung eine umfassende Gesundheitsversorgung zu sichern. Dazu gehört außer den Krankenhäusern, Pflegeheimen und der Hauskrankenpflege – wie ich heute hier schon ausgeführt habe – auch die ärztliche Versorgung, die fachärztliche, und vor allem die Versorgung mit den praktischen Ärzten. Es sind vorrangig die praktischen Ärzte, die bisher und in Zukunft neben einer funktionierenden Hauskrankenpflege die Krankenversorgung und die Gesundheitsvorsorge unserer Bevölkerung sichern. Wer heute im ORF um 6.45 Uhr, das ist mittlerweile nahezu 18 Stunden her, in der „Steirischen Rundschau“ die Umfrage gehört hat – (Abg. Dr. Lopatka: „Wie bitte?“) Bitte, Herr Dr. Lopatka, du kannst dich dann gleich da herstellen und von hier aus deine Wortmeldung tätigen.

Da wurde von einer Umfrage berichtet, bei der die steirischen Ärzte eine schlechtere Beurteilung hinnehmen mußten, als ihre Kollegen sonst in Österreich

bekommen haben. Das ist sicher nicht auf eine schlechtere Qualifikation zurückzuführen, sondern auf das Verrechnungssystem mit den Krankenkassen. Unsere Ärzte müssen, wenn sie keine Nebeneinkünfte aus der Hausapotheke oder als Distriktsarzt haben, danach trachten, möglichst viele Krankenscheine, sprich Patienten, zu bekommen, um damit die Höhe ihres Einkommens bestimmen zu können.

Ich bin jetzt nicht dazu da, um über die Einkommen der steirischen Ärzte zu referieren, nur, unter dem zur Zeit gültigen System leiden die Patienten. Wenn der Arzt keine Zeit mehr hat, sich die Probleme der Patienten anzuhören, leidet das gesamte Gesundheits- und Vorsorgesystem darunter. Unter dieser Voraussetzung wird die Bewertung der Ärzte auch in Zukunft keine bessere sein. Es muß die Verrechnung mit den Kassen geändert beziehungsweise reformiert werden. Weg von der Krankenscheinverrechnung, hin zur Leistungsbezahlung. Das heißt, daß die Zeit, die der Arzt tatsächlich für den Patienten aufwendet, bezahlt werden muß. Dann kann sich der Arzt mehr Zeit für den einzelnen Patienten nehmen, und er ist kein Massenabfertigungsinstitut mehr.

Meine Damen und Herren, es gibt nahezu 30 verschiedene Sozialversicherungsanstalten in Österreich. Allein in unserer Steiermark sieben davon. Ich glaube, daß für unser Land eine reichen würde. Es kann sich kein Arbeiter, kein Angestellter, kein Unternehmer, kein Landwirt, kein Freiberufler oder Beamter eine dieser sieben Sozialversicherungs- beziehungsweise Krankenanstalten freiwillig aussuchen nach deren Leistung und Qualität. Es gibt keine Wettbewerbs-, sondern nur Pflichtkassen.

Daß es eine Pflichtversicherung geben muß, dazu, glaube ich, stehen wir alle. Aber den Luxus dieser vielen Sozialversicherungsanstalten und Krankenkassen ohne Wettbewerb, den lehnen wir Freiheitlichen ab. Entweder werden unter Beibehaltung des jetzigen Zustandes die Kassen zusammengelegt, um ein einheitliches System zu haben und dadurch die Kosten bei der Verrechnung mit den Kassen für die Krankenanstalten und Ärzte zu senken, oder es darf endlich bei uns, wie auch in den Exostblockstaaten, ein freier Wettbewerb der Anstalten stattfinden. Wenn das der neue Weg der steirischen Gesundheitspolitik ist, dann gehen wir ihn gemeinsam. Sorgen wir in unserem Land, wie es unser gesetzlicher Auftrag ist, für eine geordnete und parteifreie Gesundheitsversorgung. Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 23.35 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Bacher.

Abg. Bacher (23.35 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege Köhldorfer hat von den Sozialversicherungen gesprochen, und ich möchte ein paar Minuten die Zeit dafür verwenden, wirklich über die Problematik der Spitalsfinanzierung zu sprechen.

Wenn wir uns das nämlich anschauen, wieviel wir von den Sozialversicherungen pro Pflorgetag bekommen, dann ist eine deutliche Entwicklung in diese Richtung zu erkennen, daß die Rabatte der Kassen immer höher werden. Bekamen wir im Jahr 1980 bei einem Pflegegebührensatz von 825 Schilling noch

524 Schilling pro Tag, nämlich 63,51 Prozent der tatsächlichen Kosten, so sind es 1992 bei einem Pflegegebührensatz von 2341 Schilling nur mehr 1090 Schilling, nämlich nur mehr 46,56 Prozent.

Im Krankenhaus Graz schaut es überhaupt triste aus, da ist die Deckung nur mehr 36 Prozent. Das ist eine der problematischen Entwicklungen in der Spitalsfinanzierung, auf die der Vorstand keinen Einfluß hat, und da ist die Steiermark gegenüber anderen Bundesländern eklatant benachteiligt. Es ist wirklich höchst an der Zeit, daß ein neuer Finanzierungsschlüssel gefunden wird. Es soll ja nach 1995 die diagnose-spezifische Abrechnung kommen, und wenn wir das anschauen – das war auch in den Medien –, so bekommen wir für eine Herzklappenoperation, die 240.000 Schilling kostet, nur 20.000 Schilling von den Sozialversicherungsträgern ersetzt. Die Differenz bezahlt der steirische Steuerzahler. Daher auch die Entwicklung in die Richtung, daß das Defizit immer höher wird.

Meine Damen und Herren, die Rabatte der Kasse und die nicht leistungsgerechte Finanzierung in unseren Spitälern ist die eine Problematik. Die zweite ist der Abbau der Akutbetten. Es gibt ja eine Regelung vom Bund, die voraussetzt, daß wir in unseren steirischen Spitälern Akutbetten abbauen müssen. Und, meine Damen und Herren, es haben meine Vorredner schon sehr ausführlich darüber gesprochen, und die Frau Kollegin Dr. Grabensberger in einer sehr eindrucksvollen Weise, daß es auch darum geht, die Vorsorge wesentlich auszubauen. Ich möchte auch von dieser Stelle Herrn Prof. Kurt Jungwirth recht herzlich danken, der die Vorsorgemedizin und die Gesundheitspolitik in der Steiermark jahrzehntelang unter diesen Umständen, unter diesen finanziellen Voraussetzungen geführt hat, nämlich jährlich einen verhältnismäßig kleinen Betrag dafür zur Verfügung zu haben. Ich denke hier nur an die Installierung des Röntgenzuges und anderer positiver Aktivitäten. Wenn wir vom Akutbettenabbau in unseren Spitälern sprechen und wenn man sich dann die Statistik anschaut, dann ist es uns gelungen, im Jahr 1990 ein Bett dazuzunehmen und insgesamt seit 1. Jänner 1986 in den steirischen Spitälern 178 Betten abzubauen. Das ist auch die Problematik, und der Herr Landesrat Tschernitz ist auch da, es hat bei der Sozialdebatte auch die Diskussion gegeben, daß wir einfach zu wenig Pflegebetten haben, daß wir zu wenig Einrichtungen haben, unsere alten Menschen zu versorgen. Ich habe eine Statistik, die besagt, daß 7,9 bis 9 Prozent der Betten in unseren Spitälern durch Pflegepatienten belegt sind. 55 Prozent der Patienten der Internen Abteilung sind über 60 Jahre. Umgelegt auf Pflorgetage bedeutet das, daß 63 Prozent der Pflorgetage außerhalb von Graz von 65jährigen Menschen belegt werden. Es ist ja kein Wunder, daß diese Patienten in teuren Akutbetten liegen müssen, wenn wir keine Vorsorgeeinrichtungen haben. Daher ist es so dringend notwendig, daß der vom Kollegen Dr. Hirschmann und anderen Kollegen geforderte gesamteinheitliche und integrierte Gesundheitsplan raschest vorgelegt wird. Und dann erübrigt sich auch die Diskussion um die Standorte. Es wurde erst im Dezember 1991 der Krankenanstaltenplan einstimmig in der Regierung beschlossen, er beinhaltet alle Stand-

orte, da ist die Diskussion im Moment auch nicht relevant. Man sollte allerdings auch über alle Fragen in der Gesundheitspolitik offen diskutieren können, und man sollte diese Dinge und Anregungen nicht von vornherein abschmettern. Es ist unsere Aufgabe, ein integriertes Gesundheitssystem in der Steiermark zu schaffen, und seit 1945 ist die Sozialdemokratische Partei dafür verantwortlich – für die Gesundheitspolitik in unseren Spitälern, Herr Klubobmann.

Heuer ist die Chance, integrierte Gesundheitspolitik zu betreiben. Und ich darf die positive Anregung und Initiative von Landesrat Dr. Strenitz auch hervorheben, der vor kurzem alle kompetenten Leute eingeladen hat, über diese Problematik zu diskutieren. Der Herr Kollege Dörflinger, der im Moment nicht da ist, hat in seiner sehr bewährten Art davon gesprochen, daß Minister Busek die Steiermark völlig im Stich läßt und das Ministerium für die Klinikbetriebe nichts macht. Ich glaube nur, das ist die eine Seite der Medaille, die zweite ist nämlich die, daß natürlich auch der Finanzminister zuständig ist und daß die Probleme auch dadurch entstanden sind, daß dieser Moloch AKH Wien wirklich enorme Kosten verschlingt und daß wir auch wissen, daß ein Bett in Wien doppelt so teuer ist wie in der Steiermark. Wir haben die sparsamsten Spitäler, wir bekommen die Kosten nicht ersetzt, die wir tatsächlich bräuchten. Und, meine Damen und Herren, die andere Seite ist auch die Frage der Motivation in unseren Spitälern, die seit Jahren bekannte Diskussion mit dem Personalmangel. Uns wandern die Personen und die Menschen ab, die dort in den Häusern arbeiten, das Land Steiermark hat in den letzten Jahren versucht, durch zusätzliche Mittel – ich denke vor allem an das Budget 1991 – es sind zusätzlich 700 Millionen Schilling fast ausschließlich nur für das Personal, Abhilfe zu schaffen, aber es sind trotzdem noch eine Reihe von Fragen offen, 250 Millionen Schilling sind im Moment nicht finanziert, Herr Landesrat, ich hoffe, sie können finanziert werden, weil es sind im Moment die Schwächsten in den Spitälern noch hinten geblieben, das sind unsere Arbeiter, die auch dringend auf eine Novellierung des Gehaltsschemas warten. Wir brauchen dringend die Erhöhung der Nachtdienste. 225 Schilling für zwölf Stunden Arbeit, das macht keiner mehr mit. Die wollen einfach mehr haben. Wir sind im untersten Drittel. Und, meine Damen und Herren, ich glaube, es wird zukünftig entscheidend sein, wie der Vorstand mit dem Personal umgeht. Der Herr Dr. Moser sitzt da hinten, und wenn der Herr Kollege Mag. Rader davon gesprochen hat, daß es damals nur die halbe Lösung gegeben hat, dann stimme ich ihm zu. Ich glaube, die ganze Lösung wäre sicher die bessere gewesen, weil es ist Ihnen nicht gelungen, in unseren Häusern die Leute zu motivieren. Es fehlen die modernen Managementmethoden, die sich zwar überall schön anhören, und die Frau Kollegin Dr. Grabensberger hat es auch ausgeführt, nur, unsere Mitarbeiter haben nichts davon, wenn man tolle Konzepte vorlegt, wenn man einerseits davon spricht, im Jahr 1986 das Personal zu reduzieren, auf der anderen Seite mit dem berühmten Pendelschlag, wie der Herr Prof. Dr. Möse da war, wieder sagt, wir brauchen menschlichere Spitäler. Es stimmt, daß die Wahrheit in der Mitte liegt, Herr Landesrat. Wir brauchen das nötige Personal, damit wir den Betrieb in unseren Spitälern aufrechterhalten kön-

nen. Und es wundert mich, daß Sie in der großen, weiten Welt herumfahren, hinaufkommen bis in die ehemalige DDR, große Vorträge halten, ich weiß es nicht, ob das für unser Gesundheitssystem in der Steiermark etwas bringt. Ich frage mich, was Sie in Chicago tun, derweil bei uns wirklich flächendeckend die Probleme anbrennen. (Landesrat Dr. Strenitz: „Ich war nicht dort!“) Es ist nicht an Ihre Adresse. Ich hoffe, daß Sie die Reiserechnung nicht unterschrieben haben.

Herr Landesrat, ich glaube, daß hier entscheidend anzusetzen ist. Und wenn wir die Chance für einen Neubeginn wieder haben, dann soll es eine radikale Kur sein. So geht es sicher nicht weiter. Ich glaube, daß unsere Bediensteten es in den Spitälern auch nicht mehr mitmachen. In diesem Sinne glaube ich, daß ein Neubeginn absolut notwendig ist. Bitte? (Landesrat Dr. Strenitz: „Der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis ist ein Fachmann!“)

Ein paar Sätze noch zum berühmten Konzept der HOSFINAG-Finanzierung. Es ist da ein Konzept vorgelegt worden und auch schon in den Medien veröffentlicht worden, das bedeutet, daß vom Jahr 1992 bis ins Jahr 2003 zusätzliche 12,3 Milliarden Schilling aufzubringen sind. Davon soll der Bund rund 3,2 Milliarden Schilling übernehmen, der KRAZAF 2,5 Milliarden Schilling und das Land 6 Milliarden Schilling. Ich weiß es nicht, Herr Landesrat, ob es Zusagen über die Übernahme der Kosten von 3,2 Milliarden Schilling vom Bund gibt, und ich weiß auch nicht, wer die Kosten übernimmt, wenn der KRAZAF nach 1995 nicht mehr existiert. Das wird die entscheidende Frage sein. Ich frage mich auch, warum das Land Steiermark 6,7 Milliarden Schilling für die Klinik ausgeben sollte und den Bund nicht mehr in die Verantwortung nimmt. Ist es unsere Aufgabe, daß wir diese Investitionen machen?

Meine Damen und Herren! Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn Verantwortungsträger für die Finanzierung im öffentlichen Bereich die bestmöglichen Finanzierungsvarianten wählen. Kann das wirklich nur über die Gründung einer eigenen Finanzierungsgesellschaft mit allen Kosten einer selbständig geführten AG. verwirklicht werden, mit Personalkosten angenommen von 8 bis 10 Millionen Schilling? Wäre dies nicht auch durch entsprechende Beschlüsse des Landes für die Krankenanstalten denkbar? Die aufgezählten Techniken des Kreditmanagements führen nicht zwangsläufig auch zu verminderten Kosten. Es wurde nämlich vorgeschlagen, daß man auch Geld im Ausland aufnehmen sollte, das ist nämlich diese berühmte positive Variante, und es wird fortgesetzt, es sind einfach Aufzählungen von Fachausdrücken im Finanzierungsbereich, die sicher noch fortgesetzt werden könnten.

Die genannten Finanzierungsinstrumente sind zu einem großen Teil auf Zinssatzsicherung ausgerichtet. Erfahrungsgemäß sind die genannten Finanzierungsinstrumente speziell im Auslandsbereich kurzfristiger Natur. Je länger ein Kurs oder eine Zinssicherung vorgenommen werden soll, umso teurer wird sie auch. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht sollte aber eine langfristige Investition niemals mit kurzfristigen Mitteln finanziert werden, da bei einer Anspannung des Geld- und Kapitalmarktes Liquiditätskrisen entstehen beziehungsweise man den Marktbedingungen voll-

ends ausgeliefert wird. Eine Gegenüberstellung einer konventionellen mit einer phantasievollen Finanzierung mit einem konkret errechneten Vorteil ist meines Erachtens unseriös, da in der Regel erst auf Grund nicht vorhersehbarer Marktentwicklungen im nachhinein feststeht, welche Finanzierung die günstigere war. Ich würde davor nochmals warnen, Herr Landesrat, auf so etwas einzugehen. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 23.49 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der gemeinsame Abend klingt aus mit Herrn Landesrat Dr. Strenitz. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Landesrat Dr. Strenitz (23.49 Uhr): Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich bin jetzt auch schon bei der 22. Budgetdebatte in diesem Hause anwesend, und es hat eigentlich jedes Mal die Gruppe 5, Gesundheit und Spitäler, eine große Rolle gespielt. Zu einer Zeit, als noch Sebastian dieses Ressort geführt hat, später Bammer und Heidinger, wurde es meist die mitternächtliche Stunde, und schon damals, und nicht nur heute, war die Finanzierung das Dauer- und Generalthema unserer Spitäler.

Ich möchte eigentlich ganz zu Beginn einen Satz sagen, der Ihnen vielleicht paradox klingen mag. Unsere Medizin ist nicht deswegen so teuer, weil sie vielleicht so schlecht wäre, sondern unsere Medizin ist deswegen so teuer, weil sie so unerhört viel kann.

Ich möchte das mit einem sehr persönlichen Beispiel belegen, das ich vor etwa zwei Wochen erlebt habe, als ich damals auf den Grazer Kliniken, die Aufnahme hatten, eine Nacht zugebracht habe, mit den Ärzten gesprochen habe, mit den Schwestern gesprochen habe, von abends bis in der Früh. Da wollte es der Zufall, daß an diesem Abend auf der I. Chirurgie ein junger Mann eingeliefert wurde, der sich in selbstmörderischer Absicht mit Benzin übergossen und angezündet hatte. Er ist eingeliefert worden mit etwa 70 Prozent verbrannter Körperoberfläche.

Ich habe mit dem Arzt, der die ganze Aktion geleitet hat, gesprochen, und er hat mir gesagt: „Schauen Sie, Herr Landesrat, vor zehn Jahren, ja vor fünf Jahren hätten wir eigentlich nichts anderes mehr gemacht, als ihm seine Schmerzen genommen und geschaut, daß er so ruhig wie möglich hinübergeht. Aber heute hat er eine Chance, und diese Chance müssen wir ihm geben.“

Es waren 14 Mitarbeiter, die sich gleichzeitig um diesen einen Patienten bemüht haben. Professoren, Dozenten, Oberärzte, Schwestern, Pfleger, sonstiges Personal, da rechne ich gar nicht die Hubschrauberbesatzung, die ihn gebracht hat, mit und nicht den Notarzt in seiner Heimatgemeinde und nicht die Mannschaft im Wagen, die die Erstversorgung vorgenommen hat. 14 Personen! Es hat traurig geendet, er ist nach drei Tagen dennoch hinübergegangen.

Aber es hat auch Fälle gegeben, wie vor einem oder zwei Jahren, als ein Hubschrauberpilot Ähnliches erlebt hat, und er wurde gerettet, und es bedarf mindestens eines Jahres intensivster höchstqualifizierter Spezialbehandlung, wo eine Hauttransplantation die nächste ablöst. Da ist man sehr schnell bei Kosten von Millionenhöhe gelangt, aber wir denken nicht nach,

sondern sagen in dieser Sekunde, selbstverständlich. Ich nenne dieses Beispiel, weil es eigentlich symptomatisch dafür ist, daß wir die Spitzenmedizin heute gleichsam als Routine ansehen. Anders als im anderen Bereich der Technik, wo es durch höchste Technik billiger wird, wird es bei uns nur teurer, weil die Erwartungen steigen.

Es ist eigentlich selbstverständlich, daß wir heute künstliche Hüftgelenke einbauen, künstliche Kniegelenke. Wissen Sie, daß wir allein für diese Dinge, die so selbstverständlich hingenommen werden, wie Brillen, 80 Millionen Schilling im Jahr ausgeben, und es ist selbstverständlich, wenn jemand ein Gelenk verliert, daß die Unfallchirurgie dieses Gelenk annäht und man noch erwartet, daß auch die Gliedmaßen sich wieder bewegen können. Es ist selbstverständlich, daß wir heute Geräte anschaffen, die zum Beispiel wie dieses berühmte Gammaknife, ein Gerät 37 Millionen Schilling kostet, oder ein Lithotripter zum Entfernen von Nierensteinen 18 Millionen Schilling oder ein Magnetresonanzgerät 20 Millionen Schilling – und wir bekommen jetzt ein zweites – oder ein Herzkatheterplatz 20 Millionen Schilling. Es ist eigentlich die Transplantationschirurgie heute in Graz zur Routine geworden. Es kann sich die Bilanz des vergangenen Jahres durchaus sehen lassen, es waren 14 Herzen, eine Herzlung, zwei Leber, 38 Nieren, acht Knochenmarktransplantationen.

Gerade nach den Ereignissen auf der Kinderklinik sind Patienten mit gutem Erfolg operiert worden, die von anderen Kliniken in Deutschland bereits als inoperabel abgelehnt wurden. Meine Damen und Herren, wenn uns ein Beispiel geschildert wird, daß Patienten auf der Warteliste sterben, so ist das traurig, es ist sehr traurig, aber wir müssen auch mit dem Bewußtsein leben, daß nicht jeder, der ein fremdes Herz braucht oder eine fremde Leber braucht, es mit absoluter Garantie auch rechtzeitig verpflanzt bekommt.

Aber um etwas Positives zu schildern, erwähne ich ein persönliches Erlebnis. Es gibt einen Transplantationsklub in Graz. Da sind 350 Personen erfaßt, die alle auf der Grazer Universitätsklinik – Kraft-Kinz, Riegler, Tscheliessnigg – seit dem Jahr 1986 ein fremdes Organ bekommen haben, Leber, Nieren, 35 Herzen. Menschen wie Sie und ich, 20 Jahre, 25 Jahre, 50 Jahre.

Es ist gesagt worden, unser Gesundheitssystem steht und fällt mit den Menschen, mit unseren Mitarbeitern. Nicht nur deswegen, weil sie rund 70 Prozent der Kosten ausmachen, sondern weil der Mensch dem Menschen hilft. Trotz aller Technik, die wir investieren, es ist immer wieder der Mensch, der hinter der Maschine steht, und ich sage es mit dem größten Respekt und mit dem größten Dank und der größten Anerkennung, was da alles geleistet wird. Ich bin oft ein bißchen böse, wenn da der Ruf erschallt, mehr Humanität in unsere Spitäler, weil in unseren Spitälern Tag für Tag und Stunde für Stunde tausendfach Humanität geleistet wird.

Meine Damen und Herren, es sind ungeheure Anstrengungen, die wir, die Krankenanstaltengesellschaft, das Land Steiermark, auf dem Gebiet des Personalwesens getan haben. Wir haben in den vergangenen drei Jahren 1000 Mitarbeiter neu eingestellt – Sie hören richtig 1000 – Ärzte, Krankenschwestern, nicht Verwaltungsbedienstete. Wenn Sie die Zahl von

1985 bis zum heurigen Dienstpostenplan nehmen, sind es 15 Prozent Personalvermehrung, das ist etwas, was es in keinem anderen Bereich gibt, nicht in der Verwaltung, Herr Kollege Hasiba, nicht bei den Lehrern, nicht bei der Polizei, nicht bei der Gendarmerie. 15 Prozent mehr Personal, und dennoch wissen wir, meine Damen und Herren, es könnte da und dort noch mehr sein.

Natürlich sind die Schwestern – und das ist gesagt worden – ein ganz großes Problem, auch nicht nur in der Steiermark, nicht in Österreich, in der gesamten westlichen Welt. Wir wissen, daß allein in der Bundesrepublik Deutschland 36.000, 36.000 Diplomkrankenschwestern fehlen, daß in der Schweiz jede zweite Schwester Ausländerin ist, daß im AKH in Wien ganze Stationen geschlossen bleiben müssen wegen Schwesternmangels.

Und ich sage, ohne daß ich hier irgend jemandem selbstgefällig auf die Schulter klopfte, wir haben auch dieser Entwicklung nicht tatenlos zugesehen. Wir haben ein Maßnahmenpaket in die Wege geleitet. Werbemaßnahmen in den Schulen, Vergrößerung der Schulkapazität, es gehen heute um 100 Schwesternschülerinnen im zweiten Jahrgang mehr in die Schule als noch vor zwei Jahren. Teilzeitbeschäftigung, wir haben den Prozentsatz der teilzeitbeschäftigten Schwestern verdreifacht, beinahe ein Drittel unserer Schwestern sind bereits teilzeitbeschäftigt. 50 Prozent, 66 Prozent, 75 Prozent, und ich brauche denen, die vom Spitalsalltag etwas verstehen, gar nicht sagen, welche ungeheure Problematik das im Dienstbetrieb mit sich bringt. Wir haben über 2000 Dienstwohnungen für unsere Schwestern bereitgestellt. Man nenne mir einen Betrieb, der so viele Dienstwohnungen für sein Personal bereitstellt. Wir haben Kindergartenplätze aufgemacht, gerade jetzt erst zusätzlich im Bereich des Landeskrankenhauses, und vieles andere mehr. Und der Erfolg ist nicht ganz ausgeblieben, meine Damen und Herren. Wir haben heute um 300 Diplomkrankenschwestern mehr im Dienst, und zwar nicht am Dienstpostenplan, sondern mehr im Dienst als vor drei Jahren.

Und jetzt möchte ich auch ein paar Sätze sagen über die Gehaltsverhandlungen und mich mit einigen wenigen Worten mit dem Herrn Präsidenten Rader beschäftigen, von dem ich meine, daß er das Thema mit einer Ironie und einer gewissen Heiterkeit betrachtet hat, die der Sache nicht gerecht wurde. Ich sage dazu, daß ich und alle Damen und Herren der Regierung zu dem Landesbudget stehen, wie es vom Herrn Landesfinanzreferenten erarbeitet und in die Regierung eingebracht wurde, und ich selbstverständlich auch wie alle meine Mitglieder und Kollegen in der Regierung auch zum Landeszuschuß von 2,6 Milliarden Schilling stehe bei einem KRAZAF-Zuschuß von etwa 500 zusätzlichen Millionen. Das ist vielleicht auch ein kleiner Unterschied im Vergleich zu einer Gangart einer Regierungspartei, die sich in den Parteienverhandlungen für ihr Referat bei der Wohnbaumilliarde ganz schöne Zuckerln herausgeholt hat, aber hintendrin dem Budget nicht zustimmt. Wir stehen zu unserem Budget.

Aber was ich dazusage, meine Damen und Herren, ich habe Verständnis für manche Anliegen unserer Bediensteten, die vom Zentralbetriebsratsobmann

Fischer-Felgitsch vertreten werden. Ich habe bei dieser Nachttour, bei der ich mehrere Kliniken besucht habe, noch etwas erlebt. An diesem Abend hat die II. Med. Aufnahme gehabt, und an diesem Abend sind insgesamt 70 Rettungen vorgefahren – Sie hören richtig, 70 Rettungen! Da waren Leute mit Herzinfarkt, da waren Bewußtlose, da waren solche mit Vergiftungserscheinungen, da gab es Gelähmte, wo man nicht wußte, ob es auf Grund eines Zeckenbisses entstanden sei, da gab es Betrunkene, denen die Schwestern auch kübelweise das davongetragen haben, was die von sich gegeben haben. Und da habe ich mit einer Schwester so um 4 Uhr in der Früh gesprochen, und sie hatte den vierten Nachtdienst in ununterbrochener Folge – das ist die Diensterteilung –, den vierten Nachtdienst! Und da sagte ich ihr um 4 Uhr in der Früh, „aber Schwester“ – sie war relativ fröhlich – „jetzt haben Sie es bald überstanden, dann gehn's nach Hause und gehn's schlafen“. Da hat mir die Schwester gesagt, „ich gehe schon nach Haus, aber wenn ich nach Hause komme, dann wacht mein Kind auf.“ Und Sie wissen, was eine Schwester für einen solchen Nachtdienst bekommt – 225 Schilling! 225 Schilling, und ich habe großes Verständnis, wenn zum Beispiel der Vorstand jetzt sagt, wir bieten zunächst einmal 400 Schilling, ist auch nicht viel für diesen Dienst, aber wissen Sie, was das kostet? Allein der Sprung von 225 auf 400 Schilling würde in der Summe 40 Millionen Schilling pro Jahr ausmachen. Und jetzt, Herr Präsident Rader, Sie wissen es nicht, jetzt werden eben die Verhandlungen geführt, und wie das dem Sinn und dem Prinzip der Ausgliederung entspricht, zwischen dem Zentralbetriebsrat und den Herren des Vorstandes und, soweit es sich um Landesbedienstete handelt, auch von Herrn Hofrat Dr. Greimel. Und wir werden sehen, wie die Verhandlungen ausgehen. Es ist beabsichtigt, etwa bis vor dem Sommer zu einem Ergebnis zu kommen, und der Vorstand wird das Ergebnis berichten. Und er wäre ein schlechter Vorstand, wenn er bereits vor Beginn der Verhandlungen gesagt hätte, ich setze 280 Millionen ein oder 350, denn wenn er das tut, braucht er gar nicht mehr zu verhandeln. Ich glaube, das sollte klargestellt sein. Die Zahl, die Sie, Herr Präsident Mag. Rader, genannt haben, ist eine Luftziffer. Sie haben es irgendwo gelesen. Würde es sich nicht um einen Präsidenten handeln, hätte ich gesagt, es wurde nachgeplappert. Aber wir werden Sie nach dem Ablauf der Verhandlungen vom Ergebnis rechtzeitig informieren.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, auch zu einem anderen Problem etwas sagen. Unser zweites großes Problem ist der Bauzustand unserer Häuser. Die meisten unserer 21 Spitäler sind rund 100 Jahre alt. Sie sind damals in einer ungeheuren gründerzeitlichen Bauanstrengung gebaut worden, egal ob Hartberg oder Radkersburg oder Mariazell oder Knittelfeld oder Judenburg oder Mürzzuschlag, Sie alle kennen diese Dinge. Und sie sind natürlich 100 Jahre alt geworden, genauso wie unser Landeskrankenhaus, das 1912 seiner Bestimmung übergeben wurde, damals konzipiert für etwa 2000 Patienten, heute sind es fast 4000, und eine ungeheure Zahl von Funktionsräumen für technische Geräte erfordert Platz. Und so kommt es, daß wir im Landeskrankenhaus pro Bett 42 Quadratmeter Nutzfläche zur Verfügung haben. Der internationale Durchschnitt ist mindestens 70 Quadrat-

meter, und das AKH in Wien hat bis zu 140 Quadratmeter. Ich sage allen Damen und Herren in der Regierung großen Dank und großen Respekt und große Anerkennung für die Willenskundgebung, in einer ungeheuren Kraftanstrengung die Finanzierung auf die Beine zu stellen, um hier ein Aufholprogramm zu starten, das 100 Jahre nach der ersten Gründerzeit des Spitalbaues zu einem neuen Dezennium des steirischen Spitalbaues werden kann. Wir haben alle Notwendigkeiten aufgelistet, die Kosten ermittelt, die Zeitpläne erstellt. Es gibt bald ein Diagramm, dem Sie entnehmen können, welches Spital wann mit welcher Notwendigkeit drankommt. Wir stehen Gewehr bei Fuß, wir können 1993 beginnen. Und natürlich wird ein Großteil dieser Mittel vor allem auch ins Landeskrankenhaus Graz und in die Grazer Kliniken fließen müssen. Ich beginne jetzt keinen Streit, der Bund, das Land, das Land, der Bund, die Roten da, die Schwarzen dort, hier geht es um unsere Kliniken und um unsere Spitäler. Ich sage, daß das Land viel, viel getan hat für die Grazer Kliniken, die ohne das Land nicht leben könnten. Das muß auch einmal klar ausgesprochen sein. Das Land hat zum Beispiel in den letzten vier Jahren auf den Kliniken 400 Dienstposten geschaffen und finanziert, während der Bund lediglich 20 Dienstposten finanziert hat. Es wurden – und die Herren der Baudirektion sitzen hier – 1,4 Milliarden investiert. Wir haben der Neustrukturierung der Kliniken zugestimmt, und wir werden mit dem Herrn Bundesminister und Vizekanzler Busek in Verhandlungen eintreten. Die ersten Verhandlungen beginnen am 28. dieses Monats. Und ich sage das nur der Wahrheit wegen, die Formel des Herrn Vizekanzlers hat lange Zeit gelautet „Neustrukturierung ja, aber Kostenneutralität“. So kann es nicht gehen. Es ist Gott sei Dank hier auch ein Umschwung im Denken eingetreten, und wir haben uns darauf geeinigt, eine international renommierte Firma, die Firma VAMED, mit einer Untersuchung zu beauftragen, welche Ressourcen eine Klinik oder eine klinische Abteilung braucht. Und beide Vertragsteile haben sich dazu entschlossen, diese Studie anzuerkennen.

Ich sage zwei Sätze zur Frau Abgeordneten Dr. Karisch, obwohl ich es eigentlich lieber nicht sagen würde. In einem haben Sie recht, Ombudsmann ja – der Gesetzesentwurf ist eingebracht, die Parteienverhandlungen sind aufgenommen worden, an einer Kodifikation der Patientenrechte wird gearbeitet. Daß Sie, Frau Abgeordnete, gesagt haben, daß Patienten auf unseren Kliniken und in unseren Spitälern leiden müßten, man sie leiden ließe, was Sie durch Statistiken über schmerzlindernde Mittel belegen wollen, das müssen Sie beweisen, und das müssen Sie auch gegenüber den Ärzten und Mitarbeitern unserer Klinik selbst verantworten. Mehr sage ich nicht dazu.

Sehr gefreut habe ich mich über den wirklich charmannten und ich sage inhaltsreichen und differenzierten Beitrag der Frau Kollegin Dr. Grabensberger. Wir gehen da durchaus d'accord – ich sehe auch die Frau Präsidentin Kalnoky im Zuhörerzimmer. Es ist leider so, daß unser Gesundheitssystem tatsächlich von der kurativen Medizin dominiert wird, und wenn wir sie messen am Budget der Spitäler mit 9 Milliarden – und ich würde annehmen, daß wir vielleicht, wenn es hoch geht, 30 Milliarden für Gesundheitsvorsorgemaßnah-

men einsetzen, und 30 Millionen ist sehr hoch gegriffen –, das ist ein Drittelpromille, nicht Prozentsatz, ein Drittelpromille, das wir für die Vorsorge ausgeben.

Ich sage oft, es wäre viel besser, den Brunnen abzusichern, daß das Kind gar nicht erst hineinfällt, als mit viel Mühe und Aufwand eine sehr kostspielige Rettungsaktion zu starten. Wir wissen aus vielen Untersuchungen über die krankmachenden Faktoren, daß manches ererbt wird, manches umweltbedingt, der allergrößte Teil aber damit im Zusammenhang steht, was jeder einzelne für seine Gesundheit selbst tut.

Ich habe die große Freude gehabt, in der vergangenen Woche rund 60 Experten aus allen Bereichen der Medizin und der Vorsorgemedizin zusammenrufen zu können, und sie sind gekommen. Von der Zahnvorsorge bis zur Haltungsvorsorge, von der Krebsvorsorge bis zur Raucherbetreuung, es war die Sportmedizin vertreten und die Arbeitsmedizin, die Psychiatrie, die Augen-, die Aidshilfe. Es waren Institutionen da, die schon viel für die Gesundheitsvorsorge tun, die Sozialversicherungsträger, Privatversicherungen, die Ärztekammer und viele andere. Wir haben uns darauf geeinigt, daß wir alle ein gemeinsames Ziel haben: Wir machen einen flächendeckenden Gesundheitsvorsorgeplan für die gesamte Steiermark. Flächendeckend heißt, medizinisch flächendeckend, was muß in einer gesunden Gesundheitsvorsorge drinnenstecken, organisatorisch, und alle die vielen Aktivitäten, die es gibt, zusammenzufassen, geographisch, damit es keine weißen Flecken auf dieser Landkarte mehr gibt, und auch bewußtseinsmäßig, um jeden Steirer und jeder Steirerin zu sagen, wieviel er selbst machen kann.

Dem Abgeordneten Dörflinger bin ich dankbar für den Hinweis Neuroblastom und auch Vorsorge in bezug auf SIDS, das ist möglich, nachdem es sich hier wirklich um Vorsorgeaktionen handelt, diese zum Großteil aus den Mitteln des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds, aus den Strukturmitteln, zu bedecken.

Zwei, drei Dinge noch. Hauskrankenpflege: Sie wurde etwa seit 1988 aufgebaut, als erstmals KRAZAF-Mittel geflossen sind, es gibt die großen Trägerorganisationen, es gibt die Gemeinden, es gibt private Vereine, es gibt Einzelpersonen, es ist ungeheuer viel Gutes geschehen, mit der 50. ASVG-Novelle trägt auch die Sozialversicherung dazu bei. Ich nenne zwei Zahlen, um den Aufschwung zu dokumentieren. Wir haben im Jahr 1989 33 Schwestern in der Hauskrankenpflege beschäftigt gehabt, wir haben im heurigen Jahr 184 in der Hauskrankenpflege beschäftigt. Wenn Sie es an der finanziellen Seite messen wollen, wir haben im vergangenen Jahr Anträge für 18 Millionen Schilling gehabt, und es liegen heuer Anträge für 48 Millionen Schilling vor, das heißt, wir sind auf einem guten Weg zu einer flächendeckenden Hauskrankenpflege in der Steiermark, einmal aus humanitären Gründen, zum anderen aber auch aus finanziellen Gründen, und ich glaube, das muß ich schon sagen. Wir haben vom Jahr 1988 bis zum Jahr 1992 in unseren Spitälern insgesamt fast genau 400 Betten abgebaut. Der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds hat es uns auch honoriert in Form einer Belohnungszahlung in Höhe von 141 Millionen Schilling.

Ein Vorletztes, meine Damen und Herren. Unser Gesundheitssystem wird viel kritisiert. Die Kranken-

häuser, das System macht uns krank, und Sie haben in vielem recht, was Sie da so sagen, zu viele Finanzquellen, obwohl die Ströme im einzelnen sehr dünn sind, der Bund für die Kliniken, die Länder für ihre Spitäler, die Gemeinden, die Betriebsspitäler, die Ordensspitäler, der Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds, die gesetzliche Sozialversicherung, die Zusatzversicherung, und jeder versucht, auf Kosten aller anderen möglichst günstig herauszusteigen, und dadurch wird es so teuer. Sie haben recht, wenn Sie sagen, es gehen noch immer zu viele Menschen in die Spitäler, und das Verrechnungssystem zwischen den Ärzten, den niedergelassenen, und den Kassen müßte überdacht werden. Ich erwähne das Krankenschein-system.

Aber, meine Damen und Herren, eines sage ich schon, bei aller kritischen Betrachtung: Unser Gesundheitssystem kann sich mit jedem Gesundheitssystem dieser Welt, mit jedem, messen. Da brauche ich nicht nach Rumänien zu gehen, da kann ich nach England blicken, wo man nicht fragt „brauchst du die Dialyse“, sondern zuerst fragt „bist du schon 60 oder noch nicht, denn wenn du schon 60 bist, dann kriegst du sie nicht mehr“. Wenn Sie in Amerika leben, dann kriegen Sie vielleicht die allerhöchste Medizin, die es gibt, unter einer Voraussetzung, daß Sie reich sind. Wenn Sie nicht reich sind, liegen Sie auf dem Gehsteig, und niemand wird Sie aufheben.

Aber, meine Damen und Herren, es ist nicht so, daß nichts geschehen ist. Die Umstellung unseres Gesundheitssystems erfolgt Schritt für Schritt. Die leistungsbezogene Finanzierung kommt probeweise und parallel mit 1. Jänner 1993. Mit 1. Jänner 1994 wird sie verpflichtend für alle unsere Spitäler vorgeschrieben sein. Die stationären Patienten gehen zurück erstmals seit 40 Jahren, dagegen steigt die Zahl der ambulanten Patienten ganz im Sinne unserer KRAZAF-Philosophie. Wir strukturieren die Häuser um, wir sperren sie nicht zu, aber wir versehen sie mit neuen Aufgaben. Stolzalpe – interne Station und gleichzeitig Bettenabbau, rund 60 Betten. Eisenerz – nicht zugesperrt, Betten abgebaut, aber neue Indikationen, Interne Medizin, Lunge und Ambulatorien für Kinder, für Frauen, weil es die Fachärzte dort nicht gibt, bei gleichzeitigem Bettenabbau. Das ist Krankenanstaltenpolitik, und das ist Gesundheitspolitik im Sinne einer Einheit des Systems.

Auch zu Kapfenberg sage ich, ich denke, Frau Abgeordnete, wir werden da eine gute Lösung finden. Die Regierung hat in dankenswerter Weise die grundsätzliche Zusage bereits am vergangenen Montag getan. Auch bei den Pflegeeinheiten geht es weiter. Mariazell – sehr konkrete Verhandlungen mit dem Sozialhilfverband im Zusammenhang mit dem Haus, eine Langzeitstation zu errichten, in Feldbach diskutieren wir mit dem Sozialhilfverband, direkt am Haus oder daneben. In Wagna waren wir nicht ganz so glücklich, da haben wir von Spitalsseite aus dem Sozialhilfverband angeboten, auf Spitalsgrund gleich daneben das Altenheim zu bauen. Der Sozialhilfverband hat sich für Leibnitz entschieden, kann man nichts machen, aber wir sind auch über diese Betten froh. (Abg. Trampusch: „Der Herr Bezirkshauptmann hat als Vorsitzender erklärt, er gehe nicht in die Prarie!“) Kein Kommentar!

Und jetzt, meine Damen und Herren, noch einmal zum Grundsätzlichen, und ich sage es auch hingewandt zum Herrn Präsidenten Mag. Rader, dessen politisches Credo offenbar lautet, Politiker raus. Wir diskutieren seit vielen Jahren, was sind die Spitäler? Was ist das Krankenanstaltenwesen? Ist es Politik, ist es Management? Die Wahrheit liegt wie immer in der Mitte, aber es ist meine tiefste Überzeugung, daß das Krankenanstalten- und Gesundheitswesen in seinem innersten Kern eine politische Dimension ist, nicht Parteipolitik. Gesellschaftspolitik, Gesundheitspolitik, Krankenanstaltenpolitik, so wie es eine Fremdenverkehrspolitik, eine Kulturpolitik, eine Wissenschaftspolitik, eine Sozialpolitik gibt. Und der beste Beweis dafür, daß es eine politische Dimension ist, haben doch Sie erbracht mit Ihren Wortmeldungen, in denen Sie sich um die Sorgen und Probleme Ihrer Häuser, Ihrer Region, Ihrer Mitbürger kümmern und sich als Politiker zum Politiker wenden. Ich sage bei allem Bekenntnis zur Notwendigkeit eines guten Managements, die politische Letztverantwortung in Zielgebung, in Kontrolle und auch in manchen elementaren Entscheidungen wird uns, der Politik, niemand abnehmen. Denn wir haben nach dem Jahr 1986 Beispiele erlebt, wo man versucht hat, nach dem Schema plus/minus – Strich drunter – Sparstift vorzugehen, und wir hätten manches Haus verloren von Hörgas-Enzenbach bis Mariazell und manches andere noch. Und drum, meine Damen und Herren, warne ich ein bißchen davor, gedankenlos und undifferenziert so zu sagen, Politiker raus. Wir leben nun einmal in einer parlamentarischen Demokratie, und da erfolgt die Willensbildung durch die Politik, durch die gewählten Abgeordneten dieses Hauses, durch die Landesregierung und zu einem kleinen Teil vielleicht auch durch den politischen Referenten. Das, worum es geht, ist, die Grenze zu finden, wo ist die politische Dimension und wo ist die Managementdimension, wo wir dem Management gar nicht dreinreden wollen. Diese Grenze werden wir suchen, und diese Grenze werden wir finden, aber wenn wir sagen, dort ist die politische Dimension, dann müssen wir auch konsequenterweise sagen: wenn Sie diese einfordern, dann müssen Sie auch die Möglichkeit geben, diese politische Verantwortung wahrzunehmen.

Meine Damen und Herren! Ich sage ganz zum Schluß ein sehr herzliches Dankeschön für das große Interesse, das Sie dem Kapitel entgegengebracht haben. Ich sage es nochmals, ein Dankeschön den über 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wo immer sie in unseren Häusern stehen. Und wenn ich mit einem Wunsch schließen darf, mit einem Wunsch, dann sage ich, ich wünsche diesen unseren Mitarbeitern, nicht mir, aber diesen unseren Mitarbeitern, daß endlich wieder Ruhe und Frieden in diese Häuser einkehrt. Und zwar nicht die Ruhe des Stillstandes oder der Resignation, sondern die Ruhe des guten, konzentrierten und gemeinsamen Vorangehens im Interesse unserer Bediensteten und im Interesse unserer steirischen Bevölkerung. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihr Interesse, und ein herzliches Glückauf! (Allgemeiner Beifall. – 0.23 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 5 liegt nicht vor. Wünscht der Berichterstatter das Schlußwort?

Abg. Schuster: Ich verzichte und stelle den Antrag auf Abstimmung.

Präsident Mag. Rader: Der Berichterstatter verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 einverstanden ist, möge bitte ein Zeichen mit der Hand geben.

Das ist mit Mehrheit gegen meine Stimme angenommen. Die Gruppe 5 ist somit abgeschlossen.

Wir werden morgen mit der Gruppe 6 beginnen. Ich vertage die Sitzung auf morgen beziehungsweise heute früh um 8.30 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung um 0.24 Uhr. - Wiederaufnahme am Freitag, dem 10. April 1992, um 8.30 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Gemäß Paragraph 27 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages können Mitteilungen des Präsidenten im Laufe oder auch am Schluß der Sitzung vorgebracht werden.

Es wurden nachträglich folgende Anträge eingebracht, die ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführe:

Antrag der Abgeordneten Ing. Löcker, Dr. Karisch, Glössl und Dr. Maitz, betreffend die Novellierung des steirischen Abfallwirtschaftsgesetzes;

Antrag der Abgeordneten Bacher, Tasch, Prutsch, Ing. Kinsky, Kowald und Schützenhöfer, betreffend die beabsichtigte Auffassung der Bezirksgerichte Neumarkt, Oberwölz, Gröbming, Eisenerz, Mariazell, Rotenmann, Birkfeld, Wildon und Mureck;

Antrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Minder, Dr. Bachmaier-Geltewa und Günther Prutsch, betreffend die sofortige Einführung eines Ruhegeldes für Pflegemütter (-väter).

Gruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Gilbert Frizberg.

Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Frizberg (8.33 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht über die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr. Straßenbau, Bundesstraßen, Landesstraßen, Straßen- und Brückenbau, Bundes- und Landesstraßen, gemeinsame Kosten, allgemeiner Wasserbau, Förderung der Wasserversorgung, Förderung der Abwasserbeseitigung, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Schutzwasserbau, Bundesflüsse, Konkurrenzgewässer, Wildbachverbauung, Lawenschutzbauten, Bauhöfe, Straßenverkehr, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen. Schienenverkehr, Eisenbahnen.

Die gesamten Einnahmen der Gruppe 6 belaufen sich auf 44.419.000 Schilling. Die Ausgaben betragen 1.355.512.000 Schilling. Ich bitte, in die Debatte einzutreten.

Präsident Dr. Klausner: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 6 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil Wasserbau und im zweiten Teil Straßenbau und Verkehr behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 6, Wasserbau. Ich habe hier eine Wortmeldung, lautend auf den Abgeordneten Prutsch. Ich nehme an, das ist der Kollege Alfred Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Alfred Prutsch (8.35 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte guten Morgen sagen, und ich glaube, wenn wir hineinschauen in das Plenum, ist für Stärkung den ganzen Tag gesorgt.

Zum Thema Wasserbau möchte ich doch verstärkt in meiner kurzen Wortmeldung den Abwasserbereich streifen und auch den Wasserwirtschaftsfonds. Das Thema Abwasser und Wasserwirtschaft ist gerade in letzter Zeit sehr viel diskutiert und in den Medien publiziert worden, und ich glaube, es ist auch sehr, sehr erfreulich, daß sich hier alle Spitzen unserer Parteien auf Landesebene einig waren, den Trend zu erhalten. Das Thema Wasserwirtschaft, Abwasserwirtschaft und Wasserwirtschaftsfonds wird natürlich auch in der Zukunft an Aktualität nicht verlieren. Die Diskussion wurde bekanntlich ausgelöst, weil seitens des Bundes die Dotierung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds nicht mehr gesichert erschien und daß man eben auch die Dotierung für 1992 abgelehnt hat. Zusätzlich zu all diesen Themen kam die Diskussion dazu, eine komplette Umstrukturierung dieses Förderungsinstrumentes, und zwar im Zuge einer Verländerung, vorzunehmen.

Die Bundesländer sind ohnehin durch das Wasserbautenförderungsgesetz mitverantwortlich für die Aufbringung der nötigen Mittel, und wir haben im Voranschlagsentwurf 1992 „Beitrag an den Fonds“ 112 Millionen Schilling veranschlagt. Hier kommen zusätzliche Mittel seitens des Landes, und die waren sehr beträchtlich für den Zeitraum 80/90. Bei einem Bauvolumen von 12,4 Milliarden Schilling wurden 1,6 Milliarden Schilling Landesförderung gewährt, und 7,5 Millionen Schilling kamen aus Fondsmitteln.

Welche Vorteile oder auch Nachteile im Zuge einer Verländerung auftreten können oder werden, kann ich als Laie nicht abschätzen. Aber eines ist mir klar, und das möchte ich doch als Vertreter der Gemeinden sagen: Es darf nicht so sein, daß wir auf Grund dieser Umstrukturierung des Fonds weniger Mittel zur Verfügung haben für unsere Bauvorhaben draußen in unseren Gemeinden. Die Sorge der betroffenen Gemeinden und natürlich deren Bürgermeister ist bei einer Umschichtung oder gar Reduzierung der Förderungsmittel die, daß man eben den vorgegebenen Umweltgesetzen nicht mehr entsprechen kann. Wir haben lange gebraucht draußen in unseren ländlichen Gemeinden, bis wir unsere Bevölkerung davon überzeugen konnten, daß es auch notwendig ist, im ländlichen Bereich Abwasserentsorgung zu betreiben, und es ist ein großer Meinungsbildungsprozeß all dem vorausgegangen.

Meine Forderung wäre, daß die Gemeinden in der Realisierung einer wie immer auch aussehenden Abwasserentsorgung nicht behindert werden dürfen. Es ist erfreulich, daß es bereits Arbeitsgruppen gibt, die sich mit der Abwasserentsorgung im ländlichen Raum

befassen. Landesrat Erich Pöttl hat das gestern schon anklingen lassen, und auch die Forschungsgesellschaft Joanneum ist hier mit eingebunden. Es gibt natürlich auch schon einige Pilotprojekte bei uns in der Steiermark. Man sucht nach alternativen Möglichkeiten, die Abwasserentsorgung gerade im ländlichen Raum anders zu gestalten und auch von der Kosten-seite her günstiger zu verwirklichen.

Ich glaube, daß die Entwicklung neuer Entwässerungssysteme für den ländlichen Raum ganz, ganz rasch vorangetrieben werden muß, und es wird wirklich zu überlegen sein, ob man bei der Planung und dann in weiterer Folge in der Bauausführung den gleichen Maßstab oder das gleiche anwenden sollte wie im städtischen Bereich. Jeder von uns weiß, daß die Kosten der ganzen Abwasserentsorgung zu 80 Prozent in den Kanalsträngen liegen, im Kanalstrangbau, und nur 20 Prozent im Kläranlagenbereich. Daher sind lange Kanalstränge sinnlos, und es muß nach dezentralen Lösungen in der Abwasserentsorgung gesucht werden, die auch förderungswürdig sind. Man wird auch die für die Gemeinden und deren Bürger zumutbare Größenordnung der Kosten großes Augenmerk schenken müssen, weil die Belastungen für beide Teile derzeit wirklich enorm hoch sind.

Im Sinne der Erhaltung der Umweltqualität beziehungsweise der sozialen Gerechtigkeit wäre es sinnvoll, zu Kosteneinsparungen im ländlichen Kanalbau zu kommen und andererseits einen Topf zu haben, der speziell die Kosten für den einzelnen irgendwo auszugleichen vermag. Es ist mir bekannt, daß seitens der zuständigen Ministerien Bestrebungen vorhanden sind, im Wasserversorgungs- und Abwasserbereich durch entsprechende Maßnahmen Voraussetzungen zu schaffen, um effizient und wirkungsvoll weiterarbeiten zu können.

Die Novelle im Jahre 1990 zum Wasserrechtsgesetz bewirkt folgendes erhöhtes Investitionsvolumen. Berechnungen ergeben, daß österreichweit in den nächsten zehn Jahren 210 Milliarden Schilling investiert werden müssen, 180 Milliarden im Abwasserbereich und 30 Milliarden im Trinkwasserbereich. In der Steiermark wird ebenfalls für diesen Zeitraum der nächsten zehn Jahre für die Neuerrichtung von Abwasseranlagen ein Investitionsvolumen von 12 Milliarden Schilling nötig sein. Zusätzlich kommen noch die Sanierungskosten für die überalterten Abwasserreinigungsanlagen, Kanäle und Anlagen, so daß auch hier in der Steiermark Milliardenbeträge notwendig sind, gesamt 20 Milliarden Schilling. Somit ergibt sich in der Steiermark ein jährliches Investitionsvolumen von 2 Milliarden Schilling pro Jahr, dieses Volumen ist natürlich wesentlich höher wie das derzeitige.

In der Frage der Aufbringung beziehungsweise Bereitstellung der für die Förderung benötigten Finanzmittel vertrete ich grundsätzlich die Meinung, daß sich sowohl der Bund als auch die Länder ihrer Verantwortung nicht entziehen können und auch nicht dürfen. Unabhängig, ob ein entsprechender Förderungstopf hinkünftig beim Bund oder bei den Ländern installiert ist, muß die Bereitstellung der Mittel für die Jahre ab 1993 zumindest in der gleichen Höhe wie 1991 gesichert werden. Die Frage der Finanzierung und der Mittelaufbringung muß aber vorrangig vom Finanzminister Lacina mit allen Betroffenen schnell

und raschest geklärt werden. Im Interesse der Gemeinden und ihrer Bürger sowie der uns anvertrauten Umwelt muß seitens der Verantwortlichen getrachtet werden, daß der Umweltwasserwirtschaftsfonds nicht zerschlagen wird.

Vielleicht eine Überlegung: Wir wissen, daß nicht alle Gemeinden, die mit diesem Problem befaßt sind, finanzstark sind – gerade die ländlichen Gemeinden sind ja durchwegs finanzschwache Gemeinden. Es müssen alle Bestrebungen bei einer Neuordnung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds dahin gehen, daß der breitgestreute allgemeine Förderungsmechanismus, zum Beispiel gestaffelt nach ökologischer Priorität, aber auch nach der Finanzkraft der Gemeinden erfolgen müßte.

Lieber Herr Landesrat Pöttl, ich darf dir herzlich danken, weil wir wissen, daß du hier mit diesem Problem befaßt bist und daß du auch nach Lösungen suchst, die für alle in der Zukunft in diesem wichtigen Bereich auch tragbar sind.

Ich bitte dich, auch alles daranzusetzen, daß die anstehenden Verhandlungen in den zuständigen Gremien positiv geführt werden können. Und ich glaube, daß hier auch die Unterstützung aller anderen Parteikollegen gegeben sein wird. Die Gemeinden werden auch in der Zukunft alles in ihrer Möglichkeit Stehende tun, um im Umweltschutzbereich weiterzuarbeiten, weil die Abwasserentsorgung zu den wirksamsten Maßnahmen im Umweltschutzbereich zählt. Das zeigen doch praktische Beispiele. Ich darf hier die Gemeinde Vogau im Leibnitzer Feld zitieren, wo auch der Nitratwert fast zur Hälfte gesenkt werden hat können nach Abschluß der Abwasserentsorgung. Über alle Parteigrenzen hinweg muß dies ein Anliegen von uns allen gemeinsam sein zum Wohle der Bürger. Und ein weiser Ausspruch eines Indianerhäuptlings lautet: „Wir haben unsere Umwelt nicht von unseren Vätern geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen.“ Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 8.45 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm Kollege Heibl.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (8.46 Uhr): Guten Morgen!

Sollte jemand nicht ausgeschlafen sein, ich bin es! (Allgemeiner Beifall.)

Und nebenbei fällt mir beim Schlafen mehr ein als manchem anderen, wenn er „licht“ ist!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werter Herr Präsident!

Der Lebensstandard, der uns viele angenehme Seiten gebracht hat, hat natürlich auch ein Hauptproblem gebracht, das ist die Verschmutzung des Wassers, das Problem der Abwässer. Wir haben gerne dieses Wasser verwendet als Transportmittel unter dem Motto „Aus den Augen, aus dem Sinn“. Wir haben über Jahrzehnte, eigentlich über Jahrhunderte und darüber hinaus der Ideologie gefrönt, der Verdünnung, so wie man auf der einen Seite die hohen Schornsteine errichtet hat, damit man die Abgase hoch hinauf gebracht hat, damit sie der Wind mitnimmt, verdünnt. So hat man es auch im Bereich Wasser gemacht. Hinein

ins Wasser und weg damit. Nun zeigt sich aber, daß das einfach nicht mehr geht und daß es hier unbedingt einer rigorosen Reinigung unserer Abwässer bedarf. Hier ergeben sich zwei Kategorien, die man auseinanderhalten muß. Das eine sind die Abwässer der Ballungszentren. Dort ist es einfach notwendig, daß man alles erfaßt, alles abtransportiert, alles in Großanlagen reinigen muß. Und dann ist es noch der ländliche Raum, der eben eine diffizile, eine sehr unterschiedliche Struktur hat und dadurch auch unterschiedlich bewertet und auch bearbeitet werden muß. Überregionale Einheitskonzepte sind nicht zielführend, wir müssen speziell auf die Probleme eingehen. Und wie mein Vorredner schon gesagt hat, gibt es natürlich hier die finanziellen Probleme hüben wir drüben, wobei die städtischen Probleme ja zum Großteil schon meist alle gelöst sind und hier nur mehr Adaptierungen notwendig sind. Wenn man das auch noch aufrechnet, so hat der Herr Landesrat Pörtl, der mich gestern einen „Trittbrettfahrer“ genannt hat, einen „odrahtn“, schon richtig gesagt auf meine Anfrage, daß dafür 3,5 Milliarden notwendig sind, um diese bestehenden Anlagen zu adaptieren. Daran kann man einmal erlauben, was allein für die Reparatur notwendig ist. Und das neue Wasserwirtschaftsgesetz hat derartige Auflagen gebracht, die enorm sind. Jetzt hat der Bund einfach gesagt, die zahlen in den Wasserwirtschaftsförderungs-fonds keine 2,7 Milliarden mehr, und die Gefahr besteht, daß dieser Fonds ausgehungert wird und damit natürlich die notwendigen Mittel, die für die Reinigung unserer Abwässer im städtischen wie im ländlichen Raum notwendig sind, nicht mehr reichen. Beim Wasserrechtsgesetz 1990, das gigantische Vorgaben gegeben hat, ist ja überhaupt einmal zu fragen, ob das zu schaffen ist. 500.000 bis 700.000 Verfahren sind notwendig, um hier überhaupt eine Kontrolle und Überprüfung der ganzen Dinge durchzuführen. Die Frage ist, wo bleibt der Bundesrat, der ja die Länder schützen soll? Das ist meiner Meinung nach ein totaler Angriff auf die Länder, auf der einen Seite zählt man nichts mehr in den Wasserwirtschaftsfonds, auf der anderen Seite läßt man derartige Vorgaben den Ländern über.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mich ein bißchen mit dem Abwasser im ländlichen Raum beschäftigen. Ich hoffe, daß das unserem Landesrat recht ist, wenn er zu mir sagt, ich tue hier Trittbrett fahren oder „odrahtn“. Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Raumordnungsgesetz ist die Verpflichtung zur flächendeckenden Abwasserreinigung. Die Gemeinden müssen ihre Projekte erstellen, und zu einem Großteil sind die Bürgermeister auf die Zivilingenieure angewiesen. Es gibt genug Projekte, wie sie schon ausgeführt sind, die eben die Bevölkerung bewegen. Und was bewegt eigentlich die Bevölkerung? Erstens einmal die Anschlußkosten, zweitens, ob die Reinigung wirklich so stattfindet, wie man erklärt, und drittens, wie sind die Folgekosten, die Betriebskosten? Wir haben lernen müssen, daß die Bevölkerung, der Bürger heute skeptisch ist. Skeptisch nach diesen ganzen Problemen, die immer wieder aufgetaucht sind, skeptisch zu Großprojekten, weil da immer groß von den Experten gesagt wird, das und das und das wird alles so und so sein. Und es gibt dann überhaupt keine Probleme mehr. Wir haben das schon mitgemacht, ich glaube, der ärgste Einbruch der Experten ist in der Kernenergie geschehen und bei

vielen, vielen anderen Dingen, wo eben der Bürger heute mit seinem Vertrauen sehr vorsichtig ist. Aber warum ist er vorsichtig? Er hat natürlich vieles selbst erlebt und immer wieder gespürt, daß er im Grunde genommen der Zahler ist und im Endeffekt auch der Dumme. Er hat Angst vor den riesigen Abwasserverbänden, denen er faktisch ausgeliefert ist, hilflos ausgeliefert. Er wünscht viel mehr eine Selbstkontrolle. Er möchte auch die anfallenden Kosten besser überprüfen können. Bei diesen Großanlagen ist eine Mitarbeit nicht möglich, bei kleineren Anlagen meint er und merkt es auch, sie sind besser überschaubar, und er kann sich bei den Betriebskosten wirklich auch informieren beziehungsweise auch da etwas mitarbeiten.

Bei kleinen Anlagen ist es auch noch möglich, daß er selber etwas mitarbeitet und sich damit etwas einspart. Dann kommt noch etwas, was, glaube ich, sehr wichtig ist, das ist die Eigenverantwortung. Wenn wir heute beim Wasserrechtsgesetz merken, daß die Vorgaben für Phosphor und die Tenside so groß sind, daß sie bei Großkläranlagen einfach sehr, sehr schwer in den Griff zu bekommen sind und – wie gesagt – steiermarkweit 3,5 Milliarden Schilling notwendig sind, um hier eine echte vollbiologische und chemische Reinigung durchzuführen, dann weiß man, was hier auf uns in diesem Lande zukommt.

Aber dort, wo auch die Großanlagen sind, stellen wir fest, daß in den Flüssen keine Fische mehr sind, daß das Wasser eine schäumende Brühe ist, weil sehr viele Tenside noch in das Wasser kommen. In erster Linie wird das Wasser entspannt, es kann dort kein Wasserläufer mehr auf der Oberfläche laufen, es ist praktisch das Nahrungsangebot für die Fische nicht mehr gegeben.

Hier sehen wir, daß wir in eine ganz große Problematik hineinkommen, die die Natur von selber lösen kann. Es ist auch nicht machbar rein von der finanziellen Seite her auf Dauer, wenn wir Großkläranlagen haben und weite Bereiche mit Grubendienst. Der Grubendienst ist heute enorm teuer, und wenn hier noch dazu jemand das gewerbemäßig betreibt oder betreiben muß, dann muß er natürlich auch seine Kosten aufrechnen, und im Endeffekt will er auf seine Kosten kommen. Daher ist auch der Grubendienst keine gute Lösung, es ist natürlich notwendig, daß man auch so etwas in Reserve hat, aber es kann keine Lösung auf Sicht sein.

Es hat sich gezeigt, daß der Einsatz von kombinierten Kläranlagen, das heißt ein Belebtschlammbecken mit nachgeschaltetem Pflanzenbeet, beste Werte bringt. Sind wir uns ehrlich, in den kleinsten Bereichen kann man das ja schon als Baukastensystem nehmen, wenn man eine Senkgrube hat – vorausgesetzt, die ominöse Bierflasche ist nicht drinnen und sie ist wasserdicht –, dann kann man sie als Belebtschlammbecken ja adaptieren, belüften und ein Pflanzenbeet nachschalten. Hier sieht man, daß es Spitzenergebnisse gibt in der Überprüfung, wir haben ja einige solche Anlagen laufen in der Steiermark. Ich glaube, daß das ein Weg ist, der für unseren ländlichen Raum brauchbar ist, für Streulagen, für Einzelgehöfte. Natürlich ist es klar, dort, wo Ballungszentren sind, wird man nicht anders können, als mit dem Kanal die Fäkalwässer abführen.

Sind wir uns ehrlich, in der Beurteilung dieser kombinierten Anlagen hat man festgestellt und auch gesagt, sie sind für besondere Reinigungsansprüche gut. Wie gesagt, es geht darum, daß man das als Stand der Technik anerkennt und daß man eine Lösung findet in diesem ganzen steirischen Abwasserkonzept, eine Möglichkeit, dies einzubauen und vor allem diesen Grubendienst auszuschalten. Jetzt sind wir uns auch ehrlich, es bedarf natürlich einer Erziehung unserer Bürgermeister beziehungsweise die müssen natürlich auch unsere Planer ein bißchen darauf hinweisen, daß man nicht nur Großanlagen macht, sondern daß es auch andere Möglichkeiten gibt.

Wenn es natürlich dann so Besprechungen gibt, wo die Leute ihre Sorgen vortragen, und wenn dann nur mehr gesagt wird – hier wird ja offensichtlich bewußt immer wieder falsch interpretiert –, es wird gesagt, Pflanzenkläranlagen sind nicht Stand der Technik, ich gebe zu, Pflanzenkläranlagen allein. Aber in der Kombination ist es sicherlich meiner persönlichen Meinung nach eine ausgesprochen gute Möglichkeit, hier das gesamte Abwasserkonzept zu bereichern und Möglichkeiten zu schaffen, wo der einzelne in seiner Eigeninitiative etwas für die Umwelt tun kann. Wenn schon in naher Zukunft kein Kanal und keine Lösung des Abwasserproblems in den Gemeinden möglich ist, so gibt es aber immer wieder Leute, die von sich bereit sind, etwas zu tun, um der Umwelt zu helfen.

Unsere Bauern haben natürlich auch wenig Verständnis für eine Anschlußpflicht. Ich glaube, und ich bin mir auch sicher und einer Meinung mit unserem Landesrat Pörtl, daß hier so eine Lösung gefunden wird, daß die Bauern, wenn die sogenannten Fäkal- und Grauwässer in so einem geringen Ausmaß vorhanden sind, in der ganzen Gülle mitverwendet werden können. Im Grunde genommen sollten wir ja alle Möglichkeiten der Rückführung der ganzen Abfälle in den tatsächlichen Kreislauf befürworten und fördern.

Eines ist sicherlich noch ein Problem – der Herr Landesrat hat es gestern auch schon angesprochen –, das ist die ganze Klärschlammproblematik. Es ist sicher keine Lösung des Problems, wenn man den Schlamm an den Gaddafi in die Wüste verkauft. Es wird sicherlich eines der größten Probleme der Zukunft werden, wie wir den Klärschlamm aufbereiten, wie wir den Klärschlamm entgiften können, daß er wirklich auch wieder ohne Angst und Sorge in der Landwirtschaft angewendet und gebraucht werden kann.

Aber wo liegen denn die Probleme? In den Großkläranlagen gibt es so viele Verschmutzer, Verursacher, die den Klärschlamm vergiften. Immer wieder müssen wir feststellen, daß gigantische Mengen an Schwermetallen im Klärschlamm vorhanden sind und andere toxische Stoffe. Es ist sicherlich richtig, daß der Nagellack und was alles da noch hineinkommt auch aus der heutigen Sicht zu sehen ist. Eines ist aber mit Sicherheit klar, kleine Anlagen, kleine Einzugsbereiche sind überschaubarer, und Verursacher und Verschmutzer sind viel schneller ausmachbar. Großanlagen, wo vielleicht erst Stunden später toxische Stoffe in die Kläranlage kommen und dort gefunden werden, können oft dazu führen, daß der Verursacher gar nicht mehr gefunden werden kann.

Ich weiß mich mit den Bauern eins, daß sie Angst davor haben, daß vielleicht in zehn Jahren jeder einen

Teil des Klärschlammes übernehmen muß, daß es eine KlärschlammLösung geben muß ist auch klar, und daß natürlich die Gesundheit unserer Böden eine große Rolle spielt und die Frage sich erhebt, ja was kann man unseren Böden noch zumuten? Sie haben eine große Pufferqualität und Möglichkeit, diese Dinge abzubauen, weit mehr als viele andere Möglichkeiten, und daher muß das Problem von Grund auf berücksichtigt und kontrolliert angegangen werden. Deswegen war auch mein Appell, und seit nunmehr acht Jahren verlange ich diesen Bericht über die Gesundheit unserer Böden. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einmal wiederholen: Ich glaube, daß kleine Anlagen als kombinierte Anlagen eine Lösung in unserem steirischen Abwasserkonzept sein können, daß wir den Klärschlamm aus kleinen Anlagen praktisch als Düngestoff verwenden können, weil wir glauben und meinen, daß dort am wenigsten Vergiftungen da sind, daß wir die Dinge auch wieder in die Kreislaufwirtschaft einbringen können und daß wir den Bürger in die Mitverantwortung einbeziehen müssen. Hier ist, glaube ich, ein Ansatzpunkt, und ich hoffe, daß wir alle gemeinsam zu einer guten Lösung kommen, und ich hoffe, daß der Herr Landesrat zufrieden ist, wenn man auch die Bürger richtig informiert. Er braucht nicht zu glauben, daß er deswegen irgendwo Schläge bekommen hat, er ist immer als ein aufgeschlossener Mensch bezeichnet worden, der bereit ist, hier mitzumachen und mitzuarbeiten, und in diesem Sinne hoffe ich, daß uns allen etwas Gutes gelingt. (Allgemeiner Beifall. – 9.07 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Heibl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Heibl (9.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die derzeitige Diskussion um die Verlängerung des Wasserwirtschaftsfonds hat in allen Gemeinden größte Unsicherheit hervorgerufen. Da sind wir uns einig. Die neuen Auflagen, und Dipl.-Ing. Chibidziura hat das gesagt, und Bestimmungen des Wasserrechtes fordern einen wesentlich höheren Kapitaleinsatz. Es können daher finanzielle Kürzungen des Bundes in keiner Weise hingenommen werden.

Bei einem derzeitigen Entsorgungsgrad – das ist gestern bereits schon ein paar Mal gesagt worden – von 53 Prozent in der Steiermark durch öffentliche Kanalanlagen, der geforderte Mindestsollstand wäre ja jetzt schon 75 Prozent in der Steiermark der Entsorgung durch öffentliche Anlagen, zwingt uns natürlich in den nächsten Jahren zu großen Investitionen, wenn wir vor allem das Ziel einer 85- bis 88prozentigen Entsorgung erreichen wollen, und die ist möglich in unserem Bundesland. Dieser Entsorgungsgrad von 53 Prozent, es ist übrigens der zweitniedrigste überhaupt aller Bundesländer in Österreich, soweit ich informiert bin, ist nur Kärnten noch schlechter gestellt wie wir. Und noch dazu kommt jetzt das Handicap, daß jetzt die Ortschaften drankommen, die wenig dicht besiedelt sind. Und in Wirklichkeit verschärft sich daher diese Situation noch beträchtlich. Daß aber eine flächendeckende Entsorgung erreicht werden muß, ist keine Frage. Ob

durch zentrale Großanlagen, ob durch kleinere dezentrale Anlagen – die Bürgermeister sind ja hier sehr bereit, das zu machen – oder auch nur durch Biohausanlagen. Es muß jedes Mal im Einzelfall dann entschieden werden. Bei den kleinen Biokläranlagen ist dann natürlich die Frage, wohin mit dem geklärten Wasser? Kann man es verrieseln lassen oder gibt es einen Verfluter und so weiter? Das heißt, es muß jedes Projekt im Einzelfall geprüft und darüber entschieden werden. Aber von einem bin ich überzeugt, daß sich einzelne Wirtschaftsgruppen innerhalb einer Ortschaft oder einer Ansiedlung nicht von der Anschlußverpflichtung zur Gänze abkoppeln werden können. Damit wäre nämlich die flächendeckende Abwasserentsorgung beziehungsweise der Bau öffentlicher Kläranlagen, öffentlicher Kanalanlagen nicht mehr möglich. Ich habe auch Verständnis für diese Wirtschaftsgruppen. Ein weiteres, meine Damen und Herren, akutes Problem ist derzeit der anfallende Klärschlamm, und wir haben gestern auch schon darüber gesprochen in der Umweltdiskussion, wohin mit diesen Massen? Diese Klärschlämme sind zum größten Teil zwar durchaus für die Landwirtschaft als Dünger verwendbar, aber das stimmt schon, daß sich das von Stunde zu Stunde ändern kann. Man weiß ja nicht, was gerade momentan dort eingebracht werden kann. Aber die Landwirtschaft nimmt das nur sehr zögernd beziehungsweise überhaupt nicht an, und die haben auch Gründe dafür, teilweise wegen verordneter Wasserschon- und -schutzgebiete, etwa im Leibnitzer Bereich zum Beispiel, teilweise weil sie ohnehin genug Gülle haben und die natürlich anbringen wollen, und wahrscheinlich gibt es auch noch andere Gründe dafür. Das bedeutet für die Kläranlagenbetreiber, meist sind es Gemeindeverbände, wohin mit diesem vielen Klärschlamm? Deponieren ist bekanntlich eine Möglichkeit, aber eine sehr teure! Zur thermischen Verwertung sind wir bis jetzt noch nicht gekommen oder wir haben uns noch nicht durchringen können. Außer zu vielversprechenden Ansätzen, die gibt es jetzt ja, und zu Grundsatzbeschlüssen, obwohl es in vielen Ländern der Welt ausgezeichnet funktioniert und selbst innerhalb Österreichs. Voraussetzung für den Bau und den Betrieb derartiger Anlagen, das sind ja dann schon Großanlagen, ist eine bürgerorientierte Vorgangsweise mit dementsprechenden Informationen. Dann werden wir wahrscheinlich auch durchkommen. Meine Damen und Herren, um dieses ungelöste Problem Klärschlamm zumindest vorübergehend zu lösen, hat das Umweltministerium andere Möglichkeiten freigegeben, zumindest bis zum 31. Dezember 1991. Und zwar den Export dieses gepreßten Klärschlammes mit 38 Prozent Festgehalt in andere Kontinente, zum Beispiel in den Libanon, wahrscheinlich als moderne Entwicklungshilfe gedacht, ist es aber nicht. Genehmigungen für 1992 konnten zumindest bis jetzt in Leibnitz nicht vorgelegt werden. Aus wirtschaftlicher Sicht muß ich dazu sagen, sogar ein gutes Geschäft. Der Preis für die Entsorgung – und nichts anderes ist es – pro Tonne beträgt nur etwa 60 Prozent inklusive aller Nebenkosten, als eine Ablagerung einer Tonne auf heimischen Deponien. Ein wirklich gutes Geschäft. Ich verstehe das ganze jetzt nicht mehr. Auf der einen Seite führen wir diesen Klärschlamm per Bahn und Schiff in andere Kontinente um 1500 Schilling die Tonne, und ein paar Kilometer weiter kostet

nur das Ablagern etwa 2400 Schilling. Ich verstehe es nicht mehr.

Meine Damen und Herren, auch eine Abwasserabgabe nach deutschem Muster, mit dem in den 70er Jahren in Deutschland begonnen wurde und das 1981 auch abgabewirksam wurde, wird auch in Österreich zumindest von Experten und dafür Verantwortlichen diskutiert und als eine notwendige Maßnahme dargestellt. Der Herr Abgeordnete Trampusch hat gestern gesagt, wenn schon Gespräche im Gange sind und Vorankündigungen im Gange sind, dann sollten wir auch hier darüber diskutieren oder wir müßten sogar hier darüber diskutieren. Geschätzte Einnahmen, wenn das zustande käme, etwa 2 bis 4 Milliarden bei einem Verwaltungsaufwand von zirka 50 Millionen Schilling. Es ist nur die Frage, wie hoch setzt man diese Abgabe an? Ist sie zu gering, dann werden diese Großverschmutzer das einfach bezahlen, oder sollte es wirklich ein Instrument werden, daß man damit diese Betriebe zu Investitionen bewegen kann. Wir werden sehen, was daraus wird. Ziel einer derartigen Maßnahme müßte es natürlich sein, entsprechende Investitionen für die Vorreinigung der Abwässer und auch für die Beseitigung von Schadstoffen, für die die kommunalen Anlagen nicht gerichtet sind und nicht geeignet sind, das ist der tiefere Sinn, also wird es abhängen, in welcher Höhe wir diese Abwasserabgabe in Österreich einführen, wenn überhaupt. Auch die derzeit gebräuchlichste Form der Verrechnung der Gebühr für Indirekteinleiter in Kläranlagen nach dem Frischwasserverbrauch ist ungerecht und belastet teilweise Haushalte zu stark. Der Verschmutzungsgrad – das ist ein großer Maßstab – wird nur von wenigen Kläranlagenbetreibern, und da auch nur in wenigen Fällen, mit einem Starkverschmutzerzuschlag auch wirklich berücksichtigt. Meine Damen und Herren, um die Bewältigung der Abwasserentsorgung – das ist wirklich ein großes Anliegen –, aber auch der Wasserversorgung besser in den Griff zu bekommen, wäre nach Meinung vieler Experten und vieler, die damit zu tun haben, wiederum die Trennung des Wasserwirtschaftsfonds, der bereits seit 1947 besteht und Mitte der 80er Jahre mit dem Umweltfonds zusammengelegt worden ist, sinnvoll. Egal, ob es Bundessache bleibt oder doch verländert wird, weil es einfach hier klarere Möglichkeiten, auch was die zweckgebundenen Rückflüsse sind und so weiter, geben würde. Dieser Wunsch besteht vor allem auch in der Bauwirtschaft, aber auch bei vielen Betreibern von solchen Anlagen, und wir werden sehen, ob das eine sinnvolle Idee ist. Ich danke für das Zuhören! (Allgemeiner Beifall. – 9.15 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Eine weitere Wortmeldung zu diesem ersten Teil der Gruppe 6, Wasserbau, liegt nicht vor.

Wir kommen zum zweiten Teil, Straßenbau und Verkehr. Zu Wort gemeldet ist als erster Redner der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrittwieser (9.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das ist relativ rasch gegangen. Bisher ist immer unter diesem Kapitel Verkehr der Kollege Kohlhammer hier gestanden und hat also sehr oft die Pro-

blematik des Verkehrs hier dargestellt und auch immer wieder verlangt, daß wir hier in dieser Stadt und auch im Land zu Lösungen kommen.

Erlauben Sie mir aber hier einige grundsätzliche Bemerkungen zum Thema Verkehr. Das Bewußtsein der Öffentlichkeit, meine Damen und Herren, beginnt allmählich die Tatsache zu registrieren, daß die Entwicklung des Verkehrssektors rasch auf ihre Grenze stößt, wenn die Verkehrspolitik keine geordneten Maßnahmen oder neuen Schwerpunkte setzt. Dies gilt vor allem für den Transitverkehr wie auch für die Verkehrsverhältnisse in unseren Ballungsräumen.

In den 20 Jahren wird sich die Bevölkerungswanderung in den Ballungsräumen folgendermaßen entwickeln: Die Großstädte werden im gesamtösterreichischen Durchschnitt etwa 18 Prozent ihrer Bevölkerung verlieren. An der Spitze dieser Entwicklung liegt Linz mit der Abnahme von 26 Prozent, gefolgt von Wien, und dann kommt bereits Graz mit einer Bevölkerungsabnahme von je 19 Prozent. Umgekehrt wird allerdings das Umland der Großstädte eine weitere signifikante Bevölkerungszunahme zu verzeichnen haben. Während die Wohnbevölkerung in den Großstädten abnimmt, steigt umgekehrt, meine Damen und Herren, die Zahl der Arbeitsplätze.

Dieser Trend wird sich auch in der Zukunft fortsetzen. Wir müssen auch dafür sorgen, daß wir in der Raumordnung zu Lösungen kommen, daß wir künstlichen Verkehr – das Hin und Her, in die Stadt hinein und von der Stadt hinaus – verhindern können. Allein die dargestellten gravierenden Änderungen in der Wohnsitz- und Arbeitsplatzstruktur werden in den nächsten Jahren in bedeutendem Ausmaß zusätzlichen Verkehr auslösen.

Eine unkritische Fortführung der bisherigen Verkehrspolitik würde daher auf längere Sicht in den Ballungsräumen vor allem zu einem Verkehrsinfarkt führen. Ein attraktives öffentliches Verkehrsmittel ist daher für das Funktionieren von Ballungszentren unerlässlich. Es ist daher raschest – und es wird heute noch darüber geredet werden – der Verkehrs- beziehungsweise Tarifverbund zu realisieren und zu verwirklichen, und hier spreche ich auch den Großraum Graz an. Wenn ich daran denke, wie viele Jahre wir bereits – aber viele in diesem Haus – diesen Verkehrsverbund realisiert sehen wollen und wir eigentlich immer noch nicht zu einem Abschluß gekommen sind – vielleicht ist es auch mit eine Schuld, daß wir seinerzeit die Nahverkehrsmilliarde nicht in Anspruch genommen haben –, haben wir aber in Zukunft hier, glaube ich, verstärkte Anstrengungen vorzunehmen.

Eine weitere Verlagerung der Wirtschaftsgüter sowie im Personentransport auf die Schiene, auch durch die Entwicklung der EG, durch den EWR, verlangt eine rasche, moderne Bahn und ein gut ausgebautes Schienennetz. Wir haben, meine Damen und Herren, nach langem Warten nun unser steirisches Verkehrsprogramm vorliegen, und wir haben die Möglichkeit gehabt, auch dieses schon zu studieren. Ich glaube aber, Verkehrsprogramme allein werden diese Probleme, die wir haben, nicht lösen, und es kann sich daher bei diesem Verkehrsprogramm nur um eine Leitlinie des politischen Handelns drehen, und vor allem soll es uns Denkanstöße für die zukünftige Entwicklung geben.

Die Kosten, die hier präliminiert sind, liegen zwar in einer Gesamtsumme vor, was aber der Steiermark dieses Verkehrsprogramm direkt kosten wird, liegt mir zumindest bisher noch nicht vor. Frau Landesrat, Sie haben hier mit dem Verkehr vom Herrn Landeshauptmann ein schweres Amt übernommen, und es wird auch sehr an Ihnen liegen, mit welchem Tempo Sie hier an die Sache herangehen, daß wir dieses Verkehrsprogramm, welches vorliegt, auch verwirklichen werden können.

Ich möchte daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, einige Schwerpunkte aus meiner Sicht für die zukünftige Verkehrspolitik in der Steiermark anführen. Wie könnte es anders sein, daß wir an die Spitze den Semmeringtunnel stellen, der ein langjähriges Anliegen für unsere Bevölkerung in der Obersteiermark, für die Wirtschaft, für das Weiterbestehen dieser Industrieregion unabdingbar ist. Ein wirtschaftliches Überleben der Obersteiermark, meine Damen und Herren, wird sehr wohl davon abhängen, daß dieser Semmeringtunnel gebaut wird.

Wenn wir wissen, daß die Kapazitäten, wenn die Entwicklung so weitergeht, bereits 1995 ausgelastet sind, so erkennen wir, wie notwendig dieser Tunnel ist. Wenn wir auch weiters wissen, daß die Verfahren bereits abgeschlossen sind, ein sofortiger Baubeginn möglich wäre und auch die Finanzierung mit Gesetz gesichert ist, dann ist es für mich unverständlich, daß wir noch nicht mit dem Bau begonnen haben.

Ich möchte auch heute und hier wieder auf die Gegner dieses Semmeringtunnels eingehen. Ein Hauptgegner dieses Semmeringtunnels ist – und sie machen ja eigene Veranstaltungen dafür – die Freiheitliche Partei. Ich verstehe also hier diese Vorgangsweise nicht. Es gibt auf der einen Seite immer wieder am Rande von Diskussionen ein halbes Bekenntnis zur Obersteiermark, aber hier, wo wir einen so wichtigen Teil dieses Gesamtprogrammes verwirklichen wollen, macht die Freiheitliche Partei eigene Veranstaltungen, um gegen diesen Tunnel aufzutreten. Wir haben daher einen Resolutionsantrag zur Verwirklichung des Semmeringtunnels eingebracht, und ich habe gehört, daß die ÖVP hier diesem Resolutionsantrag zustimmen und die FPÖ diesem Resolutionsantrag nicht zustimmen wird, meine Damen und Herren. Wir werden natürlich der obersteirischen Bevölkerung zu sagen haben, wer sich hier in den Dienst der Sache stellt und wer hier gegen das Herz, was wir für die Zukunft brauchen, eintritt. Was mich besonders freut ist auch, daß sich in letzter Zeit auch die Wirtschaft nach mehrmaliger Aufforderung öffentlich für diesen Tunnel einsetzt, weil es nicht reichen wird, daß sich die Politiker die Füße auslaufen, für diesen Tunnel eintreten und die Wirtschaft sehr lange nicht in den Vordergrund getreten ist und offiziell dafür eintritt.

Es hat aber in der letzten Zeit eine Pressekonferenz und öffentliche Veranstaltungen gegeben, bei der die Sozialpartner und die Wirtschaft für diesen Tunnel auch eingetreten sind. Besonderer Dank, das möchte ich hier auch sagen, gilt dem zuständigen Minister – jetzt ist er nicht mehr Minister, weil er in Kürze Bundespräsident sein wird –, nämlich Streicher hat sich bis heute noch in den Dienst dieser Sache gestellt und steht auch zu diesem Semmeringtunnel, und er hat auch dafür gesorgt, daß im Parlament die Finanzie-

nung gesichert wird. Ich möchte nur eines bitten, der Kollege Dr. Hirschmann hat hier in seiner Generalrede gesagt, es gibt also diese Achse Landeshauptmann-Wien, es gibt diese Achse zu den Ministern nach Wien. (Abg. Tasch: „Du hast vergessen, daß es die Achse Schachner-Vranitzky nicht gibt!“) Es wäre ein guter Anlaß, diese Achse Krainer einzusetzen, wenn es darum geht – ich zitiere Kollegen Dr. Hirschmann, ich sage nur, was er gesagt hat –, aber es könnte jetzt diese Achse eingesetzt werden, und den Landeshauptmann Pröll, den ich zwar verstehe, jetzt ist er also Landesparteiobmann, damit ist auch die niederösterreichische ÖVP gegen diesen Tunnel. (Abg. Grillitsch: „Das ist ein alter Hut!“) Ja, das ist ein alter Hut, Ihr wollt das nicht hören.

Aber was ich mir wünschen würde, ist, daß Kollege Grillitsch die Kraft dafür einsetzt, die Kollegen in Niederösterreich zu überzeugen, daß wir diesen Semmeringtunnel brauchen, und es gibt ja auch noch Abgeordnete der ÖVP, die am Semmering ihr Wochenendhaus haben, die ebenfalls gegen diesen Semmeringtunnel sind. Vielleicht können wir in diesem Haus sogar einmal eine Besprechung abführen. Und ich habe schon im Hintergrund gehört, ich stehe aber nicht an, tut's abwarten, ich stehe nicht an, auch meinen Parteifreunden von Wien das zu sagen, die glauben, wenn sie gegen den Semmeringtunnel sind und den Ausbau ihrer Anliegen in den Osten, Schiene und Straße den Vorrang zu geben, dann muß man es auch den Kollegen Zilk und Maier sagen, daß wir für ihre Probleme Verständnis gehabt haben, wie Bundesgelder verbaut wurden. Aber heute erwarten wir uns, daß sie Verständnis haben für unsere Anliegen. Aber was sie nicht tun ist, und vielleicht hat hier eine Überzeugungsarbeit geholfen, sie machen nicht laufend Pressekonferenzen, Auftritte im Fernsehen, um uns hier diesen Tunnel zu verhindern. Und wenn wir uns hier nicht gemeinsam anstrengen, wird es womöglich noch dazu kommen, daß dieser Tunnel nicht kommen wird. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Hat Zilk nicht ein Wochenendhaus am Semmering?“) Ist mir bisher nicht bekannt! Aber ich verstehe auch, um noch einmal den Herrn Landeshauptmann Pröll – er wird es ja in Kürze sein, nehme ich an – zu zitieren, er muß natürlich jetzt, er ist kurz vor den Landtagswahlen, er wird im Herbst Landeshauptmann werden, er ist jetzt Parteiobmann geworden, er braucht natürlich ein Thema, um sich zu profilieren. Aber wir glauben als Steirer, daß es das falsche Thema ist.

Ein nächster Punkt, den wir auch hier diskutieren sollten, ist die Frage der Südostspange. Nicht die Befürworter des Semmeringtunnels sind gegen die Südostspange, das wäre ein völlig falscher Eindruck. Der Semmeringtunnel, meine Damen und Herren, ist mittelfristig eine verkehrswirksame Maßnahme. Die Südostspange, die 349 Kilometer lang sein wird, ist eine Baumaßnahme, die langfristig wirksam wird. Und ich war bei der Präsentation der Südostspange in der Handelskammer. Und alle, die dort anwesend waren, haben gehört, daß dieser Bau der Südostspange mindestens, wenn wir heute beginnen würden, 20 bis 25 Jahre dauern wird. Das würde bedeuten, daß es zu einem totalen Infarkt auf der Südbahn am Semmering kommen würde und wir überhaupt nicht mehr unseren Anforderungen gerecht werden würden und auch

nicht die Verlagerung des Transitverkehrs auf die Schiene verstärkt vorantreiben könnten, weil die Kapazitäten nicht vorhanden sind. Und darum ist es nochmals zu betonen, daß beide verkehrspolitischen Maßnahmen notwendig sind, aber aus steirischer Sicht eben die Vorgangsweise zu wählen ist, die ich hier angeführt habe. Und bei der Südostspange ist es auch so, daß es bereits von der Strecke von Graz bis an die italienische Grenze größere Fortschritte gibt. Und man soll auch das Raumordnungsverfahren hier einleiten, um auch weiterzukommen, daß wir dann, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, daß das Verkehrsaufkommen noch größer wird, hier rechtzeitig zu einem zeitgerechten Verkehrsinstrumentarium kommen.

Ein weiterer Punkt, den ich hier nicht unerwähnt lassen möchte, ist natürlich, daß wir den Hochleistungsbahnanschluß an den süddeutschen Raum brauchen.

Und nun einige Worte zum Straßenbau. Als erstes möchte ich einmal voranstellen, daß wir für steirische Anliegen im Straßenbau in Zukunft einen gesonderten Bauausschuß gründen sollen, der mit Fachleuten und Politikern besetzt ist, wo wir dann gemeinsam die Prioritäten für den Straßenbau in Zukunft festlegen sollten. Für mich ist eine der größten Prioritäten im Straßenbau natürlich als Ergänzung zu unseren Bemühungen in der Obersteiermark die Fertigstellung der S 6 und der Semmeringstrecke. Und hier weiß ich zwar, daß unsere Vertreter von der ÖVP in der Landesregierung mit dem Minister Schüssel keine Freude haben, aber wenn er verlangt, daß – wenn es überhaupt zur Fertigstellung dieser Semmeringstraße kommen sollte – wir am Semmering eine Maut einführen. Meine Damen und Herren, es ist für mich unvorstellbar, daß nur die Steiermark in erster Linie mit so hohen Mautgebühren belastet werden soll. Der Vorschlag, der aus Wien vom Minister Schüssel kommt, ist für uns abzulehnen, wenn ihr diese Verkehrserschließung haben wollt, dann werden wir eine Maut einführen. Wenn diese nicht durchsetzbar ist, wird dieses Straßenstück nicht ausgebaut. Ich finde es als eine Unverschämtheit. Ich komme wieder zurück, wie seinerzeit die West- und die Südautobahn ausgebaut wurden, war es für uns keine Frage, und wir haben keine Maßnahmen oder Maut verlangt, daß die Finanzierung dieser Autobahnen möglich ist. Wir erwarten uns heute die Solidarität von Wien und anderen Bundesländern, wenn es um unser Verkehrsanliegen geht. Und auch hier müßte wieder die Achse, die nie wirksam wird, aber von Dr. Hirschmann hier vertreten wurde – Achse Krainer-Schüssel – zum Tragen kommen, um diesem Minister zu sagen, es kann nicht – (Landesrat Klasnic: „Er ist nicht mehr Referent!“) Er ist nicht mehr Referent, das ist richtig! Aber die Achse, die so erwähnt wurde, nach Wien, die der Steiermark so viele Vorteile bringt, die wird zwar hier vom Herrn Klubobmann erwähnt, aber an beiden Beispielen, die ich bisher erwähnt habe, ist sie nie wirksam geworden. Ich warte darauf, denn es könnte der Steiermark dienlich sein. Ich freue mich, wenn wir nicht in Isolation sind in der Steiermark, durch viele kräftige Worte nach Wien sind wir eine Zeitlang dorthin gedrängt worden, sondern daß auch die Wiener Minister, die Ihrer Fraktion angehören, für unsere Anliegen Verständnis haben würden. Und wir verlangen – ich wiederhole jetzt – diesen

Ausbau dieser Semmeringstraße, meine Damen und Herren, wir haben es schwer genug, wir werden heute noch über die Wirtschaft reden, um die gesamten Bemühungen, die es hier gibt, zu unterstützen. Und wir wehren uns dagegen, wenn es Strömungen gibt, die einfach den Bleistift in die Hand nehmen und sagen, wenn ihr kein Geld habt, nicht zusätzliche Einnahmequellen schafft, dann gibt es eben diese Baumaßnahme nicht.

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der uns und der Bevölkerung in der Steiermark Schaden zufügt. Die Maut bei der Pyhrnautobahn, mit der wir seinerzeit alle keine Freude gehabt haben, aber sie ist eingeführt worden, hat dazu geführt, und eine Verkehrszählung zeigt das, daß durch die hohe Maut bei der Pyhrn, bereits im Jahre 1988 wurde das festgestellt, und heuer sind es bereits schon 110.000, daß 80.000 Lkws durch erhöhte Maut dieser Pyhrnautobahn, das heißt diesem Tunnel, ausweichen. 80.000 Lkws, meine Damen und Herren. Wir bauen da hinten hinaus eine wunderschöne Autobahn, wir haben auch 34 Kilometer weniger zu fahren und wir haben hinten viel weniger Wohnbevölkerung, wie das über Bruck ist, Herr Kollege Dr. Maitz. (Abg. Dr. Maitz: „Und wie viele fahren über den Pyhrn? Hunderttausende!“) Hunderttausende fahren über die Pyhrn, aber der Lkw-, der Transitverkehr, der die große Belastung für die Anrainer, für die Bevölkerung, für die Bundesstraße, für die Sicherheit ist, fährt heute nicht über die Pyhrn. (Abg. Dr. Maitz: „Hunderttausende Lkws!“) Und fahren Sie bitte über die Straße, es kommt einem vor, man ist ein Geisterfahrer, weil kaum mehr ein Verkehr auf dieser Straße stattfindet. Und dann fahren Sie gleich zwei Stunden später über Bruck und über Pernegg – die Frau Landesrat ist mit diesen Dingen befaßt –, da kommt es einem vor, wie wenn hier die Autobahn wäre, weil alle Lkws hier herunterfahren. Und wenn ich daran denke, daß das Ministerium für Straßenbauten, Wirtschaftsministerium, die Maut ab April für – (Abg. Grillitsch: „Wie heißt der Minister, den ihr so momentan entfernt habt?“) Gibt es einen entfernten Minister? (Abg. Trampusch: „Riegler – den steirischen hast du gemeint!“) Da müßt Ihr aber lange nachdenken, daß euch das einfällt! Na bitte, Ihr müßt ja nicht so angerührt sein! Meine Damen und Herren, was ich sagen wollte, ist nur – (Abg. Grillitsch: „Sekarina und so weiter – wie heißen die Brüder alle? Die müßt du nennen!“) Ich sage ja nicht, daß die Pyhrnautobahn falsch ist, wenn man sie auch so nützt, wie es notwendig ist. Aber wenn ich dann eine Maut einführe, daß keiner mehr auf der Straße fährt und wiederum die Bevölkerung auf der Bundesstraße einer verstärkten Belästigung ausgesetzt ist, dann ist das nicht sinnvoll. Und die Erhöhung im April wird dazu führen, daß wieder mehr Lkw herunterkommen. Wenn der Vollausbau, den wir vorantreiben wollen, auch zwischen Bruck und Mautstatt erfolgt, dann fährt hinten überhaupt keiner mehr. Das heißt, was hier verlangt werden muß, ist eine vernünftige Vorangweise, daß vor allem die Lkws wieder hinten auf dieser Pyhrnstrecke fahren und die Belastung für die Bevölkerung vorne weggommt. Es ist unabdingbar, denn es ist kaum mehr zumutbar für die Bevölkerung hier, wie sie dieser Belastung ausgesetzt ist, meine Damen und Herren. (Abg. Grillitsch: „Das ist ein aufgelegter Blödsinn, den er da zusammenredet!“)

Abschließend eine kurze Zusammenfassung. Priorität muß sein, und ich fordere alle auf, die dagegen sind, neu nachzudenken, ob sie nicht doch dieses Projekt im Sinne der Obersteiermark befürworten können, das ist der Semmeringtunnel. Ich fordere alle positiven Kräfte auf, auf die Minister in Wien einzuwirken, daß sie a) diesen Semmering, Teilstück auf der S 6, fertigstellen und b) daß man einen Arbeitskreis einsetzt, der darüber nachdenkt, daß die Mautgebühren hinten nicht in dieser Höhe eingehoben werden.

Denn es kommt ja noch etwas dazu, das ist halt auch eine Rechenfrage. Es gibt ja so viele da, die immer gern mit dem Rechenstift das ganze bewerkstelligen. Aber man soll einmal nachrechnen – ich habe den Zugang noch nicht gehabt zur Pyhrn-AG. –, vielleicht kann man das nachrechnen, wieviel Hunderte Millionen Schilling wahrscheinlich bereits an Mautausfällen vorhanden sind. (Landesrat Klasnic: „200 Millionen Schilling!“) 200 Millionen. Also, auch das soll uns zum Nachdenken anregen, daß wir hier eine bessere Situation in der Zukunft vorfinden sollen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 9.38 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Purr, ich erteile es ihm. Nach ihm der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko.

Abg. Purr (9.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn der Kollege Schrittwieser gesagt hat, üblicherweise stand da Kohlhammer bei diesem Thema, darf ich sagen, der Walter Kohlhammer ist auch wirklich immer sachlich geblieben, und fernab jener Polemik ist es hier wirklich immer um die Sache gegangen. Ich darf auch bitten, daß wir das so halten, weil wir ja so viele Dinge, die du gesagt hast, auch wirklich gemeinsam vertreten. Es ist mir ein Anliegen, auch wenn das eine oder das andere dir nicht passen sollte und vielleicht mir einmal nicht paßt, daß wir das, die Kleinigkeiten, in den Hintergrund drücken, denn wenn ich dir genau zugehört habe, dann ist es ein sehr gemeinsames Anliegen.

Das verkehrspolitische Ziel, das steirische, das festgeschrieben wurde, beinhaltet den Ausbau einer europareifen Verkehrsinfrastruktur, neue Standardqualität und damit Aufschwung neuer Industriezweige und gleichzeitig die Annäherung an die Absatz- und Produktionsmärkte Europas – so im Konzept. Nun weiß eine Fachzeitschrift aus Deutschland zu berichten: „Der Ausbau der Bahn in der Steiermark läuft!“ Bis 1993 soll Österreichs West-Ost-Marginale von Salzburg und Linz über den Schoberpaß nach Graz zwischen Selzthal und Sankt Michael zu 80 Prozent zweigleisig ausgebaut sein. Nachdem mehrere Abschnitte fertiggestellt sind, liegt das zweite Gleis bereits auf etwa 38 der insgesamt 63 Kilometer langen Verbindung – eine ganz erfreuliche Nachricht, jahrelang ein gemeinsames Anliegen für unsere Steiermark.

Zum anderen aus diesem Bereich ist zu berichten, daß in den Vereinigten Staaten und in Japan die Bahnen privat betrieben werden, Deutschland und Großbritannien Überlegungen anstellen, staatliche Bahnen zu privatisieren, in der Schweiz ist das ähnlich. Jetzt

nur einen Satz dazu, es ist eben überlegenswert, warum soll dies nicht auch in Österreich möglich sein? Eines steht aber fest, und das muß uns alle bewegen: Der kommende Verkehrsboom in Europa durch die Öffnung des Ostens einerseits und andererseits der nahende EG-Binnenmarkt erfordert eine unbedingte neue Ausrichtung des Bahnsystems.

Es gibt eine Erfolgsmeldung von Eisenbahnen am Brenner. Es ist zu berichten, daß zwischen 1988 und 1991 der Transit am Brenner sich verdoppelt hat, von 4,6 Millionen Tonnen auf 9,1 Millionen Tonnen, und die andere Nachricht dazu: Die Bundesbahnen verlieren ständig dennoch Marktanteile im Güterverkehr.

Die Politiker auf Bundesebene sind sich erfreulicherweise in einer Forderung einig: mehr Güter und mehr Reisende auf die Bahn. Nur ein leistungsfähiges Bahnsystem kann die anrollende Verkehrslawine aufnehmen. Aber beachten wir bitte ein Faktum: Die Konkurrenz der Bahn ist flexibel, und sie ist auch privatwirtschaftlich organisiert.

Dank der Initiative unserer Landesrätin – im Jänner 1992 erfolgte ein einstimmiger Beschluß in der Steiermärkischen Landesregierung, der beinhaltet, daß die Strecke Südostspange durch den Bund zur Hochleistungsbahn erklärt werden soll – die Grundstücke im Trassenverlauf in den örtlichen Flächenwidmungsplänen zu sichern sind, das ist eine ganz wichtige Forderung, ein gemeinsames wichtiges Anliegen für die Flächenwidmungspläne in unseren Gemeinden. Eine generelle Planung für den Bau dieser Strecke ist einzuleiten. Laut Univ.-Prof. Dr. Klaus Rießberger hat diese Trasse eine Brückenfunktion im europäischen Hochleistungsnetz.

In der Auseinandersetzung um den Semmeringbasistunnel, die jahrelang währte, passierte das, was eigentlich nicht hätte passieren sollen. Man spricht im Zusammenhang mit der Südostspange von der Kukuruzbahn. Eine Provinzialisierung zu einem Zeitpunkt also, zu dem das sicher nicht erfolgen hätte sollen, denn ich glaube, vorausblickende Verkehrsexperten, Verkehrsverantwortliche, Verkehrsexperten im wahrsten Sinne des Wortes wissen sehr wohl, was diese Bahn für dieses Österreich, für dieses Europa, für dieses neue Europa bedeutet, sind doch unsere Bahnen, unsere Bahnlinien, ausgenommen die Jauntalbahn, 100 Jahre alt. Seither hat sich nichts geändert, und die wurden nach völlig anderen Gesichtspunkten auch konzipiert, diese Linien. Damals ging es ja noch um das Denken in der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Diese Bahnverbindung würde bedeuten: für das Burgenland eine internationale Verbindung und Anschluß an eine europäische Wachstumszone, Steiermark und der Ostkärntner Raum wären direkt durch diese Linie an den zweitgrößten europäischen Wirtschaftsraum angeschlossen – Oberitalien, zweitgrößter Wirtschaftsraum Europas. Es ist auch erfreulich, daß der Kollege Abg. Fritzberg die Initiative ergriffen hat, ein Komitee zur Förderung des steirischen Eisenbahnbaues zu konstituieren. Lieber Kollege Frizberg, vor allem ist es dir gelungen, alle Verantwortlichen einzubinden, die Arbeiterkammer, die Handelskammer, die politischen Parteien. Diese Initiative soll eben unsere Verkehrsinfrastruktur stärken.

Unser gemeinsames Ziel, meine Damen und Herren, besteht aber nicht nur darin, einerseits die Verkehrsinfrastruktur zu stärken und Güterverkehr und Reisende auf die Bahn zu verlagern, sondern auch damit zu erreichen, daß die Straßen entlastet werden und daß es zu Erleichterungen und Begünstigungen von Betriebsansiedlungen kommt.

Weil der Kollege Schrittwieser gemeint hat wegen der Bemaution. Es ist natürlich immer sehr gefährlich, dieses Wort in den Mund zu nehmen, denn Maut bedeutet natürlich Belastung, keine Frage. Andererseits natürlich sind die Erfordernisse im Straßenbau derart groß geworden, daß man sich die Frage stellt, sollte man aus der Tagespolitik heraus handeln oder sollte man vorausschauend im Interesse einer verbesserten Verkehrsinfrastruktur handeln. (Abg. Schrittwieser: „Dann machen wir es für ganz Österreich, und nicht nur für die Steiermark!“) Nein, nein, ich habe dich richtig verstanden, und ich habe auch zugehört!

Aber es ist ja generell, wenn das Thema Maut kommt, plötzlich gehen dann die Wogen hoch, und man sollte dabei nicht übersehen, was in diesem Zusammenhang im Ausland passiert ist, in den benachbarten Ländern passiert ist, und daß man sich eben dort dazu entschlossen hat, tatsächlich Autobahnen zu bemaute. Das ist eine Überlegung, die anzustellen ist. Ich weiß auch nicht, ob es richtig ist, derart hohe Mautgebühren für die Lkws in Anwendung zu bringen, sondern sich zu überlegen, zu differenzieren, weil wir ja die Lkws weghaben wollen von den Nebenstraßen einerseits, und andererseits natürlich – glaube ich – à la longue werden wir über eine Bemaution nicht herkommen, ob das populär ist oder unpopulär, das steht völlig auf einer anderen Seite. Eine Frage zum Semmeringbasistunnel. Auch hier trennt uns nichts. Wir brauchen diesen. Aber ich darf die Feststellung treffen, daß auch er allein keine Erhöhung der Kapazität der Südbahn bringen wird, denn der Verkehrsknoten der Eisenbahn liegt ja bekanntlich im Raum Kapfenberg–Bruck–Leoben–Sankt Michael, und dort wird sich an dieser Situation durch den Semmering, ein Basistunnel, nichts ändern. Überlegenswert ist aber auch, vielleicht im Bereich des Nachfahrverbotes einiges dem geänderten Verkehrsaufkommen anzupassen. Und ich glaube, wenn wir aus der Sache heraus agieren, wenn wir im Interesse der Wirtschaft einerseits, aber auch der Menschen, die natürlich von diesem Verkehrsaufkommen betroffen sind, handeln, dann bin ich überzeugt davon, daß wir zu einer Lösung kommen und die uns auch einen Erfolg bringt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Zusammenhang muß es uns ein gemeinsames Anliegen sein, die Koralmbahn voranzutreiben. Ich sage jetzt Koralmbahn und meine damit jetzt nicht die Spange von Wien beginnend über das Burgenland und die Oststeiermark direkt durch bis in den Kärntner Raum, sondern es ist zu überlegen, auch hier zu trennen und zu fragen, soll man vielleicht den Bereich Wien–Graz in Angriff nehmen oder den Graz–Kärnten in Angriff nehmen? Ich bin voll und ganz deiner Meinung, daß hier gemeinsame Schritte gesetzt werden müssen. 20, 25 Jahre ist ein realistischer Zeitpunkt, so wurde das damals bei der Tagung in der Handelskammer zum Ausdruck gebracht. Und, Kollege Schrittwieser, ich sage es dir von dieser Stelle aus, ich freue

mich aber auch sehr hier in dieser Gemeinsamkeit, die heute auch da hier spürbar wurde, denn letztendlich kommen wir aus dem Tageshickhack damit heraus und dienen damit im wahrsten Sinne des Wortes der steirischen Verkehrswirtschaft und den Menschen, die in unserem Lande leben. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 9.47 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm kommt der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner zu Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (9.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landesrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das Thema Verkehr ist eines, das die Steiermark schon über Jahrhunderte hinweg bewegt hat, weil immer der Eindruck entstanden ist, daß wir gegenüber dem Rest von Österreich am Semmering eine Barriere haben, daß wir sie gegenüber der Wirtschaft im Norden im Bereich des Pötschen haben und daß wir auch gegenüber dem Westen Österreichs über die Pack, über die Turrach und über die Pässe an der Grenze zu Salzburg und Kärnten immer wieder Grenzen gehabt haben, die uns isoliert haben. Und der Weg, der uns nach Süden offengestanden ist, war eigentlich der Weg, den wir am wenigsten benützt haben. Wenn Sie heute das Verkehrskonzept in der Steiermark anschauen, dann können wir davon ausgehen, daß wir zwei große Autobahnrouen haben, eine Nord-Süd-Route, die uns also mit dem zentralen Nordraum Österreichs und den angrenzenden Ländern im Norden bis hinauf nach Skandinavien verbindet, das wäre die Pyhrnautobahn. Und im steirischen Bereich kann man sagen, daß eigentlich mit einer kleinen Strecke zwischen Mautern und Wald am Schoberpaß diese Linie, diese Achse, eigentlich dem Verkehr übergeben werden kann und damit die Voraussetzungen dafür gegeben werden, daß man Bereiche, die derzeit nicht diese Ausbaufähigkeit haben, aber benützt werden, weil andere Bereiche noch nicht fertig sind, einfach zu leiden kommen. Wenn ich aber dazusage, daß wir uns natürlich bemühen müssen, und das ist der Appell, den ich bitte an die Regierenden richte, daß wir auch dafür sorgen, daß der Anschluß in den Bundesländern, auf die wir keinen Einfluß haben in der direkten Vorgangsweise, sich bemühen, diese Schiene nach Norden soweit fertigzustellen, daß sie auch greift. Auf der anderen Seite haben wir in der Ost-West-Richtung die Südautobahn im Süden der Steiermark, die also die Schiene zwischen dem Bereich Wien und dem anschließenden Osten und dem Süden Europas und dem Südwesten ermöglicht. Auch hier gibt es einige Bereiche, die man noch zu bewältigen hat, das ist die Gefahrenstelle im Bereich östlich von Gleisdorf, sicherlich auch der Ausbau der Pack, und auch in Kärnten sind noch einige kleine Stücke, die zu bewältigen sind. Aber auch dann wäre diese Transitroute gegeben, und wir hätten das Kreuz durch die Steiermark, und von diesem Kreuz ausgehend könnten wir noch einige Einbindungen treffen, die durchaus die Möglichkeit bieten, eine Vergitterung und Vernetzung dieses Verkehrsnetzes zu gewährleisten. Wenn wir dann die Schnellstraße zwischen Bruck und Mixnitz noch soweit ausbauen, das ist ja auch bereits in Planungsarbeit,

dann hätten wir auch im Schnellstraßennetz den Anschluß von Bruck nach Graz direkt an die Autobahn gewährleistet. Wenn wir im Bereich des Semmerings die Schnellstraße verbinden mit der Schnellstraße auf der anderen Seite durch einen Tunnel, wenn wir von Judenburg nach Westen gehend auch dieses Stück der Schnellstraße noch fertigmachen, wenn wir vielleicht auch daran denken, daß wir im Bereich der Oststeiermark den Anschluß an die nunmehr offenen Grenzen Ungarns schaffen, denken wir an die S 9, oder die Anbindung von Feldbach an die Autobahn in Gleisdorf und vielleicht auch noch den Anschluß Voitsberg-Mooskirchen schaffen, dann hätten wir eigentlich im wesentlichen ein sehr gut funktionierendes Netz in der Steiermark, wo man von allen Punkten aus an die großen Transitrouen Europas anschließen kann. Damit wäre uns sehr viel geholfen. Und ich muß auch sagen, damit ist uns sehr geholfen. Nur, die Fleckerlteppichsituation, zwischendurch immer wieder kleine Stücke offen zu haben, ist eigentlich das Problem, das wir zu lösen haben. Wenn ich auf der anderen Seite die Problematik – und Kollege Schrittwieser hat es ja schon angezogen – der Ballungszentren herausnehme, die damit verbundene Verkehrsproblematik, der anstehende Verkehrsinfarkt, Nahverkehr, Verkehrsverbund, Tarifverbund, dann möchte ich dazu eine kritische Anmerkung machen. Wir wissen alle ganz genau, wie notwendig es ist, diesen Bereich zu lösen, und wir wissen auch, daß ungeheure Geldmittel damit verbunden sind, dies zu bewältigen. Ich halte es aber für absolut sinnlos, wenn einzelne Gruppierungen, einzelne Gemeinden, einzelne Organisationen Zwischenschritte setzen, die inkoordiniert sind, wenn sie ihr eigenes Süppchen kochen, weil das dem Grundgedanken des Verbundes per se absolut entgegensteht. Und ich ersuche alle, die an der Problematik der Lösung Nahverkehr mitarbeiten, erst die Konzepte soweit erstellt zu haben und die Vision und die Realisierbarkeit eines Projektes soweit auf dem Tisch zu haben, daß ich dann entsprechende Schritte setze, nach Prioritäten und sicherlich auch nach dem Vorhandensein von Mitteln. Und in jeder Verkehrsdiskussion und in allen Bereichen dieser Diskussion kommen wir immer wieder darauf zurück, daß eigentlich das, was wir am notwendigsten brauchen, nicht zu realisieren ist, weil das, was am notwendigsten dafür erforderlich ist, nämlich die finanzielle Bedeckung, nur in sehr geringem Maße und nur sehr schwierig zu erreichen ist. Und gerade in dieser Budgetdebatte und gerade bei diesem Budget kommt ja auch wiederum zum Ausdruck, daß das Wollen und das Wünschen – da gebe ich dem Finanzlandesrat vollkommen recht –, daß die Wünsche ja noch wesentlich größer sind als das, was wir heute hier realisieren können, aber daß es einfach an der Bedeckung fehlt. Und wir werden uns überlegen müssen, da gibt es auch Ansätze, ob wir nicht doch auch in diesen Bereichen Ausgliederungen treffen und Finanzierungswege gehen, die außerhalb der derzeit ausgetretenen Pfade liegen, und den Mut haben, vielleicht auch dort neue Vorgangsweisen zu wählen. Es ist heute schon durch den Kollegen Purr angeklungen, daß es im Bereich der Eisenbahn in anderen Ländern durchaus Modelle dieser Art gibt, die sich bewährt haben, die sich aber nicht in der Eisenbahn allein bewährt haben, sondern auch in der ganzen Infrastruktur, die da rundherum notwendig ist. Wenn wir heute von der Maut

gesprachen haben, dann möchte ich Ihnen eines sagen, meine Damen und Herren. Ich habe als Obersteirer, und zwar als oberster Obersteirer im Sinne der Nord-Südspanne, wenn ich das so sagen darf, als Ausseer, jede Woche, zwei-, dreimal Gelegenheit, die Strecke von Aussee nach Graz zu fahren, und ich fahre jedes Mal jene berühmte Gastarbeiterroute, die also die Steiermark in einen schlechten Ruf gebracht hat, was den Verkehr betrifft.

Ich muß Ihnen sagen, es ist ein Problem, wenn fast ein Drittel, nämlich mehr als 30 Prozent, der Bevölkerung, um in ihre Landeshauptstadt zu kommen, um zu ihren Ämtern zu kommen, um zu ihren Behörden zu kommen, Maut zahlen muß. Es gibt viele Leute in der Obersteiermark, die das als absolute Ungerechtigkeit empfinden, wobei der Bereich des Mürztales und Bruck durchaus die Ausweichmöglichkeit hat, die für sie dann auch schlußendlich kürzer wird, über die Schnellstraße Frohnleiten nach Graz. Es hat auch im Bereich des Landes Salzburg ähnliche Probleme gegeben, wenn wir an den Lungau denken, der also über die Tauernautobahn zur Landeshauptstadt gekommen ist. Das Land Salzburg hat einen sehr weisen Beschluß gefaßt, daß sie nämlich jene Regionen, die vom Zutritt zu ihrer Landeshauptstadt durch eine Maut getrennt waren, daß sie diesen Leuten, diesen Menschen eine Erleichterung dahin gegeben hat, daß sie ihnen die Maut erlassen hat.

Ich glaube, daß das Aufkommen, das wir Obersteirer in diesem Zusammenhang zum Mautaufkommen der Pyhrnautobahn beitragen, sicherlich nicht jener Schwerpunkt ist, der also für den Bestand und für die Weiterfinanzierung so bedeutend wäre. Es wäre ein Anstoß in dieser Richtung zu überlegen, ob wir nicht auch hier der Bevölkerung in jenem Teil unseres Bundeslandes eine gewisse Erleichterung zuteil werden lassen.

In dem Zusammenhang möchte ich aber auch eine andere Beobachtung anbringen, die ich immer wieder mache, weil ja besonders durch das Palten- und Liesingtal die Bahn und die Straße sehr nahe beisammenliegen und man dann die Möglichkeit hat, jene Züge vorbeifahren zu sehen, die also die Last der Straße auf sich nehmen sollen und zur Entlastung des Verkehrs auf der Straße beitragen sollen. Da fahren also diese berühmten Huckepackzüge, diese rollenden Landstraßen, und es ist immer wieder festzustellen, daß ihnen ein Vielfaches von dem auf der Straße begegnet, als auf diesen Zügen drauf ist, aber nicht auf diesen Zügen drauf ist, sondern was dort leer ist. Das heißt also, die vorhandenen Kapazitäten werden bei weitem nicht ausgenützt, und ich würde also schon vorschlagen, daß man sich auch bemüht, in dem Bereich eine möglichst große Koordinierung herzustellen. Leere Kapazitäten von Spielfeld nach Salzburg oder nach Freilassing zu ziehen, ist sicherlich nicht sinnvoll. (Abg. Dr. Hirschmann: „Es ist wie da!“) Es ist wie da mit den Leerläufen. Danke, Herr Klubobmann, daß Sie das auch sehen.

Das ist das eine Problem. Der zweite große Bereich sind die Bahnen, und ich muß sagen, daß wir eigentlich auch hier wiederum zwei Schienen haben. Wir haben eine Nord-Süd-Schiene, oder wir sollten eine Nord-Süd-Schiene haben, und wir brauchen eine Ost-West-Schiene. Beide sind in ihren Rudimenten ja

schon lange vorhanden, wir haben ja diese Ost-West-Schiene über den Semmering, durch das Mürz- und Murtal hinüber nach Kärnten. Wir haben auch die Nord-Süd-Schiene, die über den Bosruck herunterkommt und dann weitergeht über Graz – dort wurde sie dann allerdings einmal irgendwo im Leibnitzer Feld verloren, die Trasse ist verlorengegangen – aber diese Nord-Süd-Schiene wäre ja auch.

Jetzt kommt etwas dazu, was von wesentlicher Bedeutung ist, nämlich der Umstand, daß durch den Aufschluß des Ostens eine Ost-West-Schiene im südlichen Bereich Österreichs wieder wesentliche Bedeutung erhalten hat. Daß wir im Zusammenhang damit auch Bereiche unseres Heimatlandes wiederum an einen Eisenbahnverkehr, an einen Schienenverkehr anschließen können, wäre über diese Südostspanne sicherlich gegeben. Und wenn wir heute beginnen würden – und, Kollege Schrittwieser, ich habe ganz genau zugehört, Sie haben nämlich gesagt „und wenn wir heute beginnen würden, dann würde es so lange dauern“ – und ich sage, wenn wir heute nicht beginnen, dann werden wir es auch nicht schaffen.

Die Erfahrung hat uns immer wieder gezeigt, jetzt kommt also der Punkt. Jetzt sagen wir also, wir brauchen diesen Semmering, wir brauchen den Semmering sofort, und ich habe auch gehört – und Kollege Purr hat es auch schon gesagt – natürlich haben wir dann den Knoten in Bruck und die Probleme, die wir durch das Mürztal noch zu bewältigen haben und, und, und dann stehen wir bitte wo? Dann stehen wir bitte an der Grenze nach Kärnten, wir haben also dort einen Bereich, den wir nicht ausgebaut haben, dann stehen wir in Graz und haben dort einen Bereich, den wir nicht ausgebaut haben. Daher muß man also den Spieß ein bißchen umdrehen.

Wo liegen die Probleme? Ich denke da immer an diese attraktiven langhalsigen Negerinnen in Afrika, die so Ringe um den Hals haben. Es ist richtig, Kollege, es gibt auch sehr attraktive Schwarze, das muß ich auch einmal dazusagen, die diese Halsringe haben im weiten Kreise. Wenn ich jetzt einen dieser Ringe herausgebe, dann ist aber noch nicht gewährleistet, daß es diese Luft, die da durch muß, und die Nahrung, die da durch muß, jetzt leicht hat. Es ist nur einer von vielen Ringen, und dieser eine Ring ist der Semmeringbasistunnel, und wir haben uns sehr lange mit diesem Thema beschäftigt und sehr intensiv. Wir meinen, daß es sinnvoller ist, sich sofort mit aller Vehemenz auf diese Südostspanne zu setzen, und ich sage Ihnen auch warum.

Die Praxis in Österreich zeigt, daß in der Verteilung der Mittel an die Bundesländer es immer so ist, daß er sagt: „Du hast jetzt etwas bekommen, jetzt sei bitte einmal ruhig.“ Die Schiene über den Semmering funktioniert jetzt auch, und wir haben schon oftmals gehört und auch von Experten gehört, daß diese Kapazität bei weitem noch nicht ausgelastet ist und noch ausweitbar wäre. Das heißt also, beginnen wir unsere Überlegungen zu dieser Bahn dort, wo der zukünftige gemeinsame Bereich sein wird, nämlich im Bereich der Untertunnelung der Koralm in der Weststeiermark, die uns auf der einen Seite dann den Weg hinauf macht – wenn schon die Prognosen so eintreten, daß es heißt, der Eisenbahnverkehr wird einmal so über unsere Köpfe hinwegwachsen, daß wir ihn nicht bewältigen

können – und verbinden wir zugleich damit auch diese Südostspange, und wir ziehen den Verkehr dorthin, wo wir ihn eigentlich haben, nämlich in jenen Bereich südlich von Graz, wo wir also auch das Zentrum unserer Steiermark sehen. (Abg. Trampusch: „Herr Kollege Vesko, nachdem jetzt der Haider öfter in Wien ist und dadurch schneller und leichter erreichbar sein will, seid ihr vielleicht auch für den Semmeringtunnel, und nicht nur für den Koralmtunnel!“) Will er vielleicht den Semmeringtunnel wieder haben? Es liegt aber nicht daran, Kollege Trampusch, er fliegt lieber mit dem Hubschrauber! (Abg. Vollmann: „Der hat keine Schiene!“)

Meine Damen und Herren, es ist schon richtig, daß die Entwicklung uns überrollen wird, und es ist richtig, was wir gehört haben vorhin, daß der Verkehr sowohl auf der Straße als auch auf der Schienen zunehmen wird. Nur bitte, alle Voraussetzungen, die dafür zu schaffen sind – und die Frau Landesrat Klasnic hat einmal gesagt, ich möchte beides haben, ich möchte alles haben, was ich haben kann für diese Steiermark, meine Damen und Herren, natürlich. Ich bin auch überzeugt davon, daß das Beste gerade gut genug wäre für uns!

Dann haben wir noch immer ein zweites Problem: Durch die Inbetriebnahme des Rhein-Main-Donau-Kanals werden wir in eine Situation kommen, daß Österreich plötzlich über einen Hochseehafen verfügt, aber in Linz, bitte. Wir werden also unser sogenanntes obersteirisches Industriegebiet im Raum der Mur-Mürz-Furche und vielleicht noch die Rudimente jener Industrie, die wir einmal im Palten- und Liesingtal und auch im zentralen Ennstal gehabt haben, sicherlich eher nach dem Hafen Linz ableiten müssen, als sie von hier heroben hintenherum über die Steiermark hinauszutragen.

Daher sage ich bitte eines: Beginnen wir heute, die Südostspange in Angriff zu nehmen. Und ich glaube, daß wir damit ein Zweites erreichen. Ich möchte den Befürwortern des Semmeringtunnels sicherlich dazu auch die Möglichkeit geben. Wir erreichen damit, auch wenn dieses Prognosen stimmen, daß jener Semmeringtunnel rasch und schnell gebaut werden kann. Wenn wir aber den anderen Weg gehen, so müssen wir befürchten, und das ist die bittere Realität der Vergangenheit, das ist ja Erfahrung, und ich glaube nicht, daß in der Zwischenzeit – jetzt gebrauche ich stark steirische Worte – in der steirischen Breite, daß man drüber dem Semmering jetzt auf einmal seine Meinung geändert hat und dem wilden Bergvolk der Steirer jetzt auf einmal alles in den Rachen schieben wird. (Abg. Trampusch: „Aber wir wollen gemeinsam alles unternehmen, damit wir Steirer nicht ‚gepröllt‘ werden!“ – Abg. Vollmann: „Wir brauchen keinen ‚Pröll‘-Bock!“) Sehr gut! Meine Damen und Herren! Sie sehen also, daß es viele Bereiche gibt und viele Überlegungen gibt und daß es auch eine Vielfalt der Meinungen in diesem Hause geben muß, Kollege Vollmann. Und wir werden nicht immer einer Meinung sein, wir werden aber immer auf einem Weg gemeinsam sein. Wir alle bemühen uns, ihr und ihr und wir und sie und sie und sie, für diese Steiermark etwas zu tun im Verkehr, in der Wirtschaft, im Tourismus und in allen Bereichen. Und das ist das, was uns verbindet. Ich habe gestern beziehungsweise vorgestern schon

gesagt, die Ziele werden wir uns festlegen, die Wege werden sich von selbst ergeben. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. – 10.08 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster Redner gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort. Nach ihm der Herr Kollege Dr. Maitz.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (10.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Obwohl ich mich im wesentlichen mit den Verkehrsverbänden beschäftigen möchte, wird jeder verstehen, der weiß, daß ich aus der Eisenbahnerstadt Knittelfeld komme, daß ich diese Aussage nicht unbeantwortet im Raum stehen lassen kann. Umso mehr, wo ich nicht nur aus der Eisenbahnerstadt komme, sondern tatsächlich aus der Industrieregion der Mur- und Mürzfurche, zum Unterschied von einem Ausseer, der natürlich bald einmal einen anderen Blickwinkel hat, den ich ihm auch zubillige. Wir sind als Obersteirer diejenigen, die wie wohl kaum ein anderer beurteilen können, aus leidvoller Erfahrung mit den 20jährigen Versäumnissen auf dem Straßenbausektor, was es für unsere Wirtschaft bedeuten würde, auch weiterhin wiederum 20 Jahre warten zu müssen, bis vielleicht das eintritt, was der Herr Kollege Dipl.-Ing. Vesko hier gemeint hat, einigen wir uns zuerst über die Südostspange, dann wird der Semmeringtunnel wohl auch noch irgendwie kommen. Meine Damen und Herren, das kann so bitte nicht gehen. (Präsident Mag. Rader: „Der Herr Kollege Vesko hat gesagt, wir sollen mit dem Koralmtunnel anfangen!“) Wir sind absolut d'accord, für mich ist es überhaupt außer Streit zu stellen, und das ist eine große Freude, heute bemerken zu können, daß alle Fraktionen sagen, endlich bitte weg im Sinne der gesamtsteirischen Verkehrsproblematik von dem sinnlosen Hickhack, entweder Semmeringtunnel oder Südostspange, hin zu einem klaren Bekenntnis, die Steiermark wird beides brauchen. Darum sage ich auch in dem Wissen, daß wir ohnehin noch 20, 22, manche sagen 25 Jahre warten müssen, bis die gesamte Südostspange verkehrswirksam wird, starten wir doch sofort. Meine Aufforderung geht an Sie alle, starten wir doch sofort, aber behindern Sie nicht weitere 20 Jahre die Entwicklung der obersteirischen Wirtschaft dadurch, daß Sie – ich muß das einmal so sagen – als politische Geisterfahrer uns am Semmering entgegenkommen. Bitte, das ist der obersteirischen Wirtschaft nicht zumutbar.

Wir wissen, wovon wir reden, wenn wir in den letzten 20 Jahren gesehen haben, was es für uns bedeutet hat, 20 Jahre lang Versäumnis auf dem Sektor eines vernünftigen Autobahnanschlusses. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Aber die 20 Jahre Versäumnis waren nicht wir!“) Ja, das ist richtig, aber wir wissen, wovon wir reden, wenn wir sagen, wir sind schon einige Male in die größten Schwierigkeiten gekommen. Alle Wirtschaftsfachleute, alle Raumplanungsfachleute sagen Ihnen, uns allen, und das ist nicht zu bestreiten – (Abg. Trampusch: „Auch der FPÖ steht es frei, aus den begangenen Fehlern der anderen für die Zukunft zu lernen!“) Richtig! Erkundigen Sie sich bei jenen, die uns das eingebrockt haben! (Abg. Trampusch: „Wir sind für den Ausbau der Scheitelstrecke!“) Wenn Sie jetzt

vom Straßenbau reden, Straßenbauscheitelstrecke, Semmeringscheitelstrecke, wird so nicht funktionieren. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich habe andere Expertisen!“) Die Experten auf dem Sektor Eisenbahnbau sagen uns, daß mit der derzeitigen Linienführung und mit den dort engen Radien es ausgeschlossen ist, die erforderliche Belastbarkeit auf dem Untergrund überhaupt herzustellen. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sankt-Gotthard-Tunnel!“) Diejenigen, die es also wissen müssen, ich weiß schon davon, es wurde unlängst einmal ein Schweizer Experte bemüht. Diejenigen, die in der Schweizer Bundesbahn davon Bescheid wissen, haben diesem Experten die Berechtigung abgesprochen, so etwas auszusagen, sie wissen es besser. Sie kennen auch den Vergleich zwischen Gotthard-Tunnel und Semmeringbahn, Semmering-Ghega-Bahn, dort sind die Radien wesentlich geringer. Und deshalb ist es technisch unmöglich, über den Semmering jenes Nadelöhr wegzubringen, das uns jetzt in der Wirtschaft so behindert. Das möchte ich dazu gesagt haben. Es würde mich auch drängen, den Kollegen Bacher sehe ich nicht hier, der mir das sonst bestätigen könnte, das noch einmal kurz ins Gespräch zu bringen, weil heute so getan wurde, das Bekenntnis zur Bahn umfaßt uns alle. Das ist ganz augenscheinlich, in Kreisen der ÖVP-Politiker, insbesondere zwischen der Steiermark und den Wiener Tönen, sind noch Welten. Der Kollege Bacher war dabei an jenem Freitag, heute vor 14 Tagen, als sich unser Landeshauptmannstellvertreter in Knittelfeld um die Sorgen der Eisenbahner ernsthaft bemüht hat und ihnen auch klargelegt hat, welche Probleme auf sie zukommen werden, wenn es um die notwendige Erneuerung der Bahn geht, und am selben Tag – ich muß es ganz kurz zitieren, weil es so demaskierend ist – sagt Minister Schüssel ein paar Kilometer weiter in Neumarkt, ich zitiere wörtlich aus seiner Aussage zum ÖBB-Standort Knittelfeld: „Einer der letzten gewerkschaftseigenen Volksbetriebe, ähnlich den früheren Ostblockkombinanten.“ Er sagt weiter: „Innerhalb der ÖBB sei eine Riege von Funktionären am Werk, die nur eine Sorge haben, daß sie ihre unverdienten Privilegien verdienen. Und er spricht davon, daß diese versteinerten Strukturen zerschlagen werden müssen. Jeder, der die Bemühungen der Bundesbahn in den letzten Jahren objektiv mitverfolgt hat, daß es hier auf dem Rücken vieler Tausender Bundesbahner, es sind mittlerweile statt seinerzeit 80.000 nunmehr knapp über 60.000 Eisenbahnbeschäftigte, zu einer gravierenden Umstrukturierung gekommen ist. Und jeder, der immer wieder hört das klare Bekenntnis zur Schiene und der das auch gerne glauben möchte, wird verständlicherweise irritiert sein, wenn er diese Angriffe auf die Eisenbahn liest oder – wie es der Kollege Bacher wahrscheinlich selbst gehört hat, weil er dabei war – hört. Ich würde bitten, daß man das endgültig abklärt und daß hier klargelegt wird, wo sind die Freunde der Eisenbahn, und wo stehen die anderen.“

Ganz kurz noch zum Thema Verkehrsverbände. Ich freue mich, daß unter dem Maßnahmenbündel im steirischen Gesamtverkehrsprogramm an erster Stelle das Maßnahmenbündel Verkehrsverbände gehört. Ich möchte dem aber folgendes hinzufügen: So sehr die Bemühungen von Prof. Rüscher und Kollegen Lückler in der Landesbaudirektion erfolgreich waren in den letzten Monaten – ich weiß, wovon ich spreche, wenn wir

beobachten, daß die Umsetzung von Verkehrsverbänden fünf und mehr Jahre dauert, international gesehen, und jetzt, seit der Installation der steirischen Verkehrsverbundgesellschaft hat es nur wenige Monate gedauert, daß hier effizient umgesetzt wurde, meine Hochachtung vor dieser Leistung!

So sehr wir uns darüber freuen, daß es hier zum Unterschied von einem Zwischenbericht schon heißt „im unmittelbaren Anschluß an die Verwirklichung des Verkehrsverbundes Großraum Graz sollen andere regionale Verkehrsverbände eingebunden werden“. Früher hat es einmal geheißen, da war auf der letzten Seite des Zwischenberichtes eine Zeitspanne von etwa, nun im Jahre 1995 wird man darüber nachdenken, ob das möglich ist. Ich freue mich, daß die Nachdenkphase damit geendet hat, jawohl, es wird ermöglicht.

Ich würde mir aber wünschen, daß man doch in diese Richtung geht, einen gesamtsteirischen Verkehrsverbund schrittweise, je nach den technischen Möglichkeiten, das ist mir klar, und auch nicht nur punktuell – wie der Kollege Vesko gemeint, da bin ich mit ihm d'accord –, das gehört als Gesamtkonzept überlegt, weil sonst wiederum Regionen auf der Strecke bleiben, wirtschaftlich benachteiligt werden, und das wollen wir doch alle miteinander nicht, umso mehr als wir wissen, daß die Verkehrsrelationen im hohen Maße auch für die Wirtschaftsentwicklung einer Region von Bedeutung sind. Das wissen wir Obersteirer gerade, ich habe es schon erwähnt, das wissen natürlich auch die im Raum Murau derzeit an einem Blinddarm befindlichen Wirtschaftstreibenden und Pendler im hohen Maße.

Es ist deshalb für mich erfreulich, wenn ich sehe, daß der Ausbau der B 96 und der B 83 zwar im Maßnahmenkatalog ist, es wäre für mich noch erfreulicher, wenn er als kurzfristige Maßnahme direkt und konkret und dringlich gefordert würde, was ich hiemit mache im Sinne unserer obersteirischen Wirtschaft und der vielen, vielen Pendler, die hier aus- und einpendeln. (Beifall bei der SPÖ. – 10.17 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz, ich erteile es ihm. Nach ihm der Kollege Trampusch.

Abg. Dr. Maitz (10.17 Uhr): Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

So wie vor 16 Monaten, bei der letzten Budgetdebatte, darf ich Ihnen wiederum diese Karte der steirischen Verkehrsverbände auf das Pult stellen – die Regierungsmitglieder haben sie im Kleinformat bekommen, sie kennen ja auch die Arbeit schon viel, viel länger als die meisten von uns. Diese vier Verkehrsverbände, die wir vor 16 Monaten als mögliche Konstruktion vorgestellt haben, haben in der Zwischenzeit – Moment – einen ganz wesentlichen Fortschritt erzielt, nämlich durch die Gründung der Steirischen Verkehrsverbundgesellschaft, und diese werden, Herr Kollege Grabner, selbstverständlich in Schritten, die bereits im Gang sind, nicht nur den Großraum Graz betreffen. Schon weit voraus fertig in der Konzeption ist der Verkehrsverbund, wurde von der Frau Landesrat Klasnic am letzten Montag in die Regierung eingebracht. Nach schwierigen und langwierigen Verhandlungen durch den neuen, erfolgreich tätigen Herrn

Prof. Dr. Gerhard Rüscher als Geschäftsführer dieser Gesellschaft. In enger Kooperation mit den Herren, die im Land verantwortlich sind, in der Fachabteilung II a, Hofrat Wolfgang Gobiet und sein Referatsleiter für den öffentlichen Personennahverkehr Dipl.-Ing. Franz Lückler. Also hier ist die Sache im Gang und auf einem sehr guten Weg in einem Tempo, das uns nur alle freuen kann.

Sie haben hier die vier Verkehrsverbände. Ich sage nur ganz kurz die Schwerpunkte dazu. Für Graz ist das Hauptproblem das Pendlerproblem, aber auch Graz als Landeshauptstadt, als Behörden-, Wirtschafts- und Bildungszentrum, Aichfeld und oberes Murtal, wo der Herr Abgeordnete Grillitsch zu Hause ist, zunehmend Tourismus und regionale Zentren. Ennstal und Ausseerland, wir wissen es, das Industriezentrum Liezen und eine traditionelle Tourismusregion. Mürztal und das Mariazeller Land, Industrieregion, Kollege Schrittwieser, und Tourismusgebiet Mariazell, und diese vier Verkehrsverbundregionen sind das erklärte Ziel und werden konsequent und schrittweise verwirklicht.

Das ist auch schon die Antwort auf deine Frage, warum denn das so lange dauert. Ich weiß, wir brauchen von der Idee, vom politischen Erkennen einer Notwendigkeit, eine lange Überzeugungsarbeit bis zur Akzeptanz in der Bevölkerung, in den Gremien, die alle damit zu befassen sind, in den Regionen, um dann das viele, wirklich viele Geld, das dazu notwendig ist, auch hier im Hause beschließen zu können. Das heißt, oft hängt es ja an der Freigabe von Mitteln. Ich erinnere nur an die seinerzeitige Verzögerung in der Installierung der Gesellschaft für Verkehrsverbände in der Steiermark. Dazu brauchen wir nicht nur die Zustimmung hier, sondern auch draußen, daß wir dieses viele Geld für dieses Ziel einsetzen können.

Ich habe Ihnen voriges Jahr die Raumplanungsstudie Verkehrsverbund Region Graz und Umgebung zitiert, und da habe ich ungläubige Blicke seitens der sozialistischen Fraktion gespürt. Ich habe sie mir ausgehoben, sie stammt aus der Zeit, als Krainer gerade noch Landesrat für Verkehr war, und knapp bevor er Landeshauptmann wurde. Er hat gemeinsam mit dem Bürgermeisterstellvertreter Edegger diese Studie damals in Auftrag gegeben. Also runde zehn Jahre ist das her, daß es diese Studie gibt, und die Planung und die Arbeit für die Verkehrsverbände brauchen eben auch seine Zeit, bis wir sie letztlich jetzt umgesetzt haben. (Abg. Vollmann: „In der Steiermark trotzdem zu lange – am längsten von allen Bundesländern!“) Man kann immer sagen, es hätte alles schon früher geschehen können. (Abg. Vollmann: „Wir sind froh, daß es da ist, aber es wäre besser gewesen, wenn es früher gekommen wäre!“) Ich sage nur trotzdem eines: Das politische Ziel wurde erkannt, die Vorarbeiten wurden getätigt, die Akzeptanz aller Organisationen, Institutionen und der Bevölkerung brauchen wir, um jetzt – und Sie werden heute Gelegenheit haben, das auch noch zu äußern – jene vielen Millionen seitens des Landes freizugeben, die für die Verwirklichung eines fertigen Konzeptes, eines großartigen Verhandlungsergebnisses für Graz und den Großraum Graz, nötig sind.

Ich darf Ihnen sagen, der Finanzierungsbedarf für den Durchtarifierungsverlust des Großraumes Graz wird in den ersten Jahren rund 140 Millionen Schilling

sein. Selbstverständlich wollen wir in erster Linie gemeinsam erreichen, daß der Bund – so wie in der Ostregion, so wie im Großraum Wien – auch 50 Prozent dieses Durchtarifierungsverlustes ersetzt, weil es eine Aufgabe ist, die weit über die Gemeinden oder über das Land hinausgeht, wofür der Bund ja auch die Steuern kassiert. (Abg. Schrittwieser: „Aber vor Jahren wäre auch noch mehr Geld dagewesen!“) Die alte Walze zieht nicht mehr. Wir können uns jetzt gemeinsam daranmachen, vom Bund diese 70 Millionen Schilling zu erreichen. Dann muß erreicht werden, daß der Anteil des Landes – und da ist auch euer Verständnis notwendig – rasch zur Verfügung gestellt wird. Der Finanzreferent wird Gelegenheit haben zu zeigen, daß er hier eurem Drängen nachgibt und sehr rasch die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt.

Der Anteil der 303 Gemeinden, die von dem Verkehrsverbund Großraum Graz profitieren werden, und ebenso natürlich die Landeshauptstadt – also rund 700.000 Einwohner in diesem Verkehrsverbund –, der Anteil also dieser Gemeinden wird vernünftigerweise nach dem Muster Vorarlbergs aus den Bedarfszuweisungsmitteln der zwei zuständigen Referenten zu nehmen sein. Dann muß selbstverständlich auch der Anteil der Landeshauptstadt Graz sofort zur Verfügung gestellt werden, das ist gar keine Frage. Es gibt bereits eine Reihe von wichtigen Vorleistungen, die Graz erbracht hat und auf die ich noch zu sprechen komme.

Was ist bei diesem Verkehrsverbund Großraum Graz ganz neu und besonders interessant herauszustreichen? Wir haben bei diesem Verkehrsverbund erstmals einen echten einheitlichen Zonentarif ohne Unterschied in der Wertigkeit der einzelnen Zonen. Also, es wird keine Kernzone Graz und Randzonen geben, sondern – (Abg. Dr. Ebner: „Edegger hat aber etwas anderes gesagt!“) Nein, nein, stimmt ganz genau, Ihr sollt euch nicht irritieren lassen! (Abg. Dr. Ebner: „Weißt du das besser?“) Ja, freilich, ich habe es auch da!

Es gibt eine ganz eindeutige klare Linie für den Zonentarif, für alle Zonen, die gleichwertig sind, und nicht wie im Verkehrsverbund Ostregion Wien, wo es die Kernzonen und acht weitere mit verschiedenen Wertigkeiten gibt. Das hat ja dann den Effekt, daß der Tarif des VOR, des Verkehrsverbundes Ostregion, ungefähr 30 Seiten hat. Und der Tarif unseres Großraum-Graz-Verkehrsverbundes wird auf einer A-4-Seite darauf sein. Warum? Graz ist eine Zone wie jede andere. Und wenn wir fahren werden, hoffentlich sehr viele, zwischen den einzelnen Zonen, wie zum Beispiel von Radkersburg nach Feldbach, so sind das drei Zonen. Deshalb ist es auch sinnvoll, daß die Gemeinden in die Finanzierung eingebunden werden, weil die Einwohner dieser Gemeinden auch untereinander sehr viel fahren werden. Und wenn man nach Graz hineinfährt, hat man künftig für Bahn, Bus, ob öffentlich oder privat, GVB, jedes Verkehrsmittel, einen Fahrschein für die Zonen, die alle gleichwertig sind. Das ist der Sinn eines einheitlichen Tarifes, der sich noch dazu an dem bisher günstigsten Tarif der Bahn orientiert und daher an Attraktivität sehr, sehr gewonnen hat. Und deshalb wird auch dieser Verbund in so hohem Maße – wie wir erwarten können – angenommen werden.

Das Zweite: Für die Fahrkarten haben wir einen sehr einfachen Vorschlag vorliegen, die in diesem Verkehrsverbund gelten werden. Es gibt einfach nur vier Typen, den Einzelfahrschein, die Acht-Zonen-Vorverkaufskarte, die 24-Stunden-Karte, wie auch schon in der GVB in Graz sehr bewährt, und die vier Arten von Zeitkarten, Wochen-, Monats-, Halbjahres- und Jahreskarte. Das ist auch ein besonders kundenfreundlicher Vorgang. Wir werden also im Großraum Graz die ersten sein, und das wird sich in den Beispielen in den anderen Verbänden ja fortsetzen, die mit einem einheitlichen System ohne Wertung der Zonen eine durchgängige Tarifpolitik haben. Alle wesentlichen Verkehrsunternehmen, ob privat, öffentlich, ob innerhalb oder außerhalb der Landeshauptstadt, alle sind mit diesem Modell einverstanden, was auch ein großer Erfolg unserer Verhandler ist. Ich sage es noch einmal, in einem hervorragenden Doppel zwischen der neuen steirischen Verkehrsverbundgesellschaft und unserer Abteilung IIa, die mit dem zuständigen Referenten Franz Lückler hier in der ganzen Steiermark längst jene Diskussionen führen, die Sie hier heute gefordert haben. Und gestatten Sie mir einen menschlich sympathischen Zwischenstopp: Ich freue mich, daß der, der wirklich Tag und Nacht für diese Sache arbeitet, in der vergangenen Nacht Vater eines kleinen Sohnes wurde. Seine Frau hat in der Nacht einen Sohn zur Welt gebracht. Franz Lückler, wir gratulieren dir herzlich dazu! (Allgemeiner Beifall. – Abg. Trampusch: „Ein echter Nahverkehrserfolg!“) Lassen Sie mich noch in aller Kürze die vier wichtigsten Punkte für die Verkehrsverbände zusammenfassen, so wie wir sie für Graz bereits ausverhandelt, durchformuliert vorliegen haben:

Lieber Herr Klubobmann, es wird daran liegen, daß die Regierung das beschließt. Die Finanzierungsvorschläge liegen vor. Das wichtigste Argument ist, wir wollen zuerst die bestehenden Verkehrsangebote verfügbar machen. Ich sage Ihnen da zwei Beispiele, weil sie so einprägsam sind. Zwischen Gleisdorf und Graz verkehren 32 Buskurse von verschiedenen privaten und öffentlichen Unternehmen, wo man überall verschiedene Karten braucht, und 19 Bahnkurse. Wenn wir also den Verkehrsverbund haben, wird jeder Benutzer plötzlich 51 Kurse zwischen Graz und Gleisdorf haben, die er alle mit einer Karte benutzen kann und wird daher unvergleichlich besser dran sein. Dasselbe zwischen Peggau-Deutschfeistritz und Graz, zehn Buskurse, 19 Bahnkurse von verschiedenen Unternehmen mit verschiedenen Karten. Künftig werden wir mit ein und derselben Karte 30 Möglichkeiten zwischen Graz und Deutschfeistritz haben.

Der zweite wichtige Punkt ist die Fahrplankoordination. Doppelkurse vermeiden, zusätzlich Kurse einführen, auch zwischen Graz und Fürstenfeld und Graz und Feldbach wird es diese Verkehrsverbundkurse geben.

Qualitätsverbesserung ist der dritte Punkt, den wir anstreben. Also die Benutzerfreundlichkeit auch in der Darbringung der Verkehrsmittel in ihrem äußeren Erscheinungsbild und vor allem in der Bequemlichkeit der Benutzung.

Und als vierter Punkt, ich habe es vorher schon erwähnt, ist natürlich die Einkommenssicherung für alle Unternehmen in diesen Jahren der Umstellung auf

den Verbund, ob das nun öffentliche sind oder private. Und dafür ist notwendig, daß wir das fertige Konzept jetzt rasch entsprechend finanzieren. Der öffentliche Personennahverkehr ist nicht nur eine Sache der Landeshauptstadt Graz, sondern der ganzen großen Gebiete in der Ost-, West-, Süd- und zum Teil in der Obersteiermark. In diesem einen Verkehrsverbund haben wir eine hervorragende Lösung.

Die Stadt Graz hat für diesen Verkehrsverbund Vorleistungen erbracht. Ich habe es vorher schon erwähnt, hat finanzielle Vorleistungen erbracht und hat durch die Parkraumbewirtschaftung einen Sockel geschaffen, der es erlauben wird, den öffentlichen Personennahverkehr vor allem durch die GVB in Graz in großen Schüben zu verbessern. Die oft kritisierten blauen Zonen bringen uns Jahr für Jahr 100 Millionen Schilling. Diese 100 Millionen Schilling sind dank der konsequenten Arbeit des Bürgermeisterstellvertreters Erich Edegger zweckgebunden. Und es ist keine einfache Aufgabe, einen Finanzreferenten zu überzeugen, daß er eine ganz beträchtliche Einnahme nur für einen ganz bestimmten Zweck binden muß. Das ist aber auch dank der Einsicht um eine gute sachliche Lösung in Graz gelungen. 100 Millionen stehen also Jahr für Jahr zur Verfügung, um die Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs zu verbessern. Es wurden aber auch andere Vorleistungen erbracht. Ich erinnere an die Initiative des Bürgermeisterstellvertreters Erich Edegger, der einen Katalog zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs in allen Ballungszentren vorgelegt hat. So ähnlich wie beim Gemeindefinanzierungsgesetz in der Bundesrepublik, wo man sich für alle Ballungszentren eine besondere Finanzierung überlegt hat und dort damit den öffentlichen Personennahverkehr finanziert. Das Ergebnis dieses Finanzierungsmodells wurde dem Bund vorgeschlagen, und siehe da, in kürzester Zeit haben sich dem Vorschlag Erich Edeggers angeschlossen: die Landeshauptstadt Graz – weil dort gibt es ja Gott sei Dank ein gutes Arbeitsklima für richtige Maßnahmen –, Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Bregenz. Also müssen die Ideen des Erich Edegger, die für Graz und für den öffentlichen Personennahverkehr hier beispielhaft in Gang gesetzt wurden, doch sehr gut und interessant sein.

Noch ein Wort zum Problem Auto – Individualverkehr und Stadt: Ein sehr bekannter italienischer Vordenker und Industriedesigner, Luigi Colani, hat auf die Frage „Was fällt Ihnen ein zu Auto und Stadt?“ gesagt: „Mir fallen drei ‚L‘ ein: langsam, leise und lustig.“ Hofrat Gobiet zitiert diesen Ausspruch immer wieder. Und Luigi Colani ist nicht irgendwer, der macht für Fiat die Werbung, das ist eine große europäische Autofabrik. Langsam, leise und lustig fällt mir bei Auto und Stadt ein. Da ist eine Umstellung auch in uns selber und auch in mir notwendig. (Abg. Trampusch: „Das muß man den 60.000 Einpendlern sagen: langsam und lustig!“) Die fahren ja künftig. Es sind erstens nicht 6000, sondern 60.000 (Abg. Trampusch: „Ich habe 60.000 gesagt!“), und zweitens, das ist ja ein Grund, warum wir gemeinsam – so hoffe ich – für die Finanzierung des Verkehrsverbundes Großraum Graz eintreten werden. Ich habe schon oft gesagt, der Verkehrsteilnehmer der Zukunft wird zwei gesunde Füße haben, mit denen er gehen kann, ein Fahrrad, mit dem

er fährt, wenn es ihm Spaß macht, auch selbstverständlich eine Jahreskarte der öffentlichen Verkehrsmittel – ich habe sie schon öfter auch hier hergezeigt – und natürlich auch ein Auto.

Ich fahre auch viel und manches Mal auch recht zügig, aber dann, wenn es vernünftig ist, wenn man ein Auto braucht, selbstverständlich – das ist ein Teil der Freiheit.

Also, ich glaube daran, was Luigi Colani sagt, und das ist auch der Grund, warum viele europäische Städte in der Zwischenzeit die Tempobeschränkung von Fahrten in der Stadt betreiben. Da sage ich Ihnen nur ein Beispiel, weil das so wichtig ist. Ein Beispiel aus der Stadt Heidelberg – den Freunden aus der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei sage ich dazu, die Oberbürgermeisterin ist eine Parteikollegin von Ihnen –, die dort Tempo 30 eingeführt hat auf Nebenstraßen, und auf Vorrangstraßen bleibt 50. Insgesamt hofft man, daß dadurch das Tempo in der Stadt sich verringert. Eine wichtige Statistik, ich möchte keine Details sagen, nur eines. Vor der Einführung der Tempobremse und nach der Einführung in der Stadt Heidelberg: Minus 308 Unfälle innerhalb eines Jahres.

Überlegen Sie das bitte, 308 Unfälle weniger in einem Jahr, und 64 Personenschäden weniger in einem Jahr. Wenn man weiß, was das wirtschaftlich und menschlich bedeutet. Diese vielen Unfälle, die in einer Großstadt passieren! Da sieht man, daß das auch aus diesem Grund richtig ist, nicht nur wegen der Lärmbelastung, nicht nur wegen der Lebbarkeit einer Stadt, wo es Platz für Menschen und nicht nur Platz für Autos geben soll.

Österreichweit wird erstmals dieser Versuch umgesetzt, ich sage vielleicht hier eine Neuigkeit. Am 5. Mai wird im Grazer Rathaus, so hoffe ich, mit den Stimmen fast aller, vor allem jener, die sich in die Verantwortung einbinden lassen, dieser Modellversuch beschlossen, und am 1. September starten wir in Graz das, was in vielen Ballungszentren Europas bewährt in Teilbereichen stattgefunden hat, erstmals flächendeckend.

Ich glaube, das ist ein Meilenstein für den öffentlichen Personennahverkehr in Graz und für die Lebbarkeit einer Stadt. Denn eines muß uns schon klar sein: Der motorisierte Individualverkehr ist in den Ballungszentren für Mensch und Umwelt das Problem Nummer 1 geworden und muß eingedämmt werden. Und wenn dies ohne Mobilitätseinbuße geschehen soll, dann brauchen wir gleichzeitig das öffentliche Verkehrsangebot, das muß entscheidend verbessert werden, vor allem für die Arbeitspendler und für alle, die in einer Stadt kommunizieren und am Verkehr teilnehmen. Packen wir also gemeinsam den Verkehrsverbund an, sorgen wir dafür, daß der Herr Finanzreferent auch zeitgerecht für die Finanzierung sorgt, dann werden wir einen großen Schritt weiterkommen, für Mensch, Umwelt und für unsere Zukunft. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.– 10.41 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich darf als Zwischenstand sagen, daß wir in den vergangenen Budgetdebatten zu diesem Zeitpunkt nahezu schon die Landwirtschaft abgeschlossen hatten, wir haben aber heute noch zum Kapitel Verkehr inklusive der Frau Landesrätin acht

Redner. Ich sage das nur zur Zeitökonomie der Damen und Herren Abgeordneten in dieser Debatte.

Nächster am Wort ist der Herr Klubobmann Trampusch, nach ihm der Herr Abgeordnete Riebenbauer.

Abg. Trampusch (10.41 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich werde dem Appell des Herrn Präsidenten gerne folgen. Nun, der Kollege Dr. Maitz hat aber so lange über Verkehrsverbund geredet, daß Sie mir gestatten, schon einige Sätze dazu zu sagen.

Ich bitte, mich nicht mißzuverstehen, aber ich schließe mich gerne der Gratulation an den jungen Vater an, der also auch ein Verkehrsexperte ist, nur, mir kommt wirklich vor, das ist die einzige Möglichkeit, einen Nahverkehrsverbund innerhalb von neun Monaten zu erledigen, alle anderen Verbände haben bei uns leider viel länger gedauert. Nämlich nicht nur Monate, sondern viele Jahre! Man muß auch die historische Wahrheit dazusagen, weil der Kollege Dr. Maitz gesagt hat, na, wieso hat es denn so lange gedauert, und er hat von der Akzeptanz in der Bevölkerung geredet, stimmt schon, nur, die Akzeptanz in der ÖVP hat noch viel länger gedauert. Ich erinnere mich gerne an den Weißen Saal in der Burg, wo damals ein Landesrat Dr. Heindinger gesagt hat: „Der Verkehrsverbund muß primär von den privaten Autobusunternehmern besorgt werden.“ Und es war lange Zeit nicht die Rede davon, sozusagen einen öffentlichen Verkehrsverbund mit Einbeziehung aller öffentlichen Verkehrsträger hier einzubeziehen. Das ist lange Zeit als Geheimpapier verwendet worden, was du da in die Höhe hältst, denn wir hätten das Sachprogramm Verkehr seit 1977 betreiben und hier im Landtag beschließen sollen. Jetzt haben wir also 1992. Also, ich bitte schon, hier auch die historische Wahrheit miteinzubeziehen.

Das Nächste: Wir sollen beim Finanzminister drängen, das werden wir gerne tun, nur, bis jetzt haben wir immer bei der ÖVP drängen müssen. Sämtliche Anträge in diesem Hohen Haus – und das sage ich den neuen Damen und Herren – der vorletzten Legislaturperiode, also der abgelaufenen, sind nicht behandelt worden. Zählen Sie zusammen, das sind mehr als ein Dutzend Verkehrsanträge, alle zum Thema Verkehrsverbund, Entflechtung zwischen privatem und öffentlichem Verkehr. Sie sind alle von der ÖVP-Mehrheit nicht behandelt worden, und daher haben wir gedrängt, und wir freuen uns – wir freuen uns aufrichtig und gemeinsam – und sehen das auch als Verpflichtung an, weiter zu drängen auch in Wien, daß wir heute soweit sind, daß es einen Gesamtverkehrsplan gibt, daß wir uns jetzt einig sind, wie der Verkehrsverbund nicht nur im Großraum Graz, sondern in anderen Ballungsgebieten der Steiermark dann auch realisiert werden soll.

Aber was wir bisher haben, sind gute Ansätze für einen Tarifverbund – und du hast auch sehr viel dazu gesagt –, was wir aber echt brauchen, ist die Entflechtung zwischen dem Individualverkehr und dem öffentlichen Verkehr. Auch da sind bisher die Anreize auch aus Richtung Graz-Stadt viel zu gering, weil mit Verboten allein wird man den Verkehr nicht entflechten. Ich sage hier noch einmal, bei den anderen Städten, wie in Linz, ich habe das hier schon einmal erwähnt, man überlegt, auch eine Stadtuntergrundbahn zu-

sammenezubringen, um unter der großen Donau durchzukommen. Da muß es wohl in Graz auch möglich sein, über oder unter der Mur mit leistungsfähigen öffentlichen Verkehrsträgern durchzukommen oder endlich einmal unter dem Bahnhof, also der Gürtelstraße. Das sind sicherlich in der Planung und im Mut, das auch durchzusetzen, jetzt andere Überlegungen als früher.

Ein Letztes dazu: Es ist gesagt worden, wir brauchen Platz für Menschen. Dem kann man vorbehaltlos zustimmen, nur muß man in Graz auch Platz für die 60.000 Pendler haben, sie kommen ja nicht aus Gaudi nach Graz herein, sie lassen auch vieles von ihrer Wertschöpfung hier, von der Lohnsummensteuer angefangen. Daher besteht wohl auch die Verpflichtung, für diese 60.000 Einpendler die verkehrsmäßige Infrastruktur im öffentlichen Verkehr – ich sage nicht im Individualverkehr – so zu verbessern, daß dieses Angebot auch voll angenommen wird. Dann werden wir einen echten Verkehrsverbund bekommen, wie wir uns den alle gemeinsam wünschen.

Das ist die eine Frage, die zweite betrifft den Autobahnbau in der Steiermark. Ich muß hier wegen der historischen Wahrheit eine Frage an die Frau Landesrätin richten, sie kann allerdings nichts dafür. Wir haben in der abgelaufenen Periode sehr lang und sehr laut über die Pyhrnautobahn, über die Finanzierung und über anderes gesprochen und werden leider hier im Hohen Haus auch noch weiter darüber reden müssen. Nur, es ist eines passiert: Am Höhepunkt dieser Auseinandersetzung, wer verantwortlich ist für die Pyhrnautobahn, hat der Herr Landeshauptmann bei einer sofort einberufenen Autobahneröffnung in Spielfeld, drei Tage vor der Wahl, wörtlich erklärt, ich sage das hier noch einmal, schade, der Herr Landeshauptmann ist nicht da: „Und ich stelle hier eines richtig“, sagte der Herr Landeshauptmann vor laufenden Fernsehkameras, „der steirische Beitrag zur Errichtung der Pyhrnautobahn beginnt beim Gratkorn Tunnel und endet hier in Spielfeld“. Ich habe dann, vom lieben Kollegen angefangen, der dort war, auch einige andere gehabt, die gesagt haben, da hat der Trampusch wieder total etwas Falsches erzählt. Ich frage heute und bitte die Frau Landesrätin, die Frage zu beantworten, ist es nicht umgekehrt, denn wir haben bis zum vorjährigen Budget jedes Jahr mehr als 30 Millionen Schilling als steirischen Beitrag zur Pyhrnautobahn-AG. im Landesbudget gehabt? Und ich behaupte, dieser Beitrag von jährlich mehr als 30 Millionen Schilling ist nicht südlich des Gratkorn Tunnels, sondern nördlich des Gratkorn Tunnels als Beitrag geflossen. Und wenn das stimmt, dann würde ich bitten zu sagen, daß der Herr Landeshauptmann einige Tage vor der Wahl und vor den Fernsehkameras sich in der Himmelsrichtung geirrt hat, daß es aber richtiggestellt wird. Wenn das nicht stimmt, dann zählt er auch zu den politischen Geisterfahrern. Danke! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 10.48 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer, nach ihm kommt der Herr Abgeordnete Tilzer.

Abg. Riebenbauer (10.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren hier und auf der Zuschauertribüne!

Straßen und Wege verbinden Täler und Menschen. Mit diesem Satz möchte ich meine Wortmeldung beginnen. Ich verspreche, daß ich kurz bin, weil ich hoffe, daß auch in der Kürze die Würze liegen kann.

Ich melde mich zu einem konkreten Straßenstück zu Wort, und zwar zur Halbbahn zwischen Waltersdorf und Gleisdorf. Sehr viele Steirerinnen und Steirer befahren diese Strecke. Auch ich bin sie heute schon gefahren. Ein Straßenstück, das teilweise noch sehr gefährlich ist und leider schon zu vielen Menschen Leid und Tod gebracht hat. Nicht immer war die Straße schuld, oft auch menschlicher Leichtsinns. Dank des massiven Druckes unseres Landeshauptmannes beim Bund geht der Vollausbau schon zügig voran. Ich möchte mich beim Landeshauptmann dafür recht herzlich bedanken. (Beifall bei der ÖVP.)

Bis 1995 soll, und ich sage muß dieser Ausbau fertig sein. Frau Landesrätin, ich bitte dich, dafür zu sorgen, mit Einsatz deines Charmes und mit deiner ganzen Kraft, daß dieser Vollausbau wirklich programmgerecht fertiggestellt wird. Alle, die diese Straße benutzen, werden dir dafür dankbar sein. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 10.50 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Dieser Applaus gilt nicht nur dem Inhalt, sondern auch der Kürze dieser Rede, für die ich herzlich danke. Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Tilzer. Nach ihm Dr. Frizberg.

Abg. Tilzer (10.51 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde dieser Kürze ebenfalls folgen. Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Einleitend möchte ich feststellen, daß die Verkehrspolitik, die im Land Steiermark bisher praktiziert wurde, mit der Entwicklung einer modernen Verkehrsplanung in keiner Konkurrenz steht. Die Strukturproblematik in unserem Land läßt sich durchaus mit Verkehrspolitik in Verbindung bringen. Insofern, da die verkehrspolitischen Zielsetzungen und Umsetzungen ein wichtiger Indikator für die Konkurrenzfähigkeit der obersteirischen Regionen und für das Land Steiermark sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß die Verkehrsverbindungen zwischen den wirtschaftlichen Ballungszentren von ungeheurer Wichtigkeit sind, so meine ich, brauche ich nicht weiter zu betonen. Angesichts dieser Tatsache ist es erforderlich, den obersteirischen Raum mit einer entsprechenden Verkehrsstruktur auszustatten. Natürlich unter dem Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Anhand eines Beispiels von mehreren Beispielen darf ich Ihnen demonstrieren, welche Bedeutung die zeitgemäße Anpassung der Verkehrsverbindungen hat. Eine kurze Sachverhaltsdarstellung zur Erläuterung: Die B 115 Eisenbundesstraße ist der für die Region Eisenerz wichtigste Lebensnerv. Sie sollte diese Region mit den östlichen und westlichen Wirtschaftszentren verbinden. Seit Jahrzehnten wird an dieser so wichtigen Verkehrsverbindung geplant. Leider blieb es zum Großteil nur bei der Planung. Ich

möchte jedoch nicht unfair sein, einige nicht zusammenhängende Teilstücke wurden realisiert. Aber ein Nadelöhr von rund zwölf Kilometern Länge blieb bisher für den Verkehr unaufgeschlossen. Faktum bleibt, daß jede Entwicklung der Region in wirtschaftlicher Hinsicht am Nadelöhr der B 115 hängenbleibt. Jede Betriebsansiedlung und nicht zuletzt auch die Entwicklung des Tourismus sind dadurch gefährdet. Diesbezüglich wurde von unserem Landtagsklub ein entsprechender Resolutionsantrag eingebracht, und was mich besonders freut, ist die Tatsache, daß ihn alle Parteien unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daher ist für mich der sofortige und rasche Ausbau der B 115 Eisenbundesstraße ein Anliegen höchster Priorität. Wie bereits erwähnt, ist dies nur ein Beispiel, wie durch das Ausbleiben von entsprechenden verkehrspolitischen Maßnahmen die Entwicklung und der Bestand von Regionen behindert wird. Regionen, in denen wirtschaftliche Umstrukturierungen dringend notwendig sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zusammenfassend ist anzumerken, daß die verkehrspolitischen Zielsetzungen und Maßnahmen nach den dringlichen Erfordernissen der Regionen zu reihen sind:

Daher Punkt eins: Schaffung entsprechender Verkehrsverbindungen zwischen den einzelnen oststeirischen Regionen, um in weiterer Folge den Anschluß an die östlichen, südlichen und westlichen Hauptverkehrsverbindungen zu finden.

Punkt zwei: Die Realisierung des Projektes Semmering-Basistunnel, auch gegen die Stimmen der Freiheitlichen Partei und der niederösterreichischen ÖVP. Die Wiener SPÖ wird uns sicherlich in dieser Frage unterstützen. Ich glaube, die niederösterreichische ÖVP wäre nicht schlecht beraten, dies ebenso zu tun, da es ja letztendlich um die Unterstützung der steirischen ÖVP geht.

Aber trotz alledem zusammenfassend glaube ich, ist dieser Semmering-Basistunnel eine wichtige verkehrspolitische Maßnahme. Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 10.55 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner Herr Dr. Frizberg, nach ihm Abgeordneter Schleich.

Abg. Dr. Frizberg (10.55 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es freut mich, daß eigentlich alle Redner mehr oder weniger übereinstimmend zu dem Resultat kommen, daß die Steiermark im Vollausbau am Straßensektor, vor allem am hochrangigen Straßensektor, ziemlich weit voran und die wesentlichen Stücke abgeschlossen sind. Auf der einen Reichshälfte vergißt man dann dazuzusagen, daß der Verkehrsreferent, der dafür verantwortlich zeichnet, unser Landeshauptmann war und heute die Landesrat Klasnic ist, dort funktioniert es.

Es funktioniert sogar so gut, daß von dieser Abteilung ab und zu jetzt in letzter Zeit den Österreichischen Bundesbahnen ein bißchen ein NACHHILFEUNTERRICHT gegeben wird und daß man hier versucht, zusam-

menzuarbeiten und gemeinsam damit Trassen auch abzusichern. Ein besonders erfolgreicher Vorfall zum Beispiel beim Ausbau der Schoberstrecke, ich glaube, daß hier solche Zusammenarbeiten auch für den künftigen Ausbau ein Vorbild sein könnten. Insbesondere, weil es ja bei der Österreichischen Bundesbahn auf steirischem Boden bei weitem nicht so erfolgreich vorgegangen ist, vor allem in den letzten Jahren, auch wie es beim Straßenbau war.

Da muß man sagen, die Steiermark ist hier einfach stiefmütterlich behandelt worden. Das zeigt ja allein das Bild des steirischen Gesamtverkehrskonzeptes, in dem aufgezeigt wird, welche Strecken mit welchen Kilometern pro Stunde überhaupt von der Bundesbahn befahren werden können, wo wir eigentlich stecken, nämlich fast im tiefsten Mittelalter der Bahn. Bitte, wenn ich dann vergleiche: nach Mailand 71 km/h, wenn ich dann nehme nach München mit 75 km/h, und so könnte man das Band weiterziehen, nach Prag immerhin mit 57 km/h. Das sagt allein für sich, daß hier der große Nachholbedarf ist. Ich glaube, daß es unser Ziel sein müßte, hier zusammenzuarbeiten, und deshalb habe ich die vom Herrn Abgeordneten Purr erwähnte Initiative ergriffen, gemeinsam die wesentlichen Schwerpunkte eines Bahnausbaues einer wirklichen „Neuen Bahn“ für die Steiermark zu initiieren. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Überparteilich!“) Überparteilich zu initiieren, und ich bin sehr froh, sagen zu können, daß sich auch die Grün-Alternativen, die hier in diesem Haus nicht mehr Platz gefunden haben, aber auch die Freiheitlichen in den wesentlichen Punkten dieser Initiative angeschlossen haben.

Diese Punkte sind zuerst einmal der Nahverkehr. Der Punkt Nahverkehr wurde von Dr. Karl Maitz bereits ausführlich geschildert, ich sage nur eines dazu: In Graz und im Großraum Graz geht es um über 700.000 Einwohner, die vom Nahverkehr erfaßt werden sollen, und wir sind uns einig, daß wir hier organisatorisch durchgreifen. Frau Landesrat Klasnic hat Wesentliches erreicht, daß wir hier jetzt einmal einen gemeinsamen Verbundtarif zustande gebracht haben. Ich bedanke mich auch bei den sozialistischen Kollegen, daß sie diese Leistung offensichtlich auch entsprechend anerkennen, aber es wird auch hier einiges zu investieren sein bis in die Oststeiermark hinüber, denn der Großraum Graz kann ja nur durch ein funktionierendes Zusammenwirken aller Verkehrsträger, aller öffentlichen Verkehrsträger, umgesetzt werden.

Die anderen Punkte wurden auch schon erwähnt: Koralmtunnel, Süd-Ost-Spange. Der Herr Kollege Dipl.-Ing. Vesko hat hier gesagt: „Wir müssen heute mit der Süd-Ost-Spange beginnen, wenn wir morgen überhaupt schon darüber fahren können.“ Ja, richtig, wir müssen heute beginnen, und die Länder waren es bitte, die diese Süd-Ost-Spange überhaupt auf die Tagesordnung gebracht haben. Die Länder waren es, die beim Verkehrsminister durchgesetzt haben, daß es diese Studie überhaupt gibt, um feststellen zu können, ob diese Süd-Ost-Spange eine Zukunft hat. Wir müssen deshalb heute beginnen, weil allein die Planungszeiträume Jahre brauchen werden, und dann bis zu einem Endausbau haben wir 35 Jahre oder zumindest 25 Jahre, bis wir überhaupt davon träumen können, auf dieser Strecke zu fahren.

Deshalb muß ich schon die Freiheitlichen fragen: Was soll dann immer das Gegenüberstellen Süd-Ost-Spange gegenüber dem Semmeringtunnel? Ich habe mich soweit mit Kollegen Dipl.-Ing. Vesko bereits verständigt, daß wir uns auch im klaren sind, na gut, die Steiermark hat auf jeden Fall einen Riesenvorteil davon, wenn diese Semmeringstrecke ausgebaut werden kann. Aber aus freiheitlicher Sicht – wie das immer so formuliert wird – wäre es halt schöner oder auch sinnvoller, wir könnten zuerst die Koralmstrecke bauen oder wir könnten zuerst die Süd-Ost-Spange bauen.

Da muß ich aus der Realität auch meiner Arbeit im Verkehrs-Ausschuß noch in Wien draußen schon sagen, die Freiheitlichen beantworten hier eigentlich Fragestellungen, die sich für die Steiermark gar nicht ergeben. Es ist nicht die Frage, ob wir das Geld für einen Koralmstunnel bekommen oder für eine Süd-Ost-Spange oder für den Semmering, sondern die Frage lautet, ob wir heute schon beschlossenes Geld, das durch alle Instanzen – Regierung, Nationalrat – freigegeben ist, auch tatsächlich für dieses für die Steiermark, aber auch für ganz Österreich wichtige Projekt umsetzen können oder ob dieses Geld nach Wien, nach Niederösterreich geht – und auch die Tiroler sind sehr dankbar, wenn sie das Geld für ihren Brennerstunnel bekommen können.

Das heißt, es geht hier schlicht und einfach darum, zur Kenntnis zu nehmen, entweder wir bekommen jetzt den Semmeringtunnel – ich gebe durchaus zu, daß wir auch die Zuläuferstrecken brauchen, weil sonst ist das ein Torso, da sind wir wieder einer Meinung –, aber entweder bekommen wir das jetzt, oder wir bekommen gar nichts von diesem Geld, und es geht nicht so, wie Kollege Dipl.-Ing. Vesko gemeint hat, na ja, er ist deshalb eher vorsichtig in dieser Frage, weil sonst kommen wir erst wieder überübermorgen mit dem Geld dran. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Beschließt das nicht die große Koalition?“) Die große Koalition, Herr Kollege Dipl.-Ing. Chibidziura, die hat das beschlossen, die steht auch dazu, und daher bin ich auch überzeugt, daß selbst Haider aus Kärnten oder aus Wien – er sollte diese Strecke ja öfter mit der Bahn bewältigen, und nicht nur immer mit dem Flieger – das nicht verhindern wird. Also, so viel wie der Kollege Haider mit dem Hubschrauber unterwegs ist, ist sonst niemand unterwegs, ich nehme aber an, er wird früher abstürzen zumindest, aber wir werden sehen. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Herr Kollege Dr. Frizberg, es gibt das Problem in Niederösterreich! Ich glaube, das soll man sagen!“) Offen ausgesprochen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, natürlich hat Niederösterreich auch seine eigene Sicht der Dinge, aber wenn Sie mit dem Kollegen Mayr aus Wien das auf die Seite räumen, daß Wien nicht mehr dagegen ist, dann werden wir mit Niederösterreich auch zu Rande kommen. Machen wir uns die Arbeitsteilung, und ziehen wir gemeinsam am Strang. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Das sage ich ja, das ist ja das Angebot, das ich gemacht habe!“) Einverstanden, in Ordnung!

Damit komme ich nur auf das letzte Thema zurück, vor allem auf die ÖBB-Planungen. Da muß ich schon eines sagen: wir brauchen allein deshalb jetzt schon

die Planungen und auch die Hochleistungsstreckenverordnung zum Beispiel für die Süd-Ost-Spange, weil die ÖBB-Planungen unglaublich viel Zeit in Anspruch nehmen und leider hier interne Querelen zwischen einzelnen Stabsabteilungen der Österreichischen Bundesbahnen wirklich sinnvolle Projekte verhindern.

Ich bringe bewußt auch das Beispiel des Containerterminals Graz-Süd. Dort ist es uns im Verkehrs-Ausschuß gelungen, schon im Budget 1990 über 200 Millionen Schilling für dieses für den Großraum Graz wichtige Projekt zu reservieren. Dann haben interne Gruppierungen – die durchaus nicht nur innerhalb der ÖBB vorhanden waren, sondern da gibt es ja auch vielfältige Interessen rundherum – permanent sich gegenseitig blockiert. Das sind Abteilungen, die auch heute wieder unterwegs sind. Da gibt es einen Dipl.-Ing. Äußmüller zum Beispiel, der jetzt wieder eine neue Idee gefunden hat, na, man kann auch die ganze Semmeringgeschichte völlig anders planen. Natürlich, es gibt immer wieder Varianten zu finden. Ich glaube, es wäre Aufgabe der ÖBB, zu einmal getroffenen Entscheidungen zu stehen, und nicht die eigenen Abteilungen gegenseitig auszuspielen und damit sinnvolle Projekte zu verhindern. Das heißt, wir müssen auch in den Planungsbereichen uns jetzt durchsetzen, damit wir überhaupt in der Zukunft eine Chance haben. Ich glaube, im Sinne von Dipl.-Ing. Vesko durchaus einverstanden zu sein: beginnen wir heute am gemeinsamen Strang, denn die Infrastruktur von heute sind die Arbeitsplätze und ist der Wohlstand unserer Bevölkerung von morgen. Ich danke! (Allgemeiner Beifall. – 11.05 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schleich, nach ihm der Herr Abgeordnete Heibl.

Abg. Schleich (11.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Wenn ich heute als Abgeordneter des Bezirkes Feldbach Stellung nehme zum Raabtal, dann möchte ich vor allem den Anschluß zur Autobahn Gleisdorf hervorheben. Wie ja viele von euch wissen – und ich hoffe, daß Sie schon fast alle in unserem Gebiet waren –, ist das ein wirklich großes Anliegen und ein Problem. Die Umfahrung Feldbach ist fertig, ist ausgebaut, aber auch hier sind noch Dinge nachzuholen. Denn man glaubt es nicht, wenn man dort durchfährt, es ist auf der linken Seite Feldbach, auf der rechten Seite Siedlungsgebiet Raabau, und es hört die Lärmschuttmauer in der Mitte auf. Ich glaube, wenn man das anschaut – das ist hier ein Holzverbau, der nicht sehr hoch ist, sondern nur ein kleiner Teil, und das kann wirklich kein Vermögen kosten, daß man diese Bewohner dort zufriedenstellt und wirklich diese Mauer weiterbaut.

Ich darf aber gleich weitergehen. Es ist ein wichtiger Punkt, daß diese Umfahrung überhaupt angenommen wird und nicht jedes Wochenende der Verkehrsstau in Feldbach ist, der Verkehr fast zusammenbricht, daß man die Spange Feldbach fertigt. Und nachdem man jetzt schon fünf Varianten für den Anschluß nach Gleisdorf hat und die fünfte Variante, die Variante F, sich ja ergänzt mit der Spange und die Weiterführung

dann über Teile von Kirchberg, Rohr, weiter dann nach Gleisdorf gehen soll, möchte ich wirklich einen Appell hier richten, daß man auch von seiten des Landes mit dem Bürgermeister mal ein ernstes Wort spricht, denn es kann nicht so sein, daß keiner den Verkehr will und jeder den Anschluß nach Gleisdorf zur Autobahn. Ich glaube, sie müssen sich wirklich dort auch einmal einigen. Es gab viele Gespräche, ich war bei einigen dabei, auch die Kollegen aus unserem Bezirk waren alle dabei, daß man wirklich mit Einzelgesprächen sie dorthin bringt, daß hier die Vernunft siegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Grenzland, ich nenne es deshalb jetzt ganz bewußt, muß man deshalb hervorheben, denn in Blickrichtung EG werden wir das Tor zur EG sein. Sie wissen ja, die Grenzen haben sich geöffnet, die Ungarn kommen zu uns, kaufen bei uns. Wir wollen auch dort Geschäfte machen, damit wird sich auch der Verkehr erhöhen. Und da wird diese Straße ein Punkt sein, der an vorderer Stelle stehen muß. Ich glaube, Richtung Slowenien, Richtung Ungarn erwarten wir natürlich ein großes Verkehrsaufkommen, und gerade deshalb muß man hier wirklich mit aller Kraft vorantreten. (Beifall bei der SPÖ.)

Auch den Weiterbau von Feldbach in Richtung Fehring, hier hat man noch die Teilstücke Leitersdorf-Pertlstein, dann geht es ja direkt durch nach Ungarn. Ich hoffe, daß man hier wirklich Verständnis hat, denn die Wirtschaft bei uns braucht das, der Fremdenverkehr bei uns braucht das, wir sind in der Thermenregion. Ich glaube, man kann nicht von der Thermenregion sprechen, von einer Grenzlandoffensive, und auf der anderen Seite geht am Straßenbau-sektor nichts weiter. Ich hoffe, daß Sie wirklich mit mir dieses Verständnis teilen, denn auch die Pendler, die nach wie vor noch auspendeln müssen, wir hoffen natürlich, daß wir mit dem Fremdenverkehr und mit der Wirtschaftsoffensive im Grenzland mehr Arbeitsplätze schaffen können, daß es in Zukunft weniger werden. Aber ich darf vor allem dazusagen, dazu brauchen wir wirklich diesen Anschluß. Und ich habe dem nichts mehr hinzuzufügen. Ich hoffe auf Ihr Verständnis und danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 11.08 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich danke herzlich, die Redezeiten werden immer kürzer, aber trotzdem die Inhalte exakt und gut. Vielleicht können wir das beibehalten, dann werden wir das zeitlich wieder einholen.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Heibl, nach ihm der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger.

Abg. Heibl (11.09 Uhr): Ich werde ebenfalls sehr kurz sein! Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auf Grund der Entwicklung auf dem Energiesektor kommt der Energieeinsparung im Verkehr natürlich größte Bedeutung zu. Und hier liegt gerade die große Entwicklungschance der Eisenbahn. Das bedeutet nicht, daß wir auf den Straßenbau deshalb verzichten können. Ich denke an viele Umfahrungen von Ortschaften, wie das umstrittene Straßenstück ennsnahe Trasse, das wir sehr eindrucksvoll hier im Hohen Haus behandelt haben, an die fehlenden 14 Kilometer der

S 6 am Semmering, und hoffentlich wird diese S 6 als Vollausbau ausgeführt und nicht nur mit einer Röhre, der Halbausbaue würde übrigens 2,6 Milliarden Schilling kosten, der Vollausbau „nur“ 3,2 Milliarden. Die Fertigstellung der Pyhrnautobahn, die zweite Röhre des Plabutschtunnels. Und jeder, der heute durch die Kärntner Straße in Graz fährt, wird das spüren, weil heute wird dieser Plabutschtunnel wiederum gereinigt, ein Chaos in der Kärntner Straße. Der Vollausbau natürlich Hartberg-Gleisdorf, der Vollausbau der Packer Straße und so weiter, also riesige Aufgabengebiete, die es noch zu bewältigen gibt im Straßenbau. Und hier darf es, meine Damen und Herren, zu keinem Konkurrenzdenken kommen oder Auspielen der Straßenbauer und deren Befürworter oder Lobby, wie man heute so schön sagt, gegenüber dem Schienenverkehr und umgekehrt. Hier müssen die Vernunft und beweisbare Tatsachen im Vordergrund stehen. Wichtig ist, daß unsere Zielvorstellungen auch wirklich in der Praxis umsetzbar sind. Ein umfassendes – meiner Meinung nach – Verkehrskonzept für den Großraum Europa wird immer notwendiger, gewinnt an Bedeutung.

Immerhin, meine Damen und Herren, entfallen in diesem Raum 72 Prozent des Verkehrs auf die Straße und nur 19 Prozent auf die Schiene. Und auch bei uns wird dieses ungünstige Verhältnis etwa Realität sein, daher sind wir in mehrfacher Hinsicht im Zugzwang, und zwar ist meiner Meinung nach der unverzügliche Beginn für den Bau der neuen Semmeringbahn für uns Steirer, ob in der Obersteiermark beheimatet oder in der Südsteiermark beheimatet, wohl egal, von größter wirtschaftlicher Bedeutung. Warum ist sie für die Obersteiermark so wichtig, diese neue Semmeringbahn? Weil sie mit ihren langen Gütern etwa aus Donawitz und so weiter nicht über den Semmering kommen, weil die Tunnel zu eng sind, weil die Radien dieser Bahn zu eng sind, weil wir zuviel Energie verbrauchen, und nicht, daß man 20 Minuten früher in Wien ist. Das ist kein wichtiger Grund. Und für uns Südsteirer gibt es natürlich auch entsprechende Gründe, warum wir den Ausbau dieser Südbahn, dieser neuen Semmeringbahn haben wollen. Weil für uns das einfach zusammenhängt mit dem Ausbau des zweiten Gleises von Graz nach Spielfeld. Das ist für uns ganz wichtig. Auch dieser Güterterminal, der geplant ist in Weitendorf oder in Werndorf, jedenfalls wurden in Weitendorf bereits Gründe für 120 Millionen Schilling gesichert. Also wird er aller Wahrscheinlichkeit nach auch dorthin kommen. Ich glaube, daß er nicht nach Werndorf kommen wird. Das sind alles Gründe. Und wenn dieser Terminal auch wirklich zu 100 Prozent funktionieren soll, dann ist ein zweites Gleis von Graz nach Spielfeld natürlich unbedingt notwendig. Und dieses zweite Gleis von Graz nach Spielfeld war ja auch bereits bis in die 50er Jahre hinein vorhanden, man hat das dann einmal abgetragen aus Gründen, die ich nicht kenne. Ein weiterer Grund, warum wir den Ausbau der Südbahn brauchen, auch Slowenien hat bereits angekündigt, daß es seine Bahnlinien zu und von Österreich zu Hochleistungsbahnen ausbauen will und daß sie auch planen, von Marburg nach Koper eine Bahnverbindung zu bauen. Dann hätten wir eine effiziente Verbindung zur Adria. Aber, meine Damen und Herren und Frau Landesrat vor allem, aus ÖBB-Kreisen hört man, daß dieser geplante

zweigleisige Ausbau dieser Strecke von Graz nach Spielfeld, weil das Frachtaufkommen derzeit in den Balkan-Raum über das ehemalige Jugoslawien etwa um 30 Prozent zurückgegangen ist, momentan gestrichen sein soll. Diese Situation beim Frachtaufkommen wird natürlich in einigen Monaten wesentlich anders sein, und daher bitte ich Sie, daß Sie sich dafür einsetzen, daß dieses zweite Gleis auch wieder errichtet wird.

Das zweite große Vorhaben, sehr geehrte Abgeordnete, und zwar die Süd-Ost-Spange von Wien nach Italien, ist keine Alternative zur bestehenden Südbahn, sondern wird zusätzlich für die Strukturverbesserung benötigt und zusätzlich natürlich auch als Bahnverbindung von Nordeuropa nach Italien und umgekehrt. Diese Süd-Ost-Spange, wie sie heißt, kann mit dem bestehenden Bahnnetz an mehreren Stellen verbunden werden und hat eine Gesamtlänge von rund 400 Kilometern. Davon sind allein 38 Tunnel mit einer Gesamtlänge von 117 Kilometern, wenn es bei der vorgestellten Machbarkeitsstudie überhaupt bleibt. Indem diese Hochleistungsstrecke in zwei Abschnitten geplant ist, den Ostabschnitt von Wien nach Graz und den Südabschnitt bis an die italienische Grenze, wäre es für uns Steirer natürlich von Vorteil, wenn der zweite Teil, also der Teil Graz nach Italien beziehungsweise Villach, zuerst gebaut werden würde. Er ist auch billiger und leichter durchzuführen. Das sind Vorteile, und wir Steirer sind der Meinung, daß dieser zweite Abschnitt natürlich dem Ostabschnitt vorgezogen gehört, innerhalb der Süd-Ost-Spange, wenn das stattfindet, vorher begonnen wird, und nicht vor dem Ausbau des Semmeringtunnels, wie Sie, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Vesko, es fordern. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Vorher beginnen, nicht aufhören in Graz!“) Nein, innerhalb weniger Jahre Bauzeit, Herr Dipl.-Ing. Vesko, könnte dieser Südabschnitt ermöglichen, Teilverkehrswirksamkeiten zu erreichen, weil wir ja auch die bestehende erste Südbahn sozusagen miteinbinden könnten. Für uns Steirer ist daher der Bau des Semmeringtunnels genauso wichtig wie der Bau auch des Koralmtunnels mit seinen 28 Kilometern.

Nur muß ich dazusagen, das ist nur zeitverschoben möglich, weil beim Semmeringtunnel könnten wir auch morgen mit dem Bau beginnen, und beim Koralmtunnel ist das ja nicht der Fall, da haben wir nur eine Machbarkeitsstudie, und keine Planung. Also, es ist nur zeitverschoben möglich, nur, wir Steirer brauchen beides. Ich danke für das Zuhören! (Allgemeiner Beifall. – 11.15 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke herzlich! Bevor der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger in die Schlußrunde geht, begrüße ich herzlich zwei liebe Kollegen im Zuschauerraum, frühere Kollegen, nämlich den früheren Abgeordneten Lind und den früheren Abgeordneten Zellnig, herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall.)

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (11.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Hinter der Ansatznummer 650004 verbirgt sich eine außergewöhnliche Budgetinnovation, die es wahrlich verdient, etwas ausführlicher erörtert, ja gefeiert zu

werden. Die hier veranschlagten 20 Millionen Schilling sollen dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs dienen, anteilig natürlich nur. Aus den 20 Millionen Landesmitteln sollen mit dem Beitrag des Bundes 200 Millionen Schilling werden. Eins zu neun ist keine schlechte Gewinnrate, noch dazu, wenn man auf Nummer Sicher setzt. Daß sich dieser finanzielle Einsatz für die Steiermark lohnt, dafür wurde im Straßenbau bereits der Beweis erbracht. 1,4 Milliarden waren es in den letzten Jahren, mit denen das Land Steiermark ein Vielfaches an Bundesmitteln für den Bundesstraßenbau flüssigmachen konnte, manchmal leider auch für ökologisch nicht verträgliche Trassenvarianten. Allerdings, mit den 20 Millionen für den ÖPNV wird man erst einen kleinen ersten Schritt machen können. Wenn dieser Ansatz nicht stetig auf etwa das Zehnfache erhöht wird, werden wir in etwa erst 70 Jahren jene 1,4 Milliarden erreicht haben, die wir bisher für den Bundesstraßenbau ausgegeben haben.

Meine Damen und Herren, gerade der Großraum Graz – es ist mehrfach hier betont worden –, gerade der Großraum Graz, Einzugsgebiet für weit über 700.000 Menschen, braucht, um seine ökonomische Zugpferdfunktion für die Steiermark weiterhin erfüllen zu können, Investitionen in die Infrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs. Aber auch der durch den motorisierten Individualverkehr verursachte und gerade in Ballungsgebieten verursachte Ökokollaps läßt sich nur durch den massiven Ausbau des ÖPNV, des öffentlichen Personennahverkehrs, abwenden.

Auch restriktive Maßnahmen im Hinblick auf den Automobilitäts müssen allerdings, auch wenn es nicht populär ist und wenn es nicht gerne gehört wird, durchgeführt werden. Nur basierend auf einem ausgebauten Netz öffentlicher Verkehrsmittel in Graz und im Großraum Graz kann das ambitionierte Konzept des Grazer Verkehrsverbundes von Dozent Rüschi und seinem hocheffizient arbeitenden Team realisiert werden. Eine schienenmäßige Verknüpfung der beiden Netze, etwa in Form einer S-Bahn, sollte dabei perspektivisch angestrebt werden.

Welches sind nun die Investitionen in die Schiene, die in den nächsten Jahren prioritär im Rahmen eines Nahverkehrsprogrammes zu realisieren sein werden?

Erstens der zweigleisige Ausbau der Strecke Graz-Spielfeld.

Es ist bereits darauf eingegangen worden. Es ist eigentlich sehr, sehr traurig, daß dieses Projekt an erster Stelle meiner Prioritätenliste stehen muß, hat doch die in den 50er Jahren noch ausschließlich sich am Bedürfnis der Autofahrer orientierende Verkehrspolitik zu einer Entfernung eines von zwei Gleissträngen geführt. Es war ein Fehler, dieses Gleis zu entfernen. Es war bereits einmal eine ausgebaute Strecke, es hat bereits einmal zwei Gleisstränge gegeben. Nun muß dieser Fehler korrigiert werden.

Wie hoch wären die Kosten für einen derartigen Ausbau? Der zweigleisige Ausbau der Strecke Graz-Spielfeld würde rund 2 Milliarden Schilling kosten. Mit der realistischen Annahme, daß etwa 50 Prozent dieser Summe dem Nahverkehr zugute kommen würden, also etwa eine Milliarde, würden entsprechend dem Schlüssel eins zu neun Kosten in einer Höhe von lediglich 100 Millionen Schilling für

das Land Steiermark anfallen. Hier muß das Land Steiermark zugreifen, zur Verstärkung des ÖPNV, aber auch, um der für die Steiermark noch immer real existierenden geopolitischen Randlage entgegenzuwirken. Die Herstellung einer leistungsfähigen Bahnverbindung mit Slowenien ist – man braucht kein Hellseher zu sein – auch eine Investition in die künftige wirtschaftliche Prosperität unseres Bundeslandes.

Ähnliches gilt für die Nummer zwei meiner Prioritätenliste, den Ausbau der Ostbahn als Nahverkehrsachse und als Achse zu Ungarn. Hier geht es zunächst um die bauliche Beseitigung und Sicherung von Bahnübergängen. Allein dadurch wären bereits gewaltige Fahrzeitreduktionen zu erreichen. Der zweite Schritt wäre hier die Elektrifizierung der Ostbahn.

Die Nummer drei eines Nahverkehrsausbauprogrammes wäre der Bau des Peugener Tunnels bei Rothleiten auf der Strecke Graz–Bruck. Die Fahrzeit zwischen Graz und Bruck könnte durch diese Maßnahmen auf unter 30 Minuten reduziert werden.

Schließlich viertens, auch nahverkehrswirksam, der vorrangige Bau der Koralmbahn als Direktverbindung von Graz und Klagenfurt und weiter in den oberitalienischen Wirtschafts- und Kulturraum.

Meine Damen und Herren, wir werden alle Kräfte dieses Landtages und dieser Landesregierung sammeln müssen, um diesen zentralen Projekten des Ausbaues des Nahverkehrs, die auch der Öffnung der Steiermark nach Osten und in den Süden dienen, realisieren zu können. Das hochrangige Straßennetz ist praktisch fertiggestellt. Es geht also nun darum, allmählich eine Umschichtung der Mittel vom Straßenbau in den Ausbau des ÖPNV zu erreichen, nur so läßt sich die Vielzahl der ökologischen Probleme des Verkehrs mindern, nur so läßt sich auch das Pendlerproblem vernünftig lösen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 11.20 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke herzlich. Das Schlußwort zu dieser Gruppe hat Frau Landesrätin Klasnic. Ich bitte sehr.

Landesrat Klasnic (11.20 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich bei allen Rednern sehr, sehr herzlich bedanken für die aktive, aber vor allem auch für die gründliche Vorbereitung, weil man gespürt hat, Sie haben sich wirklich mit dem Thema auseinandergesetzt.

Es ist ja kein geringes Budget, aber vor allem, es ist überhaupt das Wichtigste, das man braucht, um in einem Land sagen zu können, wir sind ein Wirtschafts- und ein Tourismusland, nämlich, daß die Infrastruktur stimmt. Wenn ich die Budgetzahlen nehme, dann sage ich jetzt die Summe von 743 Millionen Schilling. Natürlich würde es mich freuen, wenn es ein bißchen mehr wäre, vor allem im Radwegeprogramm hätten wir uns um einige Millionen mehr gewünscht, aber was jetzt nicht gelungen ist, kann ja im nächsten Budget möglich sein.

Ich möchte einige Fragen konkret beantworten. Der Kollege Schrittwieser hat gleich zu Beginn gefragt, es gibt das Gesamtverkehrskonzept, es ist ein Kostenpunkt von 90 Milliarden Schilling. Wieviel muß das Land dafür aufbringen? Konkrete Antwort: Beim bis-

herigen Stand – wenn man diese 90 Milliarden als Grundlage nimmt – hat das Land zirka 9 Prozent aufzubringen, das wären 8,1 Milliarden Schilling, verteilt auf zirka zehn Jahre, oder auch ein bißchen mehr, weil einfacher wird ja das Straßenbauen und das Bahnbauen auch nicht werden. Das heißt, mit der bisherigen Budgetpost, aber auch mit leichten Erhöhungen, können wir dieses Programm voll und ganz durchziehen.

Dann sage ich gleich dazu, wir sollen stolz sein, daß wir ein Programm über 90 Milliarden haben, und mit einer Selbstverständlichkeit – und das ist auch aus Ihren Reden hervorgekommen – wollen wir dieses Programm vom Bund einfordern, weil ich erlebe andere Bundesländer und die Bundeshauptstadt, die mit einer Selbstverständlichkeit sagen, sie brauchen diese Infrastruktur, obwohl sie schon viel weiter sind und viel mehr Möglichkeiten haben als wir Steirer. Das heißt, unser Selbstbewußtsein darf sich wegen dieser Summe nicht schrecken lassen, sondern wir wollen das.

Die zweite Frage konkret. Kollege Trampusch, weil Sie gemeint haben, was der Herr Landeshauptmann gemeint hat, was ist der Anteil Gratkorn-Tunnel bis Spielfeld. Ich habe mich erkundigt, habe mit dem Herrn Landeshauptmann selbst nicht reden können, aber nachdem sein langjähriger Mitarbeiter bei mir ist, hat er es mir verdeutscht, und ich werde das jetzt auch versuchen. Wir haben gemeinsam hier in diesem Haus eine Vorleistung für den Autobahnausbau von 1,5 Milliarden Schilling eingebracht, davon sind 1,1 Milliarden Schilling in die Pyhm gegangen, sprich in diese Tunnelbauten, Gleinalmtunnel, um die eine Summe zu nennen, und 400 Millionen Schilling für die Südautobahn. Der Herr Landeshauptmann hat mit dem steirischen Beitrag gemeint, nachdem auch der Minister anwesend ist, daß ja eigentlich der Teil von Gratkorn bis Spielfeld in den Bereich der Bundesstraßenverwaltung fällt, die Aufgabe und die Arbeit aber ausschließlich bei uns in der Landesbaudirektion ist. Das ist der steirische Beitrag dazu, das war gemeint, und ich hoffe, daß ich Ihnen diese Antwort damit geben konnte. (Abg. Trampusch: „Ich danke!“)

Ich habe mich gefreut, daß alle vom Tempo geredet haben.

Ich bilde mir ein bißchen ein, jemand zu sein, der nicht sehr langsam gehen kann und auch gerade im Verkehrsbereich und im Straßenbaubereich auch nicht langsam fahren möchte. Aber es ist halt einfach so, wenn man um das Tempo gefragt wird, allein geht es nicht sehr gut. Ich lade alle ein, mitzufahren, einzusteigen und vor allem nicht zu bremsen, dann werden wir das schaffen.

Es ist das Wort angesprochen worden durch das Gesamtverkehrsprogramm, und auch ein bißchen Mitleid ist dort und da mitgeklungen, daß ich dieses Ressort übernommen habe. Ich sage dazu, ich habe ein geordnetes, gutes Ressort übernommen und ein fertiges Gesamtverkehrsprogramm vom Herrn Landeshauptmann und allen seinen Mitarbeitern vorbereitet. Auf dem können wir aufbauen, und die heutige Debatte hat ja auch gezeigt, daß wir eigentlich von einer Straßen- zu einer Schienendebatte gekommen sind. Was aber auch unser Wissen verstärkt, daß wir Straße und Schiene als Struktur in diesem Land ganz besonders

brauchen. Dieses Gesamtverkehrsprogramm wurde bei uns in der Landesregierung angenommen, es wurde beschlossen, und die Umsetzung wird uns schon gelingen.

„Platz für Menschen“ ist ein Wort, das wir sehr oft hören. Als Wirtschaftsreferent sage ich gleich dazu, wir brauchen nicht nur den Platz für Menschen, wir brauchen auch den Platz für Betriebe, wir brauchen vor allem dann den Platz für Betriebe, wenn ich sie vor Ort draußen haben möchte, um nicht mehr so viele Pendler haben zu müssen, denen das Leben zusätzlich – da hat ja das Land in der Pendlerbeihilfe auch eine große Vorleistung erbracht, die eigentlich Bundesaufgabe ist, aber nie mehr vom Bund zurückgenommen werden wird oder wurde –, daß man sagen kann, schauen wir, daß wir eine so gute Infrastruktur haben, daß wir so gut vorbereitet sind, um die Betriebe draußen in den Regionen zu haben und damit weniger Pendler. Ich würde mir das wünschen, und ich bin sicher, daß ich da bei Ihnen vollste Unterstützung finde.

Der Verkehrsverbund wurde sehr deutlich angesprochen. Auch das ein Zeichen, daß man sich damit auseinandersetzt und daß es ein Signal geworden ist, wie es weitergeht. Es hat am vergangenen Montag den Antrag – von mir eingebracht – in der Steiermärkischen Landesregierung schon gegeben, wir haben uns daraufhin geeinigt, daß es noch Parteienverhandlungen geben soll, vor allem weil der Wunsch besteht, die Obersteiermark sofort und gleich miteinzubeziehen. Ich sage dazu, das sofort und gleich heißt das schnelle Tempo, das von Herrn Prof. Rüschi und seinem Team angesetzt wurde und jetzt einmal für den Großraum Graz im Tarifbereich fertiggestellt ist, vom Zeitökonomischen her durchzusetzen, durchzutragen, und wenn wir das eine haben, wird das andere parallel ja schon vorbereitet, weil die Prüfungen, die Messungen, die Kontrollen, aber vor allem auch das Abfahren dieser ganzen Strecken ist ja auch nicht ganz einfach. Und die große Leistung dieses Verkehrsverbundes ist es, da habe ich dann irgendwas gehört, der hat das gesagt, der hat das gesagt, manchmal tue ich mir leicht, aber ich würde mich freuen, eine zweite Frau in der Regierung zu haben, ich sage das gleich dazu, nachdem es überall so viele Väter gibt. So ist dies einfach. Sie haben mich verstanden. Aber wir werden uns bemühen, das zu tun. (Abg. Trampusch: „Mütter sind ja leichter feststellbar! So ist es, Frau Landesrat, auch in der Politik!“) Nein, die bekennen sich auch voll zu ihrem Projekt. Das ist es, und zu dem, was sie haben. Das wird der Herr Lückler mir heute bestätigen, wenn ich das so sagen kann. Grundsätzlich, das möchte ich noch dazusagen, weil Sie es vielleicht nicht wissen, es gibt jemanden, der sich sehr im Verkehrsverbund auch engagiert und mitarbeitet, das ist unsere Kollegin Gundi Kammlander, die sehr lang da gesessen ist und dies jetzt mit wahnsinnig viel Freude macht, auch das wollte ich Ihnen sagen, weil sie sich gerade mit dem Thema beschäftigt hat.

Semmering-Basistunnel: Ich habe eine ganz klare Aussage. Es hat diese Woche eine Aufzeichnung gegeben, wo ich nicht gewußt habe, was der Kollege Pröll auf der anderen Seite des Semmerings sagt. Ich habe zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter auch gerade früher gesagt, Sie müssen mit dem Herrn Bürgermeister Zilk und eigentlich dem mächtigsten

Finanzreferenten Österreichs – muß man fast sagen, ehrlicherweise zugeben – Mayer fertigwerden. Nur, die beiden Herren haben faktisch den Großteil ihrer politischen Aufgabe schon hinter sich. Unser oder mein Gegenüber in dem Fall, der Kollege Pröll, wird Landeshauptmann, aber wir haben ein gutes Gesprächsklima miteinander, und ich habe es einfach probiert, und diese Sprache hat er auch verstanden, er sagte nicht nein, sondern er meint, andere Prioritäten zuerst. Aber eines muß man sagen aus der Sicht der Steiermark: Niederösterreich hat das Glück zum Beispiel, an einer Wasserstraße zu sein, die Donau zu haben. Wir sind ein Land, das keine Wasserstraßen hat, das aber trotzdem oder leider mit Mautstraßen bestens ausgestattet ist. Und dieses Argument hat er auch aus dem Wettbewerb heraus auch zugunsten der Wirtschaft verstanden, und ich hoffe, daß wir weiterkommen, weil – und das darf ich auch hier sagen – der Auftrag an die HL ist ergangen, die Ausschreibung durchzuziehen. Dies wird Anfang Mai geschehen, wird dann einige Monate dauern. Inzwischen wird auch diese berühmte vom Parlament in Auftrag gegebene – oder wer immer das war, ich glaube aber, es ist über das Parlament beschlossen worden –, diese Studie vorliegen, die eine verkehrspolitische, betriebswirtschaftliche und eine umweltverantwortliche Prüfung durchführen soll. Und bitte verkehrspolitisch, betriebswirtschaftlich und umweltverantwortlich, das sind die drei Dinge, warum wir einen Semmering-Basistunnel brauchen. Und darum bin ich überzeugt, daß diese Studie zu unseren Gunsten ausgeht. Es geht nicht um 20 Minuten Fahrzeit, das kann es nicht sein. Es geht um viel, viel mehr, es geht vor allem auch um das, was wir für unser Land brauchen, dieses Offensein. Gleichzeitig muß ich sagen – und das sollten Sie wissen, weil es für das Argumentieren leichter ist –, damals im letzten Moment, drei Wochen bevor im Parlament beschlossen wurde, daß alles, was in Auftrag gegeben wird, HL, noch einmal ins Parlament muß, der Ministerrat braucht. Der Semmering-Basistunnel braucht das alles nicht mehr, diese Beschlüsse liegen vor, und darauf können wir aufbauen.

Dem Kollegen Heibl darf ich nur sagen, Sie haben einen wahrscheinlich viel längeren, viel besseren, viel intensiveren Draht zur Bundesbahn, weil er es angesprochen hat, den zweigleisigen Ausbau Richtung Spielfeld. Ich habe nachgefragt, ich habe es nicht gewußt, aber man erfährt ja alles, wenn man fragt, 1954 ist dieses zweite Gleis abgetragen worden. Abgetragen, weil es der Bundesbahn damals als nicht kostendeckend erschien, aus Sparsamkeitsgründen. Aber ich glaube von meinem anderen Wissensstand her zu wissen, daß es einen internen Zusammenhang mit dem Staatsvertrag gegeben hat. Das war damals nämlich auch die Diskussion. Trotzdem werden wir uns bemühen, dort weiterzumachen, und damit darf ich Ihnen gleich sagen, wo meine nächsten Arbeitsschwerpunkte in der nächsten Zeit liegen.

Ich bitte jetzt Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie werden ihn früher treffen, haben ihn schon getroffen, kennen ihn besser, ich werde in kurzer Zeit – der Termin ist fixiert – beim neuen Verkehrs- und Verstaatlichtenminister in drei Dingen vorstellig werden. Das eine ist gemeinsam mit der Stadt Graz in Sachen Verkehrsverbund, nämlich mit der anteilmäßigen Zahlung des Bundes. Das Zweite sind die

Bahnexpressstützpunkte Liezen, Bad Aussee und Schladming, die sollen aufgelöst werden. Wir wehren uns dagegen, und die anderen Punkte, die heute hier angesprochen werden, werde ich als Grundlage auch für dieses Gespräch mitnehmen. Zur Süd-Ost-Spange haben sich Vertreter aus der Sicht des Landes gemeldet, die sich nach dieser Machbarkeitsstudie jetzt in diese Arbeitsgruppe einordnen wollen, gemeinsam mit Kärnten, Burgenland, Wien, Niederösterreich, und mit dem Bund vor allem versuchen werden, jenen Beitrag zu leisten, daß wir dort hoffentlich nicht die 25 Jahre brauchen. Aber wer immer sich mit Baumaßnahmen beschäftigt, wo andere Menschen betroffen sind, weiß, wie lang es notwendig ist. Und der Herr Präsident Rader hat den Bürgermeister Lind angesprochen, er hat gesagt, es ist eines seiner schönsten Abschiedsgeschenke gewesen, daß es wenigstens eine Machbarkeitsstudie einmal für eine Süd-Ost-Spange und für einen Koralmtunnel gibt. Hier in diesem Haus deutlich gesagt auch für die Argumentation, wir haben den Antrag gestellt an den Bund – Hochleistungsstrecke: und zwar bitte für die Süd-Ost-Spange im Bereich des Südens und des Südostens der Steiermark – Süd-Ost-West –, aber auch bitte von St. Michael bis Neumarkt, auch dort wollen wir eine Hochleistungsstrecke haben. Das sind wir dem Murtal und vor allem besonders den Bezirken, die sich in der Obersteiermark und in der Region oft unter Schwierigkeiten schon behaupten mußten, schuldig. S 6 Sondierstollen wird begonnen, selbstverständlich, und da gebe ich auch jenen Kollegen recht, die Maut war ja ein Thema heute am Vormittag, wir haben als Landesregierung einen Auftrag für ein Mautstudienkonzept über die betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen für die Steiermark in Auftrag gegeben. Es hat gestern zufällig ein Zwischengespräch stattgefunden. Der erste Zwischenbericht wird Ende Juni vorliegen, ich werde Ihnen diesen dann zur Kenntnis bringen beziehungsweise ich hoffe, daß es bis zum Endbericht nicht zu lange dauert.

Auch dem Kollegen Dipl.-Ing. Vesko habe ich sehr gut zugehört. Er hat für sich ein steirisches Bild Straße-Schiene vor sich gesehen, so habe ich das gemeint und kann dazu nur sagen, im Grunde genommen ist es so. Gerade in der Steiermark, weil Sie gesagt haben, wie schaut es im Güterverkehr aus, sind Züge unterwegs, wo fast nichts drauf ist. Ich selbst finde es unnötig, einen Lkw plus Ladung, es wäre viel gescheiter einen Container auf den Zug zu laden. Diesen Verkehr anders zu organisieren wird möglich sein, wenn uns mit vereinten Kräften auch ein Terminal gelingt. Wir werden unsere Bemühungen verstärken. Nur für die steirische Wirtschaft, für die steirische Verkehrswirtschaft muß ich sagen, daß wir jenes Bundesland sind, das den stärksten und den meisten Hucklepackverkehr hat, nämlich ein Fünftel. Das haben alle anderen Bundesländer nicht. Und das haben wir nicht nur, weil das so günstig ist – weil es ist nicht günstig, es ist teurer, es ist auch ein größerer Zeitverbrauch –, wir haben es deshalb, weil das Kontingent an BRD-Genehmigungen so gering ist und das so eine Ausweichmöglichkeit für die transportierende Wirtschaft ist.

Viele Anliegen sind angeschnitten worden. Ich habe gehört, es sind Ennstaler hier im Raum, die auch gerne

etwas über ihr Thema hören würden. Wir haben vor ganz kurzer Zeit eine intensive Ennstaldebate gehabt. Sie wissen, wie schwer es ist, ich darf Ihnen versichern, daß niemand in diesem Land, in welcher Fraktion auch immer, und kein verantwortlicher Politiker etwas tun möchte, was den Menschen schadet. Aber eines sage ich ganz klar, Entscheidungen müssen auch getroffen werden, Entscheidungen müssen auch eingehalten werden, aber man sollte beim Einhalten dieser Entscheidungen immer auch nach Wegen suchen, um nach Möglichkeit Menschen nicht zu schaden und die Natur nicht zu sehr zu verletzen. Auf alles wollen wir Rücksicht nehmen.

In dieses Paket gebe ich gleich die Anfragen in Richtung Feldbach, Fürstenfeld. Wir kennen die Schwerpunkte, die wir haben. Ich sage jetzt ganz ehrlich dazu, die Verantwortlichen in der Landesbaudirektion mußten sich auch ein bißchen umstellen, haben das sofort und spontan getan, aber sie haben jetzt kein leichtes Leben gegenüber vielleicht vor 20 Jahren, wo man mit Bauen von Straßen Menschen noch Freude bereiten konnte. Diese Zeit ist eben jetzt vorbei, und so sehr wir froh sind aus der Sicht der Wirtschaft, der Bauwirtschaft, für die Arbeitsplätze, daß es diesen Straßenbau in einer so intensiven Kraft bei uns im Land gibt, wir brauchen ihn auch. Es ist nicht einfach, und es ist für jeden einzelnen Mitarbeiter in der Landesbaudirektion auch manchmal sehr schwierig, wenn sie merken, daß jemand bei der Tür hereinkommt, kein Verständnis hat, daß er betroffen sein soll, und nicht nur der Nachbar, und daß diese Diskussionen manchmal sehr mühevoll sind.

Nicht gesprochen haben wir heute über die Steiermärkischen Landesbahnen, für die ich auch zuständig bin. Ich glaube aber, daß man sagen kann, es gibt vieles an Vorbereitung, Einbinden in den Verkehrsverbund. Ich sage dazu, es sind auch gerade bei den Steiermärkischen Landesbahnen im ganzen Land Menschen unterwegs und im Einsatz, die sich sehr bemühen, die Kundschaft, die wir haben, die uns aber viel zuwenig ist, gut zu behandeln, ein gutes Service zu bieten und einen Beitrag zu leisten.

Eines, das ich ansprechen möchte, weil wir sehr stolz darauf sind, aber viel an Vorarbeit und viel an Einsatz, aber auch viel an Beschimpfung damit verbunden war, das ist die Steirische Verkehrssicherheitsinitiative, zu der ich mich auch einige Jahre danach voll und ganz bekenne, daß wir etwas darzustellen, klarzustellen und einen Einsatz zu bringen haben, um die Sicherheit auf den steirischen Straßen zu verstärken. Ich nenne kaum Zahlen, diese möchte ich nennen. Wenn wir sagen, daß allein gegenüber Österreich die Todesopfer – da war der Durchschnittsrückgang 18,3 Prozent – es in der Steiermark 49 Prozent waren, dann können wir hoffen, daß mit dieser Initiative einige Menschenleben gerettet werden konnten.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei allen Beteiligten, bei der Exekutive im ganzen Land, bei allen, die mithelfen im Straßendienst im Sinne der Verkehrssicherheit, bei allen Menschen, beginnend vom Landesbaudirektor zu allen Hofräten in den Abteilungen in der Landesbaudirektion, in den Baubezirksleitungen. Sie arbeiten für unsere Menschen draußen im Dienste der Verkehrssicherheit, damit wir das bekommen, was ich glaube, das wir uns alle gewünscht

haben, nämlich eine europareife Verkehrsinfrastruktur. Das ist bewußt notwendig, um den Wirtschaftsstandort und Tourismusstandort, um diese Steiermark auch für die Zukunft einfach lebenswert zu erhalten, aber auch so, daß man in diesem Land etwas verdienen kann und einen Arbeitsplatz findet. Darum bitte ich Sie, sich mit mir gemeinsam – und diese Gemeinschaft habe ich gespürt – auch weiterhin zu bemühen! (Allgemeiner Beifall. – 11.41 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zur Gruppe 6 liegen nun keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Hat der Herr Berichterstatter die Absicht, das Schlußwort zu halten? Das ist dankenswerterweise nicht der Fall. Ich bitte daher jene, die dieser Gruppe die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nunmehr zur Gruppe 7 „Wirtschaftsförderung“. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Hans Kinsky, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Kinsky (11.42 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 7 umfaßt folgende Punkte:

Grundlagenverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft, land- und forstwirtschaftlicher Wegebau, landwirtschaftlicher Wasserbau, Strukturverbesserung, Elektrifizierung und Mechanisierung, Besitzfestigung, sonstige Maßnahmen, land- und forstwirtschaftliche Interessenvertretung, Tilgung und Beratung, Produktionsförderung, Jagd und Fischerei, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Förderung der Energiewirtschaft, Förderung des Fremdenverkehrs, Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs, Einrichtungen zur Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie, Bildung und Beratung, wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Insgesamt gestaltet sich der Budgetrahmen wie folgt:

Einnahmen: 104,299.000 Schilling, Ausgaben: 722,143.000 Schilling.

Ich ersuche um Eröffnung der Debatte.

Präsident Mag. Rader: Ich danke herzlich. Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte wieder zu teilen, und zwar in die Landwirtschaft, den Fremdenverkehr und die Wirtschaftsförderung. Gibt es dagegen einen Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zum ersten Teil, zur Landwirtschaft.

Meine verehrten Damen und Herren, traditionellerweise und dankenswerterweise haben die steirischen Bauern uns wieder einen kleinen frischen, saftigen und steirischen Apfelgruß auf den Tisch legen lassen. Wir bedanken uns dafür sehr herzlich. Ich schlage vor, daß wir diesen Vitaminstoß auch wirklich genießen. Vielleicht dient er dazu, die Budgetdebatte spritziger zu machen, was wir meiner Meinung nach notwendig hätten.

Erster Redner ist nunmehr der Herr Abgeordnete Grillitsch, ich bitte ihn an das Rednerpult, das ist hier vorne.

Abg. Grillitsch (11.44 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Es gehört zur Tradition dieses Hauses, daß die Wirtschaftsdebatte mit der Landwirtschaft eingeleitet wird. Wenn man das Schlußwort der Frau Landesrätin in einem anderen Bereich gehört hat, so ist erkenntlich, daß es keine Wirtschaft ohne vernünftige Landwirtschaft gibt. Es hatte der Generalredner unserer Partei, der Herr Dr. Hirschmann, vor zwei Tagen schon darauf hingewiesen, daß gerade wir in der Steiermark uns bemühen müssen um eine gemeinsame Politik für die Steiermark, für eine saftige Steiermark – wie er gesagt hat –, wo uns die Zukunft auch schmeckt.

Wir von der Bauernschaft her haben uns immer um diese große Gemeinsamkeit auch bemüht. Wir leben gerade heute in einer Zeit, wo die agrarischen Probleme weltweit diskutiert werden, wo es viele Unsicherheiten in Gesprächen gibt, seien es die GATT-Gespräche, die wiederum in Frage gestellt sind, seien es auch die Gespräche in der osteuropäischen Situation, und es gibt viele Vorstellungen auch in der EG-Agrarpolitik.

In einer Zeit, meine Damen und Herren, wo Millionen Menschen auf der Erde hungern, muß man sich überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, auch in diesen hungernden Bereichen sich zu bemühen, daß dort für die Menschen ein besserer Standard erreicht werden kann. Wir in Österreich können uns zu einer Wohlstandsgesellschaft zählen, und wir sind stolz darauf. Es ist diese Wohlstandsgesellschaft sicher mit viel persönlichem Fleiß aller, aber vor allem auch der Bauern zustande gekommen, die aus einer Zeit der Unterversorgung die Versorgung gesichert haben. Es ist heute für jeden selbstverständlich, einen gedeckten Tisch zu haben, und wir haben auch von Haus aus den richtigen Weg beschritten, im agrarischen Bereich die flächendeckende Struktur zu erhalten und damit auch den ganzen ländlichen Raum in seiner gesamten Wirtschaftskraft zu fördern und zu erhalten.

Wir sind heute in der Lage, eine hochqualifizierte Ernährung in einer ökologischen Situation zu sichern. Und unsere Ernährung können wir auch in Krisenzeiten sichern. Gerade die letzten Jahre haben es auch gezeigt und bewiesen, was es bedeutet, wenn eine gesicherte Ernährung vorhanden ist, seien es die kriegेरischen Auseinandersetzungen oder seien es auch politische Auseinandersetzungen. Es bringt Ruhe unter die Bevölkerung, und es bringt ein Gefühl der Geborgenheit. Die Erhaltung und die Pflege der Naturlandschaft sind auch Voraussetzungen für die Entwicklung der ganzen Wirtschaft. Und wenn heute der Tourismus 10 Prozent unserer Wirtschaftskraft bereits trägt, wenn die Einnahmen über den Tourismus die 200-Milliarden-Schilling-Grenze erreichen, so glaube ich hier auch offen sagen zu dürfen, daß hier die Land- und Forstwirtschaft einen Hauptanteil in dieser Entwicklung zu tragen hat. (Präsident Mag. Rader: „Darf ich bitten, die Lautstärkepegel im Zuschauerraum etwas zu senken. Am Wort ist der Herr Abgeordnete Grillitsch!“) Für all diese Fragen ist die Einkommenspolitik in der Land- und Forstwirtschaft, das heißt, die Einkommenssituation der Bauern von großer Bedeutung. Wir haben das immer gesagt, daß gerade auch für die Bauernschaft der gerechte Anteil an der Volkswirtschaft in ihrer Einkommenssituation

auch zum Tragen kommen muß. Ich freue mich, daß die steirische Politik, die Budgetpolitik auch für 1992 diese Gesinnung getragen hat und daß die Direktzahlungen im Bereich des Grenzlandes und der Bergbauern angehoben wurden. Wir wissen schon, sicher, das Geld verwaltet der Herr Landesrat Ing. Ressel, der große Kämpfer ist unser Landesrat Pöttl, wie alle anderen vor ihm. (Abg. Vollmann: „Wir hören umgekehrt immer, er gibt nichts her!“) Ein guter Finanzmann! (Abg. Vollmann: „Wenn Ihr etwas bekommt, war es euer Landesrat, wenn Ihr nichts bekommt, war es Landesrat Ing. Ressel!“) Also, ich bin jedenfalls überzeugt, lieber Kollege Vollmann, und deshalb habe ich von der gemeinsamen Verantwortung der Herren Abgeordneten gesprochen, weil wir alle hier, wir alle, wir 56 und die Herren der Regierung, wir verwalten nicht unser Geld, sondern wir verwalten das Geld der steirischen Bevölkerung, das über Steuerleistungen gekommen ist, und sorgen uns darum, daß das entsprechend nach Wertigkeit auch für die einzelnen Berufsgruppen gerecht verteilt wird. Deshalb erübrigt sich für mich die Frage, Ressel oder sonstwo, und ich könnte mir gar nicht vorstellen, dich als großen Sponsor zu sehen.

Meine Damen und Herren, wir nehmen diese Anhebung zur Kenntnis, freuen uns darüber, drücken aber auch mit Sorge aus, daß die Entwicklung zeigt, daß man hier auch in Zukunft sich bemühen muß, um das alte Ziel zu erreichen, daß die bäuerlichen Einkommen den anderen Berufsgruppen angeglichen werden. Und wir wissen klar, daß auch Preise ein Teil des Einkommens sind. Wenn heute oft unüberlegt in Presseaussendungen schon davon gesprochen wird, es müßten die Preise am schnellsten Weg an die EG angeglichen werden, dann sage ich Ihnen als steirischer Bauer, das kann nur im Gleichklang passieren. Die Preise ganz angleichen kann man erst dann, wenn es soweit ist, daß wir auch die EG-Bedingungen bei unseren Investitionen haben. Die Agrarpreise sind ein wesentlicher Teil des bäuerlichen Einkommens, und die Agrarpreise entscheiden auch darüber, ob wir die flächendeckende Landwirtschaft, ob wir die Kulturlandschaft in unserem Lande erhalten können oder nicht. Die geforderte 10prozentige Absenkung der Preise würde ein Einkommensminus in der Steiermark von 15 Milliarden Schilling für die Landwirtschaft bedeuten. Ich glaube, das sind Spielereien, die man in der jetzigen Situation eher vermeiden soll.

Meine Damen und Herren, ich glaube, man muß die bäuerliche Situation als einen Wirtschaftsfaktor sehen, und man muß sich gerade in dieser schwierigen Zeit, wie ich die Dinge auch bereits betont habe, bemühen, hier Gemeinsamkeit an den Tag zu legen, Verantwortungsbewußtsein zeigen für diesen Wirtschaftsfaktor. Und man muß die parteipolitischen Spielereien, die in den letzten Tagen auch immer wieder durchgebrochen sind, vielleicht hintanstellen. Gerade die politische Situation und die Zeit der heutigen Nicht-Politikverdrossenheit, sondern, glaube ich, zum Teil Politikverdrossenheit verlangt es auch, daß wir die Dinge ernster sehen, daß parteipolitische Spielereien hintangestellt werden und daß wirklich die Probleme mit dem entsprechenden Ernst und der entsprechenden Vernunft auch ausgetragen werden. Wir haben uns von dieser bäuerlichen Seite aus immer bemüht,

auch im sozialpartnerschaftlichen Denken, wo wir nicht immer die Bevorteilten waren, in der Form vorzugehen. Und wir wissen, daß die Eigenversorgung auch eine Notwendigkeit ist. Wir haben uns in dieser Eigenversorgung auch bemüht, den Qualitätsgedanken hochzutreiben und auch zu produzieren, der in Europa heute führend ist. Ich freue mich immer darüber, wenn ich in Diskussionen erfahre, daß auch der Konsument es jetzt heute weiß und merkt, daß die österreichische Qualität im europäischen Raum eine der Spitzenqualitäten bildet, und wir müssen uns nur bemühen, diese Qualität auch entsprechend zu vermarkten.

Meine Damen und Herren! Wir müssen noch etwas, vor allem im bäuerlichen Bereich und auch für die gesamte Bevölkerung, wir müssen die Dinge offen ansprechen und offen diskutieren. Sie erinnern sich daran, als Herr Präsident Schwab vor einigen Monaten auch seine Sorge zum Ausdruck gebracht hat bezüglich der EG-Diskussion und hier auch die Einkommenssituation in der Landwirtschaft zur Sprache gebracht hat und sie geteilt hat in forstwirtschaftliche und bäuerliche Situation, ist er von vielen Menschen in der ersten Phase mißverstanden worden. Die Aufklärung und auch die Aufklärung der Presse hat gezeigt, daß er am richtigen Weg ist, und hat auch gezeigt, daß es richtig ist, die Dinge offen anzusprechen.

Ein Minus von 10 Prozent, habe ich schon gesagt, würde 1,5 Milliarden Schilling – verzeihen Sie mir den Versprecher vorhin mit den 15 Milliarden Schilling – für die steirische Landwirtschaft bedeuten. Ein Minus von 2 Prozent würde 300 Millionen Schilling bedeuten, um 300 Millionen Schilling müßten dann die Direktzahlungen angehoben werden, was wir sicher momentan noch nicht in der Lage sind. Gerade das, meine Damen und Herren, hat Hubert Schwab gemeint. Es müssen in einer langen Sicht, bis es soweit ist, hier auch die Voraussetzungen geschaffen werden, daß es bis dorthin stimmt.

Wenn in den letzten Tagen Herr Prof. Schneider von der WIFO die Einkommenssituation für 1991 beleuchtet hat, so stellt er darin auch fest, daß ein Minus von 5,6 Prozent vorhanden ist in der Relation zu allen anderen Berufen, wo es ein Plus von 6,5 Prozent gegeben hat. Die steirische Budgetpolitik, meine Damen und Herren, hat sich bemüht, einen kleinen Ausgleich zu schaffen, ist aber nicht in der Lage, diese Entwicklung ganz abzufangen. Deshalb noch einmal gesagt, Preispolitik und Förderungspolitik muß ein gemeinsamer Weg sein, damit wir die Strukturen innerhalb der Land- und Forstwirtschaft auch erhalten können.

Die letzten Betriebszählungen haben ergeben, daß es ein Minus von 12 Prozent in der bäuerlichen Betriebsstruktur gibt. Es haben sich die Betriebe von 1970 bis 1990, in den letzten 20 Jahren, von 68.000 auf 60.000 verringert, das ist ein Minus von 8000 Betrieben, und es ist eine besonders starke Verringerung innerhalb der Vollerwerbsbetriebe festzustellen. Weil heute in diesem Zusammenhang – und ich sage das vorweg – hier auch oft behauptet wird, die Betriebe werden weniger, und bei den Institutionen für die Land- und Forstwirtschaft rührt sich nichts. Wenn es hier eine Verschiebung von 12 Prozent gegeben hat, so hat sich in anderen Bereichen beratungsmäßig eine Reduzierung von 20 Prozent ergeben. Es zeigt diese Statistik, daß immer weniger Familien in der Lage

sind, ausschließlich aus der Landwirtschaft ihr Einkommen zu sichern.

Hier hat die Steiermark vor allem auch einen großen Blick nach vorne gehabt und rechtzeitig auch am Bildungssektor den zweiten Weg beschritten, daß eine zweitberufliche Möglichkeit gegeben ist. Wir haben in den 70er Jahren, glaube ich, den richtigen Ansatz in dieser politischen Weichenstellung gemacht, daß wir alles unternehmen müssen, von der Einkommenssituation bis zur Bildung und Vermarktung, den ländlichen Raum zu erhalten, um dort unsere Strukturen zu erhalten, um dort auch die Strukturen im Gewerbe und vor allem Arbeitsplätze zu schaffen im ländlichen Raum, die bei den Menschen dort sind. Mit dieser Politik, glaube ich, werden wir gerade in der heutigen Zeit auch den vielen Problemen der Umwelt gerecht und sind vor allem in der Verkehrssituation, die jetzt soeben diskutiert wurde, auch am richtigen Weg.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns zur Zeit in der Novellierungswelle der ganzen Marktordnung. Es gibt dort viele Vorstellungen und viele Meinungen, und wir können froh sein darüber, daß uns in der ersten Marktordnungsregelung einiges gelungen ist, daß wir am milchwirtschaftlichen Bereich heute vielleicht schon zum Teil die Sorgen haben, daß es nicht zu weit nach unten geht. Es ist uns gelungen, die Produktion rückzuführen von 130 Prozent der Selbstversorgung auf zur Zeit 111 Prozent. Nur, meine Damen und Herren, eine Produktion von 111 Prozent stellt keine totale Eigenversorgung dar, weil gerade in der Milchproduktion die Anlieferung jahresmäßig unterschiedlich ist. Wir haben es in letzter Zeit gemerkt, vor Weihnachten war es, wie schnell es geht durch irgendwelche Einflüsse, daß es auch zu einem Notstand kommen kann.

Wir haben in der ersten Marktordnungsnovelle auch eine Strukturänderung der Milchwirtschaft eingeleitet, die heute voll im Gange ist. In der Steiermark haben sich sechs Molkereien zur Agrosserta zusammengeschlossen, andere Molkereien haben sich in sich zusammengeschlossen, um eben Betriebe zu haben, die leistungsfähig und die konkurrenzfähig sind. Wir wollen mit dieser Art auch dem Versprechen gerecht werden, daß der Richtpreis ein einheitlicher für die Bauernschaft sein kann. Es kann in der jetzigen Marktordnungsnovelle nicht passieren, daß man diese Vorstellungen ganz negiert, daß man diese Vorstellungen herausnimmt und die Preisentwicklung in der Form gefährdet. Das würde bedeuten, daß die ganze Einkommenssituation dann wiederum in Frage gestellt werden würde.

Wir haben große Probleme auch in dieser Diskussion und vor allem durch die jetzige Infragestellung, ob der EWR-Vertrag hält oder nicht hält, wie man der Presse entnimmt, wie sich die ganze Fleischentwicklung weiterentwickelt. Wir haben in vielen Diskussionen hier im Hause in den vergangenen Jahren seit 1972 festgestellt, daß das immer die Sorge, die jährliche Sorge seit 1972 war durch die Drittlandstellung in den damaligen Vereinbarungen, wo Gott sei Dank die öffentliche Hand sehr viel ausgeglichen hat. Gerade die steirischen Bauern, im Bergland und auch im Hügelland, haben oft nur die Möglichkeit der tierischen Produktion. Sie produzieren hohe Zucht- und

auch hohe Mastqualität, dort wo die Voraussetzungen sind.

Wir müssen uns bemühen, daß in dieser Frage sich die Preissituation auch bessert, um nur einen Überblick zu sagen, wo wir uns jetzt befinden, wo die Preise sehr tief sind und die Stützungsbeträge sehr hoch, jeder Schilling beim Viehpreis weniger macht in der Steiermark für die Bauern insgesamt 80 Millionen Schilling aus, also bei einem Schilling weniger sind es 80 Millionen Schilling bäuerliches Einkommen in der Steiermark weniger.

Wir haben uns auch in der ersten Marktordnung im Getreidebereich, wo es sich schon abgezeichnet hat, daß es hier Vermarktungsschwierigkeiten geben wird, um den Alternativanbau sehr bemüht. Wir haben zur Zeit 160.000 Hektar Alternativflächen. Der Weltgetreidemarkt, meine Damen und Herren, ist am Boden. Die GATT-Gespräche zeigen uns, daß andere Länder unter ganz anderen natürlichen Produktionsbedingungen in der Lage wären, ganz Europa mit Getreide zu versorgen zu einem Preis, wo wir überhaupt nicht produzieren können.

Und wir müssen hier in diesem Bereich, um eben bei einer vernünftigen Produktion zu landen, die Alternativproduktion fortsetzen, Flachs, Ölsaaten, Eiweißfrüchte, das ist auch in der Steiermark möglich. Hier sind wir vorbildlich und erfolgreich, haben leider nur immer wieder die Einbrüche durch die Änderung der Grundstoffpreise in der Weltmarktordnung, wie zum Beispiel das obersteirische Flachsprojekt durch diese Grundstoffsituation sich in einer sehr schwierigen Situation befindet, und hier muß man, um nicht wiederum die Getreideflächen anzuheben, sich eben auch dort sorgen, daß es über die Marktordnung möglich ist, die Produktion zu ändern, das zu erzeugen, was wir selbst brauchen, was wir dann nicht importieren müssen, um das bäuerliche Einkommen auch zu sichern.

Meine Damen und Herren, in diesem Papier, das ich Ihnen gezeigt habe, werden immer wieder auch die bäuerlichen Vermarktungseinrichtungen in Frage gestellt. Ich habe vor nicht allzu langer Zeit darauf hingewiesen, wie es aussieht in Ländern, wo es diese Vermarktungseinrichtungen nicht gibt. Und sie wurden ja auch bei uns in einer sehr schwierigen Zeit geschaffen, in einer Zeit, wo man gewußt hat, daß auch nur die Gemeinsamkeit und die gegenseitige Hilfe die Probleme lösen können, und wurden erfolgreich geschaffen. Und man soll gerade diesen Geist der genossenschaftlichen Vermarktung, wo die Besitzverhältnisse im Bereich der Bauern sind und die Bauern und die Mitglieder darüber befinden, was dort geschieht und was nicht geschieht, aus dem parteipolitischen Tagesstreit herausnehmen. Ich weiß schon, daß es auch hier im Hause manche Agrarpolitiker gegeben hat, die sich das als persönliches Hobby auserkoren und zum Spielball gemacht haben. Wir und alle für die Bauernschaft Verantwortlichen sind sehr bemüht, daß die Dinge dort ganz korrekt und leistungsbewußt gemacht werden. Und wir sind auch sehr bemüht, daß die Mitarbeiter dort im sozialen Frieden und in der sozialen Einstellung, in der wir ihnen gegenüberstehen, ihren Dienst im Interesse der Gesamtwirtschaft auch leisten. Sie haben in den vergangenen Jahren gemerkt, was es für ein Land heißt, wenn es keine Vermarktungseinrichtungen gibt. Und wenn Sie heute in den Osten

schauen, wo täglich eine Katastrophe in der Versorgung zum Greifen nahe ist, dann ist das die Hauptursache, warum es soweit ist. Solche Dinge lassen sich nicht staatlich lenken, solche Dinge müssen organisch wachsen und müssen dann kommerziell geführt werden nach dem Leistungsprinzip, so wie wir unsere Genossenschaften vor allem auch in der Steiermark führen. Und wir sind sehr weit entfernt von einem zentralistischen Gedankengut in dieser Frage. Ich sage Ihnen auch ganz offen, das lassen sich die Mitglieder – sprich die Bauern – auch gar nicht so ohne weiteres bieten, weil es die meisten miterlebt haben, was es heißt, in der Wirtschaft, wenn nur von einer Stelle aus diktiert wird, wenn die Dinge zentral gelenkt werden, daß es eben dann nicht so ist, wie wenn man nahe zum Bürger die Dinge macht. Wir bemühen uns in dieser genossenschaftlichen Vermarktung für die gesamte bäuerliche Produktion. Und es wird sicher dort so sein, wo heute Molkereien zugesperrt werden oder werden müssen, weil einfach die Milch nicht mehr vorhanden ist, daß andere Produkte vermarktet werden und die entweder privat oder in Gemeinschaften dann wiederum einer Vermarktung zugeführt oder vielleicht, was auch möglich wäre, verarbeitet werden könnten vor Ort, wo auch die Politik des ländlichen Raumes wiederum voll zum Tragen käme. Das gilt für den Gemüsebau, das gilt für alle anderen Spezialkulturen, das gilt selbstverständlich auch für die Imker, für die Bienezüchter im Lande, wo wir auch als einziges Bundesland eine vorzügliche Imkerschule haben und gerade diesen Berufsstand der Imker auch in schwierigen Zeiten immer entsprechend unterstützt haben, wie Ihnen gerade auch aus letzter Zeit sicher bekannt ist.

Meine Damen und Herren! Die Fragen des Grundverkehrs und der Bildungspolitik sind in den tagespolitischen Gesprächen auch immer wieder zu finden. Ich freue mich sehr darüber, daß der Herr Landesrat Pörtl in seinen letzten Initiativen auch die Frage des Grundverkehrs in einer Pressekonferenz präsentiert und festgestellt hat, daß es bundesweit Gespräche gegeben hat, daß hier die Sicherung des heimischen Bedarfes auch da ist und daß es zu keinem Ausverkauf kommen kann. Und die Bildungspolitik und die Beratungspolitik werden gerade in Zukunft einer großen Herausforderung ausgesetzt sein, die vielen Änderungen innerhalb der Land- und Forstwirtschaft brauchen für die Zukunft eine gutgebildete Bauerngeneration und brauchen für die Zukunft auch die entsprechende Hilfestellung in Beratungen bezüglich dieser Veränderung.

Die steirische Agrarpolitik hat in ihren Zielsetzungen viele neue Innovationen miteingebracht. Und gerade bei der letzten Umweltagung am vorigen Freitag hat man das auch sehr deutlich gesagt, daß man mit dem ökosozialen Weg, dessen Gründer und Überleger auch ein Steirer mit vielen anderen war, einen Weg gefunden hat, der heute nicht nur in Österreich, sondern über Österreich hinaus Anerkennung findet, der in der europäischen Agrarwirtschaft bereits diskutiert wird und man vielerorts schon überzeugt ist, daß die Zukunft ohne gesunden Boden, ohne Berücksichtigung der Ökologie wahrscheinlich nicht zu bewältigen sein wird. Eine steirische Erfindung. Der steirische Kammeramtsdirektor Dr. Kopetz hat in vielen seiner Arbeiten auch die Umweltpolitik sehr günstig beein-

flußt und vor allem im Energiedenken mit der Verwertung der Biomasse nicht nur für die steirischen Bauern ein zusätzliches Einkommen geschaffen, sondern darüber hinaus auch im ökologischen Denken einen großen Vorsprung gemacht. Und er ist auch einer der Verfechter der heute diskutierten CO₂-Abgabe, die auch nicht nur in Österreich, sondern auch schon in der Bundesrepublik diskutiert wird und der man in Zukunft sicher nicht ausweichen kann.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, immer wieder kommt auch die Interessensvertretung in Diskussion. Wenn ich Sie eingangs gebeten habe, man soll die Agrarpolitik von parteipolitischen Spielereien trennen und man soll ihr diese Wertstellung geben, die sie verdient, so haben zumindest die steirischen Bauern vor zwei Jahren in ihrer Urabstimmung ihrer Interessenvertretung auch die entsprechende Wertstellung gegeben, indem mehr als 83 Prozent für die Interessenvertretung in dieser Form auch gestimmt und der Interessenvertretung die Anerkennung gegeben haben.

Die steirische Landwirtschaftskammer hat ein Fünf-Jahres-Programm erstellt und in ihrer Kammervollversammlung, in der alle Parteien vertreten sind – das heißt Bauernbund/Volkspartei, Sozialistische Partei und auch die FPÖ – einstimmig beschlossen. (Abg. Peinhaupt: „Kein einziger Beschluß!“) Bitte? Ach, Ihr seid, glaube ich, dagegen gewesen. (Abg. Peinhaupt: „Ich werde dir die Gründe dann noch sagen!“) Ja bitte, Herbert, weil ich habe gehört, Ihr habt das noch nicht ganz begriffen gehabt. Es wird sehr gut sein. (Abg. Peinhaupt: „Ich werde dir das dann begreifbar machen!“)

Dieses Fünf-Jahres-Programm hat zum Ziel in seinen sieben Punkten, die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln, das heißt die Sicherung der Ernährung in Krisenzeiten, die Pflege der Kulturlandschaft, die Erhaltung der natürlichen Produktionsgrundlagen, die Pflege und Weitergabe auch des bäuerlichen Kulturgutes, meine Damen und Herren, sowie die Besiedelung des ländlichen Raumes und die Erhaltung dessen Infrastruktur und vor allem auch die Erzeugung von Rohstoffen – das hat ihr, glaube ich, schon auch gesagt – mitzutragen.

Ich würde es jedem politisch Verantwortlichen sehr empfehlen, daß er sich diese Broschüre besorgt, sie ist nämlich wirklich auch lesenswert. Sie ist in einem großen Verantwortungsbewußtsein gestaltet worden und bringt die Wertigkeit des ländlichen Raumes zum Ausdruck, die Wertigkeit des Bauernstandes in der ganzen Gesellschaftspolitik und bringt auch zum Ausdruck, daß der Gesellschaft der Bauernschaft auch die entsprechende Unterstützung gegeben werden muß. Neben all diesen wirtschaftlichen Dingen – und das haben wir in den letzten Tagen auch klar und deutlich gehört – ist der ländliche Raum auch der Träger großer Kulturgüter und auch großer Traditionen.

Ich bitte und lade Sie ein, daß wir in der Sicht weiterarbeiten, in Gemeinsamkeit diesen ländlichen Raum weiter so zu erhalten. In der Steiermark hat es im 70er Jahr begonnen, und der heutige Herr Landeshauptmann und damalige Agrarreferent Dr. Krainer hat die Arbeit über das Modell Steiermark eingesetzt, und seine Nachfolger Simon Koiner, genauso wie

Joschi Riegler, Hermann Schaller und jetzt Erich Pörtl tragen auch diese Richtung, weil wir alle wissen, daß es die richtige Richtung für die Zukunft ist, die uns sicher und auch überlegt in die EG-Reife führen kann. (Beifall bei der ÖVP. – 12.20 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Danke herzlich. Wir hatten vereinbart, daß wir um 12.30 Uhr für eine einstündige Pause unterbrechen. Ich würde vorschlagen, damit auch die Frau Kollegin Kaufmann dann ausführlich zu Ende reden kann, daß wir sofort auf eine Stunde bis 13.20 Uhr unterbrechen. Die Sitzung ist unterbrochen. (12.20 Uhr.)

Präsident Wegart (13.20 Uhr): Wir nehmen die unterbrochene Landtagssitzung wieder auf. Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Monika Kaufmann.

Abg. Kaufmann (13.21 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe meine Gefühle für den Herrn Kollegen Grillitsch und seine etwas rosarote Bauernbundideologie über die Mittagspause darübergereitet – rosarot ist ja nicht weg von rot –, das finde ich schon einmal positiv. Aber ich muß mich wundern, wie Wahlen doch einen Menschen verändern können. Ich meine, ich finde das schön. Denn vom Gemeinsamen, das der Kollege Grillitsch so oft betont hat und was wirklich positiv ist, war in den Jahren der absoluten Mehrheit, die in diesem Haus da herinnen geherrscht hat, nicht viel zu bemerken. (Abg. Trampusch: „Habt Ihr etwas dazugelernt?“ – Abg. Grillitsch: „Man lernt immer etwas dazu!“) Herr Kollege Grillitsch, ich bin bereit, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen, solange die Bauern im Vordergrund sind, und nicht Raiffeisen. Dort können wir gemeinsam arbeiten. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Aber jetzt zur rauhen Wirklichkeit. Der Voranschlag 1992 weist für die Gruppe 7 im Bereich Landwirtschaft gegenüber dem Jahr 1991 um zirka 105 Millionen Schilling mehr aus, was ich natürlich grundsätzlich begrüße. Es zeigt, daß seitens des Finanzreferenten wirklich großes Verständnis für die vielfältigen Probleme der bäuerlichen Betriebe in unserem Bundesland besteht.

So ist es ihm mit seinem Budgetansatz gelungen, einen ersten, dafür aber umso wichtigeren Schritt in die Richtung Direktförderung der landwirtschaftlichen Betriebe zu gehen. Vor allem im Bereich des Direktförderungsprogrammes für bäuerliche Betriebe im Grenzland ist es zu einer spürbaren Aufstockung der Finanzmittel um 25 Millionen Schilling gekommen.

Neben der Realisierung der jahrelangen Forderung der SPÖ-Bauernvertretung ist dies damit auch als ein Erfolg der von den Sozialdemokraten ins Leben gerufenen Grenzlandoffensive zu werten.

Es zeigt sich aber auch, daß man auf Landesebene bereit ist, Schritte in die richtige Richtung zu gehen, welche man beim Agrarbudget des Bundes leider zur Gänze vermißt.

Wie aktiv der ehemalige Kammerpräsident und jetzige Landesrat Erich Pörtl an dem Agrarbudget mitgewirkt hat – der Herr Kollege Grillitsch hat das ja betont, daß es der Herr Landesrat Pörtl war –, das darf ich

vielleicht anhand von ein paar Vergleichszahlen darstellen:

Innerhalb von drei Jahren sind die Zuwendungen für die Personalerfordernisse der steirischen Landwirtschaftskammern um 18,6 Millionen Schilling gestiegen. Im Gegensatz dazu sind die Finanzmittel für die Bergbauernausgleichszahlungen bereits seit drei Jahren unverändert mit 30 Millionen Schilling festgelegt.

Vielleicht noch greifbarer: Für 19.000 steirische Bergbauernbetriebe stehen 30 Millionen an Landesmitteln zur Verfügung, für rund 550 Bedienstete der Landwirtschaftskammer über 152 Millionen Schilling. Bei aller Verbundenheit, die Sie, Herr Landesrat, als ehemaliger Kammerpräsident zur Bauernbürokratie haben – und die auch bestimmt wichtig ist –, frage ich mich doch, wie Sie als Agrarreferent des Landes diese finanzielle Ungleichheit gegenüber den Bergbauern verantworten können, vor einer Gruppe, die der Zentralverwaltung des Milchwirtschaftsfonds auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist und für die sich eigentlich keine wirtschaftlichen Alternativen bieten. Einer Gruppe, der zwar immer wieder gesagt wird, wie wichtig sie für die Offenhaltung und die Pflege der Kulturlandschaft ist und daß das von der Gesellschaft einmal abgegolten werden soll und die letztendlich von dem 40 Prozent Einkommensverlust in der Forstwirtschaft am stärksten betroffen ist, 40 Prozent Einkommensverluste in der Forstwirtschaft! Für diese Gruppe, Herr Landesrat, haben Sie entgegen Ihren Versprechungen im letzten Landwirtschaftskammerwahlkampf wieder nur 30 Millionen Schilling übrig. Die Damen und Herren der steirischen Landwirtschaftskammer werden Ihnen sicher dankbar sein! Nur frage ich mich, welchen Beitrag diese Gruppe letztendlich zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft leisten wird.

Meine Damen und Herren, die kritischen Worte zur Interessenvertretung sollen nicht mißverstanden werden. Es geht nicht um die Infragestellung der Institution, sondern es geht mir um das Aufzeigen von bürokratischen Auswüchsen und um das Einfordern längst versprochener Reformmaßnahmen. Denn laut Darstellung des ÖVP-Bauernbundes ist die Kammerreform abgeschlossen. Doch, meine Herren Kollegen vom ÖVP-Bauernbund, ich frage Sie jetzt, sofern Ihnen der Klubobmann Dr. Hirschmann den Umgang mit den Bauern nach dem Ausscheiden als Bauernvertreter überhaupt noch erlaubt. Fragen Sie einmal einen von den 140.000 Kammerwahlberechtigten, was er von der Reform merkt. Ich kann es Ihnen sagen, sie merken nichts! Es ist überhaupt nichts spürbar für den einzelnen von der groß angekündigten Reform. Es sind einige interne organisatorische Änderungen in der Kammer erfolgt, nur, für den Bauern spürbar ist nichts übriggeblieben. (Beifall bei der SPÖ.)

Seit meiner Tätigkeit als Bauernvertreterin erlebe ich jetzt den dritten Kammerpräsidenten. Die Gesichter haben sich geändert, nur die Aussagen und die Inhalte sind die gleichen geblieben. Schon der hochrangige Genossenschaftsfunktionär Expräsident Buchberger hat vor zirka zehn Jahren zur Rettung der steirischen Bauern aufgerufen, hat die Wichtigkeit der bäuerlichen Familienbetriebe betont und die Erhaltung der kleinbäuerlichen Struktur gefordert. Im sel-

ben Zeitraum, Herr Kollege Grillitsch, also in zehn Jahren, sind zirka 19.000 vollbeschäftigte Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verlorengegangen. Wahrscheinlich, weil es ihnen so gut gegangen ist, wie der Herr Kollege Grillitsch gesagt hat. Wahrscheinlich haben sie deswegen aufgehört. (Abg. Grillitsch: „Sie haben mich mißverstanden, gnädige Frau!“ – Abg. Schrittwieser: „Dich kann man nicht mißverstehen!“) Vor kurzem hat der im Nebenerwerb als Vorstandsvorsitzender der Steirischen Raiffeisenbank tätige und jetzige Kammerpräsident Hubert Schwab wahrscheinlich in einem seiner Schreibtische ein Redekonzept vom Altpräsidenten Buchberger gefunden und ist mit dem auch in die Öffentlichkeit gegangen. Und, meine Damen und Herren, Sie werden es nicht glauben, auch er ruft zur Rettung der steirischen Bauern auf. Auch er betont die Wichtigkeit der bäuerlichen Familienbetriebe, und auch er setzt sich für die Erhaltung der kleinbäuerlichen Struktur ein. Ich hoffe nur für die Bäuerinnen und Bauern, daß die Auswirkungen dieser Rettungsversuche nicht die gleichen sind wie die von seinem Vorgänger – 19.000 Vollbeschäftigte weniger innerhalb von zehn Jahren!

Meine Damen und Herren, neben dem Verständnis dafür, daß auch beim jetzigen Kammerpräsidenten Raiffeiseninteressen übergeordnet sind, bin ich mir der Tatsache bewußt, er kann ja nichts anderes sagen, er kann ja nichts Neues sagen, denn in den genannten zehn Jahren hat sich weder in der Agrarpolitik noch am Agrarsystem etwas geändert, an einem System, das über kurz oder lang unfinanzierbar ist und mit dem man keinen Bauern am Hof halten kann. Mit 30. Juni laufen die bestehenden Agrargesetze aus und müssen neu verhandelt werden. Das ist aus unserer Sicht eine Chance, endlich grundlegende Veränderungen in der Agrarpolitik durchzusetzen. Eine Chance für die Landwirtschaft insgesamt, in der bisher Planwirtschaft und Bürokratismus dominiert haben. Eine Chance für die Bauern, die immer mehr Gefangene in dem System sind, die immer abhängiger von Raiffeisen werden und sich immer höhere Subventionsmittel anrechnen lassen müssen, von denen sie letztendlich nichts merken. Und letztendlich auch eine Chance für den Konsumenten, der für unsere Produkte immer mehr bezahlen muß, obwohl bei den Bauern die Preise stagnieren oder sinken. Nach Berechnung der OECD haben Steuerzahler und Konsumenten die österreichische Landwirtschaft im Jahre 1991 – die Zahlen sind für euch bestimmt nicht neu, und ich möchte sie aber trotzdem nennen – mit rund 31 Milliarden Schilling subventioniert. Trotz dieser hohen Subventionen sind aber Jahr für Jahr Tausende Bauern in Österreich zum Aufgeben gezwungen. Trotzdem liegen die Bauereinkommen um rund ein Drittel unter den Löhnen und Gehältern der Unselbständigen. Die vom Landwirtschaftsminister Fischler ausgesandten Entwürfe zu dem neuen Gesetz zeigen in den meisten Fällen ein Festhalten am alten Agrarsystem. Von einer Überschubreduzierung, besonders im Getreidebereich, dort, wo es am meisten notwendig wäre, ist in den Gesetzesentwürfen nichts zu lesen. Und viel zu wenig davon, daß produktionsbezogene Stützungen abgebaut werden sollen und im Gegenzug die produktionsunabhängigen Direktzahlungen an die Bauern ausgebaut werden sollen. (Beifall bei der SPÖ.) Dafür plant die ÖVP eine neue Agrarmarketingeinrichtung, die

vierte in Österreich, denn drei gibt es bereits, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Die Finanzierung der neuen Agrarmarketingeinrichtung soll aus Budgetmitteln und aus Marketingmitteln erfolgen, mit denen die ÖVP die verschiedenen Agrarprodukte belegen und auf die Bauern umlegen will. Marketing ist wichtig, ist sogar sehr wichtig für uns Bauern, nur bezweifle ich bei drei bestehenden, die nichts zusammengebracht haben, daß die vierte etwas bewegen wird. Eine Koordinierung der bereits vorhandenen Einrichtungen mit der neuen ist nicht vorgesehen. Es kommt zu einem kunterbunten Nebeneinander verschiedener Marketingeinrichtungen. Die bürokratischen agrarischen Fonds sollen abgeschafft werden, verspricht Minister Fischler weiter. In Wirklichkeit soll ein neuer Superfonds ins Leben gerufen werden, der die planwirtschaftlichen Agenden der bisherigen Fonds weiterführen soll und sicher auch den Zweck hat, daß Funktionäre der bisherigen Fonds nicht plötzlich überflüssig werden. Von der größten Reform der Landwirtschaft seit 1945, wie Landwirtschaftsminister Fischler seine Gesetzesentwürfe bezeichnet, ist für den einzelnen Bauer, der weiterhin in einem fest verschlossenen Agrarkäfig bleiben soll, nichts zu bemerken. Nur wir, wir SPÖ-Bauernvertreter, werden da nicht mitspielen! Wir haben unsere eigenen Vorstellungen zum neuen Gesetz, und die wichtigsten Punkte möchte ich euch nicht vorenthalten:

Sowohl aus internen wie aus internationalen Erwägungen muß von der Produktionsstützung auf Direktzahlungen übergegangen werden. Durch produktionsbezogene Stützungen werden die großen Betriebe bevorzugt, und sie führen außerdem dazu, daß jene, die unsere Produkte lagern, transportieren, exportieren, man kann ruhig Raiffeisen sagen, kräftig an den Agrarförderungen mitverdienen können. Wir wollen, daß die Mittel, die bisher notwendig waren, um unsere Überschüsse im Ausland zu entsorgen – vom Verkaufen kann keine Rede sein, sie werden im Ausland entsorgt, und das sind immerhin 11,3 Milliarden Schilling, was die Überschubverwertung kostet, 11,3 Milliarden Schilling –, für sinnvollere Zwecke verwendet werden könnten, die den Bauern direkt zukommen sollen. Wir haben einen Resolutionsantrag an den heutigen Tag gestellt, wo wir das genau ausformuliert haben. Das bedeutet natürlich auch, daß sich die Landwirtschaft stärker am Markt orientieren muß. Mit Recht sagen wir Bauern, daß wir nicht nur Nahrungsmittelproduzenten sind, sondern auch Pfleger unserer Kulturlandschaft und als Pfleger immer mehr gebraucht werden. Daß diese Arbeit nicht umsonst geleistet werden kann, können wir aber nur dort betonen, wo umweltverträglich bewirtschaftet wird, wo Boden, Wasser und Luft geschont werden. Und auch das betonen wir in unserem Resolutionsantrag. Unverständlich ist für mich die Forderung der ÖVP, die Landwirtschaft in den Verfassungsrang zu heben. Auf der einen Seite verlangen die Länder immer mehr Kompetenz, auf der anderen Seite will man dort, wo man Kompetenzen hat, die vielleicht unangenehm sind, sie abschieben. Wir sind der Meinung, daß die Länder noch stärker in die Verantwortung für die Erhaltung der Landwirtschaft einzubinden sind. (Beifall bei der SPÖ.) Außerdem steht diese Forderung auch schon im Koalitionsabkommen, Herr Kollege Grillitsch. (Abg. Grillitsch: „Frau Kollegin, keine Schwarzweißmalereien!“)

Zusammenfassend sehen wir die Zukunft der österreichischen Landwirtschaft in einer Kombination von mehr Markt im Agrarbereich und einem Ausbau der Direktzahlungen, eine Landwirtschaft in sozialer und regionaler Ausgewogenheit und in ökologischer Verträglichkeit. (Abg. Schützenhöfer: „Das hat sie von der Arbeiterkammer abgesehen!“) Nein, Sie können mich nicht einmal irritieren!

Mein Kollege Dipl.-Ing. Getzinger und ich haben in einem Änderungsantrag über die Gesetze der land- und forstwirtschaftlichen Förderung besonders die ökologische und die biologische Landwirtschaft in den Vordergrund gestellt, weil wir sie für sehr wichtig halten. Wie wichtig, möchte ich zum Herrn Kollegen Kowald sagen. Es mag ja vielleicht lustig sein, wenn du sagst „ich traue mich ein Glas Wasser trinken“. Das, was aussieht wie eine Mutprobe, mag vielleicht lustig ausschauen, nur, ich finde es nicht zum Lachen. Du zeigst damit selber, daß es gar nicht mehr selbstverständlich ist, daß man ein Glas Wasser trinken kann.

Noch einige Worte darf ich zur Sozialpolitik sagen. (Landesrat Pörtl: „Die Schlagzeilen des Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger!“) Nein, wir sagen, das neue Landwirtschaftsgesetz und die neuen Marktordnungen sollen vor allem den Bauern spürbare Verbesserungen bieten und zukunftsweisend sein, und beides kann man von den Entwürfen des Ministers Fischler nicht sagen.

Meine Damen und Herren, noch ein paar Worte zur Sozialpolitik. Die Bäuerinnenpension, die mit 1. Jänner eingeführt und auf ein Jahr befristet ist, ist ein wichtiger Schritt, ja eigentlich ein Meilenstein in der bäuerlichen Sozialpolitik. Quer durch alle Parteien – das kann man da ruhig betonen – war man sich darüber einig, daß Bäuerinnen ein Recht auf eine eigene Pension haben.

Bei den Informationsveranstaltungen, die jetzt von den Sozialversicherungsanstalten durchgeführt werden, vergißt man – und vielleicht mit Absicht – die Erwähnung des Arbeitspapiers, das die Zielvorgaben für die Neuordnung der Bauernsozialversicherung ab 1. Jänner 1992 beinhaltet. Nach genauem Durchlesen dieses Arbeitspapiers erhebt sich für mich der Verdacht, daß die Krankenversicherungsanstalt der Bauern über die Bäuerinnenpension saniert werden soll. So ist es offensichtlich, daß das 265-Milliarden-Schilling-Defizit, das der Voranschlag 1991 ausweist, über neue Beitragszahler, nämlich die Bäuerinnen, abgedeckt werden soll.

Ab 1993 soll es laut Arbeitspapier zu einer Vollversicherungspflicht für Bäuerinnen kommen, also Krankenversicherung und Pensionsversicherung auch für jene, die bis jetzt bei ihrem Mann mitversichert waren. Es ist selbstverständlich, daß Pensionsbeiträge einbezahlt werden – von nichts kommt nichts –, aber zusätzliche KV-Beiträge führen zu einer unzumutbaren finanziellen Belastung für viele Betriebe. Die Vollversicherungspflicht soll ab einem Einheitswert von 13.000 Schilling eintreten. Bis jetzt war eine Einheitswertgrenze von 33.000 Schilling gegeben. Das bedeutet, daß Grundeigentümer, die eigentlich gar keine Bauern sind, die gar keinen landwirtschaftlichen Betrieb haben, oder die, die nicht einmal einen ganzen Hektar besitzen – wir brauchen nur an die Gunstlagen

denken, wo der Hektarsatz mit 15.000 Schilling keine Besonderheit ist –, ab 13.000 Schilling auch vollversicherungspflichtig bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern werden sollen. Und zwar, meine Damen und Herren, beide Ehegatten, egal, ob sie schon nach anderen gesetzlichen Grundlagen krank- oder pensionsversichert sind. (Abg. Grillitsch: „Das gibt es ja nicht!“)

Gleichzeitig mit diesem – und ich möchte es bewußt so bezeichnen – Anschlag auf die landwirtschaftlichen Betriebe, gleichzeitig soll die derzeit gültige Mindestbeitragsgrundlage von 40.000 Schilling für jeden Pflichtversicherten gelten. Das bedeutet, daß der Betrieb mit 13.000 Schilling Einheitswert gleich viel Beiträge zu bezahlen hat wie ein Betrieb mit einem Einheitswert von 40.000 Schilling. Diese massive Belastung der Klein- und Nebenerwerbsbetriebe werden wir auf das entschiedenste ablehnen. Das wäre wohl ein weiterer Schritt zur Strukturbereinigung im landwirtschaftlichen Bereich. Hier soll über die Sozialpolitik Agrarpolitik betrieben werden. Nur, bis zum heutigen Zeitpunkt habe ich noch kein Wort der Ablehnung von Ihnen, Herr Landesrat, oder von den Vertretern des ÖVP-Bauernbundes zu derartigen geplanten Maßnahmen gehört.

Wir werden uns gegen eine Sanierung der Krankenversicherung von der Beitragsseite her jedenfalls heftigst wehren. Wir drängen auf eine Vereinfachung und auf eine bessere Nutzung der bereits vorhandenen Einrichtungen. Nachdem bereits jetzt durch die Nebenerwerbslandwirte in fast jeder zweiten Betriebsleiterfamilie ein Familienmitglied über das ASVG bei der Gebietskrankenkasse versichert ist, wäre eine Zusammenarbeit mit den Gebietskrankenkassen im Interesse einer Verwaltungsvereinfachung und Kostensenkung nur logisch.

Meine Damen und Herren, zum Abschluß noch ein paar Worte zum Thema EG. Ich könnte jetzt eine ganze Palette der Für- und Widerargumente, die bekannt oder weniger bekannt sind, aufzählen. Ich könnte jetzt auch die Fragen stellen, die noch immer unbeantwortet sind (Abg. Grillitsch: „Tun Sie es!“) und wahrscheinlich auch bleiben, doch das würde zu weit führen. Ich möchte daher nur eine herausgreifen, die mit schuld ist an der negativen Einstellung der Bauern. So frage ich mich, wie soll aus einem Zusammenschluß von einem kaputten EG-Agrarsystem, in dem jährlich 350.000 Bauern oder alle zwei Minuten ein landwirtschaftlicher Betrieb zum Aufgeben gezwungen ist, mit einem kaputten österreichischen Agrarsystem daraus für die Bauern eine Aufbruchstimmung in die EG, in Richtung EG entstehen? Wir müssen zuerst die Hausaufgaben da lösen, das Agrarsystem da in Ordnung bringen. Die EG wird es für uns nicht tun. (Beifall bei der SPÖ.)

Für mich steht das Gefühl, daß der ÖVP-Landwirtschaftsminister statt zu handeln sein Versagen und seine Verantwortung schon lieber heute als morgen nach Brüssel abschieben möchte, im Vordergrund.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen, daß sich die Wirtschaft und die Konsumenten eine Reihe von Vorteilen von dieser Internationalisierung erwarten. Genauso wissen wir, daß wir als Bauern, als kleine Gruppe in Österreich, keine Entscheidung beeinflussen werden. Nur, meine Damen und Herren,

wir wissen aber auch eines, und das sollen auch diejenigen wissen, die nicht unmittelbar mit der Landwirtschaft verbunden sind: es geht in Zukunft nicht nur um die Produktionsgrundlage der Bauern, sondern es geht um die Lebensgrundlage für uns alle. Mit alle meine ich euch, die FPÖ, die Zuhörer, jeden. Es geht um die Lebensgrundlage für uns alle. Es geht um unsere Umwelt, es geht um unseren Boden, es geht um unser Wasser und um unsere Luft.

Es geht in Zukunft nicht nur um 5, 6 oder 7 Prozent der Bauern, sondern um 100 Prozent Ernährung, um eine Ernährung mit Billigstnahrungsmitteln oder um eine Ernährung mit hochqualitativen Lebensmitteln. Letztendlich entscheidet ja der Konsument, was und wo er kauft, und somit entscheidet letztendlich die Gesellschaft, wie viele Bauern sie braucht. Danke! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 13.45 Uhr.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, habe ich eine Mitteilung zu machen. Ich habe für die Gruppe 7 noch 32 Wortmeldungen. Nach meinen Berechnungen zu schließen dürfte es 21 Uhr sein, wenn es so weitergeht, daß wir die Gruppe 7 beenden. Bitte zerreden Sie nicht die Gruppe 7. Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peinhaupt.

Abg. Peinhaupt (13.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin steirischer Bauer, ich bin aber auch steirischer Abgeordneter, und daher werde ich mich mit steirischen Problemen beschäftigen. (Beifall bei der FPÖ.) Wenn wir den Zustand unserer steirischen Landwirtschaft betrachten, wenn wir erkennen müssen, daß die steirische Landwirtschaft sozial schwach abgesichert ist, pflegebedürftig ist – im Vergleich zu anderen Berufsgruppen natürlich –, so weiß ich nicht, an welchen Landesrat ich mich hier wenden kann, an den Herrn Dr. Strenitz oder an den Herrn Tschernitz.

Doch wir Bauern sind Optimisten und halten an unserem Landesrat Erich Pörtl fest (Beifall bei der ÖVP.), und dazu darf ich ihm herzlich gratulieren, der eine Steigerung im Budget von 17 Prozent zugunsten der Bauern verhandelt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Im Vergleich dazu: die Budgetsteigerung des Bundes beträgt 1,4 Prozent, auf das Landwirtschaftsbudget bezogen.

Aber nun darf ich doch einiges Grundsätzliches sagen, denn es gibt auch noch andere Probleme wie diese. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Du warst immer gegen die quantitative Steigerung!“) Ich komme noch darauf zurück. Die steirische Agrarpolitik sollte, wie schon durch die Vorredner erwähnt worden ist, Einkommenspolitik sein, für den Bauern sein und eben mit seinen Produktionsmitteln und der Produktionsgrundlage, die ihm zur Verfügung steht. Die steirische Agrarpolitik muß aber auch Umweltpolitik sein. Das ist auch in diesem Raum schon gefallen, nur leider gestern in der Umweltgruppe nicht zu Wort gekommen. Sie muß Umweltpolitik sein für alle Menschen und alle Fremdenverkehrsgäste, denn letztendlich sind auch die Fremdenverkehrsgäste mit einem Anteil von 180 Milliarden und mehr, die sie an Devisen nach

Österreich bringen, integriert. Die steirische Agrarpolitik, und das ist ein ganz besonderer Punkt, muß und darf keine Isolationspolitik sein, sondern muß Integrationspolitik sein.

Integration aber nicht nur hinsichtlich des zu erwartenden EG-Beitrittes, sondern – und das ist die Voraussetzung für uns Bauern – Integration in die eigene Gesellschaft. 5 Prozent, die als Subventionsempfänger, als ständig Fordernde und hier in diesem Haus als Budgetplage dargestellt werden, aber immerhin sind es diese 5 Prozent, die unser Heimatland hegen, pflegen und damit lebenswert und liebenswert machen. (Beifall bei der FPÖ.) Gerade diese 5 Prozent sind es, die Verantwortung tragen für die Gesunderhaltung des Lebensraumes aller. Nicht unsere Bauern sind daran schuld, daß sie als Händchenaufhalter, ja als soziale Belastung dargestellt werden. Nein, falsche Agrarpolitik muß hierfür die Verantwortung übernehmen. Was für den Arbeiter die Werkhalle ist, ist für den Bauern die Natur. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „So ist es, sehr richtig!“) Was für den Arbeiter die Werkbank ist, ist für den Bauern der Bauernhof. Wir Bauern sind es leid, den Arbeitsplatz, sprich die Firma, Volkswirtschaft und Landwirtschaft zu erhalten, ohne dafür entlohnt zu werden. Diese Leistungen der heimischen Landwirtschaft begründen ja einen Ertragswert, das sieht man ja am Fremdenverkehr. Aber man sollte auch darauf achten, daß dieser Ertragswert zumindest zum Teil auch denjenigen zugute kommt, die ihn verursachen. Steirische Agrarpolitik darf also keine Isolationspolitik sein, sondern muß Integrationspolitik sein. Agrarpolitik muß aber auch Umweltpolitik sein. Nicht der ökosoziale Ansatz ist es, nein, das Produkt Umwelt ist es, das wir Bauern in den Markt einbringen und auch verkaufen werden. Daß dieses Vorgehen richtig sein muß und auch nur dieses Vorgehen richtig sein kann, zeigt wohl die Tatsache, daß in der EG dem Maßnahmenkatalog, der „Greenbox“, große Aufmerksamkeit geschenkt wird. Hier sind nämlich direkte Ausgleichszahlungen vorgesehen. Und in dem Zusammenhang darf ich mich bei Rot und Schwarz sehr herzlich bedanken, daß sie auf den blauen Direktförderungs zug aufgesprungen sind. (Beifall bei der FPÖ.)

Denn die Blauen fördern und fordern schon seit geraumer Zeit die Direktförderung, da sie wahrscheinlich auch die einzigen sind, die damals schon die wahre Problematik dieser Landwirtschaft erkannt haben. Es wird also über die Qualität der Produktionsgrundlage – bitte jetzt zuhören, Herr Landesrat – die Qualität des Produktes zu suchen sein, da die Förderungen ja nur produktbezogen sein können. Vorteile dieser zunehmenden Ökologisierung, wie die naturnahe Bewirtschaftung, wie der tiergerechte Stallplatz, das alles aber bitte nur flächenbezogen, Vorteile sind keine Agrarindustrien mehr, gleiche Wettbewerbschancen der Bauern, gesunde Umwelt und keine Überschußproduktion mehr. (Beifall bei der FPÖ.)

Daß dieses Modell gangbar ist, darf ich Ihnen beweisen. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine Dissertation über landeskulturelle Leistungen. Es wird der Versuch unternommen, die Landwirtschaft als Wert an sich zu begreifen. Derzeit gibt es das Pilotprogramm MEKA. MEKA heißt Marktentlastung und

Kulturlandschaftsausgleich. Es handelt sich um ein Ökopunktesystem. Dieses wird in Baden-Württemberg angewandt und bedeutet, daß dort 140 Millionen Mark und 70 Millionen EG-Mittel hineinfließen. Das sind 1,5 Milliarden Schilling nur für ein Bundesland für Marktentlastung und Kulturlandschaftsausgleich. Prof. Hermann Priebe sagt in diesem Zusammenhang, daß das der erste Schritt auf dem richtigen Weg ist. Und er dokumentiert dies so, daß das Geld – das hat auch die Monika Kaufmann schon angesprochen –, das jährlich für den Überschuß ausgegeben werden muß, produktneutral an die Bauern zurückfließen muß, also in Form einer Direktzahlung. Beim Studium des Landesvoranschlages 1992 findet man sicher vorsichtige Ansätze in diese Richtung, wie zum Beispiel die Förderung von Ökologieprojekten mit 600.000 Schilling, die Förderung unserer biologisch-dynamisch arbeitenden Landwirtschaften. Das sind 1000 an der Zahl mit 7,6 Millionen Schilling, und letztendlich auch die Biotopenförderung mit grandiosen 2 Millionen Schilling, wo man aber weiß, daß noch 1,1 Millionen Schilling aus Bauernhand offen sind, um die bereits abgeschlossenen Verträge zu decken. Da frage ich mich wieder, inwieweit es die Agrarpolitik in diesem Sinne mit der Budgetwahrheit ernst nimmt.

Das soll aber nicht heißen, daß zu wenig Geld für den richtigen Weg da ist. Nein, vielmehr muß man endlich einmal den Mut haben, die Förderungsgießkanne mit gezielten Ausgleichszahlungen zu vertauschen. Und damit, meine Damen und Herren, bin ich schon bei der Einkommenspolitik für die Bauern. Dabei drängt sich hinsichtlich dieser Debatte wohl die Frage auf, ob man nicht angesichts dieser Tatsache, daß von dieser Agrarmilliarde nur ein relativ geringer Teil den Bauern zugute kommt, eine Aufteilung der Landwirtschaftsförderung auf der einen Seite für eine allgemeine Agrarförderung, wo Interessengemeinschaften, Genossenschaften, Verwertungsgemeinschaften zu bedenken sind, und aber auch der anderen Seite eine eigene Förderung, die direkt dem Bauern zugute kommt, also in eine Bauernförderung teilt. Das Sicherstellen des landwirtschaftlichen Einkommens ist Grundvoraussetzung für die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft und Voraussetzung für die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlage.

In der Diskussion um den „Grünen Bericht 1990“ ist wohl eindeutig bewiesen worden, daß das landwirtschaftliche Einkommen weder bauern- noch leistungsgerecht ist. Der sich daraus ergebende Lohnanspruch ist doch um ein Vielfaches kleiner wie der einer anderen Berufsgruppe. Diese Negativentwicklung dokumentiert sich dadurch, daß immer mehr Bauern gezwungen sind, ihre Betriebe zu schließen. Allein in der Steiermark – und das finde ich wirklich alarmierend – ereilte in den Jahren von 1980 bis 1990 5326 Bauern und in den Jahren 1990 bis 1992 ungefähr 2000 Bauern dieses Schicksal. Viel extremer, meine Damen und Herren, zeigt sich dieses Beispiel anhand der Vollerwerbsbetriebe. Da haben wir nämlich eine Verminderung um mehr als 50 Prozent. Das sind 18.728 Bauern, die ihren Arbeitsplatz, Bauernhof, verloren haben. Nur, da, meine Damen und Herren, ist man nicht bereit, einen Sonderlandtag einzuberufen, denn Bauern sterben vor allem langsam und sehr leise. Nur,

irgendwann werden wir die Rechnung präsentiert bekommen.

Die Nebenerwerbsbetriebe haben sich in diesen Zeiten verdoppelt.

Kann diese Entwicklung zukünftig nicht hintangehalten werden und rechnet man diese Prozentsätze auf, so werden im Jahr 2010 keine Vollerwerbsbauern mehr da sein. Dann brauchen wir auch keine so lange Debatte mehr machen.

Hier ist doch wohl auch festzustellen, daß nur mehr nebenberuflich bewirtschaftete Landwirtschaften nicht in der Lage sein werden, dem Auftrag nachzukommen, die flächendeckende naturnahe Landwirtschaft zu erhalten. Normalerweise sollte man aus den Erfahrungen der Vergangenheit Bauholz für die Zukunft schlagen. Es sollte jedoch nicht sein, daß wir in der Vergangenheit einen landwirtschaftlichen Kahlschlag gemacht haben und eben kein Bauholz für die Bauern der Zukunft mehr haben. Daß wir überhaupt noch Bauern haben, die trotz minderen Einkommens, mäßiger sozialer Absicherung, Mehrbelastungen und zum Teil sehr hoher Verschuldung ihren Arbeitsplatz nicht verlassen, das ist nicht Verdienst der Politik, das ist auch nicht Verdienst der Interessengemeinschaft, sondern lediglich dem Fleiß, der Aufopferung, der Betriebsverbundenheit und der Liebe zur Natur unserer Bauern zuzuschreiben.

Es geht aber aus diesem Grund auch nicht an, daß zusehends mehr Vollerwerbsbetriebe in den Nebenerwerb gedrängt werden. Hinlänglich bekannt ist es, daß Bauern im Nebenerwerb als äußerst gute und fleißige Arbeitskräfte geschätzt werden und es nicht auszuschließen ist, daß auf Grund dieser Tatsache weniger arbeitswillige Personen ihren Arbeitsplatz verlieren. Abgesehen davon, daß der Nebenerwerbsbauer – und da vor allem Frau, Kind, die ganze Familie – nur, um den Betrieb aufrechterhalten zu können, ein Vielfaches an Mehrbelastung in Kauf nehmen müssen. In Anbetracht dieser Situation sollte man sich sehr wohl überlegen, ob es nicht gescheiter wäre, diese 200.000 bis 250.000 Schilling, die ich ansonsten einem Arbeitslosen geben muß, dem Bauern selbst zu geben, damit er die Möglichkeit hat, sich seinen Arbeitsplatz Bauernhof zu erhalten. (Landesrat Pörtl: „Warte, das muß ich mir mitschreiben, was das alles kostet!“) Bitte weiter zuhören!

Die Rechnung werden wir gleich präsentieren!

Im Antrag 26 A – und das ist sicher ein Stichwort für unseren Herrn Landesrat Pörtl – wird die Trendumkehr vom Nebenerwerb zum Vollerwerb durch die Schaffung krisensicherer Arbeitsplätze in der Landwirtschaft gefordert.

Ihr braucht den Bauern durch euer Budget nur die Möglichkeit geben, mehr zu verdienen, dann verdient ihr auch mehr daran. Nur, die Einkommen auf dieser Seite sind zu gering. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Sie sind gegen das Budget, Ihr stimmt ja dagegen, das ist das Problem! Bei euch tu ich mir wirklich schwer! Eine Forderung nach der anderen, und dann stimmen Sie dagegen!“) Welche Forderung, ich biete die Alternativen, die keinen Schilling kosten! Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich bin dann gerne bereit, noch weiterhin Auskunft zu geben.

Ich hoffe schon, daß ich Sie dahin gehend aufklären kann, daß das der Weg ist, der letztendlich sparen und die Landwirtschaft sichern hilft. Ich glaube, dann werden wir uns auch einig werden.

Daß diese Trendumkehr sehr wohl möglich ist, kann wiederum am Beispiel Baden-Württemberg bewiesen werden. In Baden-Württemberg gibt es nämlich das Phänomen, daß eine Trendumkehr zugunsten der Landwirtschaft zum Nachteil der Industrie erfolgt. Das einzige Bundesland in Europa, in dem es so ist, und das nur durch eine gezielte Agrarpolitik. Dieses Umdenken, dieses Umgestalten, dieses Aufbrechen der verkrusteten Strukturen wird viel Arbeit seitens der Interessenvertretung und auch seitens der Politiker verlangen. Es ist mir wohl klar, daß es nicht von heute auf morgen gehen kann, aber eines müssen wir heute machen, nicht morgen, heute: uns das Ziel setzen, wo wir hin wollen. (Abg. Tasch: „Ja, beim Arbeiten!“) Herr Tasch, ich komme bald zum Grimming. Die Fehler der Vergangenheit – ich möchte betonen der Vergangenheit – sowohl in der Beratung als auch in der Förderung unserer Landwirtschaft dürfen sich nicht wiederholen. Erinnern wir uns doch nur an die geförderten Rodungen der Ökostreifen vor rund zehn Jahren – nun ja, heute fördert man, um das damals Gerodete wieder zu schaffen – oder an die sogenannte Meterpflanzung im Forst, die sich ja sowohl ökologisch als auch ökonomisch als falsch erwiesen hat. Das gleiche Problem haben wir im Ackerbau mit Monomaiskulturen, mit dem Einsatz von Dünger, mit dem Einsatz von Chemie, mit der Empfehlung, mit möglichst wenig Grundlage möglichst viel zu produzieren, wie zum Beispiel am Milchsektor und am Fleischsektor.

Wenn ich auf den Fleischsektor zu sprechen komme und einen Rückschluß auf den Voranschlag 1992 mache und, wie in diesem Budgetausschuß auch eindeutig festgestellt worden ist, daß auch mit diesen 109 Millionen Viehabsatzförderung der Viehabsatz nicht sichergestellt werden kann, ohne daß die Bauern Preiseinbußen in Kauf nehmen werden müssen, so muß ich mich doch fragen, ob auch hier die Wahrheit gewährleistet ist. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Falsche Lenkungs politik!“) Aber nur ein kleiner Anhaltswert. Wir sagen immer, in der EG gibt es so schlechte Preise. Nehmen wir bitte den Stierpreis her. Hier haben wir in Österreich einen Preis von 49 Schilling, in der EG von 44 Schilling, aber rechnet man die ganzen Beiträge, Schlachtungsbeiträge, die die EG hat, hinzu, so kommen wir in der EG auf 53 Schilling, und in Österreich bleiben wir auf diesen 49 Schilling. (Abg. Tasch: „Was sagst du da?“) Auf den Grimming gehen wir gleich!

Also, wir haben in den letzten Jahren sicher nur gewinnorientiert gearbeitet. Jetzt allerdings kommen wir darauf – und das hat auch der Herr Klubobmann Dr. Hirschmann in seiner Grundsatzdebatte angesprochen –, daß wir auf das falsche Pferd gesetzt haben und auf Kosten unserer Produktionsgrundlage Raubbau mit zum Teil schwerwiegenden Folgen betrieben haben.

Bei der Förderungspolitik verhält es sich ähnlich, so werden zum Beispiel heute noch, wo man weiß, daß man nur einen ökologischen Weg, einen zielstrebigem ökologischen Weg gehen muß, Flächenspritzungen im vollen Ausmaß gefördert, hingegen Geräte zur mecha-

nischen Unkrautbekämpfung, Geräte zur Unterblattspritzung werden nur bedingt und sehr zögernd in das Förderungsprogramm aufgenommen.

Großteils ist es ja die Verschuldung der heimischen Landwirtschaft, die auf die zunehmende Technisierung und die teuren Gerätschaften in der Landwirtschaft zurückzuführen ist. Bis jetzt haben wir ein Förderungsprogramm gehabt, 5000 Schilling für eine Kläranlage, einen AIK-Kredit für einen Traktor, 5000 Schilling für einen Motormäher, und wir haben erkennen müssen, daß auch diese Förderungspolitik nicht dazu imstande ist, das Bauernsterben, die Bauernverschuldung hintanzuhalten. Maschinenringe zwecks optimaler Auslastung des Maschinenkapitals sowie der überbetriebliche Maschineneinsatz sind eine dieser Möglichkeiten, die Verschuldung hintanzuhalten. Schauen Sie sich diesen Voranschlag, so sehe ich 700.000 Schilling für 43 Maschinenringe. Meine Damen und Herren, bilden Sie sich selbst ein Urteil.

Ich kann nur sagen, entweder hat man die Sinnhaftigkeit und die Zweckmäßigkeit dieser Zusammenschlüsse nicht erkannt oder man will sie nicht erkennen. Die „Förderung danach“ – ich biete auch die Alternative an – nach dem Vorarlberger Landwirtschaftsförderungsgesetz würde eine optimale Auslastung der Maschinen und damit eine Förderung nach dem Auslastungsgrad bewirken. Aus diesem Grund wäre es anzuraten, dieses Modell in der Steiermark zu übernehmen.

Das Direktförderungsprogramm für Betriebe des Grenzlandes und für Kleinbauern konnte erfreulicherweise – und das betone ich wirklich, erfreulicherweise – auf 48 Millionen Schilling angehoben werden. Doch vermissen Sie das gleiche erfreuliche Aufstocken bei den Bergbauernbetrieben – die Monika Kaufmann hat es schon angeschnitten, seit drei Jahren 30 Millionen Schilling. Ich habe es mir anlässlich des „Grünen Berichtes“ herausgerechnet, 2265 Schilling pro Bergbauernbetrieb in der Steiermark durch die Bergbauernausgleichszahlung des Landes.

Da die Budgetwahrheit – und da komme ich auf das zurück – und somit die Einhaltung des Voranschlages Grundsatz einer gesunden Wirtschaftspolitik sind, fordere ich für unsere Bergbauern, und nicht nur ich, sondern auch im Gleichklang mit unserem Landeskammerrat Prankh von der Freien Bauernschaft, für die Bergbauern einen anderen Weg freizugeben: die Aufhebung der Milchkontingentierung für die Zonen 3 und 4. Ich begründe diese Forderung mit den seit drei Jahren gleichgebliebenen Bergbauernausgleichszahlungen, mit den Preiseinbrüchen bei den Rinderpreisen und mit dem Stagnieren der Holzpreise.

Angesichts dieses übergroßen Arbeitsumfanges hege ich ernste Bedenken, ob unsere Interessenvertretung die von Land und Bund übertragenen Aufgaben zum Besten unserer Bauern noch erfüllen kann.

Ich kann doch auch keine Kuh, die nur mehr wenig Milch gibt, mit Krautfutter vollstopfen, es sei denn, sie kommt zum Fleischhacker. Wenn sie weiterhin im Stall bleiben soll – und das will ich wieder betonen –, und sie soll, dann werde ich sie leistungsgerecht füttern und in diesem Fall abspecken müssen.

An Hand dieses praxisbezogenen Beispiels kann man ersehen, daß es nicht richtig sein kann, in einem